

---

# Symbolische Regionalpolitik

Herausgegeben von  
Wolfgang Fach und Wolfgang Lutz



Leipziger Universitätsverlag 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 11, H. 3. Symbolische Regionalpolitik. – 2001

**Symbolische Regionalpolitik** / hrsg. von Wolfgang Fach und Wolfgang Lutz. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2001

(Comparativ ; Jg. 11, H. 3)

ISBN 3-935693-29-X

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2001

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 11 (2001) 3

ISSN 0940-3566

ISBN 3-935693-29-X

---

## Inhaltsverzeichnis

### Aufsätze

<i>Wolfgang Fach</i>	Symbolische Regionalpolitik. Eine Problem- skizze	7
<i>Wolfgang Luutz</i>	Identitätspolitik qua symbolische Regionalpoli- tik. Das Beispiel Sachsen	13
<i>Michael Keating</i>	Imagining the Region. Symbole und Stereotype in Katalonien und Galicien	29
<i>Dietrich Fürst</i>	Regionalentwicklung durch „regionale Identi- tät“ oder „corporate identity“?	50
<i>Josef Esser</i>	Die politische Konstruktion regionaler Koope- ration: Der Fall Regionalreform Rhein-Main	64
<i>Dieter Rehfeld</i>	Perspektiven der Regionalentwicklung zwi- schen Banalisierung und Profilierung	77
<i>Monika Micheel</i>	Die Regionalisierung von Kulturpolitik. Das Sächsische Kulturraumgesetz	86
<i>Christine Weiske</i>	Fiktive Verortungen in der Welt. Images der Stadt Chemnitz	103
<i>Ulrich Hilpert/ Dietmar Bastian</i>	Region, Politik und Ideologic. Zu den extra- ökonomischen Faktoren ökonomisch erfolgrei- cher Politik	113
<i>Peter Weichhart</i>	Kreative Milieus auf der Suche nach ihrem po- litischen Raum	129

### Forum

<i>Nikolaus Wolf</i>	Konzeptionen einer historischen Synthese. Die <i>Annales d'histoire économique et sociale</i> und die <i>Roczniki dziejów społecznych i gospo- darczych</i> im Vergleich	141
----------------------	--	-----

## Buchbesprechungen

Jan Assmann, Heil und Herrschaft. Politische Theologie in Altägypten, Israel und Europa, München 2000 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	174
Jan Assmann, Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, München 2000 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	174
Thomas Ahbe, Michael Hofmann (Hrsg.), Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die 50er Jahre in Sachsen, Leipzig 2001 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	178
Bernd von Maydell/Shimomura, Takeshi/Tezuka, Kazuaki (Hrsg.), Entwicklung der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa, Berlin 2000 ( <i>Thilo Fehmel</i> )	180
Roy E. Allen, Financial Crises and Recession in the Global Economy. Second Edition, Cheltenham/Northampton 1999 ( <i>Jörg Roesler</i> )	184
 Autorenverzeichnis	 187

---

**Wolfgang Fach**

## **Symbolische Regionalpolitik. Eine Problemskizze**

Das Buch, dem sich dieser und ähnliche Titel verdanken, ist vor bald vier Jahrzehnten erschienen: Murray Edelmanns *The Symbolic Use of Politics*.<sup>1</sup> Edelmann nimmt einen damals wie heute leicht vergessenen Sachverhalt ins Visier: Politik bohrt nicht nur harte Bretter (Max Weber), sondern spielt auch Theater. Wenn sie offiziell Probleme bewältigt (oder wenigstens angeht), setzt sie zugleich stillschweigende Zeichen – eine „Propaganda der Tat“ (Claus Offe). Immer aller einfachster Fall: Wer diese oder jene Sache von Staats wegen regelt, erklärt sie selbst im selben Atemzug, wenngleich implizit, für „wichtig“ und verschafft ihr dadurch erhöhte Resonanz.

Diesen Sachverhalt stellt *symbolische (Regional-)Politik* im hier verstandenen Sinne auf den Kopf. Der Begriff will das gleichfalls verdrängte Phänomen erfassen, daß „theatralische“ Aktionen „reale“ Wirkungen haben können.

Daß Theater „wirkt“, ist nichts Neues: vor allem seines verderblichen Einflusses auf das Bewußtsein wegen sollte es von Rousseau aus der Stadt (Genf) verjagt werden. Andere haben darauf hingewiesen, daß Schauspieler, die einen König geben, zugleich den König als Schauspieler entlarven.<sup>2</sup> Davon unterscheiden sich die hier anvisierten Phänomene dadurch, daß es um *politisches* „Theater“ und *positive* Effekte geht.

Konkret: um staatliche Inszenierungen, mit deren Hilfe die mentale Infrastruktur für eine erfolgreiche Regionalpolitik geschaffen wird – Erzählungen, Assoziationen, Visionen von Raum und Volk, Phantasien über schöne Zukünfte und künftigen Aufstieg, Loblieder auf Menschenseelen und Naturschönheiten, Legenden von vergangenen Taten und verborgenen Qualitäten.

Wie, wie weit und ob überhaupt „idealistische“ Konstruktionen dieser Art funktionieren, das ist eine offene, sprich empirische Frage. *Ideen* stehen immer in Verdacht, Lappalien zu sein, gut genug vielleicht um dümmliche Hirne zu blenden, aber machtlos dort, wo Akteure ihre Interessen erkannt haben und dann nur noch dadurch zu beeindrucken sind, daß man ihnen

---

1 M. Edelmann, *The Symbolic Use of Politics*, Urbana 1964 (dt.: *Politik als Ritual*, Frankfurt a. M. 1976).

2 D. F. Kastan, *Shakespeare After Theory*, London 1999.

statt windiger *Konstruktionen* handfeste *Kompromisse* anbietet. Die Abhandlungen dieses Heftes (im wesentlichen Referate einer Arbeitstagung, die der Sonderforschungsbereich 417 am 15./16. 06. 01 an der Universität Leipzig organisiert hat) sind sich darin einig, daß ein derart kruder Materialismus das Geschehen in der regionalpolitischen Arena nicht angemessen reflektiert; freilich variiert, wie schon eine oberflächliche Lektüre zeigt, der Bedeutungsgrad, den sie dem Faktor *Ideologie* beimessen. Zwar unterstellt keine einzige Analyse, hier gehe es um vor-wissenschaftliche PR-Aktivitäten mit „Hochglanz“-Charakter, aber damit ist ja noch nicht viel entschieden.

Fächert man das Bild etwas weiter auf, zeigt sich sehr schnell, daß diese Unsicherheit selbst andere erzeugt *und* ihrerseits aus anderen folgt. Im einzelnen:

1. Grundsätzlich ist umstritten, wieviel *Steuerungswirkung* (Regional-) Politik überhaupt erzielt. Zweifel werden aus zwei „Ecken“ laut. Einerseits könnten jene Recht haben, die Politik als eine „autopoietische“ – nahezu autistische – Veranstaltung betrachten, in deren Verlauf nur politikimmanente Probleme (der Machtkonkurrenz und -maximierung) gewälzt und Themen der sozialen Umwelt bestenfalls en passant behandelt werden: Gesellschaft als irritierende Rahmenbedingung, nicht eigentliches Arbeitsfeld (des „arbeitenden Staates“). Andererseits mag sein, daß selbst (räumlich, sachlich, zeitlich) segmentierte Umwelten das politische System mit einem Komplexitätsniveau konfrontieren, dem auch intelligenter und interessiertere „Verantwortliche“ nicht gerecht werden können. Ein alter (schon von Herbert Spencer geäußertes) Verdacht besagt, beide Komplikationen würden unweigerlich zusammentreffen – weshalb es schlechterdings keine Aussicht auf Besserung gebe.

2. Wer sich dieser pessimistischen Diagnose nicht anschließt, steht vor der Frage, mit welchen Instrumenten denn Politik ihre Umwelt gezielt beeinflussen könne. Als *Steuerungsmedien* gelten im allgemeinen Recht, Geld und Moral – gewünschte Wirkungen (genauer: Verhaltensweisen) entstehen demnach dadurch, daß „die Politik“ entweder etwas „gewaltsam“ erzwingt (mit Hilfe von Paragraphen und Polizisten); oder auf „interessierte“ Kalküle Einfluß zu nehmen sucht (durch Besteuerung, Subventionierung etc.); oder schließlich an Gewissen und Ehre ihres Publikums appelliert (um eine Art Selbstverpflichtung zu erzeugen: damit etwa Standards eingehalten, Versprechen eingelöst, Reparationen gezahlt werden). Die Rede von den „Steuerungsmedien“ setzt im übrigen voraus, daß am anderen Ende „fertige“ Steuerungssubjekte existieren, deren Reaktionsmuster sich soweit verfestigt haben, daß Steuerungsversuche mit ihnen als Gegebenheiten rechnen können.

3. *Symbolische* Regionalpolitik arbeitet (schon ihrem Begriff nach) mit dem moralischen Faktor: Appelle an Unternehmer, in der Region zu investieren; an Arbeiter, auf Lohnzuwächse zu verzichten; an Junge, nicht einfach wegzuziehen usw. Hier haken dann teils kritische Einwände ein (Ideologieverdacht), teils jene skeptischen Urteile, die den Effekt moralischer Appelle bezweifeln. Damit rias erste Gegenargument greifen kann, dürfte am zweiten nichts dran sein. Seine Plausibilität verdankt es der gängigen Vorstellung „fertiger“ Subjekte mit festen Interessen: Gestandene Menschen lassen sich nicht leimen. Was aber, wenn Politik auf „unfertige“ Personen trafe, deren Identität (oder Präferenzstruktur) noch gefornit – konstruiert – werden kann? Symbolische Regionalpolitik wäre, so verstanden, *regionale „Identitätspolitik“* und für diese Variante gelten etablierte Zweifel am Eigengewicht von „Gedanken“ nicht notwendig. Schließlich sind Ideen jetzt nicht mehr antipodische Größen, sondern konstituierende Merkmale der Interessen.

4. Eine offene Frage ist, in welchem Ausmaß sich „Identität“ politisch produzieren/konstruieren läßt. Zu simpel wäre sicher das Bild von einem Marionetten-Subjekt, an dessen „Charakter-Schnüren“ clevere Politiker nur richtig ziehen müßten, um die gewünschte Bewegung der Gedanken zu erzeugen. Nicht weniger vorschnell würde freilich argumentieren, wer Identität als ausschließlich naturwüchsiges Phänomen begriffe, das von innen heraus organisch wachse und sich manipulativen Zugriffen gegenüber monadisch abgeschlossen zeige. Regionale Identifikation, am ersten Pol angesiedelt, wäre das Produkt einer Regionalpolitik, deren Ziel darauf gerichtet ist, ihren Raum im Bewußtsein der Menschen zu verankern (Sachsen als „Ideologie“ z.B.); zum zweiten Pol hin verschoben könnte sie „ursprüngliche“ *Reaktion* auf befremdliche Globalisierungseffekte sein (im Sinne von: Sachsen als „Reservat“). Die Empirie bewegt sich gemeinhin irgendwo im weiten Feld der Mitte; wo genau, das hängt davon ab, wie unmerklich geschickt Politiker Identifikationsströme lenken, welches Maß an „Politikhörigkeit“ oder „verdrossenheit“ zum fraglichen Zeitpunkt einfach akzeptiert werden muß, und was die strategische Konstellation – Machiavellis *occasione* – jeweils hergibt.

5. Eine zusätzliche Komplikation ist zu bedenken: Identifikatorische Prozesse sollen sich ja nicht „sans phrase“ abspielen, sondern in Zusammenhang mit einem *Raum*, der Region, in dem die betreffenden Menschen leben. Dessen Schicksal muß ihnen nahe gehen, für sein Wohlergehen sollen sie sich einsetzen, jedenfalls in erster Linie (daß sich dahinter weitere, speziell parteipolitische Kalküle verstecken mögen, steht auf einem anderen Blatt). Daß sich räumliche Rücksichten, zumal solche mit regionaler Ausrichtung, in mentale Prozesse einnisten können, ist keineswegs ausge-

macht, denn es herrscht eine harte *Identifikationskonkurrenz*. Adam Smith z.B. ist von konzentrischen sozialen Kreisen ausgegangen, angefangen bei den zahllosen Familien und endend bei der einen Welt, die, freilich in abnehmender Intensität, unser „Mitgefühl“ auf sich ziehen – wobei zu seiner Zeit Regionen (unterhalb der Nation) noch nicht (resp. nicht mehr) zu den Einheiten gezählt haben, welchen seine Aufmerksamkeit gegolten hat.

6. A priori läßt sich auch nichts darüber sagen, wie tief die Identifikation mit einer Region ausfällt – oder ausfallen müßte, damit sie politisch instrumentalisiert werden kann. Die Rede von „konstruierter“ Identität legt, gerade vor der Folie des Natürlichen, eine gewisse „Flachheit“ nahe. Menschen würden sich danach nur oberflächlich mit dem Raum identifizieren, seinentwegen also keine besonderen Opfer hinnehmen, Zuneigungen auf- oder Anstrengungen erbringen. Andererseits ist nicht ausgemacht, daß diese geringe Belastbarkeit politisch defizitär wäre – es mag schließlich für politische Eliten durchaus reihen (worauf Hegel in seiner Kritik des lautstarken Patriotismus insistiert), wenn BürgerInnen ihre ganz gewöhnlichen Pflichten erfüllen, also sich vernünftig aufführen, diszipliniert zu Werke gehen, anständig miteinander umspringen – und die richtige Partei wählen. Wenn sie dafür einen Mehr-Impuls aus dem Bewußtsein ziehen, Sachse zu sein, dann reicht das.

7. Dagegen steht jenes „essentialistische“ Konzept einer intensiven, nachgerade schicksalhaften Verbindung zwischen Volk und Raum, für das sich die Metapher des *Containers* eingebürgert hat – wobei diese kompakte Vorstellung auch im Gewande eines konstruktivistischen Denkens daher kommen mag (man muß dafür die „lebensweltliche“ Notwendigkeit regionaler Bezüge nur hoch genug ansetzen). Nun steht außer Frage, daß „tiefere“ Gefühle, wirklich belastbare Nahbeziehungen *im* Raum existieren, doch ob sie *wegen* des Raums da sind, ist eine ganz andere Frage. Zum Beispiel ist seit Francis Fukuyamas Analyse der ökonomischen Bedeutung des „Vertrauens“ diese Größe wieder zu politik-analytischen Ehren gekommen.<sup>3</sup> Doch Vertrauen *in* der Region kann aus Gründen resultieren, die mit ihr bestenfalls insoweit etwas zu tun haben, als daß räumliche Nähe den Aufbau vertraulicher Beziehungen erleichtert. Freilich, die spezielle Beziehung zwischen Unternehmen (beispielsweise) würde sich in solchen Fällen eher früheren Geschäften, verwandtem Denken, gemeinsamen Projekten oder schlichter Gewöhnung verdanken – nicht weil sie Sachsen sind, können Firmeninhaber miteinander, sondern weil sie Firmeninhaber zufällig in Sachsen sind (wobei die Bedeutung des räumlichen Faktors – im Gegensatz zum persönlichen – vermutlich zuschends schwindet).

3 Vgl. F. Fukuyama, Trust, New York 1996.

8. Gesetzt den Fall, eine Region würde sich als ideologisch „dichter“ Raum entpuppen, der seine Bewohner nicht nur locker an sich bindet, dann ist damit noch lange nicht gesagt, daß „die“ Politik diese Fixierung als Ressource nutzen könnte. Alles hängt von der *Qualität* dieser Bindung ab. Nicht jede Art von regionaler Politik kann auf jede Art von regionaler Loyalität zurückgreifen. Zum Beispiel: Eine „progressive“ Strategie mit dem Ziel, moderne High-Tech-Verhältnisse zu schaffen und einen Landstrich für den Weltmarkt „fit“ zu machen, wird kaum Anschluß finden an „reaktionäre“ Gefühle, deren Orientierungspunkte in der Vergangenheit liegen, und nostalgische „Verlierer“, die ihre ethnische Besonderheit feiern, sind das falsche Publikum für Fortschrittsappelle. Doch nicht nur *Ideen* laufen auseinander – es gibt auch eine Diskrepanz zwischen Ideen und *Institutionen*. Konkret: Identifikationsprozesse verpuffen, wenn sie Räumen ohne politische Administration gelten – was nützt die vielbeschworene „Aufbruchstimmung“, falls daraus mangels Zuständigkeiten keine Entscheidungen folgen? Ob es eine nachfolgende Institutionalisierung geben kann, steht dahin.

9. Gegen diese Hoffnung – und allgemeiner gegen jeden Versuch einer symbolischen Regionalpolitik, die auf ideologische „Container“-Verhältnisse abzielt – spricht die Erfahrung, daß zumindest regionale *Modernisierungspolitiken* mit relativ „flüssigen“ Lagen rechnen müssen. Regionen sind „poröse“ Gebilde, markiert durch offene Grenzen und vielfältige Transaktionen nach außen. Diese erfolgen unkoordiniert (finden z.B. auf Branchenebene statt) und richten sich nach Kalkülen, die auf lokale Befindlichkeiten keine spezielle Rücksicht nehmen können. So entstehen Räume mit „verschiedenen Geschwindigkeiten“ und fragmentierten Strukturen: Einige Firmen kooperieren weltweit, andere existieren ganz in der Region, zwischen beiden Gruppen mögen zeitweise synergetische Austauschbeziehungen bestehen, ihre Verwertungsinteressen können sich aber auch strikt widersprechen: Alles ist eben in Fluß – im Gegensatz zu jener idyllischen Vorstellung, die seit den Analysen des „dritten Italien“ von Piore/Sabel<sup>4</sup> das Bild bestimmen: charakterisiert durch ein regionales Modernisierungsbündnis, welches stabile Verhältnisse garantiert, eng kooperierende Firmen, Banken und Verwaltungen unter seinem Dach vereint, auf gewachsenen Vertrauensbeziehungen ruht usw. Kurzum: Moderne Regionen wären „Vektoren“, nicht „Produkte“, daher weder symbolisch repräsentier- noch politisch steuerbar.

10. Diese Zusammenfassung gibt wieder, was teils in den verschiedenen Tagungsbeiträgen, die hier abgedruckt sind, festgehalten worden ist, teils in

---

4 Vgl. M. Piore/ C. F. Sabel, *The Second Industrial Divide*, New York 1990.

den anschließenden Diskussionen eine Rolle gespielt hat. Sie reflektiert einen Ausschnitt der einschlägigen Forschung – im wesentlichen den mit politikwissenschaftlichen Hintergrund. Das äußert sich vor allem in einer Tendenz: regionale Identifikationsprozesse als *strategisches Material* zu betrachten. Was nicht jedem „schmecken“ mag.

---

## Wolfgang Lutz

### Identitätspolitik qua symbolische Regionalpolitik. Das Beispiel Sachsen

#### 1. Zur Fragestellung

Der Titel meines Vortrags wird eine Reihe von Einwänden provozieren. Ich vermute, daß besonders die *Akzeptanz* und *Relevanz* solcher Untersuchungen in Frage steht. So beklagt sich zum Beispiel Grabmann darüber, daß „Forschungen über Bayern (noch?) der Geruch der Provinzialität und der Verdacht der allzu großen Anpassung an politische Herrschaftsverhältnisse anhaftet“.<sup>1</sup>

Das dürfte im Falle sozialwissenschaftlicher Forschungen, die sich mit Sachsen beschäftigen, nicht anders sein. Man setzt sich leicht dem Mißverständnis aus, daß es sich um bloße Hilfestellungen für politisch gesteuerte Strategien des Regionalmarketings mit eindeutig ideologischer Note handelt, daß Wissenschaft hier als Magd der Politik agiert.

Zugegeben, zu solchen Mißverständnissen gibt es durchaus Anlaß. Verwiesen sei nur auf die kürzlich von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung herausgegebene Verlagsbeilage unter dem Titel „Innovationsstandort Sachsen“, an der sicher auch Wissenschaftler mitgewirkt haben. Wir finden hier unter anderem die folgenden Überschriften:

- „Land der Tüftler. Sachsen behauptet sich als ostdeutsche Technologieregion“,
- „Tätig und industriös. Unternehmerische Tradition und Innovationsfreude zeichnen den Freistaat aus“,
- „Blick zurück nach vorn. Städtebauliche Tradition und unternehmerische Innovation in Dresden“.<sup>2</sup>

Angesichts eines solchen doch etwas getriebenen „Blickes zurück nach vorn“ scheint ernstzunehmender Wissenschaft nur ein Weg zu bleiben, nämlich, sich um die ideologiekritische Dekonstruktion dieses „falschen“, von politischen Funktionseleiten in manipulativer Absicht erzeugten, Bewußtseins zu bemühen.

---

1 B. Grabmann, Ethnizität und kollektive Identität in Schottland und Bayern, in: R. Hettlage u.a. (Hrsg.), *Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Region, Nation, Europa*, Opladen 1997, S. 163.

2 Verlagsbeilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 118, 22. Mai 2001.

Dennoch haben wir versucht, im Teilprojekt A6 des Sonderforschungsbereichs 417 einen anderen Weg zu gehen, einen Weg jenseits politischer Hilfestellung und ideologiekritischer Zerstörung. Es geht uns um die Untersuchung des Konstruktionsprozesses regionaler Identität im politischen Diskurs am Beispiel Sachsen, also um die Frage, welche Leitmodelle der Region von der politischen Elite als Angebote zur Identitätsstiftung entwickelt werden.

Dabei interessieren uns vor allem:

- die *Kontexte* (welche Interessen „bedient“ werden),
- die *Akteure* (welche Absichten/Ziele zugrunde liegen),
- die *Diskurse* (welche diskursiven Techniken der Identitätskonstruktion verwandt werden).

In diesem Zusammenhang grenzen wir uns ab vom Standpunkt „bloß symbolischer Regionalpolitik“, der in dieser Art von Politik nichts anderes als Regionsrhetorik sieht, mit der die Machtlosigkeit regionaler Eliten im Zeitalter der Globalisierung symbolisch kompensiert werden soll. Allerdings folgen wir auch nicht der naheliegenden Reduktion regionenbezogener Identitätspolitik auf Imagepolitik<sup>3</sup>, wie sie etwa in der Frage „Wie kann man Sachsen besser verkaufen“<sup>4</sup> zum Ausdruck kommt.

Nach unserer Auffassung ersetzt symbolische Regionalpolitik zwar nicht „harte“ regionale Strukturpolitik, aber sie ist deshalb nicht dysfunktional oder gar antimodern. Es geht darum, die endogenen Humanressourcen von Regionen zu erschließen.

Das dem Projektansatz zugrundeliegende Verständnis symbolischer Regionalpolitik soll in *drei Schwerpunkten* entwickelt werden, wobei den Überlegungen jeweils eine These vorangestellt wird. Zunächst will ich auf die Frage eingehen, welchen Platz das Konzept symbolischer Regionalpolitik im Rahmen der politikwissenschaftlichen Suche nach einem zeitgemäßen Ansatz regionaler Politik einnehmen könnte.<sup>5</sup>

3 Siehe S. Bleier, Identitätsmarketing in künstlichen Gebilden. Die Fälle Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, in: W. Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 205-230.

4 Siehe K. Biedenkopf, Standortmarketing. „Wie können wir Sachsen verkaufen?“, in: H. J. Schmengler, Marketing-Praxis. Jahrbuch 1999, Düsseldorf 1999, S. 91-97.

5 Dabei sei allerdings vorab vor zu viel Euphorie gewarnt, was die Möglichkeiten der Einigung auf *ein* Konzept der Region bzw. Regionalpolitik betrifft. Wie Rohe hervorhebt, hat die Politikwissenschaft bis heute keinen einheitlichen Begriff der Region entwickelt, geschweige denn eine Theorie der Region bzw. der Regionalpolitik (vgl. K. Rohe, Die Region als Forschungsgegenstand in der Politikwissenschaft, in: G. Brunn (Hrsg.), Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996, S. 105).

## 2. Rationale Regionalpolitik ohne Regionalbewußtsein? Einordnung des Problems in aktuelle politikwissenschaftliche Debatten

Die Ausgangsthese lautet:

*Vorstellungen einer rationalen Regionalpolitik ohne Regionalbewußtsein<sup>6</sup> laufen auf eine technokratische Politik hinaus, der es nicht gelingt, die Bewohner mitzunehmen. Symbolische Regionalpolitik setzt an diesem Defizit an. Als spezifische Mobilisierungsstrategie versucht sie, die aus den systemischen Modernisierungserfordernissen resultierenden Verhaltensstandards mit den lebensweltlichen Orientierungsbedürfnissen kurz zu schließen.*

Beginnen will ich mit einem naheliegenden Einwand. Er beruft sich auf eine weithin akzeptierte Bestimmung des Politischen als Handeln im Feld des Symbolischen.<sup>7</sup> Politische Macht ist zu wesentlichen Teilen Symbolmacht, Kampf mit und um Symbole. Gerade weil und insofern Politik auf die Herstellung eines gemeinsamen Willens zielt, schließt sie immer symbolische Handlungen, rituelle Akte ein. Insofern, so lautet der Einwand, ist dieser Begriff der symbolischen Regionalpolitik trivial, denn er rekurriert nur auf das, was sowieso schon jeder weiß. Tatsächlich muß der Begriff – abgehoben von diesem allgemeinen Verständnis, mit dem lediglich ein Wesenszug jeglicher Politik akzentuiert wird – etwas Spezifisches meinen. Also: worin besteht seine Leistungsfähigkeit?

Zunächst lenkt er den Blick auf die mit dem *Raum* verbundene Symbolik. Unter dem Stichwort „symbolische Regionalpolitik“ rückt die Raummetaphorik in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Ganz in diesem Sinne lassen sich raumbezogene Identitätsmuster als Aspekte der Stabilisierung von Macht untersuchen. Es geht um die Frage, inwieweit Raumabstraktionen und -bilder als Elemente von Ordnungspolitik in modernen Gesellschaften fungieren.

Je nach normativem Hintergrund kann man sich dann um die schonungslose Kritik dieser verräumlichenden Ordnungsmuster bemühen oder die Funktionalität dieser diskursiven Techniken, ihre unerläßliche Aufgabe bei der Kompensation von Modernisierungsrisiken betonen. Letzterer Standpunkt scheint mir etwa von Weichhart vertreten zu werden. Er unterscheidet bei der Ausbildung raumbezogener Gruppenidentität zwei Typen, interaktive und symbolische Vernetzungen. Mit dem Begriff symbolische Gemeinschaft ist gemeint, „daß sich das Individuum die spezifischen Wertvorstellungen und Symbole des betreffenden Sozialsystems zu eigen

6 Siehe zu dieser Auffassung unter anderem B. Werlen, Die Gesellschaftliche Konstruktion der Region. Vortrag im Rahmen eines Kolloquiums des SFB 417. Leipzig 2000.

7 Vgl. H. Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1981.

macht, ohne daß gleichzeitig ein spezifischer und weiterreichender Interaktionszusammenhang mit anderen Gruppenmitgliedern besteht.“<sup>8</sup> Den Nutzen dieses symbolischen Gruppenzusammenhangs sieht Weichhart in der Identitätssicherheit, im Gefühl sozialer Geborgenheit. Daraus folgert er, daß raumbezogene Symbole ein wichtiges Medium der Ausbildung und Festigung von Gruppenkohärenz sind. Allerdings wird im gleichen Atemzug betont, daß solche symbolischen Gemeinschaften besonders anfällig sind für die Manipulation bzw. Außensteuerung, sie politischen Institutionen als Medium der Machterhaltung dienen.<sup>9</sup>

Ich kann diesem Standpunkt weitgehend folgen. Eine Frage stellt sich aus meiner Sicht aber dennoch: Ist die Funktion solcher symbolischen Inszenierungen zu reduzieren auf die kompensatorische, das heißt die Sicherung von Gruppenkohärenz und emotionaler Geborgenheit in einer entgrenzten Welt? Aus unserer Sicht bedarf diese Kompensationshypothese der Ergänzung. Unser weitergehender Vorschlag lautet: Symbolische Regionalpolitik stellt eine spezifische Mobilisierungsstrategie dar und ist insofern als Teil einer neuartigen Modernisierungsstrategie zu begreifen.

In Zusammenhang mit dieser These ist an eine weitere Diskussion in den Sozialwissenschaften, speziell der Politikwissenschaft, anzuschließen. Es geht um die Debatte zur Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik. Bekanntlich gibt es bereits seit den achtziger Jahren in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Umstrukturierung alter Industrieregionen eine Reihe von Versuchen, neue Formen der Regionalisierung zu initiieren.<sup>10</sup> Diese Debatten mündeten in den neunziger Jahren in synthetisierenden Versuchen, ein gänzlich neues Konzept von Regionalpolitik zu entwickeln, wozu sich besonders A. Benz, D. Fürst und andere verdient gemacht haben.

Ich kann die Etappen dieser Debatte hier aus Platzgründen nicht im einzelnen nachzeichnen.<sup>11</sup> Es soll nur schlagwortartig an die Ergebnisse der Diskussion erinnert werden. Unter regionaler Politik wird eine neue Form von Politik verstanden, die folgende Merkmale aufweist:

1. Die Region wird vom Objekt zur Arena bzw. zum Subjekt der Strukturpolitik („Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik“).

8 P. Weichhart, *Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*, Stuttgart 1990, S. 68.

9 Ebenda, S. 67ff.

10 Siehe F. Lehner/F. Schmidt-Bleek/H. Kilper (Hrsg.), *Regiovisionen. Neue Strategien für alte Industrieregionen*, München und Mering 1995.

11 Siehe D. Fürst, *Region in der Regionalpolitik – eine wirtschaftspolitische Sicht*, in: G. Brunn (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa* (Anm. 5), S. 69-83.

2. Diese neue Regionalisierung wird als Aspekt der ökonomischen und politischen Modernisierung aufgefaßt (sie unterscheidet sich von der rückwärtsgewandten Ethnisierung).

3. Im Regionsverständnis kommt es zu einem Paradigmenwechsel von politisch-administrativen Räumen zu regionalen kooperativen Netzwerken (die Regionalpolitik liegt quer zur Einteilung in Gebietskörperschaften und ist schwach institutionalisiert).

4. Regionale Politik bedeutet eine dreifache Grenzüberschreitung:

- zwischen den traditionellen Fachressorts der Politik,
- zwischen öffentlichen und privaten Akteuren,
- zwischen Land und Kommunen.<sup>12</sup>

Die Frage ist nun, welchen Platz die Thematisierung regionenbezogener Identifikationsprozesse in diesem Konzept von Regionalpolitik hat. Nach unserer Ansicht wird regionale Identität hier eher beiläufig in Zusammenhang mit den sogenannten „weichen“ Standortfaktoren erwähnt. „Regionalisierung“, heißt es, „ist auch als eine (...) Gratwanderung zu begreifen, in der intermediäre Akteure ‚harte‘ und ‚weiche‘ Steuerungsinstrumente in immer neuer Kombination nutzen müssen“.<sup>13</sup> Es gehe darum, interne Vernetzungen herzustellen und zu stabilisieren, um die Transaktionskosten zu reduzieren: „Solche vernetzten wirtschaftlichen Strukturen bedürfen eines passenden politischen und kulturellen ‚Milieus‘, das Kommunikation, Kooperation und Innovation fördert. (...) die Identifikationsmöglichkeiten in einem Raum sind entscheidend dafür, in welchem Maße die Wirtschaft in einer Region Strukturen entwickeln kann“.<sup>14</sup> Weiter heißt es: „Gemeinsame Erfahrungshintergründe in Regionen, gemeinsame Zuständigkeitsräume und regionale Identitäten begünstigen die Stabilisierung von Kooperation und den Aufbau von Vertrauen, welches das ‚soziale Kapital‘ (...) von Netzwerken bildet“.<sup>15</sup>

Es handelt sich insgesamt gesehen jedoch eher um in den Text eingestreute Nebenbemerkungen als um systematische Ausführungen. Kritikwürdig ist aus meiner Sicht vor allem, was Weller als generelles Manko vieler politikwissenschaftlicher Untersuchungen ansieht, nämlich, daß (regionale) Identität hier nur als unabhängige Variable betrachtet, also vor-

---

12 Vgl. A. Benz/E. Holtmann (Hrsg.), Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer, Opladen 1998; A. Benz/D. Fürst/H. Kilper/D. Rehfeld, Regionalisierung. Theorie – Praxis – Perspektiven, Opladen 1999; F. Havighorst, Regionalisierung der Regionalpolitik, Hamburg/Münster 1998.

13 A. Benz u.a., Regionalisierung (Anm. 12), S. 111.

14 A. Benz/E. Holtmann (Hrsg.), Gestaltung regionaler Politik, Opladen 1998, S. 104.

15 A. Benz u.a., Regionalisierung (Anm. 12), S. 43.

ausgesetzt wird. Konstatiert wird von ihm bezogen auf sein Fachgebiet ein Desinteresse an den Identität konstituierenden Faktoren.<sup>16</sup>

Diese Defizite im referierten Regionalisierungsansatz sind aus unserer Sicht jedoch nicht zufällig – sie hängen mit der gewählten netzwerktheoretischen bzw. steuerungstheoretischen Perspektive zusammen. Worin besteht der „binde Fleck“ dieser Ansätze?

Zum einen: Obwohl andere Regionalisierungsmotive (wie das Demokratieproblem) erwähnt werden, geht es in diesem Ansatz der Regionalpolitik primär um wirtschaftliche Modernisierungsprozesse (um regionale Strukturpolitik), was den Blick für politische Handlungsfelder einschränkt. Das Modell bleibt weitgehend im elitentheoretischen Rahmen. Die Handlungskoordination und -aktivierung „relevanter Akteure“ in der Region steht im Mittelpunkt des Interesses.

Zudem ist die anvisierte regionale Zusammenarbeit eher problem- und projektbezogen und in der Regel schwach institutionalisiert. Das Problem besteht unter anderem darin, wie man diese Netze auf Dauer stellen kann – Voraussetzung dafür, daß sie ihre identifikatorische Wirkung entfalten. Wie die Akteure selbst einräumen, bilden Netzwerke eher funktionale Zweckbündnisse aus, denen die soziokulturelle Bindung der Bevölkerung fehlt. Das bedeutet: Mit Gebietskörperschaften kann man sich identifizieren, nicht aber mit eher im Hintergrund agierenden regionalen Netzwerken.<sup>17</sup>

Aus demokratietheoretischer Sicht nicht unproblematisch ist auch die vorgeschlagene Auslagerung der Regionalpolitik aus gebietskörperschaftlichen Strukturen in die Sphäre der Subpolitik. Sie begünstigt Tendenzen der Entpolitisierung der Entscheidungsprozesse. Es besteht die Gefahr, daß sich Politik in Form technokratisch verkürzter Politik der öffentlichen Kontrolle entzieht.<sup>18</sup>

Diese Bemerkungen legen die Schlußfolgerung nahe, daß gerade hinsichtlich der akzeptanzsichernden Funktion der Region als politisches Handlungsfeld – also im Hinblick auf ihre legitimationspolitische Funktion – die Regionen im Sinne regionaler Netzwerke überfordert sind. Im übrigen: Auch für die Hoffnung, daß diese Art von Region im umfassenden Sinne politischen Subjektstatus zu gewinnen vermag, scheint wenig Veranlassung zu bestehen. Dazu fehlt ihr als lose Interessenaggregation nicht nur die institutionelle Basis und die Legitimation, sondern auch das mobilisie-

---

16 C. Weller, Kollektive Identität in der internationalen Politik. Anmerkungen zur Konzeptualisierung eines modischen Begriffs, in: W. Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 249ff.

17 Vgl. A. Benz u.a., Regionalisierung. (Anm. 12), S. 131.

18 Ebenda, S. 150.

rende Potential über eliteninterne Netzwerke hinaus. Die angesprochenen Defizite verweisen auf die Notwendigkeit symbolischer Regionalpolitik.

Ohne symbolische Regionalpolitik bleibt ein Problem unlösbar, das von Blotevogel und anderen wiederholt angesprochen wurde. Es geht um die Frage, wie sich politische Aktivitätsregionen mit lebensweltlichen Regionalisierungen, also mit „Wahrnehmungs- und Identitätsregionen“ vermitteln lassen.<sup>19</sup> Die Aufgabe symbolischer Regionalpolitik ist es gerade, die systemischen Modernisierungserfordernisse mit den lebensweltlichen Orientierungsbedürfnissen von Individuen zur Deckung zu bringen.<sup>20</sup>

Daß hier ein Problem vorliegt, wird aus jüngsten EMNID-Umfragen deutlich. Den Sachsen ist nämlich laut diesen Umfragen eine Politik des Abbaus der Arbeitslosigkeit und der sozialen Sicherheit wichtiger als eine Politik zur Förderung von Wissenschaft, Technik und Bewahrung der Umwelt. Das heißt, die für die Modernisierung einer Region zentralen Eckpunkte Wissenschaft, Technik und ökologische Erneuerung haben im Alltagsbewußtsein der Menschen in Sachsen nur nachgeordnete Bedeutung.<sup>21</sup>

Es zeigt sich, daß man die mentalen und kognitiven Qualitäten, die Verhaltensstandards, die für den Modernisierungsprozeß auf Seiten der Teilnehmer erforderlich sind, eben nicht voraussetzen kann – jedenfalls nicht in Sachsen. Insofern müssen sich beide Konzepte – Region gefaßt im Sinne kooperativer Netzwerke und Region im Sinne symbolischer Regionalpolitik – auch nicht notwendig ausschließen. Etwas selbstbewußter formuliert: Wir fangen dort an, wo andere Ansätze der Regionalpolitik aufhören.

Damit komme ich zu einem weiteren Schwerpunkt.

### 3. Regionenbezogene Identitätspolitik als Imagepolitik? Kontexte des sächsischen Identitätsdiskurses

Die These ist:

*Trotz fließender Übergänge zu regionalen Marketingstrategien zielt regionenbezogene Identitätspolitik nicht primär auf Verkauf, sondern auf Herstellung. Es geht um die Produktion von Subjekten als Adressaten und Träger von Modernisierungsprozessen, um die Formierung des modernen, eigenverantwortlich handelnden Selbst. Insofern erweist sich Identitätspolitik*

19 Vgl. H. H. Blotevogel, Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsgegenstand der Geographie, in: G. Brunn (Hrsg.), Region (Anm. 5), S. 44ff.

20 Ich stütze mich dabei auf eine entsprechende These von Ipsen (vgl. D. Ipsen, Region zwischen System und Lebenswelt, in: G. Brunn [Hrsg.], Region [Anm. 5], S. 112-118).

21 Vgl. Sommerbarometer für Sachsen. EMNID-Umfrage im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Juli 2000.

*tik als Teil eines neuartigen Machtdispositivs. Es handelt sich um eine Entwicklung weg von rigiden staatlichen Steuerungsverfahren hin zu Techniken der Selbststeuerung.*<sup>22</sup>

Dabei gehe ich mit Assmann<sup>23</sup> davon aus, daß Identitätspolitik besonders in Zeiten sozialer und politischer Umbrüche, in denen bisher selbstverständliche Handlungsorientierungen brüchig werden, greift. Anders gesagt: Identität wird als gefährdete und somit wiederherzustellende Identität zum sozialen Problem und damit zum Gegenstand politischer Einflußnahme. Unter „regionenbezogener Identitätspolitik“ sollen deshalb nur solche politischen Aktivitäten verstanden werden, die in mehr oder weniger direkter Weise auf Identifikation mit der Region abzielen und sich dabei spezifischer symbolisch-diskursiver Verfahren bedienen. Dieser Begriff wäre abzuheben von nichtintendierten identifikatorischen Effekten, wie sie beispielsweise mit jeder halbwegs erfolgreichen regionalen Strukturpolitik einhergehen.

Um diese These zu belegen, habe ich die Kontexte und Motive des sächsischen Identitätsdiskurses untersucht. Neben anderen Texten wurde von mir die Textsorte Regierungserklärungen für den Zeitraum 1990–1999 ausgewertet. Ich habe mich also ganz bewußt nicht auf die Analyse der Außenpräsentation (die Imagebroschüren und die Internetpräsentation des Freistaates Sachsen) beschränkt. Ausgewählte Untersuchungsergebnisse sollen hier vorgestellt werden.

Ein erstes Analyseergebnis: In den Regierungserklärungen ist über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ein mehr oder weniger ausgefeilter Identitätsdiskurs, der auf Identitätspolitik in dem von uns oben eingeführten Sinne hindeutet, nachzuweisen. Zu der durch politische Anstrengungen erreichten Erfolgsbilanz zählt der Redner nämlich auch – ich zitiere: „Wir haben (...) – und das ist eine wichtige kulturelle Entwicklung – unsere sächsische Identität wiedergewonnen“.<sup>24</sup>

Ein weiteres Ergebnis: Es konnten zwölf Motive bzw. Kontexte der sächsischen Identitätspolitik in den untersuchten Texten nachgewiesen werden. Salopp formuliert: Der Sachse wird auf zwölf Ebenen hergestellt bzw. stabilisiert:

22 Vgl. zu diesem machtheoretischen Ansatz U. Bröckling/S. Krasmann/T. Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000.

23 Vgl. J. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1997.

24 K. Biedenkopf, *Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen. Rede vor dem Sächsischen Landtag am 8. Dezember 1998*, Dresden 1998, S. 15.

*Erstens* steht die Identitätspolitik in Zusammenhang mit den einschneidenden sozialen Wandlungsprozessen in Ostdeutschland nach der „Wende“: Diese führen zu gravierenden Orientierungsdefiziten bei der vom Umbruch betroffenen Bevölkerung. Es kommt zur Herausbildung einer „negativen Identität“ („Ostdeutscher“), die in massiven Versuchen ausgrenzender Identifikation (Fremdenfeindlichkeit) ihren kompensatorischen Ausdruck findet. Hier will Identitätspolitik gegensteuern, indem das defizitäre Selbstvertrauen dadurch stabilisiert wird, daß ein in der Vergangenheit wurzelndes positives Selbstbild – das Bild des seit jeher weltoffenen, fremdenfreundlichen Sachsen – entworfen wird: „Seit Jahrhunderten“, heißt es beispielsweise, „hat dieses Land Menschen aufgenommen, die ihre Heimat verlassen mußten“.<sup>25</sup>

*Zweitens* fungiert Identitätspolitik in Form des Heimatdiskurses als Mobilitätsbremse: Identitätspolitik soll der Erzeugung besonderer Loyalitäten mit der Region dienen. Konkret geht es in der Nachwendezeit darum, daß besonders die jüngeren Bewohner trotz deutlich schlechterer Entwicklungschancen „im Lande bleiben“. Ohne diese Bereitschaft hier zu bleiben, so wird argumentiert, hat der Aufholprozeß im Osten keine Chance. Zwar wird Verständnis für die Menschen geäußert, die als Pendler oder Auszubildende ihren beruflichen Schwerpunkt in den alten Bundesländern gefunden haben. Es wird aber die Erwartung geäußert, daß sie ihre neu erworbenen Kenntnisse bei Entspannung auf dem Arbeitsmarkt „ihrem Land“ zur Verfügung stellen.<sup>26</sup>

*Drittens* erweist sich Identitätspolitik als Herstellung psychischer Kompetenzen der Bewohner für (nachholende) Modernisierungsprozesse: Vor allem sollen die Menschen dazu ermutigt werden, „etwas zu unternehmen“. Für die Wiederherstellung der Fähigkeit zu Selbstverantwortung und Eigeninitiative – zu DDR-Zeiten massiv verschüttet – wird die sächsische Tradition bemüht: Die Sachsen, erfahren wir, haben sich schon immer durch besonderen Unternehmensgeist ausgezeichnet.<sup>27</sup> Dabei hat die Erzählung zwar die Form der „Wiederherstellung“. Inhaltlich handelt es sich jedoch um einen nach vorn gerichteten Mobilisierungsdiskurs.

*Viertens* stellt Identitätspolitik eine kulturelle Kompensation für Defizite und Lasten des ökonomischen Modernisierungsprozesses dar: Kultur wird im untersuchten Diskurs als das Substantielle, sich über die Zeiten Erhaltende dargestellt, das uns erst erlaubt, den mit der Moderne einhergehenden

---

25 K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 25. Oktober 1991, Dresden 1991, S. 1890.

26 Vgl. K. Biedenkopf, Mitten in Europa. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 8. November 1990, Wiesbaden 1991, S. 30ff.

27 Ebenda, S. 35.

unaufhörlichen Wandel zu ertragen. Das heißt, das Konstrukt kultureller Identität fungiert im politischen Diskurs zugleich als Insel der Kontinuität und der Vertrautheit im Strom der ökonomischen und sozialen Transformationsprozesse.<sup>28</sup>

*Fünftens* kann regionenbezogene Identitätspolitik als Versuch der Abwehr von Homogenisierungszumutungen im Zusammenhang mit „Europäisierung“ und „Globalisierung“ gewertet werden: Die Notwendigkeit der Identitätspolitik wird hier mit dem Hinweis auf Bedürfnisse nach besonderer Sinnstiftung und überschaubaren Lebenseinheiten im stark zentralistisch organisierten, bürokratischen Europa begründet. Sachsen, so die Argumentation, komme mit seiner besonderen Identität diesem Bedürfnis nach Orientierung entgegen. Vor allem auf die für Sachsen spezifische Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur wird in diesem Zusammenhang verwiesen.<sup>29</sup>

*Sechstens* stellt Identitätspolitik sich als Versuch dar, die Defizite hinsichtlich des materiellen Lebensniveaus in Sachsen im Vergleich mit den alten Bundesländern zu kompensieren: Das politische Subjekt wendet sich gegen das aus seiner Sicht unrealistische Ziel der Angleichung der (ökonomisch definierten) Lebensverhältnisse Ostdeutschlands an die Westdeutschlands. Diese Rückstände würden in Sachsen durch viele nichtmaterielle Standortvorteile wie die reiche Kultur, Geschichte und Landschaft des Freistaates ausgeglichen. Die Bereitschaft der Menschen, füreinander da zu sein, sei für die Menschen in Sachsen ebenso wichtig wie die materielle Seite.<sup>30</sup>

*Siebtens* kann Identitätspolitik als Versuch der Verhinderung der Ausprägung einer politisch unerwünschten „Ostidentität“ angesehen werden: Dem politischen Gegner PDS wird vor allem vorgeworfen, daß er an der Vorstellung „Ostdeutschland“ festhält und dazu auffordert, gegen den Westen zusammenzustehen. Diese Versuche der Neuschaffung einer „Ostidentität“ würden dazu führen, daß neue Gräben zwischen Ost und West aufbrechen. Damit würde die auch weiterhin notwendige Bereitschaft zu gesamtdeutscher Solidarität gefährdet. Diesen rückwärtsgewandten Bemühungen wird entgegengehalten, daß Sachsen zwar ein Land in Ostdeutschland sei, es aber bei der Bewältigung der Vergangenheit eigene Wege gehe.<sup>31</sup>

28 Vgl. K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 25. Oktober 1991, Dresden 1991, S. 1889.

29 Vgl. K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 5. Oktober 1995, Dresden 1995, S. 44.

30 Vgl. K. Biedenkopf, Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen (Anm. 24), S. 45 f.

31 Ebenda, S. 16ff.

*Achtens* steht Identitätspolitik in Zusammenhang mit dem sächsischen Modelldiskurs: Gegen die Vorstellung bloßer Angleichungspolitik gewandt, wird betont, daß man einen besonderen sächsischen Weg gehen wolle, das heißt, daß man nicht die Fehler westdeutscher Bundesländer wiederholen, sondern eigene Wegmarken definieren werde. Zur „Identität“ Sachsens gehöre auch, daß es als „*neues*“ Bundesland noch nicht wie die alten Bundesländer unter Besitzstände aufgeteilt ist. Damit könne sich das Land als Vorreiter einer notwendigen Reform der ganzen Bundesrepublik betätigen.<sup>32</sup>

*Neuntens* versucht Identitätspolitik das Wir-Gefühl im Rahmen einer imaginären Gemeinschaft der „Sachsen“ zu stärken: Insofern dient sie der Überbrückung innersächsischer Scheidungen, und das in dreifacher Hinsicht: Einmal geht es um Relativierung der *subregionalen* Differenzen (Vogtland, Erzgebirge, Oberlausitz etc.). Regionale und kulturelle Vielfalt wird zwar als Aspekt sächsischer Identität ausdrücklich hervorgehoben. Die spezifischen Kulturgemeinschaften – wie beispielsweise die Sorben – entfalten aber ihre Besonderheiten nur im Rahmen, und nicht außerhalb der sächsischen Eintheit.<sup>33</sup> Zum anderen wird das Konstrukt „sächsische Identität“ dazu benutzt, um *politische* Differenzen im Innern der politischen Einheit Freistaat Sachsen zu eliminieren. Angesichts der Brisanz der Probleme, die man in Sachsen zu lösen habe, aber auch wegen der Tradition der Runden Tische in Sachsen wird die Opposition zur Mitarbeit am Aufbauwerk Sachsen eingeladen. Politik, so die Selbstdarstellung, solle sich nur noch an Sachfragen, die gemeinsam zum Wohle des Landes zu bewältigen sind, nicht mehr an Parteigrenzen orientieren.<sup>34</sup> Weiterhin geht es um die Auslöschung sozialer Differenzen. Identitätspolitik kann hier als Versuch der Installierung einer imaginären Verantwortungsgemeinschaft jenseits wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge gewertet werden. Zur Verantwortung, wird ausgeführt, gehört immer auch die Verantwortung für diejenigen Mitmenschen, die sich nicht selbst helfen können.<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang wird eine Umpolung sozialen Engagements vom Kollektiv (Staat) auf sogenannte kleine Lebenskreise – die Familie, die Kommune, die Region – gefordert.

*Zehntens* steht Identitätspolitik in Zusammenhang mit Versuchen der Neugestaltung des Bund-Länder-Europa-Verhältnisses: Es geht den regionalen Eliten um die Bewahrung oder Erringung des politischen Subjekt-Status, um (mehr) politische Gestaltungsspielräume. Hier sind auch die

32 Vgl. K. Biedenkopf, Mitten in Europa (Anm. 26), S. 40.

33 Ebenda, S. 62.

34 Ebenda, S. 36.

35 Vgl. K. Biedenkopf, Klarheit und Wahrhaftigkeit. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1994, Dresden 1994, S. 59.

Forderungen nach Dezentralisierung und Regionalisierung einzuordnen. „Europa“, wird formuliert, „hat nur als Europa der Vielfalt und der Regionen eine wirkliche Zukunft.“<sup>36</sup> Dabei ist der politische Akteur, der politischen Subjektstatus gewinnen will, darauf angewiesen, eine besondere Identität der von ihm vertretenen Region und Bewohner zu konstruieren. Insofern hat jede Politik, die mehr sein will als umsetzende Gefolgschaft, Identitätspolitik zur Voraussetzung. Überspitzt formuliert: Der Souverän (das besondere Volk), dessen Interessen man als Politiker repräsentiert, wird durch homogenisierende und differenzierende Identitätspolitik erst geschaffen.

*Elfens* etweist sich Identitätspolitik als politische Aktion zur Förderung des Verkaufs sächsischer Produkte: Der Stolz der Menschen auf ihr Land und dessen Produkte soll als Marketing-Argument genutzt werden.<sup>37</sup> Es geht also um eine bestimmte Vermarktungsstrategie, darum, das Nachfrageverhalten der sächsischen Bevölkerung zu verändern. Darüber hinaus soll diese Verbundenheit der Menschen mit ihrem Land als Argument beim Einwerben von auswärtigen Investoren genutzt werden.

*Zwölftens* schließlich erweist sich Identitätspolitik als Aspekt der Standortpolitik: Ein wesentliches Ziel der von uns untersuchten Regionalpolitik ist die „Standortsicherung“, also das Bemühen, die eigene Region „Sachsen“ als attraktiven Wirtschaftsstandort im Wettbewerb der Regionen um das international fluktuierende Kapital zu präsentieren. Es geht um die Entwicklung eines positiven Images der Region. Identitätspolitik zielt dabei besonders auf die Bewahrung und Akzentuierung sogenannter weicher Standortfaktoren ab. Der Ort der Zukunftssicherung, so die Erzählung, sind die Menschen der Region. Mit seiner reichen Geschichte und seinem Humankapital verfüge Sachsen über viele immaterielle Standortvorteile. „Wir haben“, heißt es wörtlich, „keine Bodenschätze, wir haben kulturelle Schätze.“<sup>38</sup>

Soviel zu den Kontexten des sächsischen Identitätsdiskurses. Fassen wir die Ergebnisse noch einmal unter den Aspekt der Differenz Identitätspolitik – Imagepolitik zusammen.

Wir hatten festgestellt, daß nur die beiden zuletzt genannten Motive direkt auf regionale Marketingstrategien verweisen. Identitätspolitik ist daher

36 K. Biedenkopf, Sachsen ist bereit für die Zukunft. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1999, Dresden 1999, S. 57.

37 Vgl. K. Biedenkopf, Zu einigen aktuellen Schwierigkeiten einiger sächsischer Unternehmen. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 28. März 1996, Dresden 1996, S. 2203.

38 K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland (Anm. 29), S. 40ff.

nicht zu reduzieren auf Außendarstellung, auf Produktwerbung in Hochglanzformat. Sie entfaltet ihre Wirkung vor allem im Feld der „Innenpolitik“, und zwar im spezifischen Sinne der Formierung des individuellen Selbst. Dabei geht sie über das Feld „reiner“ Wirtschaftspolitik weit hinaus. Sie ist in eine Reihe anderer, im engeren Sinne politischer, Kontexte eingebunden. Es geht um Wählermehrheiten, politische Gestaltungsspielräume und soziale/politische Stabilität, einschließlich der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Zudem kann Identitätspolitik nicht in gleichem Maße wie eine Imagekampagne (z.B. „Leipzig kommt“) in Auftrag gegeben werden. Natürlich, das ist ohne weiteres einzuräumen, kann das politische Subjekt eine auf die Region Sachsen bezogene Werbekampagne bezahlen. Dann würde für das Produkt „Sachsen“ dasselbe gelten wie für jedes andere Produkt. Ausgehend von einer Stärken-Schwächen-Analyse wird der Werbefachmann versuchen, sein Produkt mit einem positiven Image auszustatten, das relativ unabhängig von den tatsächlichen Gebrauchswerteigenschaften sein kann. Die Werbefachleute selbst müssen keine emotional positive Beziehung zum Produkt herstellen, es reicht, wenn diese Beziehung beim Adressaten erzeugt wird. Aber – und das verweist auf eine zentrale Differenz – der Politiker kann im Unterschied zum Werbefachmann, aber auch zum Firmeninhaber, wenn es um Identitätspolitik geht, nicht nur im Hintergrund agieren.

Zu glaubwürdiger Identitätspolitik gehören „sich verankernde“ politische Akteure. Ihre Akzeptanz ist davon abhängig, inwieweit sie sich glaubwürdig mit dem Produkt Sachsen und seinen Bewohnern identifizieren. Es handelt sich um öffentliche Akte der Identifikation, die dem Subjekt – das muß gegen den Manipulationsverdacht vorgebracht werden – auf Dauer selbst dann nicht äußerlich bleiben, wenn man einen strategischen Gebrauch der Identitätskonstrukte unterstellt.

Außerdem besitzt Identitätspolitik nicht dieselbe Kurzatmigkeit wie Imagekampagnen, die häufig auf einen zeitlich begrenzten Zeitraum hin angelegt sind. Imagekampagnen werden unter Umständen im bewußten Bruch mit der Tradition inszeniert – auch deshalb behalten sie für den Adressaten ihren erkennbar künstlichen, „gemachten“ Charakter. Politische Identitätskonstruktionen scheinen hingegen zu ihrer Stabilisierung in der Regel der Verlängerung in die Vergangenheit zu bedürfen. Nur so kann der Anschein eherner Dauer erzeugt werden – Voraussetzung dafür, die reflexive Distanz zum Verschwinden zu bringen und den Konstrukten Eingang in die Tiefensehichen des Selbst-Bewußtseins zu verschaffen.

Der letzte Gedanke leitet zu einer weiteren Frage über, mit der ich meinen Vortrag abschließen will.

#### 4. Umstellung regionaler Identitätskonstruktion von der Vergangenheit auf die Zukunft? Zur Rolle der Ethnisierung

Ausgegangen wird von folgender These:

*Um die auf die Bewältigung der Zukunft gerichteten modernen Verhaltenszumutungen lebensweltlich anschlussfähig zu machen, werden spezifische diskursive Techniken der Identitätskonstruktion verwandt, die in je besonderer Weise mit der Raummetaphorik arbeiten. Es lassen sich unter anderem die folgenden Verfahren unterscheiden:*

- *Ethnisierung („sächsische Volkseigentümlichkeiten“)*
- *Wachstumsdiskurs („Sachsen als Erfolgsraum“)*
- *missionarischer Diskurs („Sachsen als Modellraum“)*
- *Personalisierung („Sachsen als Personalraum“)*
- *retrospektive Argumentation („Sachsen als Geschichtsraum“)*
- *prospektive Argumentation („Sachsen als Zukunftsraum“)*

Dabei dürfte die zuletzt genannte Technik – die prospektive Argumentation – am wenigsten unstritten sein. Als Bestandteil der neuen Regionalisierungspolitik wird in der Literatur relativ übereinstimmend auf die Notwendigkeit der Formulierung zukunftsfähiger Leitmodelle der Region („Regiovisionen“) verwiesen.<sup>39</sup> In diesem Zusammenhang wird eine Umstellung regionaler Identität von der Vergangenheit („historisch gewachsene“ ethnische Identitäten) auf die Zukunft („Programmregionen“) gefordert.

Unseres Erachtens vereinfacht diese Formel das moderne „Region-Making“ aber zu stark. So warnt Blotevogel vor der Vorstellung, man könne Regionen einfach wie ein neues Design auf dem Reißbrett entwerfen.<sup>40</sup>

Auch die bei der Umstrukturierung alter Industrieregionen in Westdeutschland gewonnenen Erfahrungen liefern genügend Anlaß für Skepsis. Selbst von den beteiligten Akteuren wird als Manko dieser Regionalpolitik eingeschätzt, daß sie am wenigsten diejenigen erfaßt, die unmittelbar vom Strukturwandel betroffen sind. Zum Teil handele es sich um Paukenschlagsprojekte, die in ihrer Breitenwirkung beschränkt seien. Offen sei die Frage, wie es gelingen könne, die Menschen in die Zukunft mitzunehmen.<sup>41</sup>

Insofern ist es zwar unstrittig, daß ethnische Identitätskonstrukte einen zu engen Rahmen für die Begründung moderner Regionalpolitik liefern.

39 Vgl. F. Lehner u.a., Regiovisionen. Neue Strategien für alte Industrieregionen, München und Mering 1995.

40 Vgl. H. H. Blotevogel, Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“ (Anm. 19), S. 44-68.

41 Vgl. F. Lehner u.a., Regiovisionen (Anm. 39), S. 118ff.

Andererseits aber liegen beim Konzept der Regiovisionen technokratische bzw. imagepolitische Verkürzungen nahe.

Aus diesem Befund läßt sich schlußfolgern: Um eine verhaltenswirksame Wirkung zu erzielen, müssen Regiovisionen auf persönliche Eigenschaften heruntergebrochen und in die Vergangenheit hinein verlängert werden. Insofern entfaltet die prospektive Argumentation ihre mobilisierende Kraft nur im Kontext anderer Verfahren der Identitätskonstruktion, die in je besonderer Weise mit Raumbildern und -abstraktionen arbeiten.

Und *ein* Verfahren neben anderen, das in diesem Zusammenhang zur Anwendung kommen kann, ist das *Verfahren der Ethnisierung*. Damit sind nicht „historisch gewachsene Herkunftsgemeinschaften“ gemeint, sondern spezifische diskursive Techniken als Bestandteil des politischen Diskurses. Unter „Ethnisierung“ soll eine bestimmte Art und Weise verstanden werden, eine Verbindung zu „unseren Vorfahren“ und damit eine Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen. Und zwar werden den Bewohnern eines wie auch immer eingegrenzten Raumes relativ stabile, die Zeit übergreifende, vorwiegend positiv besetzte Eigenschaften und Verhaltensweisen zugesprochen, die als typisch für sie gelten (z.B. Stereotype des typisch Sächsischen).

Symptomatisch dafür ist die folgende Textstelle aus der ersten programmatischen Regierungserklärung Biedenkopfs 1990. Auf die Frage, was Sachsen in das geeinte Deutschland einbringt, antwortet der Redner: „Wir bringen das Wichtigste ein, was wir haben, nämlich uns selbst. Unser Land mit seinen Menschen, unsere Geschichte, unseren Unternehmensgeist, unsere Phantasie, unseren Witz (...) Seine Menschen und das Land werden die Identität der neuen Bundesrepublik mitprägen.“<sup>42</sup>

Diese Erzählung typisch sächsischer Volkseigentümlichkeiten – so ein Ergebnis der Untersuchungen – durchzieht den gesamten Textkorpus. Aber, so wäre zu fragen, inwieweit läßt sich diese Ethnisierungsstrategie als Teil einer spezifischen regionalen Modernisierungsstrategie deuten? Die im politischen Diskurs verwendeten Beschreibungen des typisch Sächsischen stellen zwar scheinbar auf tatsächliche Verhaltensweisen des durchschnittlichen Sachsen ab, fungieren in Wahrheit aber als soziale Aktivitätsmatrizen. Vermittels der Form nach deskriptiver Aussagen („der Sachse ist tätig und industriös“) wird ein Sollen formuliert, werden Verhaltensstandards etabliert. Da es sich um positiv konnotierte Eigenschaftskomplexe handelt („der Sachse als Erfinder und Tüftler“), bieten sich diese den Adressaten für die Selbstbeschreibung und damit als Identifikationsthemen an.

---

42 K. Biedenkopf, Mitten in Europa (Anm. 26), S. 35.

Welche Eigenschaften und Verhaltensstandards sind es, die den Adressaten als „typisch sächsisch“ nahegelegt werden? Auf diese Frage kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Nur soviel sei gesagt: Gelobt werden die „Sächsinen und Sachsen“ besonders für „ihren Mut, ihre Initiativen, ihren Fleiß, ihre Beharrlichkeit und ihre Zuversicht“. Sachsens Erfolge, wird herangestellt, sind auf die besondere Einsatzbereitschaft der Menschen in Sachsen zurückzuführen.<sup>43</sup>

Insbesondere aber eine sächsische Volkseigentümlichkeit wird vom politischen Subjekt immer wieder in den Vordergrund gerückt: Es geht um die Bereitschaft der Menschen, sich auf tiefgreifende Veränderungen einzustellen. Hervorgehoben wird der Mut der Sachsen zum Neuen, ihr Wille, sich umzustellen, sich neues Wissen und Qualifikationen anzueignen, ohne deshalb alles Neue kritiklos zu übernehmen.<sup>44</sup> Anlässlich des fünften Jahrestages der Neugründung des Freistaats Sachsen wird bilanziert: „Die Menschen haben in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzung der letzten fünf Jahre Kraft, Mobilität, Experimentierfreude, Wagemut und Mut zur Selbständigkeit bewiesen.“<sup>45</sup> In späteren Texten werden die Menschen dann zu noch mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung aufgefordert. Entscheidend, wird in einer Rede hervorgehoben, „ist die Bereitschaft von Menschen, selbst etwas zu unternehmen, aktiv zu werden, Risikobereitschaft zu entfalten“. Wir brauchen, heißt es weiter, „mehr Selbständigkeit, Unternehmmergeist und freie Entfaltung im wirtschaftlichen Bereich“.<sup>46</sup>

Deutlich wird: Bei den zugeschriebenen bzw. geforderten Verhaltenseigenschaften des „typischen Sachsen“ geht es im Kern um Tugenden des modernen, flexiblen, selbstverantwortlich handelnden Menschen, der als „Unternehmer seiner selbst“ agiert.

Insofern ist der Identitätsdiskurs direkter Bestandteil einer spezifischen regionalen Modernisierungsstrategie, gerichtet auf die Mobilisierung der Bewohner.

Dabei sei allerdings vor jeder Blauäugigkeit, was die Wirkung dieses Diskurses auf die Adressaten betrifft, gewarnt. Letzteres zu untersuchen, wird weiterführenden Forschungen vorbehalten sein müssen.

---

43 Vgl. K. Biedenkopf, Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen (Anm. 24), S. 4.

44 Vgl. K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1992, Dresden 1992, S. 3753.

45 Vgl. K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland (Anm. 29), S. 5f.

46 K. Biedenkopf, Sachsens gerader Weg. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 24. Juni 1999, Dresden 1999, S. 4 f.

---

## Michael Keating

### Imagining the Region. Symbole und Stereotype in Katalonien und Galicien<sup>1</sup>

#### Der neue Regionalismus

Seit den achtziger Jahren ist eine wesentliche Veränderung im Denken über Regionalentwicklung in Europa zu beobachten.<sup>2</sup>

Die Politik in der Nachkriegsära basierte im allgemeinen auf staatlicher Führung/Planung sowie auf Befugnissen des Staates zur Umverteilung öffentlicher und privater Investitionen aus wirtschaftlich starken in unterentwickelte Regionen. Die hauptsächlichen Instrumente dafür waren Infrastrukturförderung, steuerliche Entlastung sowie Planungskontrolle. Dieser Ansatz geriet in den siebziger Jahren in die Kritik und machte seit den neunziger Jahren einer stärker auf Wettbewerb ausgerichteten Orientierung Platz. Mit ihr waren die Regionen gezwungen, ihren eigenen Platz in der europäischen und globalen Wirtschaftsordnung zu suchen. Diese neuen Politikansätze trugen sowohl den Veränderungen der Umstände als auch dem gewandelten wissenschaftlichen Verständnis Rechnung. Die wichtigste Veränderung war, daß die Regionen den globalen und europäischen Märkten ausgesetzt waren. „Globalisierung“ steht als Abkürzung für ein Bündel von Effekten, darunter die Liberalisierung des internationalen Handels, die Mobilität des Kapitals sowie das Anwachsen transnationaler

- 
- 1 Dieser Vortrag verwendet Material aus folgenden Veröffentlichungen: M. Keating, Rethinking the Region. Culture, Institutions and Economic Development in Catalonia and Galicia, in: *European Urban and Regional Studies*, 8 (2001) 3, S. 217-234; M. Keating, Reconsideración da rexión. Cultura, institucións e desenvolvemento económico en Cataluña e Galicia, in: *Grial*, 149 (2000) 37, S. 231-259; M. Keating/J. Loughlin/K. Deschouwer, The Dynamics of Regional Development, o.O. (erscheint demnächst).
  - 2 J. Bachtler, Regional Policy in the 1990s. The European Perspective, in: R.T. Harrison/M. Heart (Hrsg.), *Spatial Policy in a Divided Nation*, London 1993; J. Bachtler, New Dimensions in Regional Policy in Western Europe, in: M. Keating/J. Loughlin (Hrsg.), *The political Economy of Regionalism*, London 1997; P. Cooke/K. Morgan, *The Associational Economy. Firms, Regions, and Innovation*, Oxford 1998; M. Keating, *The New Regionalism in Western Europe. Territorial Restructuring and Political Change*, Aldershot 1998; A. Scott, *Regions and the World Economy. The Coming Shape of Global Production, Competition, and Political Order*, Oxford 1998; M. Storper, *The Regional World. Territorial Development in a Global Economy*, New York/London 1997.

Unternehmen. Dies hat die Fähigkeit der Regierungen zur Regulierung ihrer Wirtschaft ausgehöhlt in einer Welt, in der Investoren, die daran gehindert werden, in den von ihnen bevorzugten Gebieten zu investieren, mit Umsiedlung in Regionen außerhalb des Landes reagieren. Der europäische Markt verstärkt diese Effekte noch, indem er die Regionen zur Konkurrenz um Märkte, Investitionen und Technologie anhält. Mit diesem Teiltrückzug der Staaten sind die Regionen selbst aktiver geworden. Der territoriale Vorteil wird in einer Welt schwächer bindender Ideologien, Klassen und Parteien selbst zum verführerischen Thema der Politiker im Kampf um ihre Wählerschaft.

Die *neuere wissenschaftliche Diskussion* hebt die besondere Bedeutung des Raums hervor. Ältere Ansätze der Regionalentwicklungspolitik zogen den Raum nur als Örtlichkeit im Sinne der Distanz zwischen Märkten, Arbeit und Rohmaterial in Betracht. Die neuen Denkrichtungen hingegen verstehen den Raum als einen Komplex sozialer Beziehungen, Normen, Institutionen und Verständigungsweisen.<sup>3</sup> Sie greifen dabei auf die Literatur der Wirtschaftssoziologie<sup>4</sup> und der *sozialen Konstruktion des Marktes*<sup>5</sup> zurück, um aufzuzeigen, daß hinter wirtschaftlicher Entwicklung mehr steckt als die Ansammlung von Produktionsfaktoren an einem Ort. Der Raum selbst wird zum Produktionsfaktor, so daß eine Investition, die an einem unpassenden Ort getätigt wird, einen ökonomischen Erfolg unwahrscheinlich macht. Ein weiterer Schlüsselbegriff lautet *Soziales Kapital*,<sup>6</sup> womit ein Muster an sozialen Beziehungen und Vertrauen gemeint ist, welches das Ausbalancieren von Kooperation und Konkurrenz sichert sowie die Produktion öffentlicher Güter erlaubt<sup>7</sup> und damit hilft, eines der fortbestehenden Probleme des Marktkapitalismus, die Teilung zwischen individuell-kurzfristiger Rationalität und langfristigen kollektiven Interessen, zu überbrücken. Traditionelle Ansätze der Regionalentwicklung legten Wert auf die Existenz von Austauschbeziehungen, in denen komplementäre Industriezweige ihre Kosten durch örtliche Zusammenarbeit senken; die Politik zur Wachstumsförderung in den sechziger und siebzi-

---

3 J. Agnew, *Place and Politics. The Geographical Mediation of State and Society*, London 1987.

4 R. Swedberg, Introduction, in: R. Swedberg (Hrsg.), *Explorations in Economic Geography*, New York 1993.

5 A. Bagnasco/C. Trigilia, *La construction sociale du marché. Le défi de la troisième Italie*, Cachan 1993.

6 J. Coleman, Social Capital in the Creation of Human Capital, in: *American Journal of Sociology*, 94, Supplement (1988), S. 95-120; R. Putnam, *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.

7 C. Sabel, *Studied Trust: Building New Forms of Cooperation in a Volatile Economy*, in: R. Swedberg (Hrsg.), *Explorations in Economic Geography*, New York 1993.

ger Jahren versuchte, diese im Interesse der Förderung einer selbsttragenden Entwicklung zu begünstigen. Neu ist in den letzten Jahren die Anerkennung von *nicht auf Handel beschränkten wechselseitigen Abhängigkeiten*,<sup>8</sup> die aus der räumlichen Nähe von Erfindern, Produzenten und Zulieferern innerhalb einer Region sowie aus der dadurch geförderten Dichte informeller Kommunikation erwachsen. Dies ermöglicht die Herstellung beständigerer Wachstumsbedingungen und unmittelbarer Formen der Reziprozität. Anders ausgedrückt, es herrscht unter diesen Bedingungen ein weitverbreitetes Vertrauen. Diese „Beziehungs-Wirtschaft“ (*associational economy*) wird als eine Unternehmenskultur dargestellt, die sich vom individualistischen Kapitalismus unterscheidet, indem sie Kooperation und Konkurrenz auf komplexe Weise verflcht.<sup>9</sup> Eine weitere Schlüsselidee ist die der *Lernenden Region*,<sup>10</sup> in der die Innovation von den Regionen selbst getragen wird und die Förderung von Vertrauen und Kooperation die Grundlage für den zukünftigen Erfolg legt. Viele Beobachter haben auch einen Wandel von Produktionstechnologien notiert, in dem die alte Idee des komparativen Vorteils (*comparative advantage*), bei der jede Region einen Platz in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung einnimmt, der des absoluten oder *Wettbewerbsvorteils* gewichen ist.<sup>11</sup>

Als Antwort auf diese ökonomischen, technologischen, politischen und intellektuellen Veränderungen ist die Regionalentwicklungspolitik wieder ins Blickfeld gerückt. Heute tendiert sie zu stärkerer *Dezentralisierung*.<sup>12</sup> Große Bedeutung wird der *Institutionenbildung* beigemessen, wobei die strategische Planung besonders betont wird.<sup>13</sup> Es existiert der weitverbreitete Glaube, daß Institutionen auf der Regionalebene für die Netzwerkbildung von Kooperation notwendig sind, obwohl deren Natur umstritten

---

8 T. Courchene, *Celebrating Flexibility: An Interpretative Essay on the Evolution of Canadian Federalism*, C.D. Institute, Benefactors Lecture 1994, Montreal 1995; M. Storper, *The Resurgence of Regional Economies, 10 Years later*, in: *European Urban and Regional Studies*, 2 (1995), S. 3; K. Morgan, *The Learning Region. Institutions, Innovation and Regional Renewal*, in: *Papers in Planning Research*, 157, Cardiff 1995; P. Cooke/K. Morgan, *The Associational Economy* (Anm. 2).

9 P. Cooke/K. Morgan, *The Associational Economy* (Anm. 2).

10 K. Morgan, *The Learning Region* (Anm. 8).

11 A. Scott, *Regions and the World Economy* (Anm. 2).

12 R. Cappellin, *Una politica regionale nazionale „orientata al mercato“ tra i nuovi modelli organizzativi e federalismo*, in: G. Gorla/O.V. Colonna (Hrsg.), *Regioni e Sviluppo: Modelli, politiche e riforme*, Milan 1995; R. Cappellin, *Regional Development, Federalism and Interregional Cooperation*, in: H. Eskelinen/F. Snikers (Hrsg.), *Competitive European Peripheries*, Berlin 1995.

13 U. Wannop, *The Regional Imperative. Regional Planning and Governance in Britain, Europe and the United States*, London 1995.

ist. Die Politik heute konzentriert sich weniger auf die materielle Infrastruktur als auf die Entwicklung von *human resources*. Die Ausbildungspolitik ist zu großen Teilen dezentralisiert worden, und Schulbildung wird öfter in einer mehr direkten Weise in die Wirtschaftspolitik einbezogen. Außerdem erfahren *Forschung, Entwicklung und Technologietransfer* besondere Aufmerksamkeit. Überall sind Wissenschaftsparks und Kooperationen zwischen Universitäten und der Wirtschaft zu finden. Das Interesse an synoptischer Planung und Intervention im großen Maßstab ist zurückgegangen, man konzentriert sich mehr auf „Steuerung“ und selektive Intervention zur Bereinigung von Marktversagen. Kleine Firmen und die *interne Entwicklung* werden besonders in den Blick genommen, obwohl das Bemühen um die Gewinnung von Investoren wichtig bleibt. Diese neuen Praktiken sind durch EU-Strukturförderprogramme, wissenschaftliche Publikationen und interregionale Kooperation so weit verbreitet worden, daß sie zum neuen Modell der „best practice“ geworden sind.

Während weitgehende Übereinstimmung darüber herrscht, daß deutliche Veränderungen stattgefunden haben, besteht allerdings weniger Konsens bei deren Interpretation und der Erklärung, wie sie zustande kamen sowie der Frage, welche Qualitäten der Regionen erforderlich sind, um an dieser neuen Wettbewerbsordnung teilzunehmen.

## Katalonien

Katalonien gehört schon lange zu den entwickeltsten Regionen Spaniens. Im Mittelalter eine mediterrane Handelsmacht, erlebte es einen zweiten ökonomischen Aufstieg im 18. Jahrhundert, als es das erste industrialisierte Gebiet Spaniens wurde. Innerhalb der Europäischen Union liegt es mit seiner Position im mediterranen Raum und als Tor zur Iberischen Halbinsel relativ zentral. Diese Lage hat nicht nur Kataloniens Handelsbeziehungen, sondern auch seine Kultur als eine Durchgangsregion geformt. In der frühen Phase der Franco-Diktatur litt Katalonien aufgrund seiner Unterstützung der zerschlagenen Republik, aber seit den fünfziger Jahren war es Gegenstand für viele Entwicklungsinitiativen des Regimes, mit der Konsequenz des Zustroms von Immigrantenzugzügen aus Südspanien. In den achtziger Jahren gab es einen schmerzhaften Umstrukturierungsprozeß in den älteren Industrieregionen Spaniens, als die traditionellen Schwerindustrien, häufig in staatlichem Besitz oder subventioniert, reorganisiert wurden. Heute, da dieser Prozeß zum größten Teil beendet ist, hat sich die politische Aufmerksamkeit auf den Wachstumssektor und die kleinen/mittelständischen Betriebe verlagert. Gegenwärtig liegt das katalani-

sche Bruttoinlandsprodukt bei 94 Prozent des EU-Durchschnitts<sup>14</sup>, aber es bestehen noch immer strukturelle Probleme in den alten Industrien, ein Mangel an Dynamik in vielen Firmen und ein starker Bedarf an Investitionen in Technologie, Innovation und Wachstum.

Seit dem „Übergang“ (zum Parlamentarismus ab 1975, d. Ü.) ist Katalonien durch einen Prozeß der Nations- oder Regionsbildung gekennzeichnet, mit dem Imperativ des *fer país*, wie Jordi Pujol, langjähriger Präsident und Führer der moderaten nationalistischen Koalition *Convergència i Unió*, es formulierte. Es liegt darin eine stark ideologische Dimension, insofern die dominierenden Kräfte versuchen, Katalonien ihre eigene Vision aufzudrängen und es zum Bezugsrahmen für politischen und sozialen Wandel zu machen. Diese Vorstellungen gründen auf bereits vorhandenen Elementen der Sozialstruktur und umfassen Institutionen, Kultur und Wirtschaftsentwicklung in einem breitangelegten Wandlungsprojekt. Einige Elemente dieses Projekts werden von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt, während andere umstritten sind.

#### *Kultur und Identität*

Katalonien hat einen sehr starken Sinn für Identität als Minderheitennation innerhalb Spaniens, aber der Separatismus ist relativ schwach, verglichen zum Beispiel mit dem Baskenland. Die katalanische Identität ist stark verknüpft mit der Sprache, die von 94 Prozent der Bevölkerung verstanden und von 68 Prozent gesprochen wird.<sup>15</sup> Die Sprache hat einen hohen sozialen Status, da sie von den Mittelschichten nie aufgegeben wurde und eine bedeutende Wiederentdeckung im 19./20. Jahrhundert erfuhr. Das Katalanische ist folglich ein wichtiger Faktor für Gruppenidentität und sozialen Zusammenhalt, ohne unüberwindliche Barrieren zwischen den katalanischen Bevölkerungsgruppen zu errichten. Sein positives Image und seine Verbindung mit der Geschichte Kataloniens als eine nach außen gerichtete Handelsnation begünstigen ebenfalls seinen Gebrauch als Instrument der Modernisierung. Gleichzeitig versucht eine energische Politik der Sprachnormalisierung, Katalanisch zum Hauptmittel der sozialen Kommunikation zu machen. Sein Gebrauch in der Schule wurde noch ausgeweitet. Die Idee ist, daß alle Kinder die katalanische, die kastilische und eine dritte Sprache beherrschen sollten, so daß sie in der Lage sind, gleichermaßen zu Hause und in der spanischen und europäischen Arena zu operieren. Es herrscht eine extensive Politik zur Förderung und Subventionierung des Katalanischen in den Medien und den Künsten. In mancher Hinsicht war diese Kul-

14 Durch Anhebung des Leistungsstandards.

15 Generalitat de Catalunya, *El coneixement del català. Anàlisi de les cens lingüístic de 1991*, Barcelona 1997.

turpolitik ein Erfolg, denn die Sprachkompetenz im Katalanischen ist stark angestiegen.

Ihre Grenzen werden jedoch nach wie vor durch die Welt der Ökonomie gezogen. Katalanisch wird eher selten im Bereich des Geschäfts benutzt. Wegen der starken sozialen/politischen Unterstützung der Sprache waren die Unternehmer zwar zurückhaltend in ihren kritischen Äußerungen gegenüber der Sprachnormalisierungspolitik, aber sie haben sich den Forderungen widersetzt, ihre Produkte in Katalanisch zu kennzeichnen oder das Katalanische im Ausland zu pflegen. Dies mag von der Beobachtung herühren, daß Katalanisch im Rest Spaniens negativ wahrgenommen wird und deshalb die Marktaussichten verschlechtern könnte.

Die katalanische nationale Identität ist ausreichend offen für Zuzügler; sie besitzt eine hohe Integrationsfähigkeit, ohne die Gesellschaft nach außen abzuschließen. Wer sich aufmerksam in Katalanien umsieht, macht unweigerlich Bekanntschaft mit zwei weiteren Auto-Stereotypen. Das erste handelt von katalanischem Geschäftssinn und Unternehmergeist. Das andere beinhaltet den Hang zum Paktieren und zum Kompromiß sowie die Tradition des *seny*,<sup>16</sup> letztere ist grob zu vergleichen mit den mythischen angelsächsischen Tugenden von common sense, praktischer Klugheit und Moderation. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Katalanen geringfügig mehr zu geschäftlichen Werten neigen als die Leute anderswo in Spanien und daß sie stärker säkularisiert sind.<sup>17</sup> Fest steht, daß sie das von sich selbst glauben. Umfragen von 1976 und 1992 zeigten, daß die Katalanen ihren wirtschaftlichen Erfolg nicht mit natürlichen Vorteilen oder staatlichen Hilfen erklären, sondern mit dem Charakter der Leute.<sup>18</sup> Katalanen sehen sich selbst als unternehmerischer und härter arbeitend als andere spanische Menschen an.<sup>19</sup> Allerdings neigen sie weniger dazu, sich individuell diesem Stereotyp entsprechend zu charakterisieren, als dies auf die Katalanen als Gruppe anzuwenden. Dies läßt vermuten, daß das Stereotyp ein konstruiertes kollektives Image ist und instrumentell benutzt wird. Außenstehende tendieren dazu, katalanischen Attributen eine negativere Interpretation zu geben, sie als verschlossen, geizig und egoistisch zu beschreiben.<sup>20</sup> Die Verteidiger der „paktizistischen“ Interpretation Kataloniens verweisen auf die Tradition der beschränkten Souveränität im Mittelalter und auf die

16 S. Giner u.a., *La cultura catalana: el sagrat i el profà*, Barcelona 1996.

17 F. Orizo/A. Sánchez Fernández, *El sistema de valors dels catalans. Catalunya dins l'enquesta europea de valors dels anys 90*, Barcelona 1991.

18 M. García Ferrando/E. López-Aranguren/M. Beltrán, *La conciencia nacional y regional en la España de las autonomías*, Madrid 1994.

19 J. L. Sangador García, *Identidades, actitudes y estereotipos en la España de las Autonomías*, in: *Opiniones y Actitudes*, 10, Madrid 1996.

20 Ebenda.

komplexen Arrangements zum Ausgleich von sozialen und politischen Interessen. Und sie verweisen auf die Tendenz zu Verträgen seit der Zeit des „Übergangs“. Kritiker hingegen stellen die Polarisierung und Gewaltbereitschaft der katalanischen Gesellschaft in den ersten vier Dekaden des 20. Jahrhunderts heraus. Es existiert sogar ein Gegen-Stereotyp, wiederum fast nicht übersetzbar, das des *rauxa*, was Gefühl und Anfälligkeit für Rebellion bedeutet.<sup>21</sup> Hier sind wir mit der Frage nach einer verwertbaren Vergangenheit konfrontiert. Katalonien hat „paktizistische“ Traditionen, aber es hat auch eine Geschichte des Extremismus, und die Entscheidung, die „paktistische“ Tradition als eine Legitimation der gegenwärtigen Praxis und als ein Mittel zur Behandlung der den katalanischen Verhältnissen inhärenten Konflikte aufzuwerten, ist eine politische und soziale Entscheidung. Sie ist kein automatisches Produkt einer determinierenden Geschichte. Die Praxis des „Paktizismus“, der Annäherung und Konsenssuche bildet einen effektiven Mechanismus nicht nur für die Handhabung des nationalen Konflikts, sondern ebenso für die Bewältigung des regionalen Wandels und der Modernisierung unter den oben genannten Bedingungen.

#### *Sozialstruktur und Institutionen*

Die autonome Regierung Kataloniens, die Generalitat, hat versucht, sich soweit wie möglich vom etablierten staatlichen Verwaltungsnetzwerk abzukoppeln. Namentlich geschah das durch die Errichtung eines eigenen Systems der intermediären Administration, die *comarcas*, um die vier vom Staat anerkannten Provinzen zu umgehen. Auf diese Weise konnte die Generalitat ihren eigenen Entscheidungsspielraum ausbauen und eine auf ganz Katalonien bezogene Vision befördern. Der politische Wechsel hat zusammen mit dem Generationswechsel zur Transformation der Bürokratie der Franco- und Vor-Franco-Zeiten beigetragen.<sup>22</sup> Das soll nicht heißen, daß es keinen Klientelismus gibt. Die zentrale Infrastruktur und die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungsinitiativen unterliegen dennoch nicht vollständig einer klientelistischen Logik. Auf lokaler Ebene hat die Generalitat ein starkes Image aufgebaut, und die Katalanen betrachten sie als effektiver und weniger korrupt als die Zentralregierung.<sup>23</sup>

21 R. Lobo, *La cultura y la lengua, origen y substrato des catalanismo política*, in: X. Bru de Sala u.a., *El Modelo Catalan*, Barcelona 1997.

22 Eine sehr anekdotische und unwissenschaftliche Demonstration dessen ist die Leichtigkeit, mit der ich während der Forschungen zu diesem Projekt Termine mit katalanischen Beamten bekam, als Reaktionen auf Anfragen per Fax. In Südeuropa sind persönliche Beziehungen und Empfehlungen sonst wesentlich.

23 M. García Ferrando/E. López-Aranguren/M. Beltrán, *La conciencia nacional y regional* (Anm. 18).

Katalonien hat eine eigene Zivilgesellschaft, mit einem dichten Netzwerk von Vereinen und Gruppierungen; dennoch stimmt die Selbstwahrnehmung nicht immer mit der Realität überein. Die Europäische Wertestudie vermittelt den Eindruck, daß das Niveau der organisierten Mitgliedschaft niedriger als im Rest Spaniens ist,<sup>24</sup> außerdem sind viele Organisationen leere Hüllen. Zur Zeit des Übergangs existierten aktive soziale Bewegungen, da dies eine Möglichkeit der Mobilisierung in der späten Francozeit war. In den darauffolgenden Jahren jedoch ist diese Energie von den politischen Parteien absorbiert und kanalisiert worden. Die Wirtschaft ist durch ein dichtes Netzwerk von sehr kleinen Betrieben auf der einen Seite und großen multinationalen Firmen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die kleinen Betriebe scheinen dynamischer und flexibler zu sein als anderswo in Spanien, was dem katalanischen Stereotyp des Unternehmertums einige Substanz verleiht.<sup>25</sup> Es gibt eine katalanische Arbeitgeberorganisation, die *Foment de Treball Nacional*, aber, abgesehen vom Namen und den Ursprüngen im 18. Jahrhundert, ist sie weitgehend in die spanische Arbeitgeberorganisation CEOE integriert. Die Arbeitgeberorganisationen waren in den ersten Jahren sehr argwöhnisch gegenüber der Bewegung für politische Autonomie, haben aber nun gelernt, damit zu leben.<sup>26</sup> Auf der Seite der Gewerkschaften agiert die *Comisió Obrera Nacional de Catalunya* (CONC) – das Äquivalent der traditionell kommunistischen spanischen *Comisiones Obreras* (CCOO). Sie besitzt eine gewisse Autonomie und bestreitet Kampagnen zu katalanischen Themen. Die traditionell sozialistische *Unión General de Trabajadores* ist fester in die spanische Mutterorganisation eingebunden. Während dies eine unabhängige katalanische Gewerkschaftsbewegung schwächt, hilft es nichts desto trotz bei der Integration von Einwanderern in die katalanische Gemeinschaft.<sup>27</sup> Die Gewerkschaften sind hier wie im Rest Spaniens weitgehend in das administrative System integriert, verfügen über ausgedehnte Beratungsrechte und ein Netz von sektoralen und lokalen Kollektivvereinbarungen, aber die Mitgliederzahlen sind sehr niedrig; unter acht Prozent der arbeitenden Bevölkerung.

Die Klassenverhältnisse in Katalonien stellen sich ebenfalls paradox dar. Auf der einen Seite, zurückzuführen auf die große Zahl kleiner und

24 F. Orizo/A. Sánchez Fernández, *El sistema de valores dels catalans* (Anm. 17).

25 M. Parellada/G. García, *La doble convergencia de la economía catalana con España y Europa*, in: X. Bru de Sala u.a., *El Modelo Catalan*, Barcelona 1997.

26 X. Bru de Sala, *Universalidad y Capitalidad*, in: X. Bru de Sala u.a., *El Modelo Catalan*, Barcelona 1997.

27 J. Jacint/K. J. Nagel, *Trade Unionism in Catalonia: Have Unions Joined Nationalism?*, in: P. Pasture/J. Verberckmoes (Hrsg.), *Working-Class Internationalism and the Appeal of National Identity*, Oxford 1998.

Familienbetriebe, ist die soziale Distanz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht sehr groß, und es gibt die Disposition zu Verhandlung und Kompromiß. Auf der anderen Seite besaß Katalonien zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der revolutionärsten Arbeiterklassen in Europa mit einer weit verbreiteten Gewaltbereitschaft, wie die *Setmana Tragica* von 1909 oder die Koffrontationen im Rahmen der Zweiten Republik sowie der Bürgerkrieg bezeugen. Dies verdeutlicht wiederum die Gefahr der Generalisierung und Stereotypisierung. Es gibt in der katalanischen Geschichte sowohl Traditionen des Konflikts wie des Kompromisses. Seit dem „Übergang“ in den siebziger Jahren ist die Kompromißbereitschaft zum dominierenden Merkmal geworden. Ein weiteres Merkmal der katalanischen Klassenstruktur ist die Vorherrschaft einer regionalen Bourgeoisie und die relativ geringe soziale Bedeutung von militärischen oder staatlichen Eliten, die in anderen Teilen Spaniens so wichtig gewesen sind. Die Existenz dieser regionalen Bourgeoisie – ein lebendiges Zeichen der Industrialisierung Kataloniens im 19. Jahrhundert – war eine Voraussetzung für die Wiederentdeckung der Nation Katalonien. In der Franco-Zeit wurde die einheimische industrielle Klasse durch die Entstehung der staatlich kontrollierten Firmen geschwächt. Seit den achtziger Jahren ist die Großindustrie zunehmend unter den Einfluß von multinationalen Firmen geraten. Wie auch immer, es bleibt eine dezidiert katalanische Bourgeoisie bestehen, die im Sektor der Kleinbetriebe wurzelt und eine wichtige Basis für die Parteien der CiU darstellt. Ein letztes Element der Klassenstruktur ist die eingewanderte Bevölkerung, die ungefähr 40 Prozent der Population zur Zeit des „Übergangs“ in den siebziger Jahren ausmachte. Obgleich eine gewisse Wohnsegregation zu beobachten ist, gibt es wenig Arbeitsplatzreibungen zwischen Immigranten und Einheimischen und einen hohen Grad der Assimilation von Immigranten der zweiten Generation.<sup>28</sup>

### *Ideologie und Politik*

Die dominierenden politischen Orientierungen sind der moderate Nationalismus, der durch die regierende *Convergència i Unió* repräsentiert wird, sowie ein moderater Sozialismus, der ein föderales Spanien favorisiert. Die *Esquerra Republicana de Catalunya* fordert öffentlich die Unabhängigkeit, aber nur auf lange Sicht und innerhalb eines integrierten „Europa der Völker“. Trotz permanentem Streit über Verfassungsfragen herrscht parteiübergreifend ein diffuser Nationalismus, der zudem flexibel genug ist, um große Teile sogar der Einwanderungsbevölkerung zu integrieren. Katalanen erkennen ohne große Schwierigkeiten verschiedene Identitäten, spani-

28 M. Keating, *Nations against the State. The New Politics of Nationalism in Quebec, Catalonia and Scotland*, London (2. Auflage) 2001.

sche wie lokale, an.<sup>29</sup> In Gestalt der Erinnerung an die katalanische Autonomie vor 1714 und an die mittelalterliche Handelsnation liegt zudem eine „brauchbare Vergangenheit“ vor. Diese Geschichte wurde durch den katalanischen Nationalismus, der ein Produkt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ist und ursprünglich von der kommerziellen Bourgeoisie angeführt wurde, wieder aufpoliert. Er definierte Katalonien als eine Kombination aus Geschäftsdynamik und Traditionalismus, war zunächst aber hochgradig protektionistisch. Heute ist der katalanische Nationalismus stark europäisch ausgerichtet und ein Vorreiter der Bewegung „Europa der Regionen“. Der moderate Nationalismus stellt demnach beinahe eine hegemoniale Ideologie dar; geeignet, den Großteil der aktiven Bevölkerung zu integrieren.

Kataloniens wirtschaftliche Entwicklungsstrategie korrespondiert mit dem, was ich andernorts als „bourgeois regionalism“ bezeichnet habe.<sup>30</sup> Die Wirtschaftspolitik der Generalitat ist in Übereinstimmung mit der ideologischen Haltung der regierenden Koalition offiziell auf Nichtintervention gegründet. Industriesubventionen werden nur in beschränktem Maße vergeben. Stattdessen wird zu Innovationen ermutigt, werden industrielle Cluster und Technologie-Transfer-Zentren gefördert. Politische Entscheidungen werden eher durch Agenturen mit privater Beteiligung durchgesetzt als direkt durch die Regierung. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt auf der Internationalisierung der katalanischen Wirtschaft, namentlich durch die COPCA, einer Agentur mit Filialen in weltweit 33 Städten. Die dominierende Ideologie ist die der sozialen Kooperation, in den Grenzen einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft, aber es existiert nichts, was man als regionalen Korporatismus bezeichnen könnte. 1998 wurde die Arbeitsmarktpolitik von der Generalitat übernommen, und zu dieser Zeit wurde ein *Consell de Treball de Catalunya* mit dreiseitiger Beteiligung zur Beratung von Arbeitsmarktfragen eingerichtet. All das sind Schritte hin zu einem besonderen katalanischen Modell für industrielle Beziehungen. Auf der anderen Seite werden sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber recht streng durch ihre Mutterorganisationen kontrolliert, und der Staat hat immer noch wichtige Funktionen in diesem Bereich.

Die Infrastrukturplanung ist in Katalonien recht gut entwickelt. Die Planung unter Franco basierte auf der Expansion der Schwerindustrie und staatlich gesponserten Großprojekten. Begleitet wurde dies von wuchernder Grundstücksspekulation und Korruption. Seit dem „Übergang“ hat es Versuche zur Entwicklung einer effektiveren Landnutzungs politik, zur

---

29 Ebenda.

30 M. Keating, *The New Regionalism in Western Europe* (Anm. 2).

Kontrolle der städtischen Ausdehnung, zur besseren Versorgung mit Dienstleistungen gegeben. Eine Grundstücksagentur, das *Institut Català del Sol*, sammelt fleißig Landparzellen für Wohngebiets- und industrielle Entwicklung. Sie plant die Entwicklung neuer Zonen, um eine rationale Raumordnung und die Versorgung mit Wohnraum für verschiedene Einkommensgruppen zu sichern. Wiederum vermeidet die Strategie direktes öffentliches Eigentum, indem sie Gesellschaften nutzt, um das Angebot an Sozialwohnungen zu sichern. Sicherlich hat es hier Korruptionsskandale gegeben, aber im allgemeinen hat die Stadt- und Regionalplanung in Katalonien gut gearbeitet. Zieht man die Komplexität der Sache und die Vielzahl der involvierten Akteure in Betracht, deutet dies auf die Bereitschaft zur Kooperation beim Verfolgen gemeinsamer Zwecke und zum Einhalten von Verpflichtungen hin.

## Galicien

Galiciens wirtschaftliche Situation ist durch die periphere Lage in Spanien und Europa gekennzeichnet. Es liegt abseits der Haupthandelsrouten, und seine maritimen Handelsprojekte in Spaniens großer Zeit wurden lange durch das von Cadix gehaltene Monopol auf den amerikanischen Handel paralytisiert. Die Wirtschaft Galiciens entwickelte sich in Abhängigkeit vom Hauptwirtschaftsfaktor Rohstoffe, namentlich Holz und Granit. Die unter Franco in Angriff genommenen Entwicklungspläne stärkten dieses Modell und fügten leistungsfähige Wasserkraftwerke hinzu, um Energie für die Industrialisierung anderer spanischer Regionen zu gewinnen. Es besteht ein starker Unterschied zwischen der Küste, wo Europas größte Fischfangflotte operiert, und dem Hinterland, das durch Tausende winzige und schlecht ausgestattete Farmen geprägt ist. Eine ähnliche Spaltung existiert zwischen den großen Städten, in denen Staatsbeamte und Militärpersonal sehr präsent sind, und dem Land. Zu den natürlichen Nachteilen der Region kam in der Zeit des „Übergangs“ eine schlecht entwickelte Infrastruktur hinzu. Die EU-Mitgliedschaft hat die periphere Position Galiciens verstärkt und die traditionelle Industrie vor neue Probleme gestellt. Das Fischereiwesen geriet angesichts der drohenden Überfischung mit anderen Staaten wegen der Fangerlaubnis in Konflikt. Die traditionellen Industriezweige und die Landwirtschaft sind dem Europäischen Wettbewerb bzw. der Quotierung ausgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt Galiciens liegt bei nur 60 Prozent des EU-Durchschnitts, das sind etwa zwei Drittel des katalanischen, obwohl der Lebensstandard durch Transferzahlungen näher an den spanischen Durchschnitt herangerückt ist.

### *Kultur und Identität*

Es ist immer noch üblich, die Rückständigkeit Galiciens den althergebrachten Merkmalen der galicischen Kultur zuzuschreiben, und diese spiegeln sich in den Auto-Stereotypen der Interviewantworten wider. Der galicische Bauer wird als individuell oder familienorientiert beschrieben, ohne unternehmerische Ambitionen und nicht Willens, im größeren sozialen Zusammenhang zu kooperieren. Dies wird wiederum zurückgeführt auf die Kombination aus fragmentiertem Landbesitz und Erbschaft, die historischen Dominanz der Kirche und das Versagen des Staates, das Land effektiv politisch zu gestalten. Die Galicier (Galegos) selbst neigen dazu, diese Ansichten in Interviews zu wiederholen. In der 1992 durchgeführten CIS-Umfrage erklärten sie die wirtschaftlichen Ungleichheiten eher mit dem regionalen Charakter als mit natürlichen Vorteilen.<sup>31</sup> Die Galicier sehen sich weder selbst als so unternehmerisch wie die Katalanen an, noch werden sie von anderen so beurteilt; sie haben ein konservatives, an das Land gebundenes Image.<sup>32</sup> Andererseits beschreibt man sie als unternehmerischer als die Leute in anderen Gebieten Spaniens, allerdings mehr von außen als von innen. Vielleicht reflektiert das den Erfolg von Galicischen Geschäftsleuten außerhalb des Landes und ihren Mangel an Erfolg zu Hause. Wieder erhalten wir Hinweise auf die Macht von Auto-Stereotypen als Mechanismus der Rationalisierung menschlicher Verhältnisse. Das Stereotyp des Galiciers wird konsistent negativ interpretiert und ist als ein Mittel zu verstehen, mit dem Versagen umzugehen.

Die Sprache ist ein Indikator für dieses Problem. Galicisch ist die einzige der Minderheitenssprachen in Spanien, die von beinahe der gesamten Bevölkerung gesprochen wird. Dies ist jedoch eher Ausdruck des Mangels an Immigration als ein Zeichen für den guten Zustand der Sprache, da ein scharfer Widerspruch im Gebrauch feststellbar ist. Galicisch wird viel häufiger auf dem Land als in den Städten gesprochen, mehr in den unteren und mittleren als in den höheren Schichten und mehr in Familien als in formellen Situationen.<sup>33</sup> Da sie in den am wenigsten schriftkundigen Teilen der Bevölkerung konzentriert ist, ist ihr Gebrauch in der schriftlichen Kommunikation sehr gering. Anders als das Katalanische hat sie unter sozialer Geringschätzung gelitten, und die Aufsteiger haben traditionell vermieden, sie zu verwenden. Sozialer Fortschritt wird immer noch gleichgesetzt mit dem Sprechen des Kastilischen, und in den städtischen und höheren Schichten herrscht die Tendenz vor, wenig für eine Ausweitung des Ge-

31 M. García Ferrando/E. López-Aranguren/M. Beltrán, *La conciencia nacional* (Anm. 18).

32 J. L. Sangador García, *Identidades, actitudes y estereotipos* (Anm. 19).

33 Real Academia Galega, *Usos lingüísticos en Galicia*, A Coruña, 1995.

brauchs des Galicischen in Erziehung und öffentlichem Leben übrig zu haben.<sup>34</sup> Mithin kann das Galicische, anders als das Katalanische, nicht ohne Probleme zur Konstruktion einer vorgestellten Gemeinschaft benutzt werden, die als dynamisch, integriert, modern und europäisch betrachtet wird.

### *Sozialstruktur und Institutionen*

Im Unterschied zu Katalonien entwickelte sich in Galicien nie eine rege kommerzielle und industrielle Bourgeoisie. Das Unvermögen, eine Unternehmerklasse auszubilden ist nicht dem Mangel an Kapital zuzuschreiben: in Galicien gab es, wie in vielen traditionellen Gesellschaften, eine beträchtliche Sparrate, verstärkt seit dem 18. Jahrhundert durch die Überweisungen der Auswanderer. Aber dieses Geld wurde üblicherweise woanders angelegt.<sup>35</sup> Bis 1926 war Landbesitz nach vorkapitalistischem Muster organisiert, was die Ausbreitung des Kleinbesitzes (*minifundismo*) und der Subsistenzlandwirtschaft förderte.<sup>36</sup> Die sozialen Beziehungen innerhalb Galiciens sind polarisiert, mit einer fragmentierten Klassenstruktur und einer großen sozialen Distanz zwischen der städtischen Mittelschicht, den Kleinbauern und dem kleinen industriellen Proletariat. Galicien ist geprägt durch ein hohes Auswanderungsniveau. Zwischen 1964 und 1991 verließen etwa 312.000 Menschen das Land.<sup>37</sup> Wohl auch deshalb lag die Arbeitslosigkeit zwischen 1964 und 1991 bei nur der Hälfte des spanischen Durchschnitts. Bis 1995 war sie auf 17,2 Prozent gewachsen, immer noch niedriger als die Rate im übrigen Spanien (22,7 Prozent). Aber dies verschleiert die niedrige Produktivität und das niedrige Kapitalniveau außerhalb der extraktiven Industrie. Das Produktivitätsniveau lag in der Periode 1964–1991 nur bei wenig mehr als der Hälfte des katalanischen.<sup>38</sup>

Galicien hat eine eigene Arbeitgeberorganisation, die *Confederación de Empresarios de Galicia*, die sich um die Entwicklung einer regionalen Vision bemüht. Im Unterschied zu Katalonien hat Galicien auch eigene Gewerkschaften. Es existiert in Gestalt der *Consejo Económico y Social* und ihrer Arbeitsgruppen ein gewisser Grad an Zusammenarbeit. Der hauptsächlichste Kontakt findet jedoch auf der Provinzebene statt. Einiges von der katalanischen Erfahrung wurde mit der Etablierung eines *Consejo Galego*

34 Ebenda.

35 X. M. Beiras, *O atraso económico de Galicia*, Santiago de Compostela (3. Auflage) 1995.

36 R. Maíz, *Nación de Breogán: Oportunidades políticas y estrategias enmarcadores en el movimiento nacionalista gallego (1886-1996)*, in: *Revista de Estudios Políticos*, 92 (1996), S. 33-75.

37 F. Pérez/F.J. Goerlich/M. Mas, *Capitalización y crecimiento en España y sus regiones 1955–1995*, Bilbao 1996.

38 Ebenda.

*de Relaciones Laborales* und einer Vermittlungsinstanz für Arbeitsfragen übernommen, aber diese Erfahrung ist noch recht jung.

Es gibt Hinweise auf die mangelnde Fähigkeit zu umfangreicher sozialer Mobilisierung in Galicien. Statt rigorose städtische Planungspolitik zu betreiben, erlauben die Kommunen Wildwuchs, in der Hoffnung auf Expansion der Einkommenssteuerbasis. Die Bevölkerung auf dem Land lebt weit verstreut, und die lokalen Straßennetze stehen kaum in Verbindung miteinander.<sup>39</sup> Die sozialen Netzwerke sind geschlossen, und es herrscht ein hoher Grad an Abhängigkeit von persönlichen Kontakten.<sup>40</sup> Auf der anderen Seite bedeuten diese Netzwerke mehr als bloßen Individualismus; es gibt eine große Anzahl von Vereinen, namentlich auf der Ebene der ländlichen Pfarrbezirke.<sup>41</sup> Viele der mit den Stereotypen verknüpften Qualitäten des galicischen Bauern können umgedreht und als Tugenden verstanden werden.<sup>42</sup> Nachdenklichkeit, ehemals ein Euphemismus für Unsicherheit, wird heute als positive Eigenschaft gesehen. Der Mangel an Dogmatismus, vormals ein Zeichen für die Abhängigkeit von den Meinungen anderer, kann auch als Offenheit gewertet werden. Was fehlt ist ein System der sozialen Mobilisierung auf der regionalen Ebene, welches mit den Erfordernissen der modernen Entwicklung korrespondiert; und um dies zu erklären, müssen wir einen Blick auf die Institutionen und die Politik werfen.

Die Institutionen tragen ebenso zur Beibehaltung der alten Hegemonie in Galicien bei, und sie ersticken Bewegungen des Wandels. Die Vormachtstellung der PP in der regionalen Regierung bedeutet, daß sich im Vergleich zur Franco-Zeit personell nicht viel geändert hat. Erst jetzt übernimmt eine neue Generation von Beamten die Verwaltung, die besser ausgebildet und Veränderungen gegenüber aufgeschlossen ist. In der Organisation der Xunta (die regionale Exekutive) selbst spiegeln sich die widerstreitenden Interessen innerhalb der regierenden Partei. Fragmentierung und persönliche Fehden sind an der Tagesordnung. Die Verwaltung ist extrem komplex; mit einer Vielzahl von Programmen bedient sie Bedürfnisse des Klientelismus und der Verteilungspolitik. Im Unterschied zu Katalonien sind die spanischen Provinzen eine Schlüsselebene für Vermittlung und Verteilung. Jede wird von einem „PP-Baron“ geführt. Diese Insti-

---

39 Es kann eine frustrierende Erfahrung sein, auf dem galicischen Lande unterwegs zu sein, weil man stets in einer großen Schleife zu seinem Ausgangspunkt zurückgeführt wird.

40 Für den Sozialwissenschaftler auf der Suche nach Interviews in Galicien ist das besonders evident.

41 X. M. Belras, *O atraso económico de Galicia*, Sahtiago de Compostela, 3. Aufl., 1995.

42 C. Mella, *A Galicia Posible*, Vigo 1992.

tutionen korrespondieren kaum mit der Organisation der Zivilgesellschaft. Sie konzentrieren sich auf die Kirchengemeinden oder geringfügig größere Gebiete. Dies, zusammen mit der Verknüpfung von staatlicher und regionaler Verwaltung, ermöglicht es den Baronen, die Kontrolle auszuüben und einen gewissen Grad von Mobilisierung und Partizipation zu unterdrücken.

Mit all dem hängt das im Vergleich mit Katalonien schlechtere Image der autonomen Verwaltung (der Xunta) zusammen. Die Umfrage von 1992 zeigte, daß 39 Prozent der Katalanen, im Gegensatz zu 26 Prozent in Galicien, die autonome Verwaltung für die effektivste Ebene hielten. 33 Prozent in Galicien, gegenüber 19 Prozent in Katalonien, glaubten, daß die autonome Verwaltung Geld verschwende.<sup>43</sup>

#### *Ideologie und Politik*

Politische Traditionen und Praktiken haben bei der Festschreibung dieser Verhaltensweisen geholfen. In Galicien hat man einen deutlichen Sinn für eine eigene galicische Identität<sup>44</sup>, aber sie ist nicht so stark politisiert wie in Katalonien und nicht verbunden mit einem gemeinsamen Projekt für die Unabhängigkeit innerhalb Spaniens und Europas. Die CIS-Umfrage von 1992 zeigte, daß die Galicier geringfügig weniger stark als der Durchschnitt nach mehr Macht für eine autonome Gemeinschaft verlangten.<sup>45</sup> Die Parteipolitik ist lokal und territorial fragmentiert<sup>46</sup> und die Wahlbeteiligung ist auf allen Ebenen traditionell niedrig. Das Ergebnis beim Referendum über den Autonomiestatus lag bei nur 29 Prozent, und die Beteiligung an den Regionalwahlen war die niedrigste in ganz Spanien. Allerdings gibt es hier Anzeichen für eine Veränderung.

Der Klientelismus hat eine lange Tradition. Er half im 19. Jahrhundert bei der territorialen und politischen Fragmentierung der Gesellschaft wie bei der Zentralisierung der Macht. Die *caciques* bestanden unter Franco fort. Dieser weitverbreitete Klientelismus ist ein weiterer Indikator dafür, daß es falsch wäre, Galicien als „individualistisch“ zu beschreiben. Eher erstickt das Klientel-System die Kapazität sowohl für individuelle als auch für kollektive Selbstäußerungen. Das System hat überlebt aufgrund der Fragmentierung des politischen Lebens und des Unvermögens, eine effektive Opposition oder ein alternatives Projekt hervorzubringen.

43 M. García Ferrando/E. López-Aranguren/M. Beltrán, *La conciencia nacional* (Anm. 18).

44 Ebenda, F. Moral, *Identidad regional y nacionalismo en el Estado de las Autonomías*, in: *Opiniones y actitudes*, Madrid 18 (1998).

45 M. García Ferrando u.a., *La conciencia nacional* (Anm. 18).

46 R. Maíz, *Nación de Breogán* (Anm. 36).

Die autonome Regierung ist durch die spanische konservative *Allianza/Partido Popular* (PP) dominiert, seit 1989 geführt von Manuel Fraga. Die Galicische PP ist eine Kombination aus zwei recht verschiedenen Elementen. Ein zentralistisches *españolista*-Element wendet sich zunehmend einer Form des wirtschaftlichen und sozialen Neo-Liberalismus zu. Diese Richtung ist am stärksten in den Städten und in der Provinz La Coruña. Die andere Richtung ist stärker in der ländlichen Welt verwurzelt und vertritt einen traditionalistischen, gewissermaßen anti-modernistischen Typus des Regionalismus, verbunden mit Folklore und Netzwerken des Klientelismus. Keine der Seiten hat ein Projekt für ein autonomes galicisches Modell der Regionalentwicklung und Modernisierung. Die sozialistische Partei, vormals die wichtigste Opposition, ist durch Spaltungen und Konflikte unter ihren städtischen Führern gelähmt. Übrig geblieben ist der *Bloque Nacionalista Galego* als die offizielle Opposition im Regionalparlament. Der Nationalismus hat in Galicien zwar eine lange Geschichte, aber er konnte nie eine mit Katalonien vergleichbare ideologische Hegemonie erringen. Er war hochgradig zersplittert. Der *Bloque* selbst ist eine Koalition von Parteien, die traditionelle Marxisten, Postkommunisten, Sozialdemokraten, Zentristen und eine Vielzahl unterschiedlicher Nationalisten und Regionalisten einschließt. Seine politische Linie ist eher demagogisch und opportunistisch gewesen und ihm fehlte eine klare Vision von Galiciens Platz in Spanien und dem neuen Europa. In den letzten Jahren hat er jedoch seine Linie bezüglich sozioökonomischer und nationalistischer Fragen gelockert und fährt als Ergebnis enorme politische Gewinne ein.<sup>47</sup> Während bei anderen historischen Nationalitäten eine starke Beziehung zwischen dem Beherrschen der lokalen Sprache und der Unterstützung von Autonomieforderungen vorhanden ist, fehlt diese Verbindung in Galicien,<sup>48</sup> was zu der Annahme veranlaßt, daß Nationalismus/Regionalismus es nicht vermochten, eine Brücke zwischen den Bereichen Kultur, Sprache, Politik und soziale Mobilisierung zu schlagen. Die Sprache bleibt mit einem traditionalistischen Regionalismus mehr verbunden als mit einer modernisierenden europäischen Botschaft.

In Bezug auf das Thema Europa ist Galicien mehr gespalten als Katalonien. Seit den neunziger Jahren steht der BNG Europa zwar weniger feindlich gegenüber, opponiert aber gegen die gegenwärtigen Strukturen und politischen Strategien der EU. Manuel Fraga nahm hingegen das Thema eines Europa der Regionen kurz nach seinem Amtsantritt auf und ist sehr aktiv im Europäischen Rat der Regionen. Sein Regionalismus unterschei-

47 BNG, Bloque Nacionalista Galego, VIII Asemblea Nacional, Galiz sairá gañanda. Con intelixencia e ilusión. Ponencias asembleárias, Ourense, Juni 1998.

48 M. García Ferrando u.a., La conciencia nacional (Anm. 18).

det sich deutlich vom Nationalismus, da er fest im Kontext des spanischen Staates verankert ist.<sup>49</sup> Europa könnte zwar eine wichtige Kraft bei der Öffnung des galicischen politischen Systems und bei der Aushöhlung der alten Netzwerke werden, aber bislang ist sein Einfluß auf die einheimische Politik in Galicien begrenzt. Das ist besonders durch die nachteiligen Effekte der entopäischen Politik in solchen Bereichen wie Fischefang, Milchproduktion und Schiffsbau bedingt.

Die Industriepolitik tendiert in Galicien zum Traditionellen. Die Ausgaben für die Infrastruktur waren, wie im übrigen Spanien während der achtziger Jahre, sehr hoch, was Straßen, Telekommunikation und Flughäfen auf den europäischen Standard brachte. Es gibt ein massives, aber weitgehend unkoordiniertes Programm für Investitionssubventionen, das an der von der EU festgelegten Höchstgrenze für besonders benachteiligte Regionen orientiert ist. Sie werden zu weiten Teilen durch den Staat und die EU finanziert, obwohl auch die Region selbst einige Kosten zu tragen hat. Die Investitionen in die Infrastruktur folgen weitgehend einer politischen und klientelistischen Logik,<sup>50</sup> die durch die Provinzbarone und deren Gefolgsleute bestimmt wird. All dies macht es schwierig, strategische Prioritäten zu setzen, seien es territoriale oder sektorale. Die Territorialplanung und die Infrastrukturprojekte werden permanent durch den verstreuten Landbesitz behindert. Es gibt wenig politische Innovationen, aber man schießt gerne nach Katalonien hinüber und müht sich, den Entwicklungen dort zu nachzueifern. So folgte auf die katalanischen Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik eine ähnliche Initiative in Galicien. Aber die dreiseitige Zusammenarbeit wird durch die Schwäche der repräsentativen Organisationen auf der Regionalebene gestört.

All dies würde vermuten lassen, daß die Faktoren, die die Unterentwicklung Galiciens in der Vergangenheit verursachten, fortbestehen. Da diese Faktoren aber nicht das Produkt von primordialen kulturellen Eigenschaften sind, sondern, neben den äußeren Umständen, auf institutionellen Faktoren und politischer Führung beruhen, besteht ein Spielraum für Veränderung. Das bedeutet nicht, Galicien ein externes Entwicklungsmodell überzustülpen, sondern ein Programm zu entwickeln, das die inhärenten Stärken der Region herausstellt.

Inzwischen gibt es Anzeichen für Veränderungen. Die europäische Integration wird von fast allen unterstützt, obwohl ihre konkreten Auswirkungen beklagt werden. Das hat den neoliberalen Flügel der PP mit seinem

---

49 M. Fraga Iribarne, *De Galicia a Europa. España y su urgente regionalización frente a los retos des nuevo milenio*, Barcelona 1991.

50 X. Álvarez Corbacho, *La agonía del municipalismo gallego*, Santiago de Compostela 1995.

Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit und Ausgabendisziplin gegen die traditionellen Regionalisten gestärkt. Europa hat mit seinen Strukturförderprogrammen auch eine Hinwendung der politischen Aufmerksamkeit von bloßer Infrastruktur- und Investitionssubventionierung zu Humankapital und Ausbildung begünstigt. Der Bevölkerungsrückgang auf dem Land entzieht den Traditionalisten allmählich die Machtbasis. Die Öffnung der portugiesischen Grenze hatte ebenfalls weitreichende Effekte. Die Konkurrenz durch die niedrigen Arbeitslöhne in Portugal hat die galicische Industrie herausgefordert, während portugiesisches Kapital in beträchtlichem Umfang ins Land kam. Es hat eine durchgehende Institutionalisierung der Xunta gegeben,<sup>51</sup> was eine Qualitätssteigerung in der Beamtenschaft und eine bessere politische Durchsetzungsfähigkeit mit sich gebracht hat. Es entsteht eine nationalistische Alternative zum PP-Macht-Block, die allmählich ein realistisches Regierungsprogramm erarbeitet. Es gibt ein Programm der sprachlichen Normalisierung, das sich um eine Aufwertung der Sprache bemüht. Dies hatte einigen Erfolg, aber es kommt immer noch Widerstand aus den für Modernisierung offenen Teilen der Bevölkerung.<sup>52</sup> Es werden große Anstrengungen unternommen, die internationalen Beziehungen der Region auszuweiten, sowohl mit Europa als auch mit Lateinamerika. Wie Irland hat Galicien eine große Emigranten-Gemeinde in Amerika, deren wirtschaftlicher Erfolg das simple ethnische Stereotyp Lügen straft, und man bemüht sich, diese für Handelsbeziehungen und Investitionen zu mobilisieren.<sup>53</sup> Die galicische Unternehmer-Organisation repräsentiert einige der wirtschaftlich dynamischeren Bereiche und fördert aktiv eine regionale Vision. Zudem hat man damit begonnen, mehr Wert auf die Pflege von guter Geschäftspraxis, Unternehmergeist und Firmenkooperation zu legen.

### Schlußfolgerung

Der Vergleich der beiden Regionen zeigt, daß Standort und Ressourcenausstattung nach wie vor wichtige Entwicklungsfaktoren sind, aber auch, daß das historische Erbe, die Kultur und die soziale Praxis für die Konstruktion eines Entwicklungsmodells von Bedeutung sind. Doch kulturelle

51 R. Maiz/A. Losada, Institutions, Policies and Nation Building: The Galician Case, in: *Regional and Federal Studies*, 10, 1 (2000).

52 Eine 1997er Umfrage zeigte, daß eine Mehrheit der 13- bis 14-Jährigen lieber Englisch als Galicisch lernen würde, vor allem in den privaten und städtischen Schulen, *El Correo Gallego*, 12 (1997) 3.

53 Galicische Auswanderer sind ebenfalls eine Quelle für Wählerstimmen der regierenden Partei, weil sie das Wahlrecht noch behalten. Es wird behauptet, daß diese Stimmen einen Sitz für die PP in den Regionalwahlen von 1997 ausmachten.

Stereotype und primordialistische Theorien vereinfachen die Dinge zu sehr. Beide Regionen haben kulturelle und ökonomische Ressourcen sowie „verwendbare Vergangenheiten“, die genutzt werden können. In Katalonien liegen die Traditionen in dezentraler Machtverteilung, gemeinsamer Souveränität und Vertragsmentalität, aber in Galicien liegen sie in einer relativen sozialen Kohäsion, einem egalitären Ethos auf dem Land sowie in breit gestreuten Eigentumsverhältnissen. Sie können jeweils als Faktoren eines sozial verträglicheren Entwicklungsmodells im Rahmen einer neuen Wirtschaftsordnung genutzt werden.<sup>54</sup> Der Kontrast zwischen den zugewiesenen Stereotypen der Regionen ist viel größer als derjenige zwischen den tatsächlichen Einstellungen.<sup>55</sup>

Die Fälle zeigen auch, daß institutionelle Arrangements von Bedeutung sind. Beide Regionen haben als autonome Gemeinschaften des „schnellen Weges“ ähnliche formale Regierungsstrukturen, und doch unterscheidet sich die Form ihrer Institutionalisierung. Der Klientelismus in Galicien wird vom Parteiensystem, von der Verwaltungsstruktur und dem verzerrten Muster politischer Konkurrenz gestützt. In Katalonien hat die Institutionalisierung eine andere Form angenommen, sie stellt eher einen Bruch zum alten Regime und zu spanischen Staatspraktiken dar, obwohl sie selbst auch nicht völlig frei von klientelistischen Zügen ist. Die Vorstellung, daß Katalonien inhärent „verbandsorientiert“ ist und Galicien nicht, hält der Überprüfung nicht stand. Katalanen sind keine besonders engagierten Mitglieder, viele der Vereine sind von dubioser Verbindlichkeit, und das Netzwerk der Wirtschaftsverbindungen ist hochgradig diversifiziert und wenig integriert. In Galicien ist das nicht besser, aber hier gibt es sehr wohl ein Netzwerk von Gruppen und Kooperationen. Auch das „individualistische“ Stereotyp der Galicier hilft nicht sehr viel weiter. Katalanen sind eher individualistisch, während Galicier nach Führung in Institutionen und Eliten suchen. Es kommt vielmehr auf die Verbindung zwischen Regierung und Zivilgesellschaft sowie die Schaffung von Möglichkeiten für Gruppen und Vereine, die Politik zu beeinflussen, an. Institutionalismus mag hier weiter führen als kultureller Reduktionismus. Führerschaft ist in diesem Zusammenhang insofern von entscheidender Bedeutung, als sie zur Bildung der „vorgestellten Gemeinschaft“ auf der richtigen räumlichen Ebene beiträgt. Eine selektive Verwendung der Geschichte hat daran Anteil wie auch der Gebrauch von Sprache und Kulturpolitik zur Repräsentation des Selbstbildes und der Identität. In beiden Fällen sind es, wie in vielen Regionen, Identitätssymbole, namentlich Sprache, die an vorderster

54 C. Mella, *A Galicia Posible* (Anm. 42).

55 J. L. Sangador García, *Esteretipos de las nacionalidades y regiones de España*, Madrid, 1981; J. L. Sangador García, *Identidades, actitudes y esteretipos* (Anm. 19).

Front der Modernisierung und Globalisierung stehen. Katalonien hat seine Traditionen, Sprache und Kultur mit einer Modernität verknüpft, die die Tradition respektiert. Das Galicische und die galicische Kultur werden hingegen immer noch irgendwie als Hindernis für die Modernisierung angesehen. Aber sogar in Katalonien gibt es Grenzen für den Gebrauch der lokalen Sprache als Instrument der Modernisierung und Internationalisierung, und es muß betont werden, daß das Katalanische viel weniger Fortschritte in der Geschäftswelt als in anderen Bereichen gemacht hat. Ein zusätzlicher Aspekt ist der Entwurf von Erfolgsgeschichten. Katalonien hat einige schwerwiegende ökonomische Strukturprobleme und soziale Spannungen; seine Mitgliedschaft in der Gruppe fortgeschrittener Technologie-Regionen grenzt an einen Bluff.<sup>56</sup> Seine Wirtschaft ist in zunehmenden Maße abhängig vom multinationalen Kapital, insofern als sich die alte einheimische industrielle Elite im Niedergang befindet. Aber die Region hat erfolgreich ein Bild von sich als einer Anführerin des entstehenden Europas der Regionen gezeichnet, während Galicien fortfährt, unter einem negativen Stereotyp zu arbeiten.

Katalonien hat, bedenkt man die günstigere Lage und den höheren Lebensstandard sowie einige der politischen Unterschiede, die leichtere Aufgabe. Außerdem ist für Katalonien ein selektiverer, weniger auf Hilfe setzender Ansatz der Entwicklung typisch. Mehr Wert wird gelegt auf die Führung im Privatsektor, was sich in der Existenz einer lokalen Wirtschaftselite widerspiegelt. Währenddessen kann man die Galicische Politikrichtung schwerlich als dirigistisch beschreiben, hier liegt ein viel deutlicherer Schwerpunkt auf Regierungsinitiativen und öffentlichen Mitteln. Katalonien liegt mit seiner Betonung von Humankapital, Technologie und Innovation mehr auf der Linie modernen Entwicklungsdenkens, während Galicien die traditionelle Betonung materieller Produktionsressourcen beibehält. In der Konsequenz bleibt die Entwicklung hier weiterhin von Subventionen abhängig, mit nur wenig Kapazität für selbsttragendes Wachstum.

In beiden Fällen liegt die Herausforderung darin, sich auf einen modernisierenden Regionalismus zuzubewegen, im Gegensatz sowohl zum traditionellistischen Regionalismus als auch zum globalen Neo-Liberalismus, der die Region als ein Rahmen für öffentliches gemeinsames Handeln

---

56 Katalonien hat einen Umschlag an technischen Gütern von 20 bis 30 Prozent (des durch Export gedeckten Imports), verglichen mit etwa 50 Prozent in Italien und 70 Prozent in Deutschland und Frankreich. Ausgaben für Forschung und Entwicklung lagen 1990 bei 0,67 Prozent des BSP, verglichen mit einem OECD-Durchschnitt von 2,45 Prozent (Vgl. M. Parallada/G. Garcia, *La doble convergencia de la economía con España y Europa*, in: X. Bru de Sala u.a., *El Modelo Catalan* [Anm. 21]).

vollständig auflösen würde. Dies beinhaltet die Zusammenführung von Institutionenbildung, Kulturpolitik und ökonomischer Entwicklung. Wiederum ist Katalonien hier erfolgreicher gewesen, aber die begrenzte Verwendung des Katalanischen in der Geschäftswelt zeigt die Grenzen dieser Strategie auf. Es wäre eine zu große Vereinfachung, Katalonien als eine erfolgreiche und Galicien als eine erfolglose Region zu beschreiben. Beide stehen den gleichen Herausforderungen gegenüber, ein Entwicklungsmodell zu schaffen, und beide haben ihre Stärken und Schwächen, wenn man sie in einer europäischen Perspektive betrachtet. Was die Fallbeispiele allerdings zeigen, ist, daß Regionen nicht bloß Empfangende von Politikentscheidungen sind, sie nicht einem einzigen globalen Entwicklungsmodell unterworfen sind, sondern daß unterschiedliche Strategien zur Mobilisierung sozialer und kultureller Ressourcen möglich erscheinen.

---

## Dietrich Fürst

# Regionalentwicklung durch „regionale Identität“ oder „corporate identity“?

### 1. Das Problem

Die Region – hier verstanden als Ebene zwischen Land und Kommunen – hat in den letzten 20 Jahren wachsende Aufmerksamkeit gefunden und wird heute immer mehr als Handlungsebene für wirtschaftlichen Strukturwandel in Richtung „nachhaltige Entwicklung“ begriffen.<sup>1</sup> Dabei werden folgende Annahmen gemacht:

- eine solche Entwicklung auf regionaler Ebene basiert auf kollektiven Leistungen und auf „überkommunalen Gemeinschaftsaufgaben“, setzt also kooperatives, zumindest aber koordiniertes Handeln der relevanten Akteure voraus;
- kollektives Handeln erfordert Bewußtsein für Interdependenzen und Gemeinsamkeiten. Dieses läßt sich *projektbezogen* oder *regionsbezogen* gestalten;
- wenn die Gemeinsamkeiten *regionsbezogen* ausgerichtet sind, so ist zu berücksichtigen, daß die Region üblicherweise schwächer verfaßt ist als die sie umgebenden gebietskörperschaftlichen Ebenen. Folglich rekurriert kollektives *regionales* Handeln auf quasi-institutionelle Bindungen und Handlungsorientierungen, die über Netzwerke, Traditionen, soziale Normen, gemeinsame Werthaltungen etc. gebildet werden;
- eine solche Bindung kann über Diskurse und Symbole verstärkt werden. Damit entwickelt sich eine Art „Unterfutter“, das mit „Regionalidentität“, „Sozialkapital“, „Milieu-Effekte“ u.ä. viel Aufmerksamkeit in der Literatur gefunden hat.

Dem steht aber eine andere Entwicklung gegenüber: daß Menschen immer individualistischer denken und handeln; daß sie sich immer mehr von traditionellen Bindungen lösen und ihre Entscheidungen von Kosten-Nutzen-

---

<sup>1</sup> So schreibt § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz i.d.F. von 1997 vor, daß „Leitvorstellung bei der Erfüllung der Aufgabe (*der Raumordnung*) ... eine nachhaltige Raumentwicklung (ist), die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgegogenen Ordnung führt.“

Kalkülen, also utilitaristischen Motiven, abhängig machen; daß selbst Bindungen zwischen Menschen immer stärker utilitaristisch ausgestaltet werden und beispielsweise erlöschen, wenn der utilitaristische Anlaß schwächer wird; daß zudem Bindungen immer mehr nur noch auf Zeit und zweckorientiert vorgenommen werden.<sup>2</sup>

Was bedeutet dieses Spannungsverhältnis für die „Regional-Identität“?

## 2. Kollektive und individualistische Lösungsansätze

Das Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohlorientierung und individualistischem Verhalten gehört zu den Kernthemen der Sozialwissenschaften seit fast einem Jahrhundert. Die Literatur ist in der Lösung dieses Spannungsverhältnisses sichtbar gespalten. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die an die Steuerungskraft und Motivationskraft des Kollektivs glauben; auf der anderen Seite stehen diejenigen, die kollektives Handeln nur über Individualismus erklären wollen. Die erste Seite findet sich primär in den Sozialwissenschaften, die zweite Seite ist eher den Ökonomen zuzurechnen. Aber auch dieses Schema beginnt, löcherig zu werden: Immer mehr entdecken die Wirtschaftswissenschaftler die kulturelle Komponente des Handelns, etwa bei Wirtschaftsgeographen: „*the cultural turn in economic geography*“.<sup>3</sup>

Die erste Seite hat für die Regionalentwicklung eine Reihe von Konzepten entworfen, die auf *kollektives Handeln* gegründet sind. Dazu gehören<sup>4</sup>

- die Milieu-Theoretiker, die kollektives Handeln aus gemeinsamen Werten, Traditionen, sozio-emotionalen Bindungen und deren Verstärkungen über Institutionen erklären;
- die Kommunitaristen, die einen Verfall kollektiven Handelns dem paternalistischen Staat zuschreiben und kollektives Handeln über genossenschaftliche Bezüge reaktivieren wollen;
- die Sozialkapital-Theoretiker, die ebenfalls einen Verfall der kollektiven Verantwortlichkeit und „Gemeinwohlorientierung“<sup>5</sup> diagnostizieren,

2 Vgl. R. Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.

3 Vgl. M. Storper, *The poverty of radical theory today: From the false promise of Marxism to the mirage of the cultural turn*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 25 (2001), S. 155-179.

4 Vgl. D. Fürst, *Die „learning region“ – strategisches Konzept oder Artefact?* in: H.-F. Eckey u.a. (Hrsg.), *Ordnungspolitik. Festschrift für Paul Klemmer*, Stuttgart 2001, S. 71-90.

5 Der Begriff „Gemeinwohlorientierung“ findet sich in der jüngeren Literatur immer seltener und wird durch „Verantwortlichkeit“ abgelöst.

aber auf Konzepte wie „zivile Gesellschaft“, Bürgergesellschaft, „aktiverer Staat“, Dritter Sektor u.ä. setzen.<sup>6</sup>

Das Markante ist, daß solche Konzepte zwar auf die Region gerichtet sind, aber weitgehend ohne den Raumbezug auskommen. Der Raumbezug ist sekundär und entsteht nur deshalb, weil die Gemeinschaft räumliche Nähe voraussetzt.

Stärker individualistisch orientiert sind dagegen die Netzwerktheoretiker. Ihr Ansatz ist dem individualistischen Konzept verpflichtet, dem Konzept des *rational choice*.<sup>7</sup> Danach schließen sich Akteure zu Netzwerken zusammen, wenn ihr Handeln durch Abhängigkeiten voneinander restringiert wird und folglich bestimmtes Handeln nicht mehr individuell oder individuell nicht mehr optimal gesteuert werden kann. Aber auch die Netzwerktheoretiker arbeiten implizit mit Sozialkapital, nämlich Vertrauen, sozialen Bindungen, sozio-emotionalen Beziehungen.<sup>8</sup>

Netzwerktheoretiker kommen zwar prinzipiell ohne den Raum aus, das um so mehr, als moderne IuK-Techniken distanzlose Kommunikation möglich machen. Aber auch hier zeigen Studien, daß die Komponente des Sozialkapitals und damit die Intensität der Netzwerke von räumlicher Nähe bestimmt wird – nur wenn man *face-to-face*-Kontakte halten kann, bleiben solche Netzwerke intensiv.

Was die Frage auslöst: Gibt es eine Bindung an eine Region, die „Gemeinwohldenken“ auslöst oder muß das Gemeinwohldenken politisch erzeugt werden, wobei die Region lediglich als Vehikel genutzt wird?

---

6 Vgl. Chr. Gohl, Bürgergesellschaft als politische Zielperspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 6-7 (2001), S. 5-11; Th. Franke/R.-P. Löhr/R. Sander, Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 39 (2000), S. 243-268.

7 Vgl. R. Mayntz/F. W. Scharpf, Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: Dies. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*, Frankfurt u.a. 1995, S. 39-72.

8 Je nach Bedeutung dieser Sozialkapital-Komponente kann man Netzwerke in richtungsoffene und zweckgerichtete unterscheiden (vgl. H. Schubert/D. Fürst/A. Rudolph/H. Spiekermann, *Regionale Akteursnetzwerke. Analysen zur Bedeutung der Vernetzung am Beispiel der Region Hannover*, Opladen 2001, S. 19 f.). Richtungsoffen sind solche Netzwerke, die primär auf Sozialkapital setzen und das Bedürfnis der Menschen nach Gesellschaft nutzen, aber immer auch individuelle Zusatznutzen erzeugen, z.B. wie Rotary- oder Lions-Clubs dadurch, daß sie Prestige und Beziehungen vermitteln, die in anderen (beruflichen) Kontexten nützlich sind. Sie sind eher mit „Identitäts-Bildung“ verbunden. Demgegenüber sind zweckgerichtete Netzwerke sehr viel utilitaristischer begründet: Sie sind projektbezogen und zudem zeitlich befristet – meist lösen sie sich nach Projektende auf. Selten entwickelt sich daraus ein richtungsoffenes Netzwerk. Hier kommt es lediglich auf die Identifizierung der Teilnehmer mit dem Vorhaben an.

### 3. Braucht man die Region als Klammer?

Die Frage, ob kollektives Handeln mehr braucht als eine utilitaristische Koordination des Individualhandelns, scheint eine klare Antwort zu haben: Eine Koordination des Individualhandelns gerät dort an ihre Grenzen, wo die Koordinationskosten aus Sicht des Individuums größer als die Koordinationsnutzen sind. Das aber bedeutet: Wenn der Koordinationsnutzen nur egoistisch-eng definiert wird, bleiben die *Kollektivgut*-Bestandteile außerhalb der Kalkulation. Die Folge müßte sein, daß die Koordination, gesteuert über *unbeeinflusste* individuelle Kosten-Nutzen-Kalküle, suboptimal ist.

Deshalb gibt es in der Finanzwissenschaft die Theorie der kollektiven Güter. Um egoistisches Handeln zugunsten der Kollektivgut-Bestandteile zu erweitern, müssen diese in der Wertschätzung der Individuen angehoben werden. Dafür gibt es drei Wege:

- Regelsysteme, die die Individuen verpflichten, sich den Kollektivgutanteilen zu widmen. Das ist die Grundlage der Staatlichkeit;
- die Stärkung des Bewußtseins für Gemeinschaftsaufgaben, z.B: durch Anreize, was zu Clubverhalten oder Genossenschaften führen kann;
- das Management gemeinsamer Problemlösungsprozesse, wobei die Öffnung der Egoisten zugunsten des Kollektivs über sozio-emotionale Bindungen verstärkt wird, z.B. über gemeinsame Ideen, Visionen. Das ist die Grundlage des modernen Regionalmanagements resp. der moderierten Regionalkonferenzen.

Alle drei Modelle sind aber dem Spannungsverhältnis von Individualisierung vs. Gemeinschaft ausgesetzt. Dabei gilt auch für die soziale Praxis das naturwissenschaftliche „Entropie-Gesetz“: Gemeinschaft läßt sich nur unter erheblichem Aufwand aufrecht erhalten – das Normale ist der Zerfall in Individualitäten.

Diese Zerbrechlichkeit der netzwerkartigen Zusammenschlüsse hat mit der Auflösung von Regelsystemen in der Gegenwart zugenommen, insbesondere, wo der „flexible Mensch“ (*Richard Sennett*) gefordert wird. Mit dem Zwang zur höheren Flexibilität ist auch verbunden, daß sich „Identität“ nicht mehr auf einen spezifischen Raum oder eine spezifische Gemeinschaft bezieht, sondern auf die gemeinsame Thematik/die gemeinsame Aufgabe. Gemeinschaft wird heute immer häufiger nur noch *projektspezifisch* erzeugt. Kennzeichnend ist, daß sich dafür in der Organisationswissenschaft das Denken in *corporate identity* und in der regionalwissenschaftlichen Diskussion das Konzept der *regional governance* durchgesetzt haben. Immer geht es darum, daß zwar kollektives Handeln die Identifizierung des Individuums mit den kollektiven Belangen erfordert, daß aber diese Identifizierung als gestaltbar empfunden wird. Sie hat einen utilitaristischen Kern: Man identi-

fiziert sich mit Institutionen oder Kollektiven, wenn sie für einen selbst nützlich sind.

Auch bei *regional governance* geht es letztlich darum.<sup>9</sup> Denn hier interessiert nicht mehr eine mystifizierte Regions-Identität, sondern allein die Organisation und Koordination kollektiven Handelns. Aber im Gegensatz zu früheren Konzepten wird bei *regional governance* eine Lösung allein über Regelsysteme nicht als zureichend empfunden. Denn Regeln können unterlaufen werden, wenn die Beteiligten sie nicht als „ihre Regeln“ internalisiert haben. Deshalb basiert *regional governance* auf intrinsischer Steuerung der beteiligten Akteure und wird folglich mit Internalisierungsstrategien verbunden. Dazu gehören Inszenierungen von gemeinsamem Handeln, die Wiederbelebung gemeinsamer Traditionen etc., was über eine Region leichter funktioniert als wenn es den gemeinsamen Regionsbezug nicht gäbe.

Dabei kann die Region in der Tat eine Vermittlerfunktion haben, insbesondere dann, wenn

- erstens der gemeinsame Regionsbezug auch mehr Gemeinsamkeiten erzeugt<sup>10</sup>, und
- zweitens, wenn Tradition und kulturelle Spezifika einer Region die Innovationsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit, das Kollektivgut-Denken, das Sozialkapital etc. durch gemeinsame Werthaltungen mit-geprägt haben.<sup>11</sup>

Aber für die *governance*-Diskussion ist der Regionsbezug keine notwendige Voraussetzung. Denn für kollektives *problem-solving* auf regionaler Ebene ist die Regionsbindung unwichtiger geworden, weil die für *governance* relevanten Eigenschaften/ Einstellungen beeinflusst und geschult werden können. Denn *regional governance* operiert problem- und projektbezogen. Das korrespondiert gut mit Beobachtungen in den Planungswissenschaften, daß

- der modernen, individualisierten Welt ein projektbezogener Ansatz des kollektiven Handelns adäquat ist;
- daß der projektbezogene Ansatz jedoch durch räumliche Nähe und Intensivierung des Gemeinwohldenken verstärkt werden kann;

---

9 Vgl. D. Fürst, Die „learning region“ (Anm. 4), S. 71-90.

10 Vgl. Chr. Rohrbach, Regionale Identität im Global Village – Chance oder Handicap für die Regionalentwicklung, Frankfurt a. M. 1999 (Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung, Materialien Heft 26).

11 Vgl. R. Miegel, Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung. Eine vergleichende Untersuchung, gefördert von der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 1991.

- und daß sich dafür Methoden der Gemeinschaft-Inszenierung anbieten. Dazu gehören in den Planungswissenschaften Diskurse, Visionen, auch Ideologien, letztlich auch Charisma von Promotoren der Entwicklung.<sup>12</sup>

Die *regional governance*-Diskussion zeigt aber auch, daß zu differenzieren ist. Es gibt einzelne Akteure, die primär territorial gebunden sind, während andere primär funktional agieren können. Territorial gebunden sind Politiker und Verwaltungsleute, weil sie von gebietskörperschaftlichen Bindungen abhängen: Politiker vom territorialen Wahlvolk, Verwaltungsleute von der territorialen Verwaltung und Politik. Territorial gebunden ist aber meist auch die Bürgerschaft: Ihr Lebensraum ist lokal oder regional determiniert durch Wohnen, soziale Kontakte und Heimatbindungen. Territorial gebundene Akteure werden in ihrem Gemeinschaftsdenken sehr viel stärker durch gebietskörperschaftliche Grenzen bestimmt.

Aber die territoriale Bindung führt auf der regionalen Ebene vielfach dazu, daß gerade die territorial gebundenen Akteure für regionale Kooperation am schlechtesten gerüstet sind: Sie müssen z.B. gegenüber der regionalen Gemeinschaft die lokalen Egoismen vertreten. Sie entwickeln regionale Kooperationsbereitschaft nicht, weil sie einer regionalen Identität folgen. Sondern sie werden gerade durch die Schwächen ihrer territorialen Bindung zur regionalen Kooperation gezwungen. Denn territoriale Bindungen führen zu Steuerungsverlusten, wenn die über die Territoriums-Grenzen hinweggehenden Abhängigkeiten wachsen. Das passiert laufend, denn erstens vernetzen sich diejenigen, die sich territorial *ungebunden* verhalten können wie die Wirtschaft, funktional über die Territoriums-grenzen hinweg und schaffen neue politische Steuerungs-Realitäten; und zweitens verlagern sich immer mehr kommunale Aufgaben auf die regionale Ebene, weil sie dort effizienter bearbeitet werden können.

Aber diese territoriale Bindung hat zwei wichtige Konsequenzen: Territorial gebundene Akteure finden sich nur sehr widerwillig zur regionalen Kooperation zusammen: Die Kosten der Kooperation werden von ihnen regelmäßig wesentlich höher eingeschätzt als der Nutzen der Kooperation.<sup>13</sup> Wenn es zur Kooperation kommt, dann i.d.R. problem- und projektbezogen, wozu in Deutschland Verwaltungsvereinbarungen und Zweckverbände genutzt werden. Die zweite Konsequenz liegt darin, daß die Definitionsmacht der Kooperation in Deutschland weitgehend bei den

---

12 Vgl. D. Fürst, Wandel des Staates – Wandel der Planung, in: Neues Archiv für Niedersachsen (1998) 2, S. 53-74.

13 D. Fürst, Regionale Politik in Grenzregionen als kooperativer Lernprozeß, in: Neues Archiv für Niedersachsen (2000) 2, S. 73-94.

Kommunalpolitikern liegt, die aber territorial gebunden sind. Nur in wenigen Fällen ergreift die Wirtschaft die Initiative.<sup>14</sup>

Dieser Wandel von der territorialen zur funktionalen Gemeinschaftsbildung entwertet zwar den Begriff der „regionalen Identität“, wenn darunter eine sozio-emotionale „Wesensgleichheit“ von Personen mit einer gedachten regionalen Gemeinschaft verstanden wird. Aber es entsteht ein wachsender Bedarf nach Identifizierung, weil offenbar eine Bindung über sozio-kulturelle und symbolische Faktoren dann wichtig wird, wenn der Gemeinschaftsbezug materiell zu abstrakt bleibt. Identifizierung ist im Gegensatz zu Identität ein dynamisches Konzept, bei dem es darum geht, sich mit dem Identifizierten immer „wesensgleicher“ zu machen, sich das Objekt der Identifikation „anzueignen“.<sup>15</sup>

Aber wenn Institutionen an die Stelle der erlebten und gelebten Gemeinsamkeit treten sollen, werden häufig Prozesse der Symbolentwicklung, der emotionalen Anbindung, der Identitäts-Schaffung inszeniert, wozu gegenwärtig auch eine Diskussion im Zusammenhang mit der EU-Bildung geführt wird.<sup>16</sup> Hier beginnt die Frage nach Region als Ideologie.

#### 4. Region als Ideologie ?

Natürlich ist die soziale Konstruktion von Gemeinsamkeit nicht identisch mit Ideologieleproduktion. Denn unter Ideologie wird ein Gedankengebäude verstanden, das interessengebunden ist, mit nichtprüfbareren Aussagen angereichert wird und sowohl der Orientierung einer Gruppe/Gemeinschaft zur Deutung der Wirklichkeit als auch herrschenden Eliten zur Legitimation ihrer Herrschaft dient.<sup>17</sup> Region wird zwar kognitiv und sozial „konstru-

---

14 So wurde die Reorganisation des Frankfurter Raumes wesentlich von der Wirtschaft initiiert; ähnliches läßt sich für die Diskussion im Kasseler Raum sagen. Das ist in den USA anders: Hier hat gerade die Wirtschaft sehr früh Initiativen ergriffen, um regionale Belange systematisch und rational in die kommunale Politik zu integrieren (vgl. R. D. Yaro, *Growing and governing smart: A case study of the New York Region*, in: B. J. Katz (Hrsg.), *Reflections on Regionalism*, Washington 1999, S. 43-77).

15 „Vom Begriff der Identität ist der der Identifikation zu unterscheiden. ...Während der Begriff der Identität mehr statisch aufzufassen ist, ist der der Identifikation als dynamisch zu begreifen.“ (Chr. Rohrbach, *Regionale Identität im Global Village – Chance oder Handicap für die Regionalentwicklung*, Frankfurt/M. 1999, S. 13).

16 „Was fehlt, ist eine kollektive europäische politische Identität, und Identität braucht bekanntlich ‚Identitätler‘“ (K. Gretschmann, *Traum oder Alptraum? Politikgestaltung im Spannungsfeld von Nationalstaat und Europäischer Union*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B5 [2001], S. 27).

17 Vgl. mit Verweis auf Kurt Salamun W. Euchner, *Ideologie*, in: D. Nohlen/R.-O. Schultze (Hrsg.), *Politische Theorien, Lexikon der Politik*, Bd. 1, München 1995, S. 192.

iert“<sup>18</sup>, aber sie ist weder ein Theorie-Konstrukt, noch ist sie Herrschaftsbasis, sondern sie ist zunächst nur eine Arena für kollektives Handeln. Zwar kann es ideologische Komponenten geben, die, meist mit mythischen Elementen verbunden, eine Gemeinschaft gegenüber dem Rest der Welt herausheben sollen. Wir kennen diese Zusammenhänge aus der nationalsozialistischen Zeit. Aber in der Praxis der deutschen Regionalentwicklung spielt diese ideologische Komponente keine Rolle mehr. Es gibt meines Wissens auch keine Regionalkonferenz und kein Regionales Entwicklungskonzept, das auf solche Elemente zurückgreifen würde, um Gemeinsamkeit zu beschwören.<sup>19</sup> Wenn in der Praxis der Regionalentwicklung die Region als Bezug für Gemeinschaft genutzt wird, dann entweder zur Abgrenzung der Aktionsräume oder zur Identifikation von Gemeinsamkeiten, die sich aber von der Sache her und nicht von einem ideellen Bezug her ergeben müssen.

Wie weit dabei auf Regional-Identität zurückgegriffen wird, hängt auch von den Handlungslogiken der Akteure ab. Es lassen sich wenigstens drei unterschiedliche Akteursgruppen unterscheiden, die sehr unterschiedlichen Handlungslogiken folgen. Da sind zum einen die Politiker und Verwaltungsleute, deren Anreizsysteme territoriumsgebundene Wahlen und rechtliche Regelsysteme sind. Aber für sie ist *lokale* Identität wichtiger als *regionale* Identität, weil die Region in Deutschland politisch nicht verfaßt ist. Zweitens haben wir die Wirtschaft, die marktorientiert und gewinngesteuert operiert. Sie hält sich in der regionalen Kooperation deutlich zurück: Regionale Kooperationen beklagen immer wieder das mangelnde Interesse der Wirtschaft oder die geringe Einbindbarkeit der Wirtschaft. Zwar zeigen die post-fordistischen Produktionsprozesse eine Hinwendung der Unternehmen zur Region, was von der „*Neuen ökonomischen Geographie*“ aufgegriffen wird.<sup>20</sup> Aber diese hat mit Regionsidentität nichts zu tun, sondern mit Vernetzung in der Region. Allerdings bewegt sie Unternehmen in neuerer Zeit stärker dazu, sich intensiver an der *Regionsförderung* und

---

18 Vgl. H. H. Blotevogel, Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie, in: G. Brunn (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*, Baden-Baden 1996, S. 44-68.

19 Vgl. Th. Stanum, REK-quer. Quervergleich der Regionalentwicklungskonzepte in Nordrhein-Westfalen. Bochum 1994 (ISA-Schriftenreihe 22); R. Danielzyk/A. Prieb, *Regionale Entwicklungskonzepte. Erfahrungen aus Westdeutschland und Schlußfolgerungen für die ostdeutschen Länder*, Duisburg 1997 (Institut für Geographie, Diskussionspapier 2/1997).

20 Vgl. K. Lammers/S. Stiller, *Regionalpolitische Implikationen der Neuen Ökonomischen Geographie*, Hamburg 2000 (HWWA Discussion Paper 85).

-*vermarktung*<sup>21</sup> zu beteiligen. Drittens schließlich wirkt auf regionaler Ebene der sog. Dritte Sektor, z.B. Umweltverbände. Der Dritte Sektor läßt sich von Ideen und sozio-emotionalen Bindungen leiten, organisiert sich themenspezifisch, ist aber ebenfalls nicht territorial gebunden.<sup>22</sup>

Es gibt offenbar immer mehr Akteure, für deren Handlungslogik der territoriale Bezug irrelevanter, der funktionale Bezug aber immer bedeutender wird. Gleichzeitig wird die Gestaltungs-Position derer schwächer, die territorial gebunden sind. Denn ihre Optionen sind an das Territorium gebunden, während diejenigen „machtvoller“ agieren können, die sich funktional orientieren: Sie haben Handlungsoptionen auch außerhalb der Region und machen die territorial Gebundenen latent erpreßbar. Es ist vielleicht kein Zufall, daß regionale Identität in besonderem Maße gerade von jenen beschworen wird, die unter der Entwertung der Raumbindung besonders leiden: Politiker und Bürger.

Was die drei unterschiedlichen Handlungslogiken dennoch auf regionaler Ebene verbindet, sind Interdependenzen, die offenbar auf regionaler Ebene besser als auf lokaler oder Landesebene bearbeitet werden können. Aber um überhaupt dazu zu kommen, solche Interdependenzen auf regionaler Ebene zu verhandeln, ist das Bewußtsein gemeinsamer Bindungen erforderlich. Dafür sind Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit sowie der Einfluß von Ideen und Überzeugungssystemen<sup>23</sup> wichtiger als regionale Identität.

Empirische Evidenz stützt diese These: Denn es gibt Regionen mit hoher regionaler Identität, aber sehr geringer regionaler Kohäsion. Gute Beispiele scheinen die Regionen Dithmarschen in Schleswig-Holstein oder Ostfriesland in Niedersachsen zu bieten: Dort besteht eine sehr starke, fast ethnische Identität, die aber keineswegs dazu führt, daß intra-regionales kollektives Handeln erleichtert wird. Vielmehr dient die regionale Identität primär der Freund-Feind-Abgrenzung, wirkt also primär nach außen und nicht nach innen.

Das besagt aber nicht, daß regionale Identität für regionale Entwicklungsprozesse irrelevant sei. Denn sie hat etwas mit Regionalisierung zu tun,

---

21 So wurden Regionalisierungsprozesse in Frankfurt/M. und Kassel von Unternehmern sehr intensiv unterstützt, wenn nicht sogar mit-initiiert; in vielen Regionen bilden sich „pro-Regio-Initiativen“ der Wirtschaft, mit deren Hilfe für die Region geworben und die „regionale Lebensqualität“ gefördert werden sollen.

22 Vgl. E. Priller/A. Zimmer/H. K. Anheier, Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B9 (1999), S. 12-21.

23 Vgl. D. Braun, Der Einfluß von Ideen und Überzeugungssystemen auf die politische Problemlösung, in: *Politische Vierteljahrszeitschrift* 39 (1998), S. 797-818.

was einleuchtet, wenn man die Regionalisierungsprozesse in Frankreich, Großbritannien und Spanien ansieht. Hier wird Identität genutzt, um durch interne Geschlossenheit eine Machtsteigerung nach außen, nämlich gegenüber dem Zentralstaat zu gewinnen. Man könnte zwar skeptisch fragen, ob Identität die Ursache oder nur ein katalysatorischer Faktor im Regionalisierungsprozeß ist. Aber: Diese Funktion der regionalen Identität ist nicht mein Thema. Denn ich befaße mich nicht mit der Frage der Regionalisierung, sondern mit der Frage, welchen Beitrag regionale Identität zur Kooperation innerhalb einer Region leisten kann.

## 5. Was folgt daraus?

Es ist unbestritten, daß in unserer Zeit der Globalisierung und des schnellen Wandels das Bedürfnis der Menschen wächst, ihren „*sense of belonging*“ über die Identifizierung mit ihrer Gemeinde oder einer Gruppe zu befriedigen, weshalb das Thema der Identität zur Zeit „in“ ist.<sup>24</sup> Aber nicht alles, was unter „Identität“ läuft, gehört darunter.

Man muß zwischen Identifizierung und Identität unterscheiden. *Identifizierung* bedeutet einen Prozeß der themen-, gemeinschafts- oder institutionenorientierten Selbstbindung; *Identität* hat etwas mit „Wesensgemeinschaft“ zu tun und ist immer mit gemeinschaftlicher Abgrenzung verbunden (*wir und die anderen*). Identität ist Ausdruck von Selbstdeutung und kann sachliche, räumliche, zeitliche, soziale und institutionelle Bezüge haben, kann aber auch eine Kombination dieser Dimensionen zum Gegenstand haben. *Identifizierung* dagegen ist ein eher dezisionistischer Vorgang und reduziert sich primär auf Ideen, Personen und Institutionen: Man identifiziert sich mit etwas, wenn man sich dafür entschieden hat.

Identifizierung mit kollektiven Leistungen ist heute in vielen Handlungsfeldern zu einem Knappheitsfaktor geworden – darauf verweist die Sozialkapital-Diskussion, die Kommunitarismus-Debatte und anderes. Daraus leitet sich eine Hypothese ab, daß Regional-*Identität* heute wahrscheinlich eine wesentlich geringere Rolle spielt als *Identifizierung* mit themenspezifischem kollektiven Handeln. Denn Identifizierung mit einer themenbezogenen Gemeinschaft läßt sich entwickeln, wenn es notwendig ist. So wird in der Planung mit Diskursen über Kollektivbelange gearbeitet.

---

24 „Identity discourses are very popular in Europe and actors in various regions try to promote the „identity“ of their regions. Identity is also supposed to play a very important role in political mobilization and regionalism.“ (A. Paasi, Europe as a social process and discourse. Considerations of place, boundaries and identity, in: European Urban and Regional Studies 8 (2002), S. 19).

tet.<sup>25</sup> Regionalkonferenzen und die Diskussion über Regionale Entwicklungskonzepte haben diese Funktion. Dabei werden auch Symbole und Inszenierungen genutzt, um die Identifizierung mit Themen zu fördern.

Identifizierung ist folglich selektiv, und zwar mindestens nach Persönlichkeiten<sup>26</sup> und nach Themen. Sie verbindet sich vor allem mit solchen Themen, die hohe ideelle oder materielle Bedürfnisbefriedigung abwerfen.<sup>27</sup>

Identifizierung vs. Identität stellt ein interessantes Spannungsverhältnis dar, das Prozesse kollektiven Handelns bestimmt. Denn wenn richtig ist, daß kollektive Prozesse stärker durch Identifizierung als durch Identität beeinflußt werden, so ist andererseits auch zu erwarten, daß Identifizierung mit kollektiven Prozessen erleichtert wird, wenn die Akteure auf eine gemeinsame Identität zurückgreifen können, worauf der „*cultural turn in economic geography*“ verweist.

Aber es gibt auch noch die dritte Ebene, nämlich Identifizierung, Identität und paradigmatische Steuerung miteinander zu verbinden. Unter „*paradigmatischer Steuerung*“ ist die Einflußnahme auf Einstellungen und Denkmuster von Adressaten zu verstehen. Hier spielen emotional ansprechende Visionen, mit denen sich die Adressaten identifizieren können, aber auch Bezüge auf gemeinsame Regional-Identität eine wichtige Rolle und werden durch entsprechende organisierte Diskurse unterstützt.<sup>28</sup> Dazu gehört z.B., Diskurse zur *corporate identity* zu organisieren. Identifizierung

25 Vgl. P. Healey, The communicative turn in planning theory and its implications for spatial strategy formation, in: Environment and Planning B: Planning and Design 23(1996), S. 217-234.

26 In der von Mayntz/Scharpf (vgl. R. Mayntz/F. W. Scharpf, Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt/M. u.a. 1995, S. 52) entwickelten Konzeption des „akteurszentrierten Institutionalismus“ wird diesem Unterschied dadurch Rechnung getragen, daß der Begriff der „Akteursorientierung“ eingeführt wird und Akteure u.a. danach differenziert werden, ob sie egoistisch oder systembezogen/gemeinwohlorientiert denken und handeln.

27 Bei Kollektivgütern spricht man in der Finanzwissenschaft von der sog. „*Meritorisierung*“, d.h. solche Güter haben neben einem Gemeinwohl-Überschuß starke Anteile individuell aneignbarer Nutzen-Teile. Entsprechend finden wir auch immer mehr Bemühungen, Kollektivgüter zu meritorisieren, also gruppenspezifische Nutzen damit zu verbinden. Die „*new public management*“-Philosophie hat hierzu einen weiteren Schub gegeben, indem sie öffentliche Leistungen in *Produkte* umgießen läßt. Mit den Produkten sollen Nutzer oder Nachfrager verbunden werden, die ihrerseits als Kunden auf die Gestaltung dieser Produkte aus individueller Nutzensicht Einfluß nehmen sollen.

28 Instruktiv dazu Luutz/Parratta, am Beispiel der sächsischen „paradigmatischen Steuerung“ zur Unterstützung der Modernisierungsstrategie des Landes (vgl. W. Luutz/C. Parratta, Sachsen als Modellregion. Eine Analyse der Internet-Wochennachricht, in: Jahrbuch des SFB 417 Regionenbezogene Identifikationsprozesse. Das Beispiel Sachsen, Leipzig 2001, i.E.).

wird in diesem Sinne heute immer mehr politisch genutzt, wozu auch symbolische Politik einen wichtigen Beitrag leistet, denn Symbolik kann Gemeinsamkeit unterstützen helfen.

Sieht man jedoch genauer hin, so erkennt man, wo stärker mit Identifizierungs- und wo mehr mit Identitäts-Strategien gearbeitet wird. Das hängt davon ab, ob die Adressaten der Strategie *territorial* gebunden oder *territorial un-gebunden* sind. Wenn sie territorial gebunden sind, wozu – wie gesagt – Kommunalpolitiker, Gemeindeverwaltung und ein Großteil der Bürger gehören, so läßt sich die raumbezogene Identität nutzen, um Identifizierungsprozesse zu unterstützen. Wo eine solche Raumbindung nicht existiert – i.d.R. in der Wirtschaft – nutzt der Rekurs auf „regionale Identität“ wenig. Raumbezogene Identität wird allenfalls in der unternehmerischen Werbung und Selbstdarstellung angesprochen, aber sie hat keine Bedeutung für unternehmerisches Handeln.

Daß für die Praxis die Unterscheidung in Identität und Identifizierung durchaus sinnvoll ist, soll abschließend an zwei Beispielen, nämlich der Regionalplanung und dem Ansatz der „lernenden Region“, gezeigt werden:

(1) Regionalplanung hat es zum einen mit einem Kollektivgut zu tun, nämlich der Ordnung der Raumnutzungen, und zum anderen mit einem eher gruppenspezifischen Gut, nämlich regionale Entwicklung zu fördern. Für die Kollektivgutfunktion, nämlich die Ordnungsfunktion, wählt sie Strategien, die auf Identität ausgerichtet sind. Denn identitäts-bezogene Strategien sprechen raumgebundene Akteure an, die für *place making* empfänglich sind. *Place making* ist nicht identisch mit *space making*. *Place making* bezieht die Gestaltung eines Raumes als Lebensraum, wozu die materielle Ausstattung genauso gehört wie das Bewußtsein der gemeinsamen Raumbindung.<sup>29</sup> Planungsprozesse des *place making* mobilisieren primär *räumlich gebundene Akteure*<sup>30</sup>, kaum die *funktional ausgerichteten* Akteure. Konkret: Die Wirtschaft hält sich weitgehend zurück. Bemühungen, die Wirtschaft über *place-making* einzufangen, bezeichnet Castells als „grassrouting the space of flows“.<sup>31</sup>

---

29 Vgl. P. Healey, Building institutional capacity through collaborative approaches to urban planning, in: Environment and Planning A, 30(1998), S. 1431-1456.

30 Räumliche Identitäts-Bildung unterliegt der Gefahr der „territorial trap“ (vgl. J. Agnew, The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory, in: Review of International Political Economy [1994] 1, S. 53-80), nämlich der Freund-Feind-Bildung über territoriale Abgrenzungen. Identifikation kann dagegen über Verträge, Identität primär über Sozialkapitalbildung entwickelt werden.

31 Vgl. M. Castells, Grassrooting the space of flows, in: Urban Geography, 20 (1999), S. 294-302.

Bei der Entwicklungsfunktion dagegen nutzt die Regionalplanung Strategien, die auf Identifizierung gegründet sind. Das hat eher etwas mit *space making* zu tun, bezieht sich auf Standortpolitik und führt zwangsläufig zu einer gewissen sozialen Selektivität.<sup>32</sup>

(2) Auch die Diskussion zur innovationsorientierten Regionalentwicklung wird vom Spannungsverhältnis Identifizierung vs. Identität beeinflusst. Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Richtungen identifizieren. Das eine sind die Anhänger der „*learning region*“-Diskussion. Zum Teil unter dem Einfluß der französischen Milieu-Forschung setzen sie auf *Identität*<sup>33</sup>, weil sie Sozialkapital und raumgebundenes *networking* als wichtige Bestandteile des Konzepts empfinden. Eine andere Denkrichtung folgt der *Evolutions-theorie* und setzt auf *identifikations*-bezogene Entwicklungen. So hat Ger-not Grabher<sup>34</sup> am Beispiel der *Werbe-Village* in London deutlich gemacht, daß evolutorische Entwicklungen von Regionen *heterarchisch* organisiert sind: Verschiedene Cluster von Akteuren rivalisieren, aber zwischen ihnen gibt es genügend Gemeinsamkeit und die Möglichkeit, der gemeinsamen Identifikation mit Aufgaben resp. Projekten. Dieses Wechselspiel zwischen gemeinsamer Ausrichtung, aber rivalisierender Operationalisierung des Weges wird als förderlich für die evolutorische, innovationsorientierte Entwicklung empfunden.

Faßt man zusammen, so ist unstrittig, daß regionale Entwicklungsprozesse über Selbstmotivation und Selbstbindungen der Entscheidungsträger gesteuert werden. Selbstbindung und Selbstmotivation kann zwar durch Identität mit einem Raum begünstigt werden, aber motivierend sind primär die Faktoren, welche zur Identifizierung mit dem Thema und dem Prozeß bei-

---

32 Die funktional ausgerichteten Akteure lassen sich wesentlich besser über Konzepte der „strategischen Planung“ gewinnen. Das ist ein problem- und projektbezogenes Vorgehen, wofür in Deutschland der Begriff des „Regionalmanagement“ steht (vgl. D. Fürst, Regionalmanagement als neues Instrument regionalisierter Strukturpolitik, in: H. J. Kujath (Hrsg.), Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes, Berlin 1998, S. 233-250). Regionalmanagement zielt aber auf die Mobilisierung von *Identifizierung*: Es kommt darauf an, sozio-emotionale Bindungen für *themenbezogenes* kollektives Handeln zu nutzen, wobei die Bindungen zeit- und sachbezogen begrenzt sind. Zwar werden über Regionalmanagement immer auch „*latente*“ Netzwerke geschaffen (vgl. G. Grabher, Ecologies of creativity: the Village, the Group, and the heterarchic organisation of the British advertising industry, in: Environment and Planning A, 22 [2001], S. 371), d.h. Beziehungsnetze, die problembezogen aktiviert werden können. Aber diese sind an Menschen und nicht an Raum-Identität geknüpft.

33 Vgl. D. Fürst, Die „*learning region*“ – strategisches Konzept oder Artefakt?, in: H.-F. Eckey u.a. (Hrsg.), Ordnungspolitik, Stuttgart 2001, S. 71-90.

34 Vgl. G. Grabher, Ecologies of creativity: the Village, the Group, and the heterarchic organisation of the British advertising industry, in: Environment and Planning A, 22 (2001), S. 351-374.

tragen. Dabei wird es Unterschiede zwischen den Adressaten geben: Diejenigen, die starke Raumbindungen haben wie Politiker und Bürger, sind stärker über die Aktivierung der Identität anzusprechen als jene, die funktional und damit raumunabhängig agieren. Aber alle Neuerungen benötigen auch Ideen und Visionen. Diese werden durch Erneuerungs-Diskurse unterstützt, die wiederum auf identifikatorisches Potential zurückgreifen. Denn Ideen und Visionen nutzen nur dann etwas, wenn die Akteure sich damit identifizieren, d.h. sie sich zu eigen machen.

Damit aber steht die Debatte über Identifikation vs. Identität mitten im Zentrum der Steuerungsdiskussion: Diese hat sich – nicht zuletzt unter *Luhmanns* Einfluß – immer mehr dahin bewegt, daß interventionistische Steuerung als wenig erfolgreich gilt und wirksame Steuerung wesentlich *intrinsisch* erfolgt. In der Entwicklungspolitik wird dafür das *ownership principle* verwendet<sup>35</sup>: Nur die Entwicklungshilfe schlägt an, deren Ziele und Maßnahmen von den Empfängern ganz zu eigen gemacht werden in dem Sinne, daß sich die Empfänger voll damit identifizieren und danach handeln.

---

35 Mit *ownership principle* wird in der Entwicklungshilfe die Forderung umschrieben, daß die Adressaten der Förderung sich mit dem Förderungsprojekt voll identifizieren müssen und dieses zu „ihrem eigenen“ Projekt machen müssen. Sonst reproduziert sich das alte paternalistische Muster, das Selbsthilfekräfte nicht entfalten läßt.

---

**Josef Esser**

## **Die politische Konstruktion regionaler Kooperation: Der Fall Regionalreform Rhein-Main<sup>1</sup>**

### 1. Einleitung

Die Zusammenarbeit benachbarter Städte und Gemeinden zählt – insbesondere in Ballungsräumen – zu den kommunalpolitischen Themen mit zyklisch wiederkehrender Bedeutung. Zuletzt stand das Thema in Deutschland in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren bei der damaligen Gebietsreform im Zentrum der Diskussion. Von den frühen neunziger Jahren an hat es erneut an Wichtigkeit gewonnen. Grundlage dieser Forderungen sind Diskrepanzen zwischen einer zunehmenden funktionalen Verflechtung von Kernstädten und ihren Umlandgemeinden und kleinteiligen politisch-administrativen Strukturen innerhalb von Stadtregionen einerseits, einer gleichzeitig deutlicher werdenden Ungleichverteilung von Lasten, Kosten und Einnahmen zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften in diesen Räumen andererseits.<sup>2</sup>

Die gegenwärtigen Reformdebatten stehen jedoch unter anderen Vorzeichen als die der siebziger Jahre. Damals war die sozialstaatlich motivierte Herstellung von einheitlichen Lebensverhältnissen über Ländergrenzen hinweg das erklärte Ziel. Dazu wurde vor allem die Schaffung gleich

- 
- 1 Ich stelle hier vorläufige Ergebnisse aus einem nicht abgeschlossenen DFG-Forschungsprojekt mit dem Titel: „Netzwerkförmige politische Steuerung in der metropolitanen Region Rhein-Main“ vor, an dem neben mir Monika Falger, Hans Jörg Troost, Dietmar Flucke und Sven Weiss beteiligt sind. Es setzt Forschungen fort, mit denen im Rahmen des SFB 403: „Vernetzung als Wettbewerbsfaktor am Beispiel der Region Rhein-Main“ 1997 begonnen wurde und das nach Auslaufen des SFB Ende letzten Jahres seit Januar 2001 als Einzelprojekt, finanziert durch die DFG, fortgeführt wird. Siehe: J. Esser u.a., Politische Mitgestaltung sozioökonomischer Vernetzung, in: Sonderforschungsbereich 403, Vernetzung als Wettbewerbsfaktor am Beispiel der Region Rhein-Main, Ergebnisbericht für die Jahre 7/1997 bis 6/2000, Frankfurt am Main 2000, S. 203-236; J. Esser u.a., Netzwerkförmige Steuerung in metropolitanen Regionen, in: Sonderforschungsbereich 403, Finanzierungsantrag für die Jahre 6/2000 bis 6/2003, Frankfurt a. M. 2000, S.295-360; M. Falger, Regionalreform – zwischen Hierarchie und Netzwerk, in: J. Esser/ E. W. Schamp (Hrsg.), Metropolitane Region in der Vernetzung – Der Fall Frankfurt/Rhein-Main, Frankfurt a. M./New York (im Druck).
  - 2 W. Heinz (Hrsg.), Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich, Stuttgart/Berlin/Köln 2000.

großer Länder mit ähnlichen finanziellen Kapazitäten angestrebt und es sollten Verwaltungseinheiten geschaffen werden, die einen Ausgleich zwischen wirtschaftsstarke und wirtschaftsschwache Regionen gewährleisten. Heute werden die Länder „weniger als subnationale räumliche Bestandteile einheitlicher nationaler Verwaltungsstrukturen gesehen, sondern zunehmend als räumliche Container endogener Wirtschaftspotentiale“.<sup>3</sup> Das Ziel staatlicher territorialer Restrukturierung bestehe, so Brenner und Heeg, nicht länger in der Herstellung formal identischer Verwaltungsstrukturen, sondern in der Förderung der Ausdifferenzierung der spezifischen Standortqualitäten jedes Landes, und die Stärkung der Standortvorteile erfordere eine größere territoriale Korrespondenz zwischen staatlichen institutionellen Strukturen und urban-industriellen Agglomerationen.<sup>4</sup> Primäres Ziel von politisch-institutionellen Reformen ist, mit anderen Worten, nicht mehr die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse, sondern die Sicherung oder Stärkung der kommunalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>5</sup>

Auch in der Region Rhein-Main sind mehrere Versuche, zu einer solchen neuen Kooperation zu kommen, unternommen worden. Deren Analyse einschließlich ihres bisherigen Scheiterns ist der Gegenstand der folgenden Ausführungen. Sie ist für diese Konferenz aus mehreren Gründen von Interesse:

*Erstens* behauptet der ökonomische und politische Sachverstand schon seit den siebziger Jahren, die Städte und Gemeinden der Rhein-Main-Region könnten im Konkurrenzkampf der „global cities“ oder „metropolitanen Regionen“ sich nur dann behaupten, wenn sie über ein neues Regionalbewußtsein und über neue politisch-institutionelle Strukturen den Konstruktionsprozeß hin zur Region Rhein-Main zustande brächten. *Zweitens* wurde genau aus diesem Grund bereits im Jahr 1975 der Umlandverband Frankfurt gegründet, zu dessen expliziten Zielen es gehörte, in einem simultanen Prozeß eine neue regionale Identität und neue politisch-ökonomische Kooperationsformen zustande zu bringen. An dieser Aufgabe ist dieser Verband jedoch gescheitert, und er wurde am 31. März 2001 aufgelöst. *Drittens* wurden bereits in den neunziger Jahren, lange vor Auflösung des Umlandverbandes, unterschiedliche Modelle zur Herstellung einer Region Rhein-Main diskutiert, verworfen oder weiterentwickelt, die explizit Abschied genommen haben von der Hoffnung, die regionale Identität

3 N. Brenner/ S. Heeg, Leistungsfähige Länder, konkurrenzfähige Stadregionen? Standortpolitik, Stadregionen und Neugliederungsdebatte in den neunziger Jahren, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6, S. 663.

4 Ebenda.

5 W. Heinz, Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? (Anm. 2), S. 193.

tität über symbolische Strategien schrittweise zu erzeugen und dann simultan die politische und ökonomische Kooperation zu verbessern. Stattdessen lassen sich alle diese Modelle als Strategien interpretieren, über politische Steuerungsmedien – seien sie hierarchisch, konsensual/netzwerkförmig oder eine Mischform zwischen diesen beiden – die neue Region Rhein-Main politisch-institutionell zu konstruieren. Die Herstellung neuer regionaler Identität wird bestenfalls als wünschenswertes Ergebnis dieser politischen Konstruktion angesehen, sie ist jedoch kein eigenständiges Ziel mehr. *Viertens*: Da sich keines dieser Modelle bisher erfolgreich politisch hat umsetzen lassen, ist für unsere Diskussion die provokativ gemeinte Frage von Interesse, ob nicht die Debatten um die Notwendigkeit der kulturellen oder politischen Herstellung neuer regionaler Kooperation und Identität *politisch überdeterminiert* sind. Denn während allerorten die Notwendigkeit solcher neuen Kooperationsformen gefordert wird, gelingen sie bisher kaum – sieht man von dem Ausnahmefall „Region Hannover“<sup>6</sup> ab. Trotzdem kann man zumindest für die Wirtschaft der Region Rhein-Main nicht gerade behaupten, es ginge ihr im internationalen Konkurrenzkampf so schlecht, daß sie unter diesem politisch-institutionellen Mangel leiden würde.

Ich werde im folgenden zunächst den gescheiterten Umlandverband Frankfurt diskutieren (2) und daran anschließend die aus der Sicht der politischen Akteure im Bundesland Hessen wichtigsten sich in der aktuellen politischen Diskussion befindlichen Modelle vorstellen (3).<sup>7</sup>

## 2. Der gescheiterte Umlandverband Frankfurt (UVF)

Der Umlandverband Frankfurt wurde am 1. Januar 1975 als Mehrzweckpflichtverband gegründet. Zuvor wurden verschiedene andere Modelle einer administrativen Neuordnung der Region Rhein-Main diskutiert, von denen sich jedoch keines durchsetzen konnte. Der UVF war als Ergebnis dieser Debatte ein Kompromiß. Ihm gehörten neben den kreisfreien Städten Frankfurt und Offenbach weitere 41 kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie sechs Landkreise an. Ziel und Zweck des Verbandes war die „Förderung und Sicherung einer geordneten Entwicklung des Ver-

6 A. Priebs, Die Region – notwendige Planungs- und Handlungsebene in Verdichtungsräumen. Erfahrungen und Perspektiven im Großraum Hannover, in: K. Wolf/ E. Tharun (Hrsg.), Auf dem Wege zur neuen regionalen Organisation? Vorträge eines Symposiums in Frankfurt am Main am 20. November 1998, Frankfurt a. M. 1999, S. 11-33.

7 Eine ausführliche und sehr differenzierte Darstellung und Analyse der Diskussion seit den sechziger Jahren einschl. der historischen Vorläufer findet sich in: J. P. Scheller, Rhein-Main – Eine Region auf dem Weg zur politischen Existenz, Frankfurt a. M. 1998.

bandsgebietes“ (§1 des Gesetzes über den UVF). Dazu wurden dem Verband gesetzlich Planungs-, Trägerschafts- und Koordinierungsaufgaben übertragen.

Organe des UVF waren die Gemeindekammer, der Verbandstag und der Verbandsausschuß. Die *Gemeindekammer*, in die jede Stadt und jede Gemeinde je eine(n) VertreterIn entsandte, hatte somit 43 Mitglieder und war für die Flächennutzungs- und den Landschaftsplan verantwortlich; dadurch blieb die Planungshoheit der Kommunen gewahrt.

Der *Verbandstag* mit seinen 105 direkt gewählten Abgeordneten traf Entscheidungen u.a. zur Generalverkehrsplanung, zu den überörtlichen Sport- und Freizeiteinrichtungen und zum Regionalpark. Darüber hinaus beschloß er den Haushaltsplan und überwachte die Verwaltung. Der *Verbandsausschuß* bestand aus dem Verbandsdirektor und dem ersten Beigeordneten, die vom Verbandstag gewählt wurden, sowie aus zwölf ehrenamtlichen Beigeordneten und war für die Vorbereitung und Umsetzung der in den beiden anderen Organen verabschiedeten Beschlüsse verantwortlich.

Während der UVF im Planungsbereich erfolgreiche Arbeit geleistet hat, ist er vielen anderen gesetzlich vorgesehenen Anforderungen nicht gerecht geworden. Insbesondere im Hinblick auf die Trägerschaftsaufgabe fehlte es ihm an Um- und Durchsetzungspotential. Darüber hinaus entsprach der räumliche Zuschnitt des Verbandsgebietes immer weniger den aktuellen innerregionalen Bezügen und Verflechtungen. Nicht zuletzt schlug sich auch das gespannte Verhältnis zwischen der Stadt Frankfurt und den anderen Städten und Gemeinden des Verbandsgebietes in den Gremien des UVF nieder. Statt den Verband aufzulösen, hätte in dieser Situation auch die Möglichkeit bestanden, für ihn die Ressourcen bereitzustellen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt hätte. Dies wurde von den meisten einflußreichen Akteuren in der Region jedoch nicht gewollt. Und das kann deshalb kaum verwundern, weil mit einer solchen Strategie genau diese Akteure Ressourcen an den UVF verloren hätten. Die Koalitionsvereinbarung der im Frühjahr 1999 angetretenen hessischen Landesregierung hat dann das Ende des Umlandverbandes besiegelt. Artikel 3 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main bestimmte seine Auflösung zum 31. März 2001.

Mit dem UVF ist ein Modell regionaler Kooperation begraben worden, das ursprünglich eine Neugestaltung der Ressourcenverteilung im bestehenden institutionellen setting vorsah. Allerdings wurden dem UVF selbst weder die nötigen Durchsetzungsmechanismen für diese Neugestaltung übertragen, noch bestand bei den einflußreichen Akteuren der Region ein Interesse daran, diese Mechanismen ihrerseits in Gang zu setzen. Der UVF

hat sich als ein Kompromiß erwiesen, der an der Besitzstandswahrung der bestehenden Institutionen gescheitert ist. In der Region hat ihm kaum jemand eine Träne nachgeweiht, statt regionale Identität zu stiften, hat er die städtischen Egoismen eher verschärft.

### 3. Drei neue Modelle

#### 3.1. Die politische Konstruktion der Rhein-Main-Region von unten: Der Regionalkreis Rhein-Main (Jordan-Modell)

Das in einer Arbeitsgruppe des SPD-Bezirkess Hessen-Süd entwickelte Regionalkreis-Modell<sup>8</sup> sieht eine Reorganisation der öffentlichen Verwaltung im Rhein-Main-Gebiet in drei Ebenen (Kommune, Regionalkreis, Land) vor. Die Autoren sehen das Rhein-Main-Gebiet in einem internationalen Standortwettbewerb, in dem die Kommunen zusammenarbeiten müssen. Zum einen schade der innerregionale Standortwettbewerb sowie die zu langsamen Verfahren der Verwaltung und der Verwaltungsrechtsprechung der Region und deren Wettbewerbsfähigkeit. Zum anderen hänge die Entwicklungsfähigkeit der Region davon ab, „daß durch Mitsprache und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger regionalpolitische Entscheidungen gesellschaftlich tragfähig und damit tatsächlich umsetzungsfähig werden“.<sup>9</sup>

Als Konsequenz aus dieser Analyse soll der neu zu bildende Regionalkreis durch die Auflösung des Umlandverbandes, der Landkreise und der Regierungspräsidien zur einzigen Mittelinstanz zwischen den Kommunen und dem Land werden. Ihm soll ein Großteil der Aufgaben der aufgelösten Instanzen übertragen werden. Gleichzeitig wird eine Entflechtung der (staatlichen) Aufgaben angestrebt, wobei für „alle Einzelentscheidungen die lokale Ebene der Städte und Gemeinden“ und für „alle regionalen Steuerungs-, Bündelungs- und überlokalen Kontrollfunktionen die neue regionale Organisationseinheit“<sup>10</sup> zuständig sein soll. Damit wird auch der Aufgabenbereich der Kommunen erweitert. Auf die Gemeinde-Ebene sollen die Flächennutzungsplanung (bisher Umlandverband), Bauaufsicht, weite Bereiche aus dem Sozialleistungsbereich, die Trägerschaft von Grund- und Hauptschulen (bisher Landkreise) sowie die Erledigung von Verwaltungsleistungen im Auftrag der Landesbehörden (bisher Landkreise) verlagert werden, während dem Regionalkreis Aufgaben im Bereich der überörtlichen Planung, der Wirtschaftsförderung, der Gewerbeansiedlung, der Arbeitsmarktpolitik, der Umweltsicherung sowie regionale Trä-

8 J. Jordan, Der Regionalkreis Rhein-Main, Positionspapier für die SPD Hessen-Süd, Wiesbaden, Ms.

9 Ebenda, S. 6.

10 Ebenda, S. 9.

gerschaftsaufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, der Wasserbeschaffung, des Regionalparks und der Volkshochschulen übertragen werden sollen.

Grundsätzlich soll der Regionalkreis selbstverwaltenden, kommunalen Charakter haben. Daher sieht das Modell vor, ihn mit einem direkt gewählten *Regionalparlament* sowie einem *Regionalrat* aus Vertretern der Magistrate der Mitgliedskommunen auszustatten. Für den Regionalrat ist bei Finanzentscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die Kommunen haben, ein weitgehendes Veto vorgesehen. Einem ruinösen innerregionalen Wettbewerb und einer Struktur, in der regionale Belange gegenüber lokalen Interessen chancenlos sind, soll durch die Bildung einer eigenständigen regionalen politisch-administrativen Einheit, die über eine eigene Legitimationsbasis (Direktwahl des Regionalparlaments) und eigene Ressourcen (langfristig eigenes Steuerrecht) verfügt, entgegengewirkt werden. Durch die Direktwahl eines Regionalparlaments erhalten die Entscheidungen des Regionalkreises demokratische Legitimation.

Allerdings bleiben durch Bundesgesetz wichtige Fragen, wie die Flächennutzungsplanung, den Kommunen vorbehalten, so daß die schwierige Konstruktion mit einer „2. Kammer“, dem Regionalrat, nötig wird. Die Arbeitsgruppe des SPD-Bezirkess Hessen-Süd verspricht sich von der demokratischen Legitimation regionaler Entscheidungen eine Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Erfahrung mit dem Umlandverband zeigt jedoch, daß ein demokratisch gewähltes regionales Gremium, wie der Verbandstag, nicht automatisch gesellschaftliche Akzeptanz schafft.

Das Jordan-Modell, immer noch offizielle Strategie der südhessischen SPD, wurde in der Folge sowohl von der sozialdemokratisch geführten Landesregierung (bis 1999) und der christdemokratisch geführten Landesregierung (ab 1999) deshalb ausgehebelt, weil beide die übergeordneten Interessen des Landes durch eine zu starke und eigenständige Region Rhein-Main gefährdet sahen und sehen. Immerhin trägt diese Region mit zwei Dritteln zur Wertschöpfung des Landes Hessen bei. Beide versuchen, durch Prozesse der Verwaltungsreform zum einen die Interessen des Landes und der Region neu zu verorten, zum anderen mittels einer Mischung aus hierarchischer und kooperativ/konsensualer Steuerung regionale Kooperation und regionale Identität zu verbessern (Modelle 2 und 3).

### 3.2. Modell 2: Die politische Konstruktion der Rhein-Main Region von oben durch Verwaltungsmodernisierung oder Neuordnung der staatlichen Behördenorganisation (Bökel-Modell)

Eine Neuordnung der Behördenorganisation in Hessen hat der ehemalige Hessische Innenminister Bökel in die Debatte um die Reorganisation der Region eingebracht.<sup>11</sup> Als Reaktion auf das Regionalkreismodell von Jordan schlägt er unter Beibehaltung der bisherigen Ebenen von Kommune, Landkreis, Regierungspräsidium und Land eine umfassende Verwaltungsreform vor.

Um auf die raschen Veränderungen im internationalen Standortwettbewerb reagieren zu können, soll die Verwaltung mit ihren langen Verfahren reformiert werden. Das eigentliche Problem sieht er aber in einer deutschlandweiten „Normenflut von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Richtlinien“.<sup>12</sup> Neben dem unterschiedlichen Zuschnitt der Aufgaben sei dies der Grund dafür, daß eine prinzipielle Neuordnung der staatlichen Ebenen, wie sie der Regionalkreis anstrebe, die Probleme der Region nicht löse. Stattdessen befürwortet er eine umfangreiche Deregulierung durch Land und Bund. Für die Verwaltungsreform sei eine Aufgabenüberprüfung auf allen Ebenen mit einer anschließenden Aufgabenverlagerung nach unten erforderlich. Wichtig sei, daß Aufgaben, die eine ortsnahe Entscheidung erfordern, von oben nach unten verlagert – also quasi durch die bestehenden Verwaltungsebenen durchgereicht – würden.

Bökel argumentiert, daß wichtige regional zu lösende Aufgaben über unterschiedliche räumliche Einzugsbereiche verfügen. An Stelle des Regionalkreises sei es deswegen erforderlich, von Aufgabe zu Aufgabe entsprechend Einzugsgebiet und Betroffenheit über die Art und Form der interkommunalen Zusammenarbeit zu entscheiden. Dabei sei neben Zweckverbänden auch an alle anderen möglichen freiwilligen Formen der öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Kooperation von Kommunen zu denken. Ebenso schlägt er vor, auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft im Sinne von public-private-partnership in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Als regional zu lösende Aufgabenbereiche sieht er das Standortmanagement (Regionalentwicklung), Verkehr, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Wohnungspolitik sowie Erholung und Touristik. Das Land sei aber nach wie vor für die (gesetzlichen) Rahmenbedingungen unerlässlich und müsse interkommunale Zusammenarbeit stärker fördern. Die regionale

11 G. Bökel, Staatliche und kommunale Verwaltung in Hessen – Gedanken auch zur Rhein-Main-Region, Wiesbaden 1997.

12 Ebenda, S. 2.

Strukturpolitik soll in Planungsregionen stattfinden, welche den bestehenden Regierungspräsidien in Hessen entsprechen. Aber auch in den Landkreisen, als kleinen Planungseinheiten, soll weiterhin Strukturpolitik betrieben werden. Für Fragen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wäre eine dazugehörige Region zu definieren, die auch über die Landesgrenzen hinaus gehen könne. Über ihren räumlichen Zuschnitt macht er jedoch keine Angaben. Aus Bökels Sicht sollte hier der hessische Wirtschaftsminister als Moderator fungieren.

Trotz des Festhaltens an den bestehenden Verwaltungsebenen hält Bökel eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches für notwendig. Das „veränderte Verhältnis der Wohnsitzgemeinden zu Frankfurt, das Arbeitsplätze und Kulturangebote auch für das Umland vorhält und teilweise auch dessen soziale Probleme“ zu tragen habe, müsse sich auch in einem „Finanz-Ausgleich niederschlagen“.<sup>13</sup> Eine entsprechende Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches soll durch Landesgesetz festgelegt werden. Dies zeugt davon, daß Bökel die Verteilungsfragen offensichtlich hierarchisch lösen will und sie der kommunalen Kooperation entweder nicht zutraut oder nicht übertragen will. Der kommunalen Kooperation überläßt er innerhalb der weitgehend vom Land bestimmten Rahmenbedingungen die Ausgestaltung derjenigen Aufgaben, die schon bisher in die kommunale Zuständigkeit fallen, aber eines größeren räumlichen Zuschnitts bedürfen. Die Regierungspräsidien sollen erhalten bleiben. Sie sollen Aufgaben an die Kommunen abgeben, gleichzeitig aber neue von der Ministerialebene übernehmen.

Durch das Anknüpfen Bökels an bestehende Institutionen wird der Widerstand gegen eine eventuell Besitzstände angreifende Reorganisation auf Einzelfragen reduziert und führt wohl kaum zu grundsätzlichem Widerspruch. Damit scheint sein Modell recht durchsetzungsfähig zu sein, allerdings gibt er keine Antwort darauf, wie die bisherige „Kirchturmpolitik“ der Kommunen tatsächlich überwunden wird, die entsprechenden Kooperationen freiwillig entstehen und zu von allen akzeptierten Lösungen gelangen sollen. Hier lassen sich lediglich (hierarchische) Einflußmöglichkeiten des Landes durch (finanzielle) Förderung und die Bestimmung der Rahmenbedingungen erkennen.

In Bökels Vorschlag nehmen Formen einer freiwilligen Kooperation, wie etwa Zweckverbände, einen wichtigen Platz ein. Seine Argumentation öffnet Raum für netzwerkförmige, an Kooperation und Konsens orientierte Steuerungsformen. Paradoxerweise geschieht dies gerade dadurch, daß die

---

13 Ebenda, S. 3.

vorhandenen Strukturen nicht grundsätzlich zur Diskussion gestellt werden.

Das Bökel-Modell mit seinen netzwerkähnlichen freiwilligen Kooperationen läßt jedoch das Aufkommen verschiedener Probleme vermuten. Die Kommunen werden einen hohen Grad an Autonomie behalten, da viele Einzelentscheidungen, wie diejenigen über finanzielle Ressourcen, weiterhin in den einzelnen Kommunen bestätigt werden müssen. Die beteiligten Akteure bleiben damit an die Handlungslogik der Kommunen gebunden, so daß der Verhandlungsspielraum vor allem für Verteilungsfragen gering sein wird. Durch den unterschiedlich hohen Problemdruck der zu lösenden Aufgaben und die zu erwartenden unterschiedlichen Vorteile für jede Kommune sind die Akteure auch unterschiedlich stark auf die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung angewiesen. Diese aufgabenabhängige Interdependenz der Kommunen läßt auch unterschiedliche Intensitäten und Formen der Kooperation erwarten. Einerseits möglicherweise schnelle Lösungen in Situationen, die allen Vorteile bringen, und andererseits Blockadepotentiale, wenn einzelnen Akteuren ein hoher Preis, in Form von wenig vorteilhaften oder nachteiligen Lösungen, abverlangt wird. Durch die Aufteilung in institutionell getrennte Kooperationen werden die für Verhandlungen typischen Koppelgeschäfte, in denen verschiedene strittige Themen und die entsprechenden Verteilungsfragen miteinander verknüpft werden, erschwert. Zusätzlich sind starke Machtungleichgewichte zu erwarten, wenn zum Beispiel die Stadt Frankfurt in einem Trinkwasserverband mit den kleineren, ländlichen nordhessischen Kommunen verhandeln soll. Grundsätzlich läßt sich gegen aufgabenspezifische Kooperationen mit unterschiedlichen Zuschnitten und Akteuren einwenden, daß so die Wahrnehmung überörtlicher regionaler Aufgaben für die BürgerInnen wenig transparent wird.

Das Modell verschwand deshalb vorläufig von der politischen Tagesordnung, weil die SPD-Grüne-Landesregierung 1999 abgewählt und von einer CDU-FDP-geführten Regierung abgelöst wurde. Interessanterweise ist der neue Landesvorsitzende der Hessischen SPD, der frühere Innenminister Bökel, in seiner neuen Funktion ein Befürworter des Regionalkreis-Modells geworden – ein Beispiel dafür, in welcher Weise unterschiedliche politische Logiken Einfluß auf die jeweils in der Regionalreformdebatte eingenommenen Positionen haben (können).

### 3.3. Modell 3: Die Verbindung von Hierarchie und Kooperation: Das Ballungsraumgesetz der Hessischen Landesregierung aus CDU und FDP

Das von der CDU/FDP-Landesregierung konzipierte und vom Landtag im Dezember 2000 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ muß ebenso wie die oben dargestellten Modelle einer Regionalreform vor dem Hintergrund der Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit der Region Rhein-Main betrachtet werden. Schon in ihrem Entwurf zur Neuordnung der Region haben Ministerpräsident Roland Koch und seine Stellvertreterin Ruth Wagner deutlich gemacht, daß eine bessere Vermarktung des Standortes Frankfurt/Rhein-Main ihr Ziel ist. Sie streben ein einheitliches Auftreten der Region an.

Das Gesetz hat die Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zum Ziel und enthält ein „*Planungsverbandsgesetz*“, das die Einrichtung eines *Planungsverbandes* vorsieht, dem die gemeinsame Planungsverantwortung für die Region obliegt. Es ist zum 1. April 2001 in Kraft getreten.

Das Gesetz sieht vor, daß die Städte, Gemeinden und Landkreise des gesetzlich definierten Ballungsraumes aufgabenspezifische Zusammenschlüsse bilden. In welcher Form sie diese Zusammenschlüsse organisieren, bestimmen sie in eigener Verantwortung. Auch im Hinblick auf die Frage, wer an den Zusammenschlüssen beteiligt werden kann, macht das Gesetz kaum Einschränkungen. Zur Wahrnehmung folgender Aufgaben sind Zusammenschlüsse vorgesehen: Abfallverwertung und -beseitigung; Trink- und Brauchwasserbeschaffung und überörtliche Abwasserbeseitigung; Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen sowie kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung; Standortmarketing und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung; Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main; Regionale Verkehrsplanung und -management.

Die Erfüllung einer der Aufgaben aus diesen Bereichen (abgesehen von der Abfallverwertung und -beseitigung) kann durch die Landesregierung für dringlich erklärt werden. Falls daraufhin zur Bearbeitung der entsprechenden Aufgabe nicht innerhalb eines Jahres freiwillig ein Zusammenschluß gebildet wird, kann die Landesregierung Städte, Gemeinden und Landkreise zur Wahrnehmung dieser Aufgabe zu einem Pflichtverband zusammenschließen.

Darüber hinaus sieht die Landesregierung mit diesem Gesetz die Einrichtung eines *Rates der Region* vor. Er soll Grundsätze für gemeinsam wahrzunehmende Aufgaben aufstellen, Kommunalkonferenzen durchfüh-

ren, einen Jahresbericht über den Stand der kommunalen Zusammenarbeit erstellen, sich für ein gemeinsames Erscheinungsbild der Region einsetzen und Kommunen außerhalb des Ballungsraumes beteiligen, wenn die Wirkung einer Zusammenarbeit über den Ballungsraum hinaus geht. Er ist als reines Koordinationsgremium ohne exekutive Entscheidungsbefugnisse konzipiert. Im Rat der Region sind die Städte, Gemeinden und Landkreise nach einem vorgegebenen Schlüssel vertreten, wobei die BürgermeisterInnen der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern sowie die LandrätInnen kraft ihres Amtes dem Rat angehören. Der Vorsitz im Rat der Region liegt für die erste Wahlperiode bei der/dem OberbürgermeisterIn der Stadt Frankfurt. Nach Ablauf der ersten Wahlzeit wählt der Rat der Region eine/einen Vorsitzende(n).

Der erste Gesetzentwurf sah einen dauerhaften Vorsitz für die/den OberbürgermeisterIn der Stadt Frankfurt vor. Diese Regelung stieß jedoch auf massive Kritik und wurde zum Kristallisationspunkt des von Mißtrauen geprägten Verhältnisses zwischen Frankfurt und den anderen Städten und Gemeinden der Region. Während in vielen strittigen Punkten des Gesetzes die Bewertung weitgehend entlang von Parteigrenzen verläuft, gab es in dieser Frage aus der Region über die Parteigrenzen hinweg fast einstimmige Ablehnung. Vor allem aus den Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden kam deutliche Kritik am geplanten Dauervorsitz für Frankfurt und die Forderung nach einem Rotationsprinzip.

Seit der Veröffentlichung der Überlegungen zur Neuordnung der Region von Ministerpräsident Koch und seiner Stellvertreterin Wagner im Dezember 1999 sowie während des Gesetzgebungsverfahrens und über die Verabschiedung des Gesetzes hinaus, wurden und werden die entsprechenden Eckpunkte kontrovers diskutiert und von der Mehrzahl der zentralen Akteure aus der Region kritisch bewertet. Auch wenn diese Kritik sehr unterschiedlich ausfällt, so lassen sich doch einige Punkte hervorheben, die mehrheitlich als besonders problematisch eingestuft werden. Dies sind vor allem der vorgesehene räumliche Zuschnitt des gesetzlich definierten Ballungsraums, der mögliche Zwang zur Zusammenarbeit mittels eines Pflichtverbandes sowie die eingeschränkten Kompetenzen und die mangelnde demokratische Legitimation des Rates der Region. Der räumliche Zuschnitt wird als zu eng bewertet. Vor allem wird die Zerteilung der Kreise und der Ausschluß der Städte Wiesbaden und Darmstadt kritisiert.

Ob es der Landesregierung gelingt, die von vielen einflußreichen Akteuren aus der Region bekundete Ablehnung oder Ambivalenz gegenüber dem Gesetz in Akzeptanz umzuwandeln, bleibt abzuwarten. Vorteilhaft – im Sinne einer Akzeptanz dieses Modells einer regionalen Kooperation – ist, daß es keine tiefgreifenden institutionellen Veränderungen gegen den

Willen einflußreicher Akteure aus der Region durchsetzen muß. Es werden keine staatlichen Ebenen abgeschafft. Besitzstände bleiben weitgehend unangetastet. Zwar impliziert das Modell (zumindest langfristig) eine Neugestaltung der Ressourcenverteilung, weil es ohne Zugeständnisse und Kompromisse keine regionalen Lösungen geben wird. Allerdings wird vermieden, das „Wie“ vorzuschreiben; die konkrete Ausgestaltung der Lösungen und der damit verbundenen Ressourcenverteilung bleibt Sache der Betroffenen selbst. Was den Akteuren abverlangt wird, ist der Zwang zur Kooperation und der vorgeschriebene Rahmen, in dem sie stattfinden soll, und beides stößt derzeit auf Widerstand.

#### 4. Fazit

Ich möchte die Analyse hinsichtlich der Ziele, der Rannvorstellungen, der gewählten politischen Gestaltungsmodi, der demokratietheoretischen Implikationen sowie der Grenzen ihrer Realisierung kurz zusammenfassen.

Primäres *Ziel* der hier vorgestellten Konzepte zur Herstellung eines neuen politischen Raums Rhein-Main ist die Erhaltung bzw. Verbesserung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. Die europäische Metropolregion Rhein-Main soll durch neue politische Institutionen gestärkt, die Strategien der wichtigen ökonomischen Akteure politisch und sozial flankiert werden. Dabei ist eine neue regionale Identität nicht primäres, sondern eher abgeleitetes Ziel: sie soll sich sozusagen als Nebeneffekt des ökonomischen und politischen Erfolges „mit“-entwickeln.

Zwar geht es in allen drei Modellen um die Konstruktion eines neuen „*politischen Raums*“, doch unterscheiden sie sich hinsichtlich der Vorstellungen vom territorialen Umfang dieses Raumes. Die Grenze wird nach Süden zu Darmstadt gezogen, das mit einer eigenen Region Starkenburg sich systematisch von Rhein-Main absetzt, obwohl es ökonomisch-funktional eindeutig zur Region Rhein-Main gehört. Auch wird keinerlei Versuch unternommen, die erkennbaren ökonomischen Verflechtungen mit Aschaffenburg (Bundesland Bayern), der Region Rhein-Neckar (Bundesland Baden-Württemberg) oder Mainz (Bundesland Rheinland-Pfalz) politisch einzuholen. Die politische Logik der Bundesländerkonkurrenz im deutschen Föderalismus scheint ein unüberwindliches Hindernis einer politischen Raum-Konstruktion jenseits bisheriger Bundesländergrenzen darzustellen. Das im Referat des Kollegen Fürst bereits präzise beschriebene Spannungsverhältnis zwischen politisch-territorialer Logik und ökonomisch-funktionaler Logik konnte bisher auch bei den Versuchen zur politischen Konstruktion der Rhein-Main-Region nicht überwunden werden.

Alle Konzepte bedienen sich zwar kooperativer, netzwerkförmiger *Steuerungsmodi*, jedoch immer nur als „Zutat“ zur hierarchischen Steuerung in Form der Gesetzgebungskompetenz der Landesregierung. Die These von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf<sup>14</sup>, daß konsensual orientierte Steuerungsformen in der Regel nur „Im Schatten der Hierarchie“ funktionieren könnten, scheint hier eine empirische Bestätigung zu bekommen.

Betrachtet man das in den unterschiedlichen Modellen zugrundegelegte Verhältnis von „*Effektivität und Demokratie*“, so lassen sich die Konzepte der beiden Landesregierungen eindeutig als technokratisch-effektiv charakterisieren, neue Möglichkeiten demokratischer Partizipation bleiben marginal bis unklar. Demgegenüber favorisiert das Jordan-Modell mit seinem eigenständigen Regionalparlament eine neue Form demokratischer Legitimation.

Alle hier diskutierten Konzepte, mit Ausnahme des Ballungsraumgesetzes, dessen Erfolg oder Mißerfolg noch offen ist, haben die in der Literatur bekannten Widerstände und Grenzen neuer intraregionaler politischer Kooperation nicht überwinden können: Steuerrechtliche Regularien; die Eigenlogik der bisherigen politisch-administrativen Strukturen; Widerstände kommunaler Mandats- und Funktionsträger, die Macht- und Kompetenzverluste befürchten; die aktuellen Finanzprobleme vieler Gemeinden, die oft eher ein Sich-Abschotten wohlhabender Gemeinden als gemeinsame Kooperation begünstigen.

---

14 R. Mayntz/F. W. Scharpf, *Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren*, in: Dies. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 9-38.

---

**Dieter Rehfeld**

## **Perspektiven der Regionalentwicklung zwischen Banalisierung und Profilierung**

„Es ist noch nicht lange her, da kursierte hierzulande das Gerücht vom Ende der Geschichte, von der Aufhebung des Raums, ja vom Verschwinden des Realen“.<sup>1</sup> Bei genauerem Hinsehen handelte es sich bei dieser Annahme nicht um neue, von den Vorstellungen einer sich zunehmend virtualisierenden Welt geprägten theoretischen Fundierung künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern um die konsequente Zuspitzung einer gesellschaftswissenschaftlichen Tradition, die den Raum als theoretisches Konzept jahrzehntelang verdrängt hat. Diese Verdrängung von Raum aus der Theoriebildung betraf nicht nur die Volkswirtschaftslehre, sondern auch die diese immer wieder kritisierenden Sozialwissenschaften und die Geographie in ihrer neoklassisch geprägten Ausrichtung als geographische Ökonomie wie auch in ihrer sich als kritische Geographie verstehenden Variante.<sup>2</sup>

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ausgerechnet die konsequente Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien in Verbindung mit einer sich weltweit liberalisierenden bzw. privatisierenden Ökonomie erkennen läßt, daß das Agieren in diesen neuen Kontexten einen stabilen und verlässlichen Rückhalt benötigt, der zu einer auch theoretisch nicht mehr zu ignorierenden Neubewertung von Raum bzw. räumlich fundierten sozialen Beziehungen geführt hat.

Diese Neubewertung zeigt sich politisch in der weltweit zu beobachtenden Herausbildung neuer politischer Strukturen, die unter dem Stichwort Regionalisierung zu einer Herausbildung neuer Politikmuster geführt hat,

---

1 A. Breitenstein, Der Ostverführer. Karl Schlögel vergegenwärtigt und beschwört das andere Europa, in: Neue Züricher Zeitung vom 7./8. 04. 2001.

2 Vgl. zu den historischen Wurzeln dieser verkürzten Raumwahrnehmung M. Wertheim, Die Himmelstür zum Cyberspace. Von Dante zum Internet, Zürich 2000. Zur aktuellen Diskussion vgl. D. Läßle: Essay über den Raum, in: Hartmut Häußermann u.a., Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1991, S. 157-207; M. Löw, Raumsoziologie, Frankfurt a. M. 2001; R. Martin, The new „geographical turn“ in economics: some critical reflections, in: Cambridge Journal of Economics 23 (1999), S. 65-91.

die funktionale und territoriale Begrenzungen bisheriger politischer Willensbildung immer wieder überschreiten.<sup>3</sup>

Diese Regionalisierung hat sich keineswegs geplant oder politisch gesteuert entwickelt, sondern aus den Erfahrungen eines veränderten politischen und wirtschaftlichen Kontextes und daraus resultierenden Ansprüchen an die Praxis. Ihre Ursprünge lassen sich als Reaktion von „unten“ auf die zentralstaatlichen Steuerungsprobleme interpretieren. Angeregt durch ausländische Modelle, insbesondere das „Greater London Council“, bestand das Ziel darin, auf der lokalen und regionalen Ebene neue Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Initiativen zu begründen, um eine „Gegenmacht“ zu der zunehmend angebotsorientierten Strukturpolitik des Bundes aufzubauen.<sup>4</sup>

Anders als etwa bei den Verwaltungsreformen der neunzehnhundert-siebziger Jahre handelt es sich nicht um eine von klaren Zielen geprägte, sondern um eine viele Verästelungen und Umwege aufweisende Entwicklung. Entscheidende Impulse für die Orientierung weg von der einzelnen Kommune hin zu regionalen Kooperationsformen gingen von der Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft aus, die die Vergabe von Fördermitteln an integrierte regionale Entwicklungskonzepte band. Später haben auch die Bundesländer und der Bund im Rahmen ihrer/seiner Innovationspolitik diesen Regionalisierungsgedanken aufgegriffen. Indem immer mehr zentralstaatliche Mittel an die Voraussetzung einer regionalen Kooperation bzw. Koordination gebunden wurden, nahm auch die Zahl der regionalpolitischen Initiativen und Institutionen zu. Die Regionalisierung der vergangenen 15 Jahre ist als Prozeß zu verstehen, der mittlerweile eine Eigendynamik gewonnen hat.<sup>5</sup>

Es gehört zu den zentralen Merkmalen derartiger politischer und historischer Prozesse, daß individuelle Motive und die Zielrichtung des Prozesses in der Regel nicht zusammentreffen. Wenn die unterschiedlich motivierten Aktivitäten dennoch in eine gemeinsame Richtung wirken, dann liegt dies zunächst daran, daß die Akteure in einem gemeinsamen Kontext von insti-

3 Vgl. zum folgenden A. Benz u.a., *Regionalisation. Theory, Practice and Prospects in Germany*, Stockholm 2000.

4 Zur parallel stattfindenden ähnlichen Entwicklung in der Innovationspolitik vgl. A. Blöcker/ D. Rehfeld, *Regionale Innovationspolitik und innovative Regionalpolitik*, in: G. Simonis/ R. Martinsen/ T. Saretzki (Hrsg.), *Politik und Technik*, Opladen u.a. 2001, S. 88-404.

5 Vgl. zum Prozessverständnis N. Elias, *Zur Grundlegung einer Theorie historischer Prozesse*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 6 (1977), S. 127-149; R. Manytz, *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodische Überlegungen*, Frankfurt am Main/New York 1997; C. Meier, *Fragen und Thesen zu einer Theorie historischer Prozesse*, in: Ders./K.-G. Faber (Hrsg.), *Historische Prozesse*, München 1978, S. 11-66.

tutionellen Voraussetzungen (funktional und territorial fragmentierte politische Strukturen), gesellschaftlichen Problemlagen (Arbeitslosigkeit, „Innovationslücke“) und daraus resultierenden Handlungsspielräumen (Dezentralisierung bzw. Öffnung für gesellschaftliche Gruppen) agieren, der in dieser Situation einen spezifischen Handlungskorridor eröffnet und auch strukturiert, schließlich von sich selbst verstärkenden Erwartungen an einmal gefundene Lösungen geprägt ist.

Die Erfahrungen dieser Regionalisierungsinitiativen machen deutlich, daß, auch wenn anfänglich immer wieder Umwege in Kauf genommen werden mußten, eine „intelligente“ Regionalpolitik in der Lage ist, Impulse für eine gesellschaftliche wie auch wirtschaftspolitische Neuorientierung zu liefern, die so entstehenden Ideen zu bündeln und zielgerichtet umzusetzen, und eine breit kommunizierte „best practice“ hält die Erwartungen an eine Regionalisierung immer weiter aufrecht.

Gleichzeitig ist aber auch eine gewisse Ernüchterung gegenüber der Regionalisierung zu erkennen. Sie hat ihren Grund darin, daß in vielen Regionen die einst großen Hoffnungen nicht erfüllt wurden und sich kommunale Egoismen von daher erneut in den Vordergrund drängten. In manchen Fällen ist sie gerade an diesen Egoismen gescheitert. In vielen Regionen stellte sich Regionalisierung eben nicht als der erhoffte Lernprozeß heraus, sondern verblieb im Stadium der Organisation „Runder Tische“. Drehen sich diese nur noch um sich selbst, wird der konkrete Nutzen für die Beteiligten nicht erkennbar, so nutzt sich früher oder später auch der anfänglich überall gelobte Prozeßnutzen („Gut, daß wir mal miteinander geredet haben“) ab.

Diese negativen Erfahrungen lassen momentan vielfach die Frage aufkommen, inwieweit Regionalisierungen überhaupt noch Sinn machen. Hierzu hat auch die seit einigen Jahren ihre Blüten treibende Globalisierungsdebatte beigetragen, die von einer Auflösung räumlicher Strukturen ausgeht, aber auch von der Ablösung direkter Kommunikation – die immer auch räumliche Nähe erfordert – zugunsten elektronisch vermittelter, zunehmend weltweit organisierter Kommunikation. So propagiert die Globalisierungsdebatte eine Vision des virtuellen Unternehmens, in der „Region“ als sozialer Bezugsraum an Bedeutung verliert, wenn nicht gar „pulverisiert“ wird.<sup>6</sup>

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in anderen, ebenfalls von der Globalisierung nicht unberührten Ländern die Praxis genau in die Gegenrichtung tendiert: Österreich, England, aber auch zum Beispiel Indien, haben in den vergangenen Jahren ihre regionalpolitischen Initiativen gerade

---

6 Vgl. D. Rehfeld/M. WompeI, Globalisierungsdebatte als Lernvermeidungsstrategie, in: IAT-Jahrbuch 1996/97, Gelsenkirchen 1997, S. 38-47.

mit dem ökonomischen Ziel der Stärkung und Entwicklung von Produktionsclustern und damit der regionalen Ebene erheblich ausgebaut und hierbei beachtliche Erfolge erzielt. Dies deutet darauf hin, daß im Rahmen einer zunehmenden Globalisierung wirtschaftlicher Strukturen die regionalen Zusammenhänge und darauf ausgerichtete Handlungsstrategien keineswegs zwangsläufig an Bedeutung verlieren.

Dies wird auch an tiefergehenden Analysen der globalen Standortstrategien von Unternehmen deutlich. Bei den vereinfacht unter dem Stichwort „Globalisierung“ summierten Veränderungen handelt es sich um einen funktional und regional differenzierten Prozeß, der keineswegs eindeutig in Richtung Zentralisierung oder Dezentralisierung geht, sondern noch immer wesentliche Züge einer Suche nach den optimalen Organisationsstrukturen im Umgang mit den global veränderten Raum- und Zeitstrukturen trägt.<sup>7</sup>

Den Hintergrund für diese Entwicklung bildet ein Trend in der Wirtschaft, der zunächst überraschend erscheint. Es handelt sich um die Herausbildung neuer räumlicher Verflechtungen bei der Neustrukturierung ökonomischer Zusammenhänge. Hierbei geht es keineswegs allein um die seit einigen Jahren zu beobachtenden regionalen Cluster, Netzwerke oder Milieus, sondern auch um wesentlich weniger spektakuläre Trends wie die Renaissance avantgardistischer industrieller Architektur, die Zunahme kultureller Repräsentation gerade auch von Unternehmen oder auch deren Unterstützung von Standortinitiativen.

Um die Differenziertheit und oft auch Gegensätzlichkeit von Unternehmensstrategien zwischen regionaler und globaler Orientierung zu erfassen, ist der Ansatz von Camagni sinnvoll, der davon ausgeht, daß Unternehmen sich in unterschiedlichen Funktionsräumen bewegen.<sup>8</sup>

Der Wettbewerbsraum, also der Markt, ist zunehmend international, wenn auch in der Regel bei deutschen Unternehmen eher europäisch als global, ausgerichtet. Die Region als Absatzmarkt spielt selten eine Rolle, sie kann aber durchaus interessant sein als Ort für ambitionierte Leitprojekte. Solaranlagen oder der Transrapid, Verkehrsleitsysteme oder Abfallentsorgungskonzepte, es finden sich vielfältige Beispiele dafür, daß neue Angebote zunächst – in der Regel mit öffentlichen Mitteln unterstützt – im regionalen Umfeld als Pilotprojekt umgesetzt werden. Die Region wird

7 Vgl. D. Rehfeld, Global strategies compared, in: European Planning Studies vol. 9 (2001), S. 29-46.

8 R. Camagni, Local „milieu“, uncertainty and innovation networks: towards a Dynamic theory of economic space, in: ders. (Hrsg.): Innovation networks: spatial perspectives, London/New York, S. 121-144. Die folgenden Überlegungen basieren auf einer Zweitwertung verschiedener regionaler Projekte, die in den vergangenen Jahren im Rahmen der Abteilung Industrieentwicklung des Instituts Arbeit und Technik (Gelsenkirchen) durchgeführt wurden. Ein Überblick findet sich unter <http://iat-info.iatge.de>

somit zum „Schaufenster“, am konsequentesten wohl bei Großprojekten wie der Autostadt Wolfsburg.

Der Organisationsraum, also der Konzern- oder Kooperationsverbund, in dem sich die einzelnen Unternehmen bewegen, ist ebenfalls zunehmend global. Dennoch ist auch hier der konkrete Standort von Unternehmen von Bedeutung: Zum einen muß der Standort attraktiv genug sein, um die notwendigen Beschäftigten zu binden, zum anderen wird ein repräsentativer Standort auch für Kunden- oder Zuliefererkontakte (Schulung, Projekte, Präsentation usw.) zunehmend als wichtig angesehen. Dies betrifft ebenso das erneut wachsende Interesse an Repräsentation durch die Unternehmen selbst (Architektur, Ausstellungen, Sponsoring) wie auch deren Forderung nach einem regionalen Umfeld mit einer hohen Lebensqualität, also nach der stärkeren Pflege der „weichen“ Standortfaktoren.

Als Produktionsraum wird die Region in der Globalisierungsdebatte zunehmend als austauschbar angesehen: das Ruhrgebiet, ostasiatische Regionen oder südamerikanische Regionen konkurrieren untereinander wie auch innerhalb ihrer jeweiligen Weltregionen, das Kapital vagabundiert in immer kurzfristigeren Zyklen zwischen den Standorten, so die ebenso gängige wie falsche Annahme. Die an einem konkreten Ort vorfindbaren Maschinen und Anlagen sind ebenso wenig ohne weiteres transferierbar wie die in der Regel sozial eingebundenen Arbeitskräfte. Produktionen direkt werden selten verlagert, das Interesse gilt vielmehr einem reibungslosen Produktionsablauf vor Ort. Gerade weil dieser angesichts von beschleunigter Rationalisierung immer wieder durch betriebliche Konflikte gefährdet ist, sind Unternehmen zunehmend bereit, sich an Projekten zur Entwicklung der regionalen Arbeitsmarkt- und Innovationspolitik zu beteiligen, nicht zuletzt, um die Arbeitsplatzverluste in eigenen Unternehmen zu kompensieren. An dieser Stelle ist weniger die Frage, inwieweit dies gelingt, sondern daß auch in diesen Funktionsräumen eine spezifische regionale Orientierung eine Rolle spielen kann.

In der innovationspolitischen und regionalökonomischen Diskussion spielt die Region als Innovationsraum eine besondere Rolle. Anders als bei Camagni ist dies aber keineswegs zwangsläufig. Es finden sich sicher Unternehmen, die vor Ort in einen engen kooperativen oder kompetitiven Innovationszusammenhang eingebunden sind, für die meisten Unternehmen ist der sektorale Zusammenhang, sind vor allem die Kunden und die Zulieferer, noch immer als Raum für Innovationen zentral. Regionale Innovationsysteme sind aus Sicht der Urunternehmen eine Option, keineswegs eine Notwendigkeit.

Dies letzte Fazit gilt für das Verhältnis zwischen Regionalisierung und Globalisierung generell: das Verhältnis wird neu gestaltet, es ist in der Nutzung der verschiedenen Räume noch keineswegs eindeutig.

Welche Formen auch immer die Verbindung von weltweit operierenden Unternehmen und konkretem Standort annimmt, der gemeinsame Hintergrund besteht darin, daß die weltweite Expansion mit einer zunehmenden Verflechtung und Vernetzung, damit auch – und das wurde lange Zeit übersehen – mit einer Zunahme sozialer Kontakte einher geht. Damit wird der Standort selbst in verschiedenen Funktionen neu bewertet und geschätzt: wie gesehen in seiner eng ökonomischen Funktion als Innovationsstandort, in seiner Funktion der Bindung qualifizierter Beschäftigter als Standort mit einer hohen Lebensqualität, in seiner Funktion als Gastort für Kunden, Kooperationspartner, Berater oder als repräsentativer Standort.

Auch in kultureller Hinsicht läßt sich sagen, daß hinter der Auflösung in vieler Hinsicht stark vereinheitlichter fordristischer Strukturen (in ihrer kapitalistischen wie in ihrer real sozialistischen Variante) verdrängte alte und oft noch nicht klare neue Identitäten ans Tageslicht treten. Breitenstein macht dies am Beispiel Osteuropas plastisch, wenn er in seiner Besprechung der Arbeiten von Karl Schlögel schreibt: „Städte wie Wilna, Lemberg, Czernowitz, Riga, Odessa oder Königsberg, einst Fixpunkte auf der europäischen Landkarte, mythische Gegenden wie die Krim oder die Kurische Nehrung dümmerten am Rande des Sowjetimperiums irgendwo in der grauen Zone zwischen Nostalgie und Ignoranz, zwischen einer längst vergangenen Geschichte und einer geschichtslosen Gegenwart vor sich hin und warten darauf, wachgeküßt zu werden.“<sup>9</sup>

Dieses Muster findet sich auch in ökonomischer Hinsicht wieder: Auch ökonomisch kristallisieren sich immer deutlicher spezifische Profile für einzelne Regionen heraus: Wir verfügen aber mittlerweile über umfangreiche empirische Erfahrung, die plausibel werden läßt, daß die Stärke von Regionen im Rahmen globaler Netze in der Existenz von Produktionsclustern besteht, die als Innovationsschwerpunkte profilbildend wirken:

- Fallstudien über erfolgreiche Regionen zeigen, daß in derartigen Regionen Innovationen auf Basis einer Wirtschaftsstruktur hervorgebracht werden, die sich als Gleichzeitigkeit von regionaler Spezialisierung und funktionaler Differenzierung beschreiben läßt. Regionale Spezialisierung bezieht sich darauf, daß unter heutigen Bedingungen keine Region mehr Kompetenzen in einer Vielzahl von Produktionsketten für sich beanspruchen kann, sondern lediglich in ausgewählten Feldern, in denen sie sich profilieren kann. In der Regel weisen erfolgreiche Regionen ein

9 A. Breitenstein, *Der Ostverführer* (Anm. 1).

drei oder vier Produktionscluster umfassendes Profil auf. Die funktionale Differenzierung bezieht sich auf dieses Profil: Hersteller, spezialisierte Zulieferer und produktionsorientierte Dienstleister, Leitkunden und Forschungseinrichtungen sind in ihrem Zusammenspiel notwendig, um im Rahmen einer Produktionskette eine innovative Kompetenz aufzuweisen.

- Erfahrungen aus vielen Städten, die Technologieparks aufbauten, um eben diese innovative Kompetenz zu bilden und zu bündeln, verweisen ebenfalls auf die Bedeutung einer Profilierung. Während die meisten Technologieparks mittlerweile kaum von herkömmlichen Gewerbegebieten zu unterscheiden sind oder gar als Investitionsruinen gelten, haben sich gerade diejenigen – wie zum Beispiel in Dortmund – als erfolgreich und boomend erwiesen, denen die Konzentration auf ein oder einige Produktionscluster gelungen ist.
- Weiterhin haben Analysen der Standortstrategien von Unternehmen gezeigt, daß diese in der Regel bereits heute nicht (mehr) Standorte bevorzugen, die von generell niedrigen Produktionskosten geprägt sind, sondern dorthin gehen, wo neue Märkte erschlossen werden können. Und in diesem Rahmen werden bevorzugt solche Standorte ausgewählt, die eine spezifische Kompetenz für Innovationen in bestimmten Produktionsketten aufweisen.
- Analysen von Unternehmensnetzwerken gerade auch bei innovativen Projekten zeigen schließlich, daß ungeachtet der Möglichkeit neuer Technologien die Face-to-face-Kontakte und das vor Ort gebündelte, nicht transferierbare implizite Wissen eine anhaltend zentrale Bedeutung haben und eben nicht oder immer nur mit sehr hohem Aufwand durch elektronische Medien wie das Internet und e-mail ersetzbar sind.

Theoretisch sind diese Veränderung der Raumstrukturen noch keinesfalls erfaßt, die Diskussion befindet sich erst in den Anfängen. Eine Zusammenstellung der bisherigen Bemühungen um ein theoretisch fundiertes Raumkonzept läßt folgende Fixpunkte erkennen:

Raum als sozialer Raum und Ort als geographischer Ort sind analytisch sorgfältig auseinander zu halten.<sup>10</sup> Dies ist deshalb wichtig, weil konkrete Orte als sozial strukturierender Bezugspunkt an Bedeutung verlieren. Ortsgebundene Sozialisation ist keine Selbstverständlichkeit mehr, weil sich bereits durch erweiterte Möglichkeiten des Verkehrs und der Kommunikation grundlegend veränderte Muster der Raumerfahrung herausbilden. Soziale Beziehungen lösen sich von konkreten Orten, Menschen bewegen

<sup>10</sup> Vgl. bereits die Beiträge in D. Gregory/J. Urry (Hrsg.): *Social relations and spatial structure*, Houndsmill 1985.

sich zunehmend (beruflich, sozial, kulturell)<sup>11</sup> ebenso wie Unternehmen in unterschiedlichen Funktionsräumen mit jeweils sehr spezifischer geographischer Ausprägung (s.o.).

Dennoch benötigen soziale Räume immer einen konkreten Ort als Bezugspunkt, um sich herauszubilden und zu stabilisieren. Diese Bedeutung des konkreten Ortes resultiert zum einen daraus, daß die Herausbildung sozialer Beziehungen immer mit direkten Kontakten verbunden ist, keineswegs virtualisierbar ist. Zum anderen kann dieser Ort aber auch abstrakt sein. Aber er ist dann zumindest in der Vorstellung präsent, in der möglicherweise auch überlieferten Erinnerung (etwa in den weltweiten Netzwerken ausgewanderter Chinesen), oder er ist als Vision präsent, wie es etwa in Verbindung mit dem geographisch nicht mehr zu verortenden Internet in Begriffen wie „virtual city“ oder „chat room“ zum Ausdruck kommt.

Wichtig ist weiterhin, daß die Herausbildung derartiger Räume nicht von selbst erfolgt, sondern als ein mehr oder weniger bewußter Akt, den Löw als „spacing“ bezeichnet, anzusehen ist.<sup>12</sup> Identitätsstiftende Räume stellen also eher ein Potential, keineswegs eine zwangsläufige Realität dar: „The local is thus not a fact but a project.“<sup>13</sup>

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß Regionen als sozial strukturierende Einheiten, und nur als solche machen sie in einem politischen und auch in einem ökonomischen Zusammenhang Sinn, keineswegs per Definition existieren, sondern erst durch Handeln (politisch, ökonomisch, kulturell) zum Leben erweckt werden, nur dann können sie auch eine Identität gewinnen. Daß dies keineswegs selbstverständlich ist, zeigt die Entwicklung traditioneller Industrieregionen in den vergangenen dreißig Jahren. Diese haben mit dem Zusammenbruch ihrer dominierenden Industrien nicht nur ihre ökonomische Basis verloren, sondern auch ihre spezifische soziale Basis, einen Prozeß, den May am Beispiel von Lothringen als „Banalisation“ bezeichnet.<sup>14</sup> Regionen müssen sich in einem globalen Kontext verankern, und dazu benötigen sie ein Profil, eine Identität, die von den Bürgern dieser Region selbst entwickelt und erfahren wird.

Region oder Raum darf hierbei wiederum nicht eng an das geographische Verständnis von Ort gekoppelt werden. Eine sinnvolle Annäherung an

11 Vgl. H. Treinen, Kulturökologische Probleme in soziologischer Sicht, in: Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.), Stadtökologie, München u.a. 1977.

12 Vgl. M. Löw, Raumsoziologie (Anm. 2).

13 A. Appadurai, Globalization and the research imagination, in: International Journal of Social Science 1999, S. 229-238.

14 Vgl. N. May, Wandel der Region Lothringen. Kontinuität und Brüche, in: H. Kilper/D. Rehfeld (Hrsg.): Konzern und Region. Zwischen Rückzug und neuen Integration, Münster 1994, S. 13-60.

ein angemessenes Verständnis schlägt Läßple<sup>15</sup> vor, wenn er den Ort als den Punkt versteht, an dem sich unterschiedliche Funktionsräume überlappen. Ein so verstandener Ort kann durchaus als gemeinsamer Bezugspunkt für eine soziale, kulturelle oder auch ökonomische Identität dienen, er wird aber in seinen spezifischen geographischen Abgrenzungen von den einzelnen Beteiligten jeweils selektiv und unterschiedlich genutzt.

Einen Schritt weiter geht noch Castells<sup>16</sup>, wenn er den Ort als Knoten in einem spezifischen Netz versteht. Bezugspunkt ist dann nicht mehr der spezifische Ort, sondern das Netz als „Raum der Ströme“, die sich an einzelnen Orten verdichten, durch andere ohne weiteres hindurchfließen. Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß Räume keineswegs ein für alle mal fix sind, sondern daß sie sich in Bewegung befinden, sich verändern, aber, eben auch auflösen können. Der Raum ist aber keinesfalls – wie jahrzehntelang in den Gesellschaftswissenschaften unterstellt – passiver Resonanzboden genereller gesellschaftlicher Entwicklung, sondern ein sozialer Raum, der gestaltbar ist und wie auch immer gestaltet wird.

Die Herausbildung von Orten mit einer spezifischen Identität ist deshalb – dies sollte deutlich geworden sein – keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, weil die momentanen globalen Verflechtungen durchaus starke Elemente aufweisen, die über die Privatisierung und Deregulierung in Richtung einer Vereinheitlichung wirken können, aber keineswegs müssen.<sup>17</sup> Natürlich bilden sich im Rahmen dieses Kontextes keineswegs (hinsichtlich der Lebenslagen und –chancen) gleichwertige Strukturen heraus, ebenso wenig ist die Ausgangslage einheitlich. Mit der Profilierung und Ausdifferenzierung von Raumstrukturen ändern sich auch die Ursachen und Bedingungen regionaler Ungleichheit, und die Fähigkeit zur Gestaltung der eigenen Raumstrukturen wird zu einem zentralen Faktor künftiger regionaler Ungleichheit.

---

15 Vgl. D. Läßple, Essay über den Raum (Anm. 2).

16 Vgl. M. Castells, *The Rise of the Network Society*, Malden MA 1996.

17 Vgl. hierzu J. Breidenbach/I. Zukrigl, *Tanz der Kulturen*, München 1998.

---

**Monika Micheel**

## **Die Regionalisierung von Kulturpolitik. Das Sächsische Kulturraumgesetz**

Seit der Interventions- und Wohlfahrtsstaat klassischer Prägung in die Krise geraten ist, gewinnt die Region<sup>1</sup> als eine scheinbar überschaubare Einheit in einer zunehmend unübersichtlichen Welt im alltagsweltlichen wie im wissenschaftlichen Verständnis an Bedeutung. Seit den achtziger Jahren läßt sich in den entwickelten Industriegesellschaften sowohl im politischen Diskurs wie auch in der Wissenschaft eine „Renaissance des Regionalen“<sup>2</sup> feststellen, die als Teil der Modernisierung des Wohlfahrtsstaates interpretiert wird.<sup>3</sup>

In Politik und Planung werden vor dem Hintergrund des Wandels moderner Staatlichkeit, der mit zunehmend enger werdenden finanziellen Spielräumen der öffentlichen Hand bei gleichzeitig ausdifferenzierteren Aufgaben einhergeht, Regionalisierungen als Problemlösungsstrategien für staatliche Aufgaben vermehrt diskutiert.<sup>4</sup> Eine Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen öffentlicher und privater Akteure widmet sich der Formulierung regionaler Leitbilder, Image-Kampagnen oder Strukturmaßnahmen, die die Rückbesinnung auf eigene Qualitäten, die Entdeckung, Wiederbele-

---

1 An dieser Stelle soll nicht der Begriff *Region* in all seinen Facetten diskutiert werden, der je nach Handlungsperspektive und -interesse unterschiedlich gedeutet werden kann. Es geht – aus der politisch-administrativen Betrachtungsperspektive heraus – um die mittlere Verwaltungsebene bzw. Hierarchiestufe oberhalb der Kommune und unterhalb des Staates.

2 R. Lindner (Hrsg.), *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*, Frankfurt am Main/New York 1994.

3 Vgl. z.B. A. Benz u. E. Holtmann (Hrsg.), *Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde. Erklärungsansätze und Praxistransfer*, Opladen 1998; G. Brunn (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*, Baden-Baden 1996; R. Danielzyk, *Zur Neuorientierung der Regionalforschung*, Oldenburg 1998 (*Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung* 17); G. Wood, *On the Future of Regional Geography*, in: *Geographica Helvetica* 54 (1999) 4, 1999, S. 199-207.

4 Vgl. z.B. A. Benz/D. Fürst/H. Kilper/D. Rehfeld (Hrsg.), *Regionalisierung. Theorie – Praxis – Perspektiven*, Opladen 1999; D. Fürst, *Region in der Regionalpolitik – eine wirtschaftspolitische Sicht*, in: G. Brunn, *Region* (Anm. 3), S. 69-83; M. Richter, *Regionalisierungen und interkommunale Zusammenarbeit. Wirtschaftsregionen als Instrumente kommunaler Wirtschaftsförderung*, Wiesbaden 1999; J. Schuhbauer, *Wirtschaftsbezogene Regionale Identität*, Mannheim 1996 (*Mannheimer Geogr. Arb.* 42).

bung oder Erfindung regionaler Besonderheiten und Traditionen oder die Betonung regionaler Kompetenz und regionalen Erfindergeistes beinhalten. Diese Vorstellungen beziehen sich jedoch nicht nur auf die regionale Strukturpolitik im Sinne unmittelbarer staatlicher Intervention, sondern zunehmend auch auf Identitätsmanagement und Identitätspolitik als Inszenierungen von Region oder auf alltägliche Regionalisierungen im Sinne sozialer Differenzierung.

Die zunehmende Bedeutung der regionalen Ebene gilt auch für Fachpolitiken wie die Kulturpolitik. Kultur in der Region wird einerseits – als Kultur des ländlichen Raums – zu einem integrativen und identitätsstiftenden Faktor erklärt, andererseits als Lösungsstrategie für eine gemeinsame Kulturförderung verstanden. Die regionale Finanzierung bezieht sich auf die Zusammenarbeit über bestehende politisch-administrative Grenzen hinweg (z.B. als Zusammenschluß von Gebietskörperschaften) oder auf die Kooperation bzw. Fusion einzelner, meist kostenintensiver Einrichtungen wie Theater, Orchester oder Museen.

Die Betonung der regionalen Ebene im Zuge der Bewältigung des allgemeinen Strukturwandels wirft neue Fragen hinsichtlich des Gestaltungsrahmens der Kulturpolitik auf. Unter dem Vorzeichen des gesellschaftlichen Wandels wird Kultur nicht mehr nur als Wertbegriff, sondern zunehmend als Kategorie der Warengesellschaft, als weicher Standortfaktor oder als Wachstumsmotor betrachtet. Damit scheint Kultur zu einem Kernelement neoliberaler Politikstrategien zu werden, die auf den Einsatz privatwirtschaftlicher Konzepte zur Lösung von Aufgaben der öffentlichen Hand setzen. Kulturpolitik tritt dabei hochgradig symbolisch auf bzw. bedient sich affeinsichtlicher Symbolik zur Durchsetzung politischer Interessen.<sup>5</sup>

Kulturpolitik verfolgt aber auch pädagogische und normative Ansprüche, die durch den allgemeinen Rechtfertigungskonsens, daß Kultur gut sei, legitimiert werden. Diesem idealistischen Verständnis von Kulturpolitik entsprechend, hat sie – analog zur Identitätspolitik<sup>6</sup> – die Selbstkultivierung des Menschen als moralisch und eigenverantwortlich handelndes Subjekt zum Ziel.<sup>7</sup>

---

5 In der Selbstdarstellung und im Selbstverständnis von Regionen gewinnen kulturelle Elemente wie die Fortführung und Wiederbelebung alter Traditionen, die Inwertsetzung regionaler Besonderheiten oder die Entwicklung neuer Angebotsformen an Bedeutung. Zugunsten einer besseren Vermarktbarkeit in Politik und Medien werden Ressourcen meist auf einen Zeitraum und ein Projekt konzentriert.

6 Vgl. den Beitrag von Wolfgang Lutz in diesem Band.

7 Das traditionelle Verständnis von Kulturpolitik geht von der Begründung universaler Normen der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit aus, die zur Selbstkultivierung des mündigen Bürgers und zur Stabilisierung des demokratischen Systems beitragen sollen.

In den folgenden Ausführungen soll untersucht werden, inwieweit regionale Kulturpolitik als Beitrag zur Regionalentwicklung jenseits der harten Strukturpolitik bewertet werden kann und welche Aspekte für eine effektive regionale Kooperation im kulturellen Bereich sprechen.

Im Zusammenhang mit symbolischer Regionalpolitik bietet sich die regionale sächsische Kulturpolitik als Untersuchungsbeispiel deshalb besonders an, weil zum einen die Kultur im Modernisierungsdiskurs der sächsischen Landesregierung eine besondere Stellung einnimmt und zum anderen mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz (SächsKRG) die regionale Ebene institutionell gestärkt und erstmals in Deutschland gesetzlich verankert wird.<sup>8</sup> Einen Hintergrund der Regionalisierung stellen auch in der sächsischen Kulturpolitik die höheren finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte dar, die seit den neunziger Jahren die Handlungsspielräume im kulturellen Sektor, der traditionell auf der kommunalen Ebene angesiedelt ist, deutlich einschränken. Das SächsKRG gilt als Modell, angesichts begrenzter Mittel, einerseits die kulturelle Versorgung in der Fläche bzw. in den ländlichen Räumen sicherzustellen und andererseits ein möglichst breites Spektrum an traditionsreichen Kultureinrichtungen zu erhalten.

## 1. Grundlagen der Kulturpolitik

Die Kulturpolitik bewegt sich gegenwärtig in einem Spannungsfeld zwischen dem traditionellen Kulturverständnis universaler Normativität (Kultur als Wertbegriff) und einer Neuinterpretation von Kultur in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Bedeutungszusammenhang. Nach einer Phase der Erweiterung um alternative Kulturformen im Rahmen der *Neuen Kulturpolitik* der alten Bundesrepublik<sup>9</sup> und günstigen Bedingungen der öffentlichen Kulturfinanzierung bis in die achtziger Jahre, unterliegt die Kulturpolitik spätestens seit den neunziger Jahren sich verändernden Anforderungen aufgrund des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Kultur wird zunehmend als Wirtschaftsfaktor und Wachstumsmotor verstanden, der

---

Dabei wird die Bewahrung und Sammlung des Guten, Wahren und Schönen als Ziel verfolgt.

8 Vgl. Abschnitt 2.2 oder M.Th. Vogt (Hrsg.), *Kulturräume in Sachsen*, Leipzig 1996 (Kulturelle Infrastruktur 1).

9 In der DDR knüpfte die Kulturpolitik unmittelbar mit der Staatsgründung an das bürgerliche Konzept der Volksbildung an, das die kulturelle Massenarbeit in den Mittelpunkt stellte. Trotz einiger Modernisierungen seit den siebziger Jahren, wurde das sozialkulturelle Programm, das betriebliche und staatliche Interessen koppelte, bis zum Ende der DDR verfolgt. Vgl. H. Groschopp, *Breitenkultur in Ostdeutschland. Herkunft und Wende – wohin?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B11* (2001), S. 15-22.

Innovationen fördern, Arbeitsplätze schaffen, den Strukturwandel abmildern und Standortimages aufwerten soll.

Angesichts des Wandels moderner Staatlichkeit stellt sich die Frage, was überhaupt noch als öffentliche Aufgabe gestaltet werden kann. Als einer gesellschaftlichen Instanz wird der Kulturpolitik die Möglichkeit der Stabilisierung oder der Veränderung bestimmter Aspekte der sozialen Wirklichkeit eingeräumt, da sie pädagogische und gesellschaftspolitische Zielsetzungen vertritt und unter keinem Legitimationszwang steht.<sup>10</sup> Dem gegenüber steht der Rückgang der öffentlichen Ausgaben für Kultur, der das kulturpolitische Handlungsfeld zunehmend den Bedürfnissen des Marktes aussetzt.

Vorerst finden die vielfach diagnostizierten gesellschaftlichen Veränderungen und Bedürfnisse in der Kulturpolitik jedoch wenig Berücksichtigung. Konzepte, die neue Formen des Kulturbetriebs in die traditionelle Kulturpolitik miteinbeziehen, werden von der Kulturpolitik bisher kaum diskutiert bzw. kaum entwickelt. „In der öffentlichen Diskussion geht es nicht um Ziele der Kulturpolitik oder gar um ihre Existenzberechtigung, sondern um instrumentelle Probleme bei akzeptierten Zielsetzungen.“<sup>11</sup> Diese instrumentellen Probleme sind zuallererst die Auseinandersetzungen um Etats, die Besetzung von prestigeträchtigen Posten oder Fragen der staatlichen bzw. kommunalen Repräsentation. Die derzeitige Diskussion um die Berliner Opern veranschaulicht dieses Phänomen. Tatsächlich zeigt sich hier besonders deutlich das Festhalten an Traditionen und Einrichtungen, die die symbolische Funktion der Kontinuität und Stabilität garantieren.

## 2. Kulturpolitik in Sachsen

Aufgrund der föderalen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland weisen die Kulturpolitik und die Kulturförderung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Strukturen und Konzepte auf. Das Beispiel der sächsischen Kulturpolitik erscheint aufgrund der besonders betonten kulturellen Traditionen, der gesellschaftlichen Umbruchsituation nach 1989 und des Sächsischen Kulturraumgesetzes als vielversprechend für die Untersuchung regionalpolitischer Ansätze.

---

10 Vgl. G. Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1995, S. 496.

11 Ebenda, S. 501.

## 2.1 Das Kulturland Sachsen

Sachsen ist, gemessen an seiner Einwohnerzahl, das Land mit der höchsten Dichte an kultureller Infrastruktur in Deutschland. So nimmt die Kultur im Modernisierungsdiskurs der sächsischen Staatsregierung eine exponierte Stellung ein, was sich in der besonderen Aufmerksamkeit für die Kulturpolitik, sowohl hinsichtlich der Innen- als auch der Außendarstellung des Landes, äußert. Ein Zitat des für Kunst und Kultur zuständigen sächsischen Staatsministers illustriert die unterstellte Wirkung von Kultur: „In Sachsen hat die Kultur maßgeblichen Einfluß auf das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger, und sie spielt eine beachtliche Rolle für das Ansehen des Landes ...“<sup>12</sup>

Der Freistaat Sachsen definiert sich gerne als *Kulturland sui generis*. Im politischen Diskurs wird in vielfältiger Weise auf Kultur und kulturelle Leistungen seiner Bewohner Bezug genommen, wobei der Kultur eine identitätsstiftende Funktion bzw. ein symbolischer Status hinsichtlich Stabilität, Kontinuität und Aufbruch verliehen wird. Dabei reicht die Bandbreite von einem idealistischen holistischen Kulturbegriff, der die gesellschaftlichen Werte und Normen akzentuiert, bis hin zum Verständnis von Kultur als konkretem Angebot, das bürgerlichen Stolz ausdrückt und zur Zufriedenheit der Bevölkerung beiträgt. Im Modernisierungsdiskurs der sächsischen Landesregierung<sup>13</sup> lassen sich im wesentlichen vier Gesichtspunkte aufzeigen, die den Stellenwert von Kultur und Kulturpolitik in Sachsen unterstreichen.

### 1. Stabilisierungsfunktion hinsichtlich Bewahrung demokratischer Grundrechte und gesellschaftlicher Integration

Der sächsischen Kulturpolitik liegt das Selbstverständnis zugrunde, mit der Bewahrung und Förderung von Kultur die Wertegrundlagen des menschlichen Zusammenlebens zu sichern und „die Überlebensfähigkeit dieser Gesellschaft“<sup>14</sup> zu garantieren.

### 2. Identitätsbildung mit Hilfe der Kultur als gemeinschaftstiftendem Symbol und „als Quelle der Motivation, die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern“<sup>15</sup>

Die Relevanz von Kultur für die gesellschaftliche Stabilität wird mit der Möglichkeit zur Bewahrung von sächsischer Identität erklärt, die im *Kulturland sui generis* vorausgesetzt wird. Dieser Identität wird Gestaltungs-

12 H. J. Meyer, Fachregierungserklärung vom 13. November 1997, Dresden 1997, S. 41.

13 An dieser Stelle sei auch auf die Ergebnisse des SFB-Teilprojektes A6 Fach/Luutz verwiesen.

14 H. J. Meyer, Fachregierungserklärung (Anm. 12), S. 37.

15 Ebenda, S. 41.

kraft bei der Bewältigung aller denkbaren politischen und gesellschaftlichen Prozesse zugeschrieben, wie der Wiedervereinigung, der Globalisierung, der europäischen Integration und generell dem gemeinschaftsstiftenden Zusammenwirken der Menschen.

### 3. *Traditionsrekonstruktion des Kulturlandes Sachsen als Mobilisierungsstrategie*

Im Rückgriff auf die glorreiche Geschichte des Landes wird die Bedeutung der Kultur in Sachsen und für Sachsen erklärt. Mit der Äußerung, „daß Sachsen ... früher ein Industrie- und Kulturland war“ soll die Bevölkerung mobilisiert werden, „eine finanziell und wirtschaftlich schwierige Wegstrecke zu überwinden“<sup>16</sup>.

### 4. *Modelldiskurs mit dem Anspruch, Sachsen in seiner Vorreiterrolle bezüglich notwendiger Modernisierungen darzustellen*

An erster Stelle dieses Modelldiskurses wird der innovative Charakter des Sächsischen Kulturraumgesetzes hervorgehoben. Seit Auslaufen der Übergangsfinanzierung des Bundes stellt es das wichtigste Instrumentarium der Kulturförderung auf Landesebene dar, das vorrangig das Ziel verfolgt, die reiche Theater- und Orchesterlandschaft neu zu strukturieren. So wird es zum „entscheidenden Faktor für den Erhalt des breiten Kulturangebots landesweit“<sup>17</sup> und „als bundesweit einmaliges System zur kulturellen Förderung in den Regionen“<sup>18</sup> vorgestellt.

## 2.2 Das Sächsische Kulturraumgesetz

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geriet die Kulturpolitik unter den Druck des harten Wettbewerbs, der Pluralität der Kulturbegriffe, Trägerschaften und Förderbedingungen. Zugleich nahm die Nachfrage seitens des Publikums aufgrund von Angebotsalternativen, der veränderten Organisationsformen und des Bevölkerungsrückgangs deutlich ab. Nachdem auch noch die Übergangsfinanzierungen des Bundes für Kultur 1993 ausliefen, mußten neue Wege der öffentlichen Kulturfinanzierung gefunden werden, um das breite und vielfältige Kulturangebot zu erhalten. Zur Sicherung der kulturellen Versorgung in der Fläche, vor allem außerhalb der urbanen Zentren, wurde in Sachsen 1994 das Sächsische Kulturraumgesetz geschaffen, dessen Laufzeit zunächst auf zehn Jahre befristet ist. Damit wurde die Kulturförderung auf der regionalen Ebene erstmals in Deutschland gesetzlich verankert sowie mit eigenen finanziellen Ressourcen und

16 Ebenda, S. 66.

17 H. J. Meyer, Geleitwort, in: SMWK (Hrsg.), Kulturförderung in Sachsen. Dresden 1996.

18 K. Biedenkopf, Geleitwort, in: SMWK (Hrsg.), Kulturräume in Sachsen. Zwischenbericht 1999, Dresden 1999.

demokratisch legitimiertem Entscheidungsgremium ausgestattet. Besonderheit der sächsischen Lösung ist weiterhin die Erklärung der Kulturförderung zur Pflichtaufgabe der Kommunen, womit in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen wird.

Das Gesetz unterteilt den Freistaat flächendeckend in elf *Kulturräume*, innerhalb derer die Mittelvergabe geregelt wird.<sup>19</sup> Neben den drei *urbanen Kulturräumen* Chemnitz, Leipzig und Dresden sind es acht *ländliche Kulturräume*, die durch die Zusammenlegung von Kreisen und kreisfreien Städten entstanden. Kriterien der Abgrenzung waren pragmatische, die sich an der vorhandenen Theater- und Orchesterstruktur orientierten.<sup>20</sup> In der öffentlichen Debatte werden seit Einführung des SächsKRG die administrativen Zuschnitte zunehmend mit Dialekträumen in Verbindung gebracht. Zur Durchsetzung der neuen Regionen im öffentlichen Bewußtsein wird auf Identitätsregionen rekurriert, die sich nicht nur durch Mundarten als „Keimzellen der kulturellen Identität ihrer Bewohner“<sup>21</sup>, sondern auch durch eine gewisse Homogenität in Geschichte, Landschaft und Volkskunst auszeichnen sollen.

### 2.3 Das Modell des Regionalen

Die Institutionalisierung der regionalen Ebene gilt als wegweisend für die anderen Bundesländer. Der Regionalgedanke des Sächsischen Kulturräumgesetzes ist Bestandteil des von sächsischen Landespolitikern hervorgerufenen Modellcharakters Sachsens. Die politische Sorge um den Erhalt regionaler Unterschiede und Eigenarten wird durch die Einrichtung der Kulturräume unterstrichen.<sup>22</sup> Die andernorts apostrophierte Identifikation

19 Laut Gesetz verwaltet jeder Kulturraum seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung mit Hilfe eines Konvents, bestehend aus den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte, einem Beirat aus Kultursachverständigen als beratender Instanz und einem Sekretariat beim Konventsvorsitzenden, das die Verwaltungsaufgaben übernimmt. Innerhalb der Kulturräume wird ein Kulturlastenausgleich erhoben, der als Kulturumlage der kulturräumangehörigen Gebietskörperschaften die gemeinsame Finanzierung von kostenintensiven Angeboten und Einrichtungen nach Art eines Zweckverbandes regelt.

20 Eine Kommission aus im wesentlichen externen Sachverständigen (Naumann-Kommission) hat 1992 die Zuschnitte vorgeschlagen. Vgl. Grundsatzempfehlungen der Naumann-Kommission zur Neustrukturierung der sächsischen Theater- und Orchesterlandschaft, in: M. Th. Vogt, Kulturräume in Sachsen (Anm. 8).

21 Ebenda, S. 75.

22 Der Vielfalt und Repräsentanz der sächsischen Regionen, Landsmannschaften und Völker wird bereits in der ersten Regierungserklärung von Kurt Biedenkopf am 8. November 1990 besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Gestaltung und Organisation des Landes geschenkt. Vgl. Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.), Mitten in Europa. Der Freistaat Sachsen und seine Region, Wiesbaden 1991.

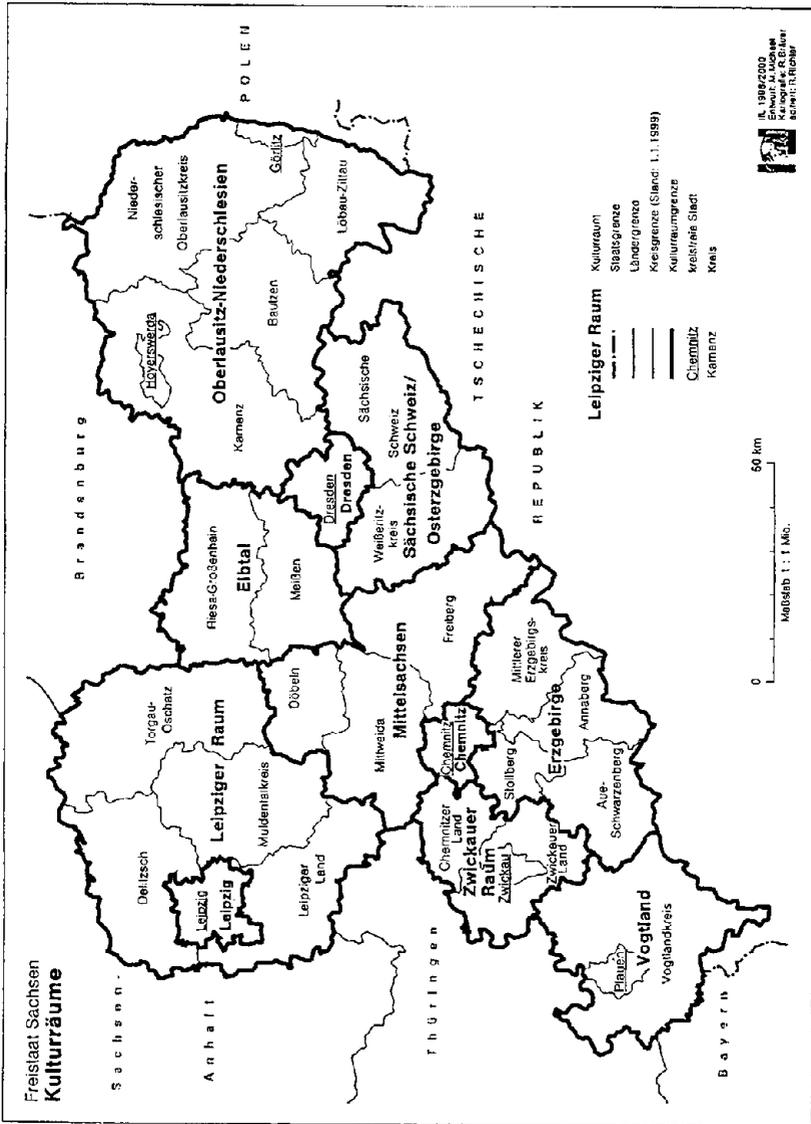
mit Sachsen als Ganzem wird an dieser Stelle zugunsten einer Orientierung auf kleinräumigere Einheiten erweitert, wobei sich die Argumentation auf die benachteiligten Räume außerhalb der Ballungszentren konzentriert. Der Erhalt der Vielfalt und der Eigenständigkeit in den Regionen konzentriert sich letztendlich jedoch auf die Überlebensfähigkeit der Einrichtungen der Hochkultur, insbes. der Theater und Orchester als symbolische Einrichtungen und Kontinuität sichernde Institutionen.<sup>23</sup>

Regionalisierungen werden hinsichtlich der Möglichkeiten betrachtet, einen Teil der Steuerungsfähigkeit und der Legitimation von politischen Entscheidungen räumlich und hierarchisch zu verlagern<sup>24</sup>. In den letzten Jahren gewinnt dabei der Aspekt des Aushandelns von Entscheidungen in kooperativen Prozessen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren bzw. zwischen Organisationen und Institutionen zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig wird die Region – als Kontext zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben – nicht mehr nur als Resonanzboden wirtschaftlicher Entwicklungen betrachtet, sondern als Ergebnis regionaler Kooperation. Die räumlichen wie sektoralen Regionskonstellationen werden im jeweiligen Kontext neu ausgehandelt. Im Fall der sächsischen Kulturräume ist es das Förderkriterium der *regionalen Bedeutung* von Einrichtungen und Maßnahmen, das in den vorgegebenen administrativen Regionen ausgehandelt wird. Laut Gesetz besteht die Hauptaufgabe der Kulturräume in der gemeinsamen Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen, wobei die Definition davon, was regional bedeutsam ist, dem jeweiligen Kulturraum überlassen bleibt.

---

23 Bestes Beispiel für eine Einrichtung mit symbolischer Funktion ist das deutsche Stadttheater als mythischer Ort der bürgerlichen Emanzipation. Vgl. M. Fuchs, Kulturpolitik, Opladen 1998, S. 140ff., der den zentralen Ort der Artikulation des bürgerlichen Selbstbewusstseins gleichzeitig als den größten Geldschlucker des kommunalen Kulturretats beschreibt.

24 Vgl. Benz/Fürst/Kilper/Rehfeld, Regionalisierung (Anm. 4).



### 3. Die Praxis der regionalen Kooperation

Der Erfolg von politisch initiierten Regionalisierungen erweist sich – neben Fragen der Steuerung, der Legitimation und der demokratischen Strukturen im Sinne von Partizipation und Ausschluß – als in besonderem Maße abhängig von den tatsächlich beteiligten regional tätigen Akteuren, ihren individuellen räumlichen Vorstellungen, ihren Verwertungsinteressen und den bestehenden Handlungsspielräumen.<sup>25</sup>

Im Folgenden soll die Praxis der regionalen Zusammenarbeit aufgrund der Einschätzungen, Erfahrungen und Zukunftserwartungen der regional tätigen Akteure betrachtet und deren Aussagen unter vier Aspekten ausgewertet werden:<sup>26</sup>

#### 3.1 Partizipationsmöglichkeiten

Regionalisierungen werden als Lösungsansatz diskutiert, der auf administrative Zusammenschlüsse *und* auf kooperative Aushandlungsprozesse zielt.<sup>27</sup> Die Entstehung und Verfestigung regionaler Kooperation wird dabei als Ausdruck einer neuen Qualität von Politik bewertet, wobei die Beteiligung aller relevanten Akteure an den Entscheidungsprozessen unterstellt wird.

Nach eigenem Bekunden haben sich die Akteure seit Einführung des Gesetzes besser kennengelernt und neue Kommunikationswege etabliert. Mit der Kulturräumabgrenzung wurden so neue Strukturen auch im Denken der Akteure geschaffen. Die zunächst „erzwungene Kooperation“ wird inzwischen als Erleichterung in der täglichen Arbeit empfunden.

Die Partizipation an der Entscheidungsfindung soll über die Mitarbeit in den Beiräten gewährleistet werden, die als beratende Instanz durch die Konvente einberufen wurden. Dieses Verfahren wird von den Beteiligten als Vorteil der Kulturräumlösung bewertet, weil solche Form der Beteili-

25 G. Schulze (Anm. 10) unterscheidet vier Akteursgruppen des kulturpolitischen Handlungsfeldes: die Kulturpolitik, die kulturanbietenden Korporationen, hier kurz Kulturanbieter, die Künstler und das Publikum.

26 Der empirische Teil der Darstellung basiert auf leitfadengestützten Expertengesprächen mit den Sekretären der Kulturräume (Geschäftsführer), den Anbietern von Kultur sowie den Vertretern des zuständigen Ministeriums und der übergeordneten Kommission, die das Ministerium berät. Wichtig erscheint hinsichtlich der Bewertungen die Verbundenheit mit dem Raum und mit der eigenen Arbeit. Eine lange und kontinuierliche Wohndauer sowie die Beschäftigung im kulturellen Sektor – fast alle Gesprächspartner stammen aus Sachsen bzw. lebten und arbeiteten hier bereits in DDR-Zeiten – lassen von guten fachlichen und räumlichen Kenntnissen sowie entsprechendem Eingebundensein in persönliche Netzwerke ausgehen.

27 Vgl. Benz/Fürst/Kilper/Rehfeld, Regionalisierung (Anm. 4).

gung bei keinem anderen bisher praktizierten Fördermodell in dieser Form vorgesehen war und ist. Kritisch anzumerken bleibt jedoch, daß zwangsläufig auf die Erfahrungen der bereits etablierten Kultureinrichtungen und -organisationen zurückgegriffen wurde und somit möglicherweise nur auf bestimmte regionale Eliten, die sich zum Großteil aus sich selbst heraus rekrutieren. Die vielfach als neuartig und innovativ hervorgehobenen Aushandlungsprozesse lassen die Frage offen, ob überhaupt gewährleistet werden kann, daß alle relevanten Akteure beteiligt werden. Im Fall der Kulturräume muß sowohl die Auswahl der Spartenvertreter im Beirat, als auch die Berücksichtigung der Antragsteller hinterfragt werden.

Seit 1995 haben sich die Förderstrukturen etabliert. Aufgrund der de facto abnehmenden Finanzmittel ist der Kreis der Geförderten rückläufig, so daß neue Anbieter zunehmend weniger Chancen zu haben scheinen, überhaupt in die Förderung zu gelangen, zumal sie häufig keine regionale Bedeutung nachweisen können. Auch läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die Kultursekretäre, die meistens langjährige Angestellte eines der beteiligten Landkreise sind, Antragsteller aus dem eigenen Landkreis besser oder länger kennen. Die Informationen über Konvents- und Beiratssitzungen sind meist nur den bereits Beteiligten bekannt, da eine öffentliche Bekanntmachung nicht systematisch erfolgt.

So steht der positiv bewerteten Partizipationsmöglichkeit der Wunsch nach Erhöhung von Transparenz gegenüber. Inwieweit partizipative Verfahren die Akzeptanz tatsächlich erhöhen, bleibt jedoch nach wie vor offen.

### 3.2 Systeme räumlicher Grenzziehungen

Grenzziehungen müssen nach administrativen und symbolischen Unterscheidungsmöglichkeiten getrennt betrachtet werden. Hinter dem ersten Aspekt stehen die politisch-institutionellen Grenzen, die den Zuschnitt der Regionen, hier der Kulturräume, betreffen, hinter dem zweiten stehen die sozial konstituierten Grenzen, die die Wahrnehmung von Differenz in den sozialpsychologischen Kategorien des „wir“ – „die anderen“ ausdrücken.

#### 3.2.1 Administrative Grenzziehung

Der Zuschnitt der Kulturräume wurde bereits mit Inkrafttreten des Gesetzes implementiert und bildet somit den Handlungsrahmen für die kulturpolitischen Aushandlungsprozesse. Kennzeichen sind die Zusammenarbeit über bestehende politisch-administrative Grenzen hinweg, welche eine Veränderung der Kompetenzräume einzelner Akteure bedeutet, und die Konzentration auf häufig *eine* kostenintensive Kultureinrichtung.

Der Zuschnitt der Kulturräume wird offensichtlich als Handlungsrahmen für die kulturpolitische Arbeit akzeptiert. Die administrative Grenzziehung spielt in der Bewertung der Regionalisierung seitens der Akteure vor Ort nur eine untergeordnete Rolle. Die Wahrnehmung der Grenzen innerhalb eines Kulturraums steigt jedoch mit der Konfliktintensität zwischen den kulturraumangehörigen Gebietskörperschaften. Ursachen sind strukturelle Unterschiede und/oder die Konkurrenz zwischen den politischen Entscheidungsträgern. Geht es um Wählerstimmen und Eigeninteressen der einzelnen Kommunen und Kreise, sind die Kosten-Nutzen-Rechnungen bei der Zahlung der Kulturumlage und der Erzielung kultureller Erfolge von zentraler Bedeutung. Grenzen zwischen den Kulturräumen spielen vorrangig in der Abgrenzung der urbanen von den ländlichen Räumen eine Rolle, die den traditionellen Stadt-Land-Gegensatz und die Angst vor der Dominanz der Zentren widerspiegeln (vgl. Abschnitt 3.3).

### 3.2.2 Wahrnehmung von Differenz

Hinter dem sozialpsychologischen Kategorienpaar „wir“ – „die anderen“ steht die Frage, was vereint und was trennt. Die Wahrnehmung von Differenz ermöglicht die Identifikation mit sich oder einer Gruppe und läßt auf Identifikationsräume schließen, von denen angenommen wird, daß sie handlungsleitend für die Akteure sein können. Die dem Raum zugewiesene Identität drückt sich im Einschluß von oder in der Abgrenzung gegenüber anderen und anderen aus, durchaus mit dem Ziel, eigene Handlungsstrategien zu verwirklichen.

Als symbolische Grenzen werden Äußerungen interpretiert, die sich auf regionale und regionalkulturelle Besonderheiten, verwendete Regionsnamen, historische Bezüge etc. beziehen. Die Vorstellung von einer „Wahrnehmungsregion“ wird an regionalen Merkmalen festgemacht, die ein Bewußtsein von Gemeinsamkeiten und Eigenschaften dokumentieren, das sich von Nachbarräumen unterscheidet. Dieses Bewußtsein ist um so ausgeprägter, je deutlicher eine Übereinkunft über Bezugspunkte existiert, z.B. Geschichtserzählungen, Traditionen, Dialekte etc. Diese werden meistens über einen allgemein tradierten und akzeptierten Regionsnamen transportiert. Des Weiteren lassen sich auch aus der Beschreibung der regionalen Zusammenarbeit, der Kommunikation oder der Konkurrenz Wahrnehmungsgrenzen ableiten.

### 3.2.3 Beispiele

Im *Kulturraum Erzgebirge* erfolgt eine Abgrenzung gegenüber den Nachbarn in geographischen Kategorien (Flachland – Gebirge, Großstadt – ländlicher Raum, „oben – unten“, „wir hier – die da hinten“), über regionalkulturelle Besonderheiten (Brauehtum, Volkskunst, Dialekt, Musik) oder auf den Charakter bzw. die Mentalität bezogen (traditionsbewußt – verwässert, zänkisches Bergvolk – moderne Stadtmenschen, „wir/die im Erzgebirge sind ein ganz besonderer Schlag“). Am deutlichsten erfolgt die Abgrenzung gegenüber der Großstadt Chemnitz, die die regionale Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zu bedrohen scheint und deren Image als Industriestadt dem eigenen Selbstbild des landschaftlich reizvollen Mittelgebirges entgegensteht. Wenn es jedoch der Durchsetzung bestimmter Interessen unterhalb der Kulturreaumebene nützt, werden auch innerhalb der Region Grenzen gezogen. In Abhängigkeit von der Konkurrenzsituation offenbart sich eine Hierarchisierung der Bezugsräume: Kommune – Landkreis – Kulturraum.

Anders zeigt sich die Lage in den Kulturräumen ohne überlieferte Gemeinsamkeiten, die in diesem Sinn keine „Wahrnehmungsregion“ darstellen, z.B. im *Kulturraum Elbtal*, der einen beliebig gewählten Talabschnitt der Elbe umfaßt. Hier gibt es außer dem Administrativraum kaum gemeinsame Bezugspunkte auf der regionalen Ebene. Die symbolische Ebene ist unbedeutend, d.h. sie existiert praktisch nicht. Fragen nach regionalen Besonderheiten stoßen auf Unverständnis oder werden höchstens an der Abgrenzungen der Verwaltungsstrukturen bzw. der Zusammensetzung der Gebietskörperschaften festgemacht. Besonderheiten werden allenfalls lokal identifiziert. Eine Abgrenzung gegenüber der Großstadt Dresden erfolgt in der Regel nicht. Im Gegenteil, es wird eher der Vorteil der strukturellen Verflechtungen mit Dresden gesehen. Hier mag das positive Image der Residenz- und Kulturstadt Dresden von Bedeutung sein, aber auch die Tatsache, daß die Randgebiete Dresdens bis zur Gemeindegebietsreform 1999 zum Kulturraum gehörten (Zeitfaktor).

### 3.3 Begründung einer regionalen Kultur

Wurde Kultur traditionell mit Stadt in Verbindung gebracht und als Ausdruck ausschließlich urbaner Daseinsformen verstanden, führt die Wiederentdeckung und Betonung eigener Stärken und regionalkultureller Besonderheiten zu einem neuen Verständnis von Regionalkultur. Längst gilt die regionale Kultur nicht mehr ausschließlich als die Kultur des ländlichen Raums, der – als „Heimat- oder Dorfkultur“ bzw. „Kultur auf den Lande“

bezeichnet – immer der Geruch des Provinziellen und Rückwärtsgewandten anhaftete. Die Fortführung und Wiederbelebung alter Traditionen wie auch die Entwicklung neuer Angebotsformen im kulturellen Sektor haben eine nicht unerhebliche Bedeutung im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung der Regionen gewonnen.

Aus der Perspektive der ländlichen Kulturräume wird die Trennung von urbanen und ländlichen Räumen als Chance gewertet, in der Abgrenzung gegenüber den Großstädten und ihren kostenintensiven Einrichtungen Eigenständigkeit zu bewahren und eine Kulturarbeit zu verwirklichen, die auf regionale Besonderheiten zurückgreift und damit zur Identität und zum Selbstverständnis der Region beiträgt. Der Gegensatz von Stadt und Land wird hier zur Legitimation der eigenen Arbeit herangezogen. Einer „regionalen Kultur“ wird die Chance gegeben, sich gegenüber der „städtischen Kultur“ zu behaupten. Auch hinter diesem Regionalkulturbegriff steht wiederum die Dualität des Kulturbegriffs zwischen traditioneller Brauchtums- und Traditionspflege und dem Anspruch moderner Staatlichkeit, Kultureinrichtungen in allen Landesteilen zu sichern.

Die administrative Trennung zwischen Stadt und Umland konterkariert jedoch die zunehmend stärkeren funktionalen Verflechtungen, die einen Ausgangspunkt vieler Debatten um neue Regionalisierungen bilden. Die Formulierung raumordnerischer Leitbilder und Ziele hinsichtlich stärkerer administrativer Zusammenarbeit in den Verdichtungsräumen bleibt in der hier vorgestellten Regionalisierung unberücksichtigt. Indem die urbanen Kulturräume Leipzig, Chemnitz und Dresden ausgegrenzt wurden, wurde aus raumordnerischer Sicht sicherlich die Chance vertan, einen vernünftigen Interessen- und Lastenausgleich zwischen der Stadt und ihrem jeweiligen Umland zu schaffen. Damit stehen die Kulturräume quer zu anderen Regionalisierungen und Regionalentwicklungsstrategien.

### 3.4 Aushandlung der *regionalen Bedeutung*

Der Aushandlungsprozeß um das Förderkriterium *regionale Bedeutung* findet vor dem Hintergrund statt, daß entsprechende Einrichtungen und Maßnahmen in gemeinsamer Verantwortung aller kulturraumangehörigen Gebietskörperschaften gefördert werden.<sup>28</sup> Generell spielt die regionale Bedeutung nur in den Sparten eine Rolle, in denen etwas ausgehandelt werden kann, weil entweder zu viele konkurrierende Einrichtungen vorhanden sind und/oder ein vorrangig lokaler Bezug offensichtlich ist wie bei

---

<sup>28</sup> Hierbei handelt es sich um eine Finanzierung durch staatliche Zuschüsse, Kulturumlage des Kulturraums und Sitzgemeinde.

Bibliotheken, vielen Museen oder Heimatstuben und Jugendeinrichtungen.<sup>29</sup> So wird v.a. über Museen und Projekte, nicht aber über Theater oder Orchester verhandelt. Diese unterstehen keinem Rechtfertigungsdruck, da sie sowohl über einen großen Einzugsbereich verfügen als auch über eine Ausstrahlung im Sinne symbolischer Repräsentanz, die über den lokalen Bereich hinausgeht.

Letztendlich führt das Kriterium der regionalen Bedeutung zu einer Konzentration der Fördermaßnahmen auf die größeren und kostenintensiveren Einrichtungen und Projekte. Diese beanspruchen weit über 50 Prozent der Etats der jeweiligen Kulturräume. Zwangsläufig erfolgt eine Benachteiligung der übrigen Sparten, zumal, wenn diese über nur eine kleine Lobby verfügen wie Bibliotheken, Kantoreien, die Soziokultur oder Kunstschulen und in der Regel keine symbolische Funktion für die Außendarstellung einer Stadt oder Region besitzen. So fallen ganze Sparten aus der Förderung heraus, die in ihrer Gesamtheit durchaus Bedeutung für eine Region haben.

#### 4. Fazit zur Gestaltung regionaler Kooperation

Die Untersuchung der Praxis regionaler Zusammenarbeit gibt Auskunft darüber, inwieweit sich die neuen Regionen unter Berücksichtigung der kurzen Laufzeit des Gesetzes bereits im Handeln der Akteure etabliert haben.

Die Regionalisierung in Form der sächsischen Kulturräume wurde „von oben“ durch eine Initiative der Landesregierung implementiert und unterlag pragmatischen Überlegungen, die sich vorrangig an der Verteilung der kostenintensiven Theater und Orchester orientierten. Die Umsetzung der Politik ist jedoch als ein Aushandlungsprozeß regionaler Akteure aus Politik, Verwaltung und Fachöffentlichkeit und damit als eine zunächst offene Struktur zu bewerten, die zwischen regionalen Interessen vermittelt und nicht im Schatten der Landesregierung steht. Diese Akteure werden als die Produzenten von „Region“ betrachtet, die vor Ort den Aushandlungsprozeß über die *regionale Bedeutung* gestalten.

Vorrangig sind es äußere Zwänge wie die politisch-normativen Vorgaben, verwaltungsrechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Restriktionen, die das Handeln der Akteure beeinflussen. Hinzu kommen innerregionale Zwänge wie die Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen

---

<sup>29</sup> Die Kriterien werden in den einzelnen Kulturräumen durchaus unterschiedlich gewichtet. Grundsätzlich misst sich die regionale Bedeutung an dem Einzugsbereich bzw. der Ausstrahlung, der Einmaligkeit und bei Einrichtungen an der Anzahl der Beschäftigten und an den Öffnungszeiten.

oder die Konkurrenz (Grenzziehungen) zwischen und in den beteiligten Institutionen. Als durchaus problematisch kann sich auch die Konkurrenz zwischen den Gebietskörperschaften sowie zwischen den Hierarchieebenen der Verwaltung und nicht zuletzt zwischen den einzelnen Sparten und Akteuren erweisen.

Somit kommt den Akteuren vor Ort hinsichtlich der Durchsetzung von kulturpolitischen Handlungsvorgaben die Rolle einer Vermittlerinstanz zu, die wesentlich zum Gelingen der Regionsbildung beiträgt. Das proklamierte Ziel, der Region zu einem eigenständigen kulturellen Profil zu verhelfen bzw. ein eigenständiges Kulturangebot zu erhalten, setzt angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen nicht nur eine große fachliche, sondern auch eine gute kommunikative und kooperative Kompetenz und Bereitschaft der Akteure voraus. Dies führt jedoch zu einer personellen und strukturellen Überforderung. Die Kultursekretäre sind nicht nur verantwortlich für die Planung und Konzeptionierung der Abläufe, sondern müssen auch Vermittler, Diplomaten und Controller sein. Die Anbieter von Kultur sollten möglichst zugleich Kulturwissenschaftler, Marketingexperten und Selbstdarsteller sein und vielleicht auch Künstler, die Zeit haben, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen, zu repräsentieren etc.

#### Ausblick: Fortführung des Sächsischen Kulturraumgesetzes nach 2004

Auch die Kulturpolitik beginnt unter dem Druck des gesellschaftlichen Wandels neue Politikstrategien zu verfolgen. Das SächsKRG zeichnet sich durch einen Modelleharakter aus, der sich in der zeitlichen Befristung auf zehn Jahre Laufzeit manifestiert. Da das Ende der Laufzeit im Jahr 2004 erreicht wird und der Anspruch erhoben wird, eine Vorreiterrolle für die anderen Bundesländer zu übernehmen, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und über die Fortführung des Gesetzes bzw. eine Anschlußfinanzierung nachzudenken.

Ausgehend von den Kulturanbietern in der Region wird der Hauptvorteil des Kulturraumgesetzes in der Erklärung von Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe gesehen. Dem steht jedoch das Mißtrauen der kommunalpolitischen Ebene entgegen, der Staat könne in die Selbstverwaltung eingreifen, da sich mit Abtretung kommunaler Aufgaben an den Kulturraum der Zuschnitt der Kompetenzräume verändert. Aufgrund des tradierten Föderalismus sind Kulturpolitik und Kultursubventionierung jedoch eine der wenigen den Kommunen verbliebenen Gestaltungsräume. Trotzdem schien der Regionalgedanke bisher von allen Beteiligten akzeptiert, weil in der gemeinsamen Finanzierung von Kultur die Lösung für den Erhalt weiter Teile der kulturellen Infrastruktur gesehen wurde.

Eine erste kritische Position zum Sächsischen Kulturraumgesetz hat der Kulturausschuß des Sächsischen Landkreistages eingenommen, der sich gegen eine Fortführung ausgesprochen und statt dessen nur die Förderung der Theater und Orchester gefordert hat. Hinter diesem (scheinbar) überraschenden Wandel steht der Anspruch der kommunalen Ebene, das alleinige Entscheidungsrecht über die Mittelvergabe zurückzubekommen, die kostenintensiven Einrichtungen jedoch weiterhin mit staatlicher Förderung zu erhalten.

Dieser Perspektive wäre entgegenzuhalten, daß so einer Konzentration auf die Hochkultur Vorschub geleistet wird, die sich bereits jetzt abzeichnet. Das Ziel des Erhalts der Vielfalt und der Eigenständigkeit von Kultur in den Regionen verschiebt sich zugunsten der Überlebensfähigkeit von Hochkultureinrichtungen, insbes. der Theater und Orchester. Eine Landesförderung ausschließlich für Theater und Orchester – während die übrigen Kulturbereiche den Kommunen überlassen bleiben – würde zum Wegbrechen großer Teile der regionalen Kultur führen.

Als abschließende Feststellung wäre anzumerken, daß die Akteure unterschiedlichen Handlungsrationitäten unterliegen. Während die dem Landkreistag angehörigen Politiker, die in erster Linie Kommunalpolitiker sind, in Kategorien der Machterhaltung und Selbstdarstellung denken und sich zeitlich an Legislaturperioden orientieren, werden die Kulturvermittler vor Ort durch Selbsterhaltung, Gestaltungsanspruch und Publikumswirksamkeit geleitet. Aus den unterschiedlichen Eigenrationalitäten lassen sich möglicherweise weitere Erklärungen für Widersprüche im kulturpolitischen Handlungsfeld und darüber hinaus in der Regionalentwicklung ableiten. Hinsichtlich der Frage nach der Steuerungsfähigkeit von politisch initiierten Regionalisierungen liegt hier sicherlich noch erheblicher Klärungsbedarf.

---

**Christine Weiske**

**Fiktive Verortungen in der Welt.  
Images der Stadt Chemnitz**

1. Imaginationen als Labor des Gemeinsamen

Konstruktivistische Theorien gehen davon aus, daß das Soziale als Beziehungsgefüge gerade auf der ‚human condition‘<sup>1</sup> (Hannah Arendt) beruht, sich aktiv ein Bild machen zu können und es unumgänglich tun zu müssen. Die Imagination als die Entwicklung von Voraussichten ist eine Kulturtechnik von grundsätzlicher Bedeutung für die Konstitution von Gemeinschaften und Gesellschaften.

Wie Hannah Arendt geht auch Elisabeth Noelle-Neumann von dieser Grundsätzlichkeit aus. Sie verweist wie diese auf die Antike als dem archaischen Muster von Gesellschaftlichkeit. Nachweislich spricht Cicero von der „öffentlichen Meinung“ als einer regulierenden Instanz über das, was gemeinhin als verbindlich vorgestellt wird. Damit widerspricht sie der Auffassung, Öffentlichkeit entstünde als ein moderneres Phänomen von Gesellschaftlichkeit.<sup>2</sup>

Dieser Tage ist es Robert B. Brandom, der in seiner Arbeit „Making it Explicit“, die unter dem deutschen Titel „Expressive Vernunft. Begründung, Repräsentation und diskursive Festlegung“<sup>3</sup> erschien, Neues leistet. Vehement stellt er die soziale Kraft diskursiver Festlegungen für Gemeinschaften und in Gemeinschaften dar.

Der Status der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft wird etabliert, indem „intentionale Einstellungen“<sup>4</sup> von ihren Mitgliedern geteilt werden. Jemand geht davon aus, daß eine andere Person das Geäußerte verstehen kann, das Zustandekommen der Geltung des Argumentes nachvollziehen und ein weiteres Argument anschließen kann – bestätigend, widersprechend, modifizierend, wie auch immer. Die SprecherInnen und das von ihnen Gesagte stellen einen prozessierenden und normativen Zusammen-

---

1 H. Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1994 (Die amerikanische Ausgabe erschien 1958 unter dem Titel „The Human Condition“).

2 E. Noelle-Neumann, *Öffentliche Meinung*, in: O. Jarren/U. Sarcinelli/U. Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in demokratischen Gesellschaften*, Opladen/Wiesbaden 1998.

3 R. B. Brandom, *Expressive Vernunft*, Frankfurt a. M. 2000.

4 Ebenda, S. 122.

hang her, der in seinen dialogisch aufeinander folgenden Sprechakten gleichzeitig konservierend und innovierend wirkt. Die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft bestätigt oder verändert sich, indem Selbiges oder Verändertes oder Anderes gesprochen und bestätigt wird.

In der Logik von Diskursen lassen sich Images – um auf mein Thema zu kommen – als Vorschläge an Kommunikations- und Verständigungsgemeinschaften auffassen, wie denn die Welt verstanden und gemacht werden kann. Hier soll es um Stadt und Welt gehen, also um die Frage, was für ein Ort in der Welt Chemnitz sei.

Innerhalb dieser Gemeinschaften wird über ihre personelle Zusammensetzung genauso wie über die Anerkennung von Deutungen verhandelt, über die Zulassung von Inhalten und Perspektiven, über den Sinn und Unsinn der imaginierten Konstruktionen. Auswahl, Wertung und Deutung sind die Funktionen, die den Kommunikationsgemeinschaften neben ihrer eigenen Konstitution als Aufgaben zufallen, das sind ihre Funktionen bei der Kreation des Sozialen.

Der öffentliche Diskurs – z.B. über die Images einer Stadt – ist ein plebiszitäres Medium. Die Besonderheit dieses Mediums im Vergleich zu anderen, die stärker formalisiert und deutlicher verfaßt sind, liegt darin, daß seine Institutionen vielfältig und auch flüchtig sind; vom Klatsch und Tratsch über Versammlungen und Demonstrationen bis zu Events, Wettbewerben und Spielen, schriftlichen Verlautbarungen als Artikel, als Flyer, Plakat ... Der Diskurs lebt von der sich stetig aktualisierenden Re-Konstruktion der eingebrachten Argumente, die in den Schleifen der evolutionären Wiederholungen durch unterschiedliche SprecherInnen und HörerInnen geprüft, verworfen, ausgestaltet und erweitert werden, um zu einer kollektiven Selbstdeutung als einer sozialen Ordnung zu werden. Diese notwendigen Wiederholungen machen das Medium plebiszitär und konservativ. Plebiszitär, weil die Breite und Unübersichtlichkeit der Gemeinschaft der SprecherInnen und HörerInnen den Zugang für viele offen hält. Alle haben prinzipiell die Möglichkeit, auch innovierende Interpretationen einbringen zu können – so z.B. Umberto Eco<sup>5</sup> anlässlich eines Besuches in Dresden. Er wird daraufhin nicht Mitglied der lokalen Gemeinschaft, jedoch kann diese seine Deutung rezipieren oder ignorieren. Konservativ ist das Medium deshalb, weil der Fluß der Selbstdeutungen durch innovierende Interpretationen nur schwerlich umzulenken ist, es sei denn, die Argu-

---

5 U. Eco, Grundzüge einer Stadtpsychologie: Dresden, in: Derrick oder die Leidenschaft für das Mittelmaß, München 2000, S. 113-116.

mente finden eine breite „Akzeptanz“<sup>6</sup>, indem sie von anderen aufgenommen und weitergeführt werden.

Die kollektiven Selbstdeutungen (Selbst-Rezeptionen) schaffen die kulturelle Ressource der Integration durch Anerkennung der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, und sie schaffen einen Modus der Verteilung dieser Ressource auf eine fluktuierende Gemeinschaft.

Vereinnahmt von dieser sozialen Ordnung, sanktioniert durch die öffentliche Meinung, wird auch immer die Regierung – insgesamt jede, insbesondere aber eine demokratische. In der öffentlichen Meinung äußern sich die „sozialpsychologischen Kräfte in der Demokratie“.<sup>7</sup> Jede Regierung ist abhängig von der öffentlichen Meinung und hat ein sicheres Interesse an diesem plebiszitären Medium. Die Felder und Grenzen der Akzeptanz von Regierungsakten lassen sich abschätzen für diejenigen, die den öffentlichen Diskurs kennen und „lesen“ können.

Die wichtigste Frage ist: Wie verwandelt sich die Summe der individuellen Meinungen in die politische Macht der öffentlichen Meinung?<sup>8</sup> Indem sie im und durch das Medium veröffentlicht, geteilt, fundiert und damit machtvoll werden. Dieses Medium wird nicht qua Amt kontrolliert und ist nicht korrumpierbar. Zugestandenermaßen sind diese beiden Bedingungen normativer Natur und werden praktisch unterminiert, wie man weiß. Aber prinzipiell reguliert sich die öffentliche Meinung in dieser Weise. Vor allem das Erzählen von Witzen und Anekdoten ist ein Beleg dafür. Die Images der Stadt werden gleichfalls in diesem Medium hergestellt.

## 2. Vier Argumentationsfiguren, in denen Images formuliert werden

In dem Chemnitzer Material, auf das ich mich beziehe, finden sich vier argumentative Strategien oder Ordnungsmuster, Images der Stadt zu konstruieren, deren Betitelung ich vorgenommen habe. Dieses Material konnte ich übernehmen vom Verein Für Chemnitz eV. Das ist ein Bürgerverein, in dem sich eine Gruppe der engagierten lokalen Elite organisiert und als Promotor der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt versteht.

Das Material besteht aus einem Textkorporus, gesammelt im Ergebnis eines Wettbewerbes „Ein Lied für Chemnitz“, den der Verein 1997 veran-

6 Vgl. dazu D. Lucke, Akzeptanz. Legitimität in „Abstimmungsgesellschaften“, Opladen 1995.

7 E. Noelle-Neumann, Öffentliche Meinung, in: O. Jarren/U. Sarcinelli/U. Saxer (Hrsg.), Politische Kommunikation in demokratischen Gesellschaften, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 83.

8 Ebenda, S. 84.

staltete, und zu dem es mehr als 70 Einsendungen von Liedern für Chemnitz gab.

Zur Quellenkritik ist folgendes zu sagen:

Das Material wurde nicht erhoben, sondern „gefunden“ wie ein fremder Meteorit auf dem weiten Feld. Ein Astronom kann ihn aufheben und ins Labor tragen, um ihn zu untersuchen und Rückschlüsse auf seine Herkunft und seinen Platz im planetaren System zu ziehen, indem er ein Modell der kosmischen Ordnung erdenkt und am (Be-)Fund prüft.

Das Material ist nicht unter systematisch kontrollierten Bedingungen zusammen gekommen, so daß es keine proportional-analogen Schlüsse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zuläßt. Es gibt gar keine Stichprobe. Ohnehin wird die Frage, was denn eigentlich die Grundgesamtheit sei, in offenen Gesellschaften immer irrelevant. Die Registratur des Einwohnermeldeamtes bietet kaum noch eine ernsthafte methodische Sicherheit für sozialwissenschaftliche Einsichten. Die Dimension der Selbstzuordnung der Mitglieder (und der ProbandInnen) zu Gemeinschaften und Gesellschaften (und zu Grundgesamtheiten) wird demnach auch methodisch immer zwingender. Diese Selbstzuordnung (zum sozialen Ort Chemnitz) haben alle AutorInnen geleistet.

Für eine Würdigung des Materials spricht, daß es der immanenten Logik der Fragestellung folgt: Inaginationen sind aktive Reflexionsprozesse. Sie werden getragen und prozessiert von den Aktiven einer Gemeinschaft oder Gesellschaft – eine Charakterisierung, die sich den eher objektivistischen Sozialstrukturtheorien ohnehin nicht erschließt.

Für den Fall der Diskursanalyse von Images repräsentiert das Material das, was von den aktiven Sprechern gesprochen wird. Die „aktiven Sprecher“ sind eine Tautologie, die lediglich darauf hinweisen soll, daß die Passiven für die hier formulierte Fragestellung nicht relevant sind, weil sie sich gerade nicht aktiv an der Konstruktion von Images beteiligt haben.

Freilich sind sie für die Publikation der Images, für ihre Verbreitung und ihre Wirkung als soziale Ordnung von Bedeutung. Als RezipientInnen bringen sie Akzeptanz auf für die Leistungen der Aktiven und tragen die öffentliche Meinung mit. Sie partizipieren an den Integrationsangeboten der so entstehenden Gemeinschaften und beteiligen sich an der Zahlung der sozialen Kosten der Integration. Aber das wird hier nicht behandelt.

### Die 1. Argumentationsfigur: „Ehrenvolle Anstrengung“

Das herausragende Merkmal von Chemnitz ist es -- eine Industriestadt zu sein oder gewesen zu sein. Der Charakter der Stadt ist geprägt durch die

Industrialisierung Sachsens und Chemnitz', die alle anderen historischen Eigenheiten und Strukturen der Stadt überlagerte.

Die Senke am Fluß füllten die vielen Schornsteine mit beißendem Qualm, „Ruß-Chamtz“ ist der Spitzname aus diesen dunklen Hochzeiten der Industrieentwicklung, die ja nun schon runde 100 Jahre zurückliegen und keine persönliche Erinnerungen der AutorInnen sein können. Dennoch liefert das Bild immer noch Anhaltspunkte für Identitäten, die ambivalent sind. „Chemnitz, du Graue, du Herbe“ (R.C.)<sup>9</sup> ist eine Deutung, die eine Ambivalenz aufnimmt und ihr eine positive Zuschreibung anheftet durch die sprachliche Fassung in einer hymnischen Form, durch ihre Überhöhung.

Das andere Bild einer Frau beschreibt: die „Mutter Chemnitz“ (R.B.). Die Mütterlichkeit wird einer „Proletarierfrau“ zugeschrieben. „Dein Atem war manchmal bitter, doch nach warmem Öl und Schweiß.“ Die Intimität der Beziehung wird auf Wahrnehmungen des Körpers bei der Arbeit gestützt. „Bleib immer ein bißchen Proletarierfrau, eine kalte, glatte Schöne werde bitte nicht.“

Die industrielle Vergangenheit der Stadt und ihre soziale Ordnung wirken stark und gegenwärtig auf die kognitive Ordnung<sup>10</sup>, innerhalb derer die Ereignisse wahrgenommen und gewertet werden.

Die Gründung und Geschichte der DDR bewirkte keinen Bruch dieser Ordnung. Die Deklarationen eines politischen Neubeginns blieben ihr äußerlich.

Diese kognitive Ordnung ist mit der De-Industrialisierung schwerwiegend irritiert.

„Wenn andere verduftet, könn'n wir noch lauge schuffen!“ (anonym), schreibt einer der Autoren. Die Irritation wird als Verlassen-werden empfunden – von allen guten Geistern verlassen. „Sind gerne Schwerarbeiter. Nur Arbeit bringt uns weiter“, heißt es. Arbeit als Passion. Es sind die klassischen Tugenden Fleiß und Beharrlichkeit bei der Arbeit, Bereitschaft zur (körperlichen) Anstrengung, Kraft und praktischer Sinn, wofür die Chemnitzer und Chemnitzerinnen Respekt und Anerkennung erwarten. Daraus begründet sich der Anspruch auf einen Ort in der Welt: Chemnitz die Industriestadt.

In den Liedern finden sich zwei markante Objekte, denen Vermittlung aus der alten kognitiven Ordnung heraus zugeschrieben wird: das sind der Schornstein des Wärmekraftwerkes Nord und das Marx-Monument.

9 Die Initialen verweisen auf die Autorin, den Autor des zitierten Liedes.

10 Vgl. dazu M. Jahoda, Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgeuntersuchung zu „Marienthal“ aus dem Jahr 1938, Frankfurt a. M. 1989.

Dieser Schornstein gilt als zukunftsfähiger Vertreter all der anderen, die das graue Rußchamtz eingedunkelt haben und nun stillgelegt oder bereits abgerissen wurden. Er ist einer der letzten Schornsteine in Betrieb und stößt eine weiße Wolke aus, die von den LiedschreiberInnen als ein Fähnchen und ein Gruß gedeutet wird, wenn sie nach Chemnitz zurück kommen.

Es gibt eine Fotodokumentation<sup>11</sup> über die alten Chemnitzer Schornsteine a. D., die im Grundton von den Verlusten handelt. Beim Schornstein Nord wird nicht das Ende sondern die Aussicht thematisiert.

Er wird Bestandteil eines Orientierungssystems zwischen Chemnitz und einer Außenwelt.

Mit dem Marx-Monument ist der Umgang diffiziler. Es hat selbstverständlich zu tun mit der sozialistischen Zeit von Karl-Marx-Stadt als Industriestadt. Die Umbenennung von 1953 als ein Regierungsakt galt der Arbeiterstadt im roten Sachsen und knüpfte damit an die proletarischen Selbstdefinitionen vieler Chemnitzer an – es war 1990 auch nur eine knappe Mehrheit der befragten BürgerInnen für die Rückbenennung.

So sind auch die Liedtexte sehr uneinheitlich. Als Gemeinsamkeit fällt auf, daß das Monument von den meisten AutorInnen mit personalen Fähigkeiten ausgestattet wird. Es übernimmt das Monitoring des Geschehens seit 30 Jahren als eine Art Über-ICH. Der wiederholt auftauchende Spitzname „Nischel“ (eine sächsische Bezeichnung für Kopf) meint so eine Art überdimensionalen Ober-Kumpel und Wegbegleiter. Der Tenor der Kommentare, die dem Marx-Kopf unterstellt werden, streut ungemain: er kann ungerührt schauen, sich freuen, lachen, daß es bebt oder auch gaffen – er tut es im Präsens. Die einen sehen im Monument das einmalige und „große ETWAS“ von Chemnitz, die anderen machen es sich handlich, indem sie es als „das bronzene Karlchen“ klein kriegen.

„Wenn auch das bronzene Karlchen,  
herunter von seinem Sockel gafft.  
der freut sich bestimmt auch im Stillen,  
weil er sieht, hier wird was geschafft“ (D.S.)

Es gibt im Moment keine Regeln dafür, wie mit diesem Erbe umgegangen werden sollte. Der Konsens besagt lediglich, daß mit dem Symbol weiterhin umgegangen werden soll. Die Integration der Geschichte der DDR scheint die Absicht. Karl Marx als Internationalist – eine Art intellektueller global player – stellt eine Kontinuität in Aussicht, die die Berücksichtigung bzw. Anerkennung der eigenen biographischen Positionen in einem

11 J. Feldkamp (Hrsg.), Schornsteine in Chemnitz. Eine Fotoausstellung des Industriemuseums Chemnitz im Zweckverband Sächsisches Industriemuseum mit Fotografien von Michael Backhaus, o.O. 1999.

erweiterten Kontext bedeuten kann – ich unterstelle hier die globalen Gesellschaften.

## Die 2. Argumentationsfigur: „Der Vergleich“ (in drei Versionen)

### „Die drei Schwestern“

Hier geht es um die drei sächsischen Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz, die als drei ungleiche Gleiche miteinander verglichen werden. Der Vergleich geht zu ungunsten von Chemnitz aus: „So schön wie Deine Schwestern warst Du nie“ (M.P.). Wenn dafür die Begründungen gesucht werden, stößt man auf das finstere Familiengeheimnis, das man schon vom Aschenputtel kennt:

„Du, als die unscheinbarste von drei Schwestern,  
bezahltest Deinen Schwestern Putz und Tand.  
So ist es heute und so war es gestern,  
sie danken's Dir, wenn überhaupt, mit Restern,  
und feiern sie, stehst Du zumeist am Rand.“ (T.K.)

Es ist eine Ungerechtigkeit aus vorangegangenen Zeiten, die sich fort-schreibt. Die liebe Mutter oder der gerechte Vater könnten sie aufheben. In einem paternalistischen Politikverständnis löst es Enttäuschung aus, wenn die Städtekonkurrenz nicht zentralstaatlich ausgeglichen wird.

Sie hat noch eine andere verbreitete Formel: In Leipzig wird gehandelt, in Dresden wird gepaßt und in Chemnitz wird gearbeitet. Diese Typologie produziert keinerlei Ambivalenzen, deshalb führt auch keine Vermittlung in einen anderen innovativen Zusammenhang der Neuverortung im Städtedreieck. Mit dieser Zuschreibung trennen sich die Chemnitzer selbst ab vom Genuß, vom Müßiggang und vom Spiel mit Optionen. Ein Autor spricht ausdrücklich von den „versagten Genüssen“ (G. Mö.) Statt dessen halten sie fest an ihrem trotzigen Bekenntnis:

„Ja, auch Chemnitz kann man lieben.“ (H. K.)

Es ist also angemessen konnotiert, wenn G. M. die Klangfarbe ihres Liedes mit *largo lamentoso* beschreibt.

Damit zu einer anderen Version des Vergleiches:

### „Der sportliche Wettstreit“

Der Sportbetrieb und seine internen Strukturen knüpfen an proletarische Muster an und weiten sie auf in Richtung auf Konkurrenz, Individualisierung und wirksame Selbstinszenierung fern von protestantischen Nützlichkeitsabwägungen.

Die Sportler beweisen, daß die Strategie der Anstrengung immer noch sinnvoll ist und zum gewünschten Effekt: EHRE führen kann. Als Weltgeltung kann die Ehre auch auf die Stadt Chemnitz übergehen.

„Weltbekannt ist sie noch immer – dank der Läufer, Radler, Schwimmer“ (D. H.).

Sport erscheint als ein Medium des sozialen Aufstieges und der Emanzipation. Auch nach der sportlichen Erfolgsbilanz der kleinen DDR funktioniert diese Strategie weiter. Aus Karl-Marx-Stadt und aus Chemnitz kamen und kommen sehr viele international erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler. Katarina Witt ist vielleicht die renommierteste von allen, deren ambivalente Biographie gerade darum ein Lehrstück ist.

Chemnitz als Sportstadt aufzufassen, hat eine tragfähige Basis in der Mentalität der städtischen Bevölkerung und öffnet Übergänge in die Welt.

Eine dritte Version des Vergleiches ist:

„*Das sächsische Manchester*“

Der offensive direkte Vergleich der Stadt mit anderen – über den regionalen Bezug hinaus – wird nur zaghaft angestellt. Vorsichtig wird getestet, was der Vergleich mit Manchester bringen kann. Vergessen ist die Geschichte des Vergleichs<sup>12</sup> – es werden Vermutungen darüber ventiliert, denen ich im Detail jetzt nicht nachgehen kann. Zumeist wird der Vergleich als ehrenvoll aufgefaßt, z. B. wird die Apostrophierung „als Titel“ (I. K.) gewertet.

Bedeutsam für die lokale Gemeinschaft ist, daß der Vergleich Weltruf eingebracht hat: „Chemnitz – als das ‘Sächsische Manchester’ weltweit bekannt“ (M. F.). Das Bild hat eine historische Reichweite zwischen Vergangenheit und Zukunft, die wie ein Pfad für eine neuerliche globale Verortung der Stadt möglich erscheint.

Das 3. Bild: „*Sächsische Heimat*“

Die Texte, die dieses Bild tragen, haben zumeist einen volksliedhaften Ton, der von einer romantischen Landschaftsbeziehung ins Erzgebirge hinein geprägt ist. Berge und Wasser sind die dominanten Motive, die diese Beziehung tragen. Stadt und Landschaft werden einander als Kultur und Natur entgegengestellt, wie in der mittelalterlichen Ikonographie.

Die anderen Sachsen als gemütvolle Menschen und der sächsische Dialekt (Sachsens Heimatlaut) machen des weiteren die sächsische Heimat aus. Einige der Lieder sind im Dialekt verfaßt. Betont werden die Bindun-

---

12 D. A. Farnie, Das Zeitalter der großen Erfindungen in der englischen Baumwollindustrie (1764–1834), in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins, Jahrbuch 69 (1999). 200 Jahre Erste Baumwollmaschinenspinnerei in Sachsen. In diesem Aufsatz geht Farnie dem Vergleich zwischen Manchester und Chemnitz nach.

gen und die Sehnsucht nach Hause. Von Treue ist oft die Rede, ... von der Wiege bis zur Bahre.

Dieses geschlossene System der Zugehörigkeit per Geburt hat nur oder immerhin zwei Öffnungen:

Die erste sind die „Fremden“, die zeitgemäßer als „Touristen“ verstanden werden. Von ihnen wird Anerkennung erwartet und sie sollen die Boten zwischen Ort und Welt sein. Sie sollten künftig verbreiten: „Chemnitz ist auch eine Reise wert.“ (W. D.) – aber dort, wo sie herkamen. „Bleiben und Gehen“ wird erwogen, aber nur aus der Perspektive der Ansässigen. daß die Fremden auch bleiben wollten oder könnten, ist kein Thema.

Die andere Option entsteht mit der vielbesprochenen Reiselust der Sachsen. Deren Inkarnation sind die Sächsischen Bergsteiger – eine Mischung aus Reisenden und Sportlern. Sie werden auf ihren spektakulären Touren vom sächsischen Sandstein bis in die Hachgebirge der Welt mit großem Interesse begleitet. Sie mußten seit je Kollektivgeist mit individueller Leistung verbinden, sie hatten ein kalkuliertes Risiko einzugehen, um die Freiheit am Berg zu gewinnen. Sie stehen quasi für die sächsische Version von Individualisierung und gelten als Helden.

#### Das 4. Stadtbild: „*Künftige Verheißung*“

Verheißungen und Vertröstungen auf fernere Zeiten haben im kulturellen Bestand auch dieser Kommunikationsgemeinschaft einen vielfältig ausgestalteten Platz. Unter den Liedern für Chemnitz finden sich für diesen Typus die häufigsten Belege.

Die Vorwärtsdimension der Zeit als Trajektor bietet verlässlich Orientierung und Ordnung, die fraglos – auch zwingend – erscheint. Die Markierungen im Unendlichen werden an den Brüchen und den immer wieder neuen Anfängen festgemacht. Als die markantesten Brüche stellen sich das Bombardement der Alliierten im März 1945 und die Wende 1989 heraus. Die Interpretationen der ersten Zäsur sind nahezu unisono – die der zweiten streuen. Aber wichtig ist den LiedschreiberInnen die Übertragung der Mobilisierungsstrategien vom Wiederaufbau der Nachkriegszeit auf den Aufbau Ost.

„Dein Schicksal war nicht immer gut.

Der Krieg schlug viele tausend Wunden.

Doch nie verlor der Mensch hier seinen Mut,

ein neuer Anfang wurde stets gefunden.“ (G. W.)

Das Wort von den „tiefen Wunden“ ist verbreitet. In direkter Weise wird es auf den Korpus der Stadt bezogen und meint zerstörte bzw. ruinierte

Häuser. In übertragener Weise meint es verwundete Menschen und Kriegstote.

In dieser analogen Argumentation werden die Baustellen in der Stadt als Zeichen der baulichen und der sozialen Erneuerung gedeutet – als Zukunftsgewinn. Insofern ist die bedeutungsvollste Baustelle in der Stadt die im Zentrum. Die neue City wird oftmals besprochen und mit vielen Hoffnungen befrachtet.

Neues Bauen und Neues Leben sind auf's Engste verknüpft.

Die Orientierungslücken der lokalen Gemeinschaft, die ihre eigene Verfassung betreffen, werden mit architektonischen Gestalten verdeckt, um auf einer symbolischen Ebene den Platz in der Welt zu definieren. Aus der Perspektive der Soziologin ist zu kommentieren, daß der ästhetische Diskurs über architektonische Gestalten den soziologischen über die sozialen Inhalte der Kommune nicht ersetzen wird oder ersetzen kann.

### 3. Fazit

Images sind öffentliche Ressourcen lokaler Gemeinschaften.

Sie formulieren einen gemeinsam getragenen Anspruch auf einen bestimmten Platz in der Welt und werben um dessen Anerkennung in verschiedenen Systemen der Verteilung von Aufmerksamkeit und Zuwendung, die als Ehre oder guter Ruf, Attraktivität und Zahlungen aller möglicher Arten besprochen werden.

Die Systeme der Anerkennung sind verschiedene und zudem sind sie räumlich strukturiert in

- einer regionalen Dimension im Städtedreieck,
- einer Landesdimension Sachsen,
- einer nationalstaatlichen Dimension Deutschlands,
- und einer globalen Dimension.

Images sind als appellative Diskurszusammenhänge aufgebaut, deren Strukturen sich nach dem Inhalt des formulierten Anspruchs und nach dem angesprochenen Publikum – dem Adressaten – richten, von dem die Vergeltung des Anspruchs erwartet wird.

---

**Ulrich Hilpert**  
**in Zusammenarbeit mit Dietmar Bastian**

**Region, Politik und Ideologie. Zu den  
extra-ökonomischen Faktoren ökonomisch  
erfolgreicher Politik**

Einführende Bemerkungen: Warum entwickeln sich Regionen unterschiedlich?

Aus unterschiedlichen Perspektiven ist die regionale Entwicklung und die Rolle der Regionalpolitik zunehmend in das Zentrum der Diskussion geraten. Die berühmten Beispiele der Bundesstaaten California<sup>1</sup> und Massachusetts in den U.S.A. und die Entwicklungen in Baden-Württemberg und Bayern in Deutschland haben den subnationalen Regierungsebenen eine besondere Rolle zugewiesen. Regionale Entwicklung und Politik auf regionaler Regierungsebene wurden zunehmend in Bezug zu einander gesetzt. Auch in den zentralstaatlich verfaßten Staaten wie Frankreich oder Großbritannien haben regionale Schwerpunkte der Entwicklung wie in Rhône-Alpes oder Edinburgh zu einer Akzentuierung der regionalen Konstellationen für die sozio-ökonomische Entwicklung geführt.

Dabei liegt den meisten Überlegungen die Suche nach dem politisch zu vermittelnden Königsweg der Entwicklung zu Grunde. Die Konzepte, die in einem Beispiel zum Erfolg geführt haben, sollen in einem anderen Falle kopiert und in positive Entwicklungen umgesetzt werden.<sup>2</sup> In einem technokratischen Verständnis wird davon ausgegangen, daß die Konzepte einen weitgehend universellen Gehalt hätten und deshalb der Transfer in verschiedene Situationen hinein machbar sei. Die ökonomische Diskussion um Standortbedingungen, Ansiedlungen und Kosten unterstützt diese Annahme

---

1 Vgl. A. J. Scott, *Technologis. High-technology industry and regional development in Southern California*, Berkeley 1993.

2 Diese Tendenz wird in letzter Zeit auch bei den verschiedenen Versuchen deutlich, die in Baden-Württemberg so erfolgreiche und aus den Konstellationen gewachsene Steinbeis-Stiftung zu kopieren und als Grundlage für günstige Entwicklungen zu etablieren. In ähnlicher Weise sind zuvor die Diskussionen über Technologieparks und Technologievermittlungsagenturen verlaufen (vgl. R. Hassink, *Regional Technology Policies in the Old and New Länder of Germany. Case Studies from Baden-Württemberg and Thuringia*, in: *European Urban and Regional Studies* 3 [1996] 4, S. 287-303.

und legt den Eindruck nahe, daß Entwicklungen ausschließlich einer betriebswirtschaftlichen Rationalität folgen würden und mithin an verschiedenen Standorten reproduzierbar seien.<sup>3</sup> Das Instrument des Benchmarking trägt diese *Message (ins deutsche angemessen übertragen)* in sich und wird zur Grundlage des Standortvergleiches sowie entsprechender Diskussionen politischer Entscheidungsträger. Die neo-klassische Ökonomie scheint dafür eine wissenschaftliche Grundlage zu liefern.

Aber bereits ein erster Blick auf die typischen Eigenschaften der Regionen und ihrer Entwicklungswege zeigt, wie unterschiedlich die Regionen, ihre Entwicklungen und die zugrundeliegenden Arrangements sind: Innovationsinseln stehen altindustrielle und traditionelle Industrieregionen gegenüber; andere Regionen können auch auf der Grundlage prä-industrieller Arrangements zu attraktiven sozio-ökonomischen Entwicklungen gelangen. Diese differenziertere Typologie der Regionen erhält selbst noch erhebliche Unterschiede, wenn die konkreten Entwicklungsprozesse und deren Zusammenhänge berücksichtigt werden. So gelingt es dem Rhein-Ruhr-Gebiet wieder Anschluß an moderne sozio-ökonomische Entwicklungen zu gewinnen, während die altindustrielle Region Nordengland weiterhin durch ihre krisenhaften Strukturen charakterisiert ist; Poitou-Charentes kann mit seiner Produktion von Cognac eine günstige Entwicklung aufweisen, wenn auch der regionalpolitische Handlungsspielraum durch das französische Plansystem zwischen Staat und Region zentral vorgegeben ist und disziplinierend wirkt.<sup>4</sup> Im Gegensatz dazu konkurrieren im Fall Andalusiens die prä-industriellen Strukturen dieser Comunidad Autónoma mit den innovationspolitischen Ansätzen der Regionalregierung und bringen die Entscheidungsträger in Sevilla trotz eines größeren verfassungsmäßigen Handlungsspielraums in ein Entwicklungsdilemma<sup>5</sup>; und schließlich bleibt Jena als einzige Innovationsinsel Ostdeutschlands in der Biotechnologie durch die hohe Arbeitslosigkeit geprägt, während München als zentraler Innovationsraum auch hohe Beschäftigungswerte aufweist.

Diese Unterschiede bei den Entwicklungen von Regionen vergleichbaren Typs bedürfen der Erklärung. Werden hierfür Gründe gefunden, dann lassen sich auch die Möglichkeiten und Grenzen von Regionen klarer definieren; ihr Platz in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung wird

3 Vgl. M. R. Krätke, Globalisierung und Standortkonkurrenz, in: *Leviathan*, Volume 2 (1997), S. 201-232; M. Heidenreich, Wirtschaftsregionen im weltweiten Innovationswettbewerb, in: *KfSS*, Volume 49 (1998), S. 500-525.

4 Vgl. D. Bastian, Regional Identity and Limitation in Culture: The Case of Poitou-Charentes, Working Paper on Regional Identity, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

5 Vgl. ders., Approaching the Thresholds of Cultural Change: The Case of Andalusia. Working Paper on Regional Identity. Friedrich-Schiller-Universität Jena.

deutlich. Die ökonomischen Parameter der Neo-Klassik und die Standortvergleiche auf der Grundlage des Benchmarking können die verschiedenen Regionen mit der Begrenzung auf ihre Orientierung beschreiben, allerdings gelingt es ihnen weder, die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen zu benennen, noch wird in diesen Zusammenhängen danach gesucht. Demgegenüber bieten andere Untersuchungsergebnisse Hinweise auf ungenügend herangezogene Entwicklungsbedingungen und Konstellationen. Es stellt sich die Frage, ob mit der einseitigen Orientierung auf die Mikroökonomie und die Interessen von Unternehmen und Kapitalverwertung ein ideologisches Element Eingang in die Diskussion der Regionalentwicklung und entsprechender Konzepte findet. Erst wenn die unterschiedlichen Entwicklungen von Standorten weiter als bisher erklärt werden können, dann wird klar, welche Chancen Regionen haben und welche Instrumente zu ihrer Entwicklung geeignet sind. Es stellt sich die Frage danach, in welchem Umfange es sich tatsächlich um rein ökonomische Prozesse handelt und inwiefern dies auch auf politischen und gesellschaftlichen Bedingungen und Aktivitäten aufbaut.<sup>6</sup>

#### 1. Durch Standortbedingungen zu regionalen Entwicklung: Differenzierungen und regionale Identitäten in globalen Prozessen

Die Prozesse regionaler Entwicklung sind im Zuge der Globalisierungsprozesse in zunehmendem Maße durch ihre spezifischen Angebote in Produktion und Dienstleistung charakterisiert. Die ansässigen Produzenten und Dienstleister sind nicht mehr exklusiv auf die Nachfrage der Umgebung bezogen; während dies bei Handwerksbetrieben noch der Fall sein mag, sind moderne Service-, Finanz- und Beratungsdienstleistung immer stärker auf internationale bzw. globale Zusammenhänge orientiert und werden umgekehrt an den Standorten aktiv, an denen eine entsprechende Nachfrage entsteht. Noch deutlicher werden diese Ablösungsprozesse von regionalen Märkten der Umgebung im Zusammenhang mit der Produktion. Hier kommt es in besonders starkem Maße zur Bedienung von Märkten außerhalb der Region und zur Nachfrage nach Produkten, die von global präsenten Anbietern geliefert werden.<sup>7</sup>

Damit verliert die Region ihre traditionelle sozio-ökonomische Basis. Produkte und Dienstleistungen werden in beständig abnehmendem Maße

---

6 Vgl. P. Cooke, *The governance of innovation in Europe. Regional perspectives on global competitiveness*, London 2000.

7 Vgl. A. H. Helmsing, *Flexible specialisation, clusters and industrial districts and 'second' and 'third generation' regional policies*. Working paper, Institute of Social Studies, The Hague 1999.

für die Region geleistet und beziehen sich zunehmend auf andere Standorte außerhalb des eigenen. Es kommt zu einer Transformation der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum zum Standort mit der Fähigkeit, ausgewählte Produkte und Dienstleistungen zu erstellen. Mit der internationalen und globalen Nachfrage danach wird dann auch die Entwicklung am Standort und mithin in der Region beeinflusst. Regionale Entwicklung folgt deshalb der Standortentwicklung. Die Kompetenz der Unternehmen am Standort und ihre Fähigkeit zur Präsenz auf globalen Märkten wird deshalb auch zum wesentlichen Kriterium der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes.

Die Art und Weise, wie diese Standorte in die internationale Arbeitsteilung eingebunden werden und an globalen Märkten teilnehmen, hängt in fortgeschrittenen Industrieländern wesentlich von der innovativen und qualitativen Kompetenz der Unternehmen und der Standortarrangements ab.<sup>8</sup> Angesichts dieser Bedingungen für die Beteiligung an globalen Entwicklungen werden die Arrangements an den Standorten zunehmend entscheidend für die Lokalisierung der Prozesse. Die Regionen verlieren damit in sozio-ökonomischen Zusammenhängen ihre traditionelle Konstruktion; sie können kaum noch eigenes wirtschaftliches Gefüge bieten. Sie werden zu Standorten für spezifische Kompetenzen (z.B. Uhrenindustrie im Schwarzwald, Optik und Biotechnologie in Jena, Medien in Köln oder Automobilindustrie in Wolfsburg), aber sie entwickelt sich in dieser Weise als Standort spezifisch und in ausgewählten Bereichen.

Insbesondere fortgeschrittene Entwicklungen bedürfen spezifischer, wissens- und kompetenzbasierter Konstellationen. Diese Tendenzen sind in modernen high-tech-Industrien besonders ausgeprägt. Deren Nähe zur Spitzenforschung und die unterschiedlichen Forschungsprofile bewirken notwendiger Weise eine Akzentuierung der Bereiche und die Kooperation mit anderen, ebenfalls weit fortgeschrittenen Forschungsstandorten. Mit deutlichen Spezialisierungsprofilen und hoher innovativer Kompetenz werden die Standorte und deren Regionen von Nachfragern nach solchen Produkten und Dienstleistungen wahrgenommen. Diese Einbeziehung in inter-

8 Hingegen wirken in weniger weit entwickelten Ländern weiterhin vor allem die Produktionsbedingungen mit besonderer Bedeutung der Produktions- und Transaktionskosten unter der Bedingung gegebener Qualitätsanforderungen. Schwächer entwickelte Regionen an der Peripherie der innovativen Zentren können dabei in ein Dilemma zwischen einer kulturellen Spezialisierung auf traditionelle, teilweise präindustrielle Orientierungen und der politischen Herausforderung an eine nachholende Modernisierung geraten. (Vgl. D. Bastian, *Approaching* [Anm. 4]; M. Dunford/A. Smith, *Catching Up or Falling Behind? Economic Performance and Regional Trajectories in the „New Europe“*, in: *Economic Geography* 76 [2000] 2, S. 169-195; A. K. Glasmeier/M. E. Conroy, *Left in or Left out? Peripheral Regions in the Age of Globalization*, in: *Options Politiques Montreal* 20 [1999] 9, S. 48-53; K. Morgan, *Regional innovation strategies. The challenge for less favoured regions*, London 1999).

nationale und globale Kontexte beschleunigt die regionale sozio-ökonomische Entwicklung. Mit regionalen Agglomerationen solcher Unternehmen und Institutionen nimmt die Häufigkeit solcher Prozesse zu und es kommt zu einer beständigen Intensivierung der Standortqualitäten.

Die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungsinstituten an den Standorten erhöht die Möglichkeit, durch Kooperationen vor Ort zu weiteren Entwicklungen zu gelangen. Über die Erhöhung der Anzahl möglicher Kooperationspartner hinaus stellt sich dadurch auch eine wesentliche ausgeprägtere Möglichkeit zu gemeinsamen neuen Entwicklungen ein. Es kommt zu einer umfassenden Verbindung von Kompetenzen und Erfahrungen. In diesem Sinne sind Netzwerke dann auch Beiträge zur Standortbildung und zur regionalen Entwicklung. Spezifische industrielle und Forschungskompetenzen (z.B. Mikroelektronik in Silicon Valley<sup>9</sup> oder Pharmaindustrie und Biotechnologie in München) intensivieren die Standortqualitäten und erhöhen die Möglichkeiten, auf globalen Märkten präsent zu sein sowie von anderen Akteuren als Standort mit attraktiven Partnern wahrgenommen zu werden. Die an einem Standort von den verschiedenen Akteuren geleisteten Netzwerkbildungen gehen dann in der Tat über die unmittelbaren Lokalisierungen hinaus und verleihen den Prozessen einen regionalen Charakter mit internationaler und globaler Orientierung.

Der Grad und die Intensität der Vernetzungen vorhandener Kompetenzen steigern die internationale Wahrnehmung und bewirken eine stärkere Integration des Standortes mit regionaler Ausdehnung. Dabei ist die regionale Ausdehnung der Netzwerke von der Lokalisierung der miteinander kooperierenden Akteure abhängig. Deren Wahrnehmung der Attraktivität des Standortes hängt von den Möglichkeiten ab, vor Ort zu attraktiven Entwicklungen zu gelangen; mit der regionalen Distanz zu den lokalen Kooperationspartnern nimmt sowohl die Standortintegration als auch die regionale Wirkung des Standortes für spezifische Entwicklungen ab. Es bleibt aber deutlich, daß diese Ausdehnung an die Kompetenzen von Unternehmen und Instituten gebunden ist.<sup>10</sup> Die Wahrnehmung der Region und des Standortes ist mithin themenbezogen bzw. durch spezifische technologische, industrielle oder Forschungskompetenzen geprägt. In diesem Sinne stellt die Region folglich ein gedankliches Konstrukt als Reflektion einer tatsächlich bestehenden Situation dar.

---

9 Vgl. A. L. Saxenian, *Regional Advantage: Culture and Competition in Silicon Valley and Route 128*, Cambridge (Mass.) 1994.

10 Vgl. Z. J. Acs (Hrsg.) *Regional innovation, knowledge and global change*, London 2000; S. O. Park, *Knowledge Based Industry and Regional Growth*. IWSG-Working Papers. Frankfurt a. M. 2000.

Die durch Kompetenzen, Kooperationen und Netzwerke hergestellte tatsächliche Situation ist aber an einem Standort häufig auch in verschiedenen Bereichen festzustellen.<sup>11</sup> Ähnlich den traditionellen Industriestandorten und deren Standortfaktoren sind auch bei modernen und Hightech-Industrien einige Standorte in einer günstigeren Situation als andere. Manchen gelingt es aber auch, die neuen Standortbedingungen für zunehmend forschungs- und wissensbasierte Entwicklungen zu arrangieren, und so traditionelle und Hightech-Branchen an einem Standort zu verbinden.<sup>12</sup> Das gedankliche Konstrukt der Region findet so immer mehr eine materielle Basis in den tatsächlich anzutreffenden Situationen.<sup>13</sup> Schließlich wird diese Wirkung auf die Region nochmals intensiviert, wenn nicht nur weitgehend kongruente Standorte für jeweils spezifische Entwicklungen gebildet werden, sondern in Ergänzung zu den horizontalen Netzwerken auch vertikale Netzwerke die Entwicklungen und Möglichkeiten der verschiedenen Bereiche miteinander verbinden.<sup>14</sup>

Stellen sich derartige Prozesse ein, dann nimmt die Integration am Standort zu.<sup>15</sup> Die verschiedenen gedanklichen Konstruktionen einer Region finden dann eine immer stärkere materielle Begründung, bis hinter der Vielfalt der ablaufenden und miteinander vernetzten Prozesse die gedankliche Konstruktion zurücktritt und durch eine beeindruckende Komplexität der in Frage stehenden Region ersetzt wird. Die Prozesse horizontaler und vertikaler Vernetzungen an einem Standort sind auch unter den Bedingungen der Globalisierung und der Bedeutung von Entwicklungen außerhalb des Standortes für die Bildung der Wahrnehmung einer Region wesentlich.<sup>16</sup> In seiner intensivsten Form stellt die Region dann mehrere Schichten unterschiedlicher Regionalisierungen dar, die im Rahmen von Netzwerken selbst horizontale und vertikale Regionalisierungen bilden. Gelingen solche

11 Z.B. haben die San Francisco Bay Area und der Raum München sowohl in der Mikroelektronik als auch in der Biotechnologie herausragende Kompetenzen.

12 So im Falle des Rheinlands, wo Chemie- und Pharmaindustrie und moderne Biotechnologie regional übereinstimmende Standorte bilden.

13 Vgl. L. Hoenninghausen (Hrsg.), *Regional images and regional realities*, Tübingen 2000.

14 Hier sei auf den Zusammenhang zwischen dem Automobilbau und der Elektronik sowie zwischen der Mikroelektronik und dem Spezialmaschinenbau im Raum Stuttgart oder auf die angestrebte Verbindung von Bereichen der modernen Biotechnologie mit den etablierten Kompetenzen der Optik und des Apparatebaus in Jena verwiesen.

15 Vgl. M. E. Porter, *Location, Competition, and Economic Development. Local Clusters in a Global Economy*, in: *Economic Development Quarterly* 14 (2000)1, S. 15-34.

16 Vgl. O. Arndt, *Sind intraregional vernetzte Unternehmen erfolgreicher? Eine empirische Analyse zur Embeddedness-These auf der Basis von Industriebetrieben in zehn europäischen Regionen*. Working Paper, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut, Köln 1999.

Prozesse und entfalten sie günstige sozio-ökonomische Entwicklungen, dann bieten diese Regionen nicht nur Identifikationsmöglichkeiten, sondern sie eröffnen ihren Bewohnern reale Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten.

Die Standortbedingungen unterschiedlicher industrieller Entwicklungen und Innovationsprozesse führen so zu starken Differenzierungen. Die räumliche Ausdehnung der Standortintegration und die materiellen Effekte regionaler Netzbildungen bewirken so starke Variationen von sozio-ökonomisch begründeten regionalen Identitäten. Mit der zunehmenden Bedeutung globaler Prozesse und Märkte nimmt die Auswahl der daran teilnehmenden Standorte zu und deren Anzahl gleichzeitig ab.

## 2. Extra-ökonomische Faktoren der ökonomischen Entwicklung: wodurch entsteht die unterschiedliche regionale Dynamik?

Mit der Rolle der Standorte für die regionale Entwicklung werden auch deren Variationen und Genese zu wichtigen Bestandteilen der Erklärungsmuster. Regionen entwickeln sich auf der Grundlage der vorhandenen Bedingungen. Nur selten wird eine neue industrielle Option eröffnet und in der Regel wird diese Konstellation durch spezifische neue Technologien und darauf basierenden neuen Produkten geschaffen.<sup>17</sup> Die bestehenden industriellen Strukturen, die vorhandenen Forschungspotentiale und die Qualifikationen der verfügbaren Arbeitskräfte definieren weitgehend die Bedingungen für die ökonomische Entwicklung. Mit den Globalisierungsprozessen sind die Bedingungen aber noch weiter spezifiziert worden. Einerseits können die Unternehmen eines Standortes jetzt auf globalen Märkten agieren und ihre Produkte ausgedehnter vermarkten, andererseits unterliegen alle Marktteilnehmer einer verschärften Preis- und Qualitätskonkurrenz. Anbieter von außerhalb der Region können nun neu auftreten und in der Region nach Kunden suchen.

Besondere industrielle Kompetenzen und Charakteristika der Standorte sowie eine starke Orientierung auf internationale Märkte werden dann zu wichtigen Kriterien bei einer Regionalentwicklung, die durch den Standort geprägt ist. Die Herangehensweise an technische Probleme und deren Umsetzung in neue Produkte, die in einer Region und ihrem Standort anzutreffen ist, und die Bereitschaft, sich mit diesen Angeboten auf internationalen Märkten zu präsentieren, bilden wesentliche Grundlagen für moderne sozio-ökonomische Prozesse. Erst auf dieser Grundlage können dann auch die ökonomischen Kriterien wirken und zu dynamischen Prozessen führen.

---

<sup>17</sup> Vgl. K. Koschatzky, *Technology-based firms in the innovation process. Management, financing and regional networks*, Heidelberg 1997.

Diese Herangehensweisen und die zugrunde liegenden Kompetenzen der Region bilden seltene, häufig einzigartige Arrangements. Die daraus resultierenden Produkte und Dienstleistungen sind ebenfalls nicht beliebig an den verschiedenen Standorten reproduzierbar.

Diese spezifischen Situationen und Arrangements der Standorte bilden die Grundlagen für ihre Entwicklungen – ebenso wie für ihre Probleme. Damit werden die Unterschiede zwischen den Standorten und zwischen den Regionen, in denen diese Prozesse ablaufen, deutlich. Insbesondere der bereits bestehende Internationalisierungsgrad der Standorte wird zu einem wesentlichen Element bei der Beteiligung an globalen Märkten und Entwicklungen. Aktuelle Standortunterschiede hinsichtlich der Dynamiken der Prozesse weisen damit gleichzeitig auf deren vorangegangene Entwicklungsgeschichte hin.

Mit der Bedeutung der bereits bestehenden Situationen und Arrangements werden alle Elemente technologisch-industrieller Innovation zur Grundlage der Entwicklungen. Bestehende Kompetenzen, Industrie- und Unternehmensstrukturen, entwickelte Netzwerke, Produktorientierungen und die Qualifikationen der Arbeitskräfte formen spezifische Situationen.<sup>18</sup> Die etablierten Unternehmenskompetenzen in ausgewählten Sektoren bewirken eine Akkumulation von wissenschaftlich-technischem Wissen verbunden mit einer Fülle von Erfahrungswissen, das aus den verschiedenen Produktentwicklungen und Kundenwünschen entstanden ist.<sup>19</sup> Die an den Standorten anzutreffenden Industriestrukturen definieren über die Kompetenzbereiche hinaus auch die Unternehmensstrukturen und damit die bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten. Stahlerzeugung, Schiffbau oder Automobilbau weisen – ungeachtet der auch hier inzwischen realisierten Veränderungen – andere Unternehmensstrukturen auf als Feinmechanik, Softwareentwicklung oder Mikroelektronik. Auch die Netzwerkstrukturen unterscheiden sich durch die stärkere Ausprägung bei den letztgenannten Beispielen. Kleinere Unternehmen in qualitativ anspruchsvollen Bereichen haben flachere Hierarchien, intensivere Kooperationsaktivitäten und bedürfen für ihre Produkte und Dienstleistungen höher qualifizierten Personals.

Diese Variationen zwischen den Standorten gehen über die bisherige Wahrnehmung der Faktorkosten Arbeit, Kapital und Rohstoffe hinaus. Die

---

18 Vgl. L. Bottazzi/P. Giovanni, *Innovation, demand and knowledge spillovers. Theory and evidence from European regions*, London 1999; J. DeLaMothe, *Local and regional systems of innovation. Economics of science, technology and innovation*, Boston 1998.

19 Das ist besonders im Anlagenbau sowie im Spezialmaschinen- oder Apparatebau deutlich. Hier werden nicht nur neueste technologische Möglichkeiten genutzt. Wesentliche Grundlage für die Entwicklung bieten auch die lange Erfahrungen mit der Anpassung der Möglichkeiten an die spezifischen Situationen der Auftraggeber.

Entwicklungsmöglichkeiten der Standorte und der sie umgebenden Regionen sind zunächst durch deren Strukturen und Kompetenzen geprägt und erst beim Vergleich ähnlicher Standorte kommt den bekannten und von der Neo-Klassik betonten unmittelbar ökonomischen Kriterien ihre Bedeutung zu. Jenseits dieser Vergleichbarkeit spielen aber Faktoren eine wesentliche Rolle, die aus der industriegeschichtlichen Entwicklung (z.B. Industriestrukturen), den gesellschaftlichen Bedingungen (z.B. mittelständische Strukturen) oder gesellschaftlichen Orientierungen (z.B. die Betonung von Bildungseinrichtungen) resultieren. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Situationen, in denen Politik auf die Standortentwicklung einwirken kann. Die politischen Instrumente sind in ihrer Wirkung an die Standortarrangements gebunden und können deshalb kaum bzw. selten als Folie genutzt und an andere Standorte transferiert werden, um dort in ähnlicher Weise günstige Entwicklungen zu bewirken.<sup>20</sup>

Die Bedeutung solcher extra-ökonomischer Faktoren für die regionale Wirtschaftsentwicklung wird gerade mit Blick auf die politischen Bemühungen deutlich. Die unterschiedlichen Regierungssysteme bilden nicht lediglich den organisatorischen Rahmen für die sozio-ökonomische Entwicklung, sondern sind mit ihrer Bedeutung für die dynamischen Prozesse der forschungsbasierten Entwicklungen eine wesentliche Grundlage der Standortentwicklung. Die regionale Verantwortung für Forschung und Bildung, die in den föderalen Systemen der U.S.A. und der BR Deutschland besteht, eröffnet zumal den finanzstarken Bundesstaaten und -ländern Möglichkeiten zur eigenständigen Akzentsetzung. Diese Chancen liegen in den zentralistischen Systemen (z.B. Frankreich) nur begrenzt vor. Die Standortentwicklung in föderalen Systemen kann die regionalen Mittel so nutzen, daß die bestehenden Chancen gestärkt werden und vermehrt an nationalen Förderungen teilhaben; in Europa wird dieser Prozeß im Rahmen intergouvernementaler Arbeitsteilung zusätzlich dadurch begünstigt, daß die Mittel der EU regional genutzt werden.<sup>21</sup>

Die unterschiedlichen Regierungssysteme sind damit mehr als das Resultat historischer Prozesse. Sie bilden mit ihrem organisatorischen Rahmen die Grundlage für mögliche Regionalisierungen von sozio-ökonomischen und Innovationsprozessen. Diese extra-ökonomische Struktur hat mit ihrer Organisationsform einen Gehalt, der für die Standortent-

---

20 Vgl. U. Hilpert/W. Thierse, De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern und Probleme bei der innovativen Restrukturierung, in: U. Bullmann/R. G. Heinze (Hrsg.), Regionale Modernisierungspolitik – Nationale und Internationale Perspektiven, Opladen 1997, S. 299-316.

21 Vgl. U. Hilpert/E. Holtmann (Hrsg.), Regieren und intergouvernementale Beziehungen, Opladen 1998.

wicklung unmittelbar von Bedeutung ist. In der Verbindung mit den industriegeschichtlichen und den gesellschaftlichen Bedingungen der Standortentwicklung bilden die politischen Möglichkeiten der Regionen unterschiedliche Arrangements für die in den Regionen stattfindenden Entwicklungen. Sie bilden den Rahmen für Wirtschafts- und Beschäftigungsdynamiken ebenso wie für die darauf zielenden Politiken.<sup>22</sup>

So finden sich wissenschafts- und forschungsbasierte Prozesse typischer Weise an anders charakterisierten Standorten als solche, die auf fordristischen Modellen und tayloristischen Industrien basieren.<sup>23</sup> Gerade die weniger komplexen Arrangements der Massenproduktion öffnen sich dem Benchmarking und der neo-klassischen Interpretation, während die Bedingungen der modernen und innovativen Industrien mit diesen Instrumenten und Erklärungsansätzen kaum bzw. nur unvollständig erfaßt werden können. Unterschiedliche regionale Dynamiken finden ihre Ursachen eben nicht in den Faktorkosten der Standorte, sondern sind durch die bestehenden extra-ökonomischen Arrangements geprägt, die dann als Grundlage für entsprechende Variationen bei den ökonomischen Prozessen dienen.

### 3. Traditionelle Arrangements innovativer Regionen:

#### Adaptionsfähigkeit und sozio-kultureller Wandel als Grundlage der dynamischer Entwicklungen

Mit der zunehmenden Bedeutung wissensintensiver und innovativer Produkte verweisen die unterschiedlichen Entwicklungen der Regionen und ihrer Standorte immer stärker auf Konstellationen, die über die bloße Kalkulation der Faktorkosten hinausgehen. Die Voraussetzungen für die Beteiligung an den attraktiven sozio-ökonomischen Prozessen werden durch Arrangements gebildet, die an vorangegangene Prozesse anschließen. Die Wirkungen vorangegangener Entwicklungen auf die regional anzutreffenden Konstellationen führen zu den an den Standorten typisch zu unterscheidenden Profilen. In den führenden Industrieländern sind diese Standorte immer mehr an wissenschaftlich-technische Fortschritte und deren Anwendung innerhalb der bestehenden Industriestrukturen oder den permanenten Strukturwandel gebunden.

Deshalb reicht ein Vergleich der Industrie-, Forschungs- und Qualifikationsstrukturen zwischen den verschiedenen Standorten nicht aus, um die

22 H.-J. Bracyk/P. Cooke/M. Heidenreich (Hrsg.), *Regional Innovation Systems. The Role of Government in a Globalized World*, London 1998.

23 Vgl. L. Anselin/A. Varga/Z. J. Acs, *Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations*, in: *Journal of Urban Economics*, Vol. 42 (1996), S. 422-488.

Entwicklungsmöglichkeiten und ihre Unterschiede zu erklären. Es geht vielmehr darum, welches Arrangement daraus gebildet wird, und welche Chancen sozio-ökonomischer Entwicklung damit wahrgenommen werden können. Der Forschungskompetenz und -orientierung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Der politische Wandel in Europa im Anschluß an 1990 hat sehr deutlich gezeigt, daß die Kompetenz der Forschung als solche nicht hinreicht, um innovative Standorte für attraktive sozio-ökonomische Entwicklungen aufzubauen. Die Orientierung auf die vor 1990 dominierenden Branchen hat zu einer Wissenschafts- und Forschungslandschaft geführt, die den veränderten Bedingungen internationaler Arbeitsteilung und Konkurrenz nicht gerecht werden konnte.<sup>24</sup>

Aber es ist nicht nur die Kompatibilität der Industrie- und Forschungsbereiche, die eine wesentliche Variable darstellt, sondern es sind auch generelle gesellschaftliche Orientierungen hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Forschung und deren Beziehung zum gesellschaftlichen Nutzen. In Skandinavien fällt immer wieder die pragmatische Orientierung auf Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse auf, während in größeren Industrieländern der Grundlagenforschung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Während kleine Länder sich im internationalen Kontext wie Regionen und Standorte darstellen<sup>25</sup> und deshalb auf eine Anwendung der Ergebnisse am Standort zielen müssen, können sich große Industrieländer reine Wissenschaftsstandorte leisten, deren Ergebnisse an anderen Standorten genutzt werden. Mit zunehmender Globalisierung und wachsendem Druck auf die Geschwindigkeit, mit der Fortschritte erzeugt werden müssen, wachsen die Erfordernisse an grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Unternehmen und Instituten an verschiedenen Standorten. Nationale Entwicklungen scheinen sich weitgehend zu transzendieren. Entwicklungszusammenhänge stellen sich auf diese Weise neu und zunehmend bezogen auf Standorte und deren Beteiligung an internationalen Netzwerken her.

Erst über das Konzert der nationalen Standorte bilden sich die nationalen Zusammenhänge erneut. Damit werden die regionalen und in den

---

24 So hatte die DDR eine Weltspitzenposition im Bereich der Erforschung und Produktion von synthetischen Ersatzstoffen wie Zitronat und Orangeat. Mit der Öffnung zum Weltmarkt konnten diese auf natürlichem Wege erzeugten Produkte billiger eingekauft werden. Damit waren sowohl die industriellen Kompetenzen wie auch die entsprechenden Forschungsbereiche obsolet. Ähnliche Beispiele lassen sich im Bereich der Mikroelektronik (z.B. bei PCs) oder anderer Massenprodukte (z.B. im Haushaltsbereich) darstellen.

25 Schweden entspricht mit Weltmarktanteilen und Bevölkerungszahl derjenigen von Baden-Württemberg. Länder wie Dänemark, Finnland oder Belgien rangieren deutlich darunter. Die industriellen und wirtschaftlichen Potentiale der Länder Ostmitteleuropas und Osteuropas sind nochmals eingeschränkter.

Standorten besonders deutlich wahrnehmbaren Kompetenzen für die Entwicklungen wesentlich. Traditionen in der Forschung und in industriellen Bereichen bilden spezifische Arrangements, die für neue technologische Optionen günstige Konstellationen bieten (z.B. bei der Anwendung der Mikroelektronik im Maschinenbau oder der Bio- und Gentechnik in den Bereichen der Chemie- und Pharmaindustrie). Traditionen in Forschung und Industrie ebenso wie in der Bildung – als Grundlage für hoch- und höchstqualifiziertes Personal – formen so Standortarrangements mit deutlich extra-ökonomischen Grundlagen.

Die unterschiedlichen Dynamiken an den Standorten entstehen insofern nicht unmittelbar aus den technologischen Entwicklungen, sondern resultieren aus der Verbindung der Optionen neuer Technologien mit geeigneten Traditionen. Auf diesen Zusammenhang haben die zuvor genannten Beispiele hingewiesen, aber auch die Produktion von Maschinen für die Holz verarbeitende Industrie in Finnland (mit einem Exportanteil von über 90 Prozent), der Entwicklung von Software für off-shore Ölförderung in Norwegen (Exportanteil ebenfalls über 90 Prozent) oder die Nutzung von Fortschritten in der Biotechnologie für die Produktion von Parfümen in Frankreich (Weltmarktanteil über 70 Prozent) geben gute Beispiel für diese Zusammenhänge. Auch im Bereich der science-based-Innovationen bilden Entwicklungen ohne einen Bezug zu einer geeigneten Industrie am Standort oder in der Region die Ausnahme. Unter den 29 Innovationsinseln, die Anfang der 1990er Jahre in EU-Europa und den U.S.A. identifiziert werden konnten, waren lediglich drei Beispiele zu finden, die keine Tradition bei einer Referenzindustrie aufweisen konnten, für die die Ergebnisse von Interesse waren.<sup>26</sup>

Standortbezogene regionale Entwicklungsprozesse verweisen sehr deutlich auf die extra-ökonomischen Grundlagen gerade besonders fortgeschrittener Entwicklungen. Mit der wachsenden Spezifität und den Auswahlprozessen unter den an internationalen Netzwerken beteiligten Innovationsprozessen werden die Verbindungen mit traditionellen Kompetenzen zu wesentlichen Kriterien. Die verschiedenen Regionen erhalten in diesem Sinne eine spezifische Form der Einmaligkeit. Trotzdem stellen sich unter ähnlichen Arrangements unterschiedliche Prozesse her. Zusätzlich zu den industriellen und Forschungskompetenzen lassen sich Variationen der Standortprofile durch politische Gestaltungen bewirken. Gerade

---

26 Vgl. U. Hilpert, *Archipelago Europe – Islands of Innovation*. Synthesis Report, Brussels, Commission of the European Communities, XL/411/92, May 1992; U. Hilpert, *Europe's Innovative Center – Its Role for Continental Europe and for Community Cohesion*, *The Archipelago II Report*, Brussels, Commission of the European Communities, XII-382-95, 1995.

durch extra-ökonomische Faktoren wie Forschungsintensitäten oder Qualifikationen der Arbeitskräfte können auch regionale gouvernementale Ebenen auf die Standortentwicklung und deren Platzierung in globalen Zusammenhängen Einfluß nehmen.<sup>27</sup>

Diese Möglichkeiten stehen insbesondere finanzstarken Bundesstaaten in den U.S.A. und Bundesländern in der BR Deutschland offen. Ihre Zuständigkeiten für die öffentlichen Hochschulen haben ihnen ein Instrument eröffnet, wesentliche Standortkriterien für wissensintensive und forschungsbasierte Industrien zu arrangieren. In Deutschland haben Baden-Württemberg, Bayern und in letzter Zeit zunehmend Nordrhein-Westfalen auf diese Zusammenhänge im Rahmen ihrer Industrie- und Innovationspolitik hingewirkt; in den U.S.A. gilt das neben den bekannten Beispielen California und Massachusetts auch für North Carolina, Texas, Maryland und Virginia. Ungleich schwieriger als in diesen föderalen Strukturen sind solche Initiativen in zentralistisch verfaßten Ländern wie Frankreich oder Großbritannien. Selbst wenn Standorte wie Grenoble, Lyon oder Marseille im Maschinenbau oder der Chemieindustrie günstige Bedingungen bieten, können die regionalen gouvernementalen Ebenen nicht für entsprechende Forschungs- und Bildungsstrukturen Sorge tragen.<sup>28</sup> In Großbritannien bemüht sich die Blair-Administration, neue Handlungsspielräume für die einzelnen Teile des Vereinigten Königreiches zu eröffnen.<sup>29</sup> Aber selbst dann bleiben diese Möglichkeiten Schottlands, Wales oder Nordirlands weit hinter denen in Deutschland und den U.S.A. zurück.<sup>30</sup>

Damit ist nicht nur die politische Orientierung auf eine aktive Gestaltung ein für die sozio-ökonomische Entwicklung wesentlicher Bereich, sondern gerade die gouvernementale Struktur weist auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Effekte dieser extra-ökonomischen Bedingungen hin. Die Beziehungen von besonders fortschrittlichen und attraktiven Industrien zu Wissenschaft, Forschung und Bildung betonen deren Bedeutung und geben den Regionalregierungen in den föderalen Systemen ein Instru-

27 Auf solche Möglichkeiten weisen die dynamischen Entwicklungen im Research Triangle Park in North Carolina ebenso hin, wie die Etablierung einer Innovationsinsel in der Biotechnologie in Jena innerhalb des kurzen Zeitraumes seit der Vereinigung 1990. Auch die Entwicklung Münchens zum Hightech-Standort oder die Prozesse in Dublin (auf der Grundlage hoher Ausbildung der Arbeitskräfte) und Edinburgh (als interessanter Forschungsstandort) ebenso wie die durch die Öleinnahmen ermöglichten Forschungsstrukturen in Texas verdeutlichen die politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

28 Vgl. B. Eberlein, Abschied vom Etatismus in Frankreich: das Beispiel der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 3 (1997), S. 441-474.

29 Vgl. J. Bruns, Struktur und Strategie. Die Bedeutung gouvernementaler Strukturen und der politischen Strategie für die sozio-ökonomische Modernisierung alt-industrieller Regionen (Leipzig, unveröff. Diss.-Manuskript).

30 Vgl. V. Bogdanor, Devolution in the United Kingdom, Oxford/New York 1999.

ment an die Hand, das ihnen gerade unter den Bedingungen der Globalisierung zu attraktiven Standortgestaltung und Entwicklung verhelfen kann.<sup>31</sup> Die Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Strukturen, den industriellen Kompetenzen und den gouvernementalen Akteuren an den verschiedenen Standorten eröffnet nicht nur Möglichkeiten der Einflußnahme auf Entscheidungen, sondern führt auch dazu, daß an einigen Standorten Entscheidungen getroffen werden, die den regionalen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung tragen.

Mit der zunehmenden Komplexität besonders hoch entwickelter Industrien steigen auch die Anforderungen an die Standortarrangements. Profilbildung und Spezialisierung innerhalb globalisierter Zusammenhänge überwinden die traditionellen Standortbedingungen und stellen an ihre Stelle neue, komplexe Strukturen und Strategien. Waren bei den bisherigen Überlegungen zu Produktionsstandorten noch weitgehend Kostenvergleiche wesentlich, so kann diese Orientierung bei modernen wissensintensiven Industrien nicht aufrechterhalten werden. Montagestätten, wie sie auch in Europa oder Nordamerika aus dem Automobilbau noch bekannt sind, bedürfen weniger der tradierten kulturellen Arrangements als dies bei Hightech-Standorten der Fall ist, die an gegebene und gewachsene Strukturen gebunden sind.<sup>32</sup> Die verschiedenen kulturellen Facetten und Arrangements eröffnen oder verschließen spezifische Entwicklungsoptionen. Ob es zu dynamischen Prozessen kommt, das geht über die Frage der Standortkonstellationen hinaus und ist in erheblichem Maße durch die gouvernementale Struktur und die Orientierung auf aktive Formen der Gestaltung der Prozesse bestimmt. Die Einleitung wissensbasierter Prozesse wird nicht selten über die Assimilierung zunächst öffentlicher Forschungseinrichtungen bewerkstelligt<sup>33</sup>, welche über ihre Reputation zu einer Steigerung der Standortattraktivität führen kann.

Gelingt die Entwicklung eines Standortes innerhalb einer Region, dann kann die Region ihre Traditionen und sozio-kulturellen Arrangements in

31 Vgl. U. Hilpert, Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Steuerungsfähigkeit des Staates. Die Bedeutung des gouvernementalen Systems für fortgeschrittene sozioökonomische Entwicklung, in: M. Berndt (Hrsg.), *Wie Phönix aus der Asche? Demokratische Partizipation im Zeitalter von Globalisierung*, Opladen 2001.

32 Das wird in Europa sehr deutlich durch die Produktionsentscheidungen von Volkswagen demonstriert. Die Montage des VW-Golf konnte in Barcelona ablaufen, wie eine produktionstechnische Modernisierung von Skoda nach 1990 möglich war. Es kam aber nicht zu einer Verlagerung von forschungsbasierten Unternehmen oder Unternehmensteilen, da diese an spezifische Strukturen von Standorten gebunden sind, die häufig jenseits der ökonomischen Faktoren in den Arrangements extra-ökonomischer Faktoren liegen und die Grundlage ihrer Unternehmen bilden.

33 Vgl. M. Fritsch/C. Schwirten, *The role of public research institutions in the regional innovation systems. Evidence from three German regions*, Freiberg 1999.

die Entwicklung einbringen und durch den Standort zu dynamischen Prozessen gelangen, die über das Gebiet des unmittelbaren Standortes hinausgehen. Spezifische Kompetenzen, die in einer Region anzutreffen sind, können so innerhalb eines globalen Zusammenhanges zu dynamischen und attraktiven Prozessen führen. Damit bieten Regionen für ihre Bewohner aber auch nicht mehr in der traditionellen Weise relativ umfassende Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten, sondern sie werden durch internationale Konkurrenz und globale Märkte zunehmend auf die Bereiche reduziert, in denen die Region als Standort geeignet ist. Die Transformation der extra-ökonomischen Faktoren in Standortfaktoren und die daraus resultierenden Prozesse wirken auf die Region und ihre Ökonomie: die Unternehmen am Standort wachsen und Mitarbeiter mit hohen Einkommen fragen einfachere Dienstleistungen in Service, Handel und Gaststätten sowie höherwertige Dienstleistungen des Handwerks nach.

War die Region zunächst hinter der Standortkompetenz für spezifische Entwicklungen zurückgetreten, so entsteht sie nun neu, weil sie nicht nur dem Standort eine – stark traditionsvermittelte – extra-ökonomische Grundlage vermittelt hat, sondern über die Standortentwicklungen erneut als Region sozio-ökonomisch reintegriert wird. Die Region als gedankliches Konstrukt erhält nun – ex post – eine materielle Basis; die intraregionale Arbeitsteilung zwischen Standort und Region läßt sie wieder entstehen und durch die Modernisierung traditioneller Kompetenzen erfährt sie ein Revival, das den Menschen als Basis für ihre alltägliche Existenz dient.

### Fazit. Die Ideologie der Standortentwicklung

Die Konstitution der Region aus den verschiedenen Traditionen und deren Arrangements bewirkt unterschiedliche Entwicklungsoptionen. Mit dem Auftreten neuer Technologien und Innovationsmöglichkeiten werden die regionalen Bedingungen zu Standortfaktoren: sie können wesentliche Kriterien für moderne ökonomische Entwicklungen formen, sie können aber auch zur Verbindung mit diesen neuen Prozessen ungeeignet sein. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt steht nicht allen Industrien und Standorten in gleicher Weise zur Nutzung offen. Die extra-ökonomischen Faktoren bestimmen weitgehend die tatsächlichen Verläufe der Standortentwicklung und ihre Wirkung auf die Region. Es geht um die Befähigung zu attraktiven Prozessen fortgeschrittener sozio-ökonomischer Entwicklung. Dabei sollen vor allem neue Entwicklungsoptionen eröffnet werden, während Überlegungen zur Kostenreduktion vor allem bereits bestehende Prozesse ökonomisch optimieren sollen.

Benchmarking und Überlegungen der Neo-Klassik sind mit ihrer Orientierung auf klassische, durch Faktorkosten geprägte Bewertungen und Argumentationen nicht in der Lage, die befähigende Wirkung extra-ökonomischer Arrangements zu erfassen. Stattdessen bedienen ihre Argumente vor allem die Interessen, die auf eine veränderte – nämlich unternehmensorientierte – Verteilung der bestehenden Wertschöpfungen zielen. In diesem Kontext erscheinen Standorte in der Tat austauschbar und sie bleiben es solange, wie die Bedeutung der befähigenden Wirkung extra-ökonomischer Arrangements unberücksichtigt bleibt. Mit dieser auf Interessen bezogenen und selektiven Wahrnehmung der Standortentwicklungen werden der Diskussion ideologische Elemente hinzugefügt: die Wahrnehmung ist unvollständig und widerspricht den tatsächlichen Zusammenhängen. Diese Form der Darstellung der Standortentwicklung begünstigt einseitig die Interessen bestehender Unternehmen in klassischen Industrien. Sie widerspricht aber den Interessen der Gesellschaft an gesteigerter Wertschöpfung und einer Steigerung der Anzahl höherwertiger Arbeitsplätze, sie widerspricht den Bedingungen neuer Unternehmen in fortgeschrittenen Sektoren.

Während das Benchmarking und die Neo-Klassik den Handlungsspielraum der Politik reduzieren, bzw. ihn auf das, was aus ihren verengten Betrachtungsweisen als erforderlich erscheint, reduzieren, bleibt gerade auf der regionalen Ebene – und noch stärker im Konzert intergouvernementaler Arbeitsteilung – die Option zu politischer Gestaltung an vielen Standorten erhalten. Die Standortentwicklung richtet sich nicht nach der Gestaltung der Faktorkosten etc., sondern gerade in weit fortgeschrittenen Industrieländern liegen in der Verbindung zwischen Industrie- und Wissenschaftstraditionen Potentiale für attraktive Entwicklungen. Standorte können in der Tat durch Politik entwickelt und in ihrer Attraktion gestaltet werden, sie können auf diese Weise zur Regionalentwicklung beitragen und an regionale Traditionen anknüpfen – aber die Politik kann diese Handlungsfreiheit nur in dem Maße wiedererlangen, wie sie sie gezielt oder faktisch vom ideologischen Gehalt der Standortdiskussion befreit. Mit der umfassenden Berücksichtigung der Standortfaktoren wird der Erfolg politischer Gestaltung gezielt möglich und überwindet die Zufälligkeit des Auftretens passender Arrangements sowie der daraus folgenden regionalen Entwicklungen.

---

**Peter Weichhart**

## **Kreative Milieus auf der Suche nach ihrem politischen Raum<sup>1</sup>**

Durch die Platzierung meines Vortrages gegen Ende der Arbeitstagung ergab sich die Möglichkeit, inhaltlich auch auf die sehr spannenden Vorträge und Erörterungen Bezug zu nehmen, die vorangegangen waren.

Im Anschluß an die Ausführungen von Joseph Esser<sup>2</sup> über die Regionalreform Rhein-Main kam es zu einer sehr anregenden Diskussion, die auch das Selbstverständnis politischer Wissenschaft und von Großforschungsvorhaben wie des SFB 417 berührte und die als Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen kurz referiert werden soll.

Esser zeigte in aller Deutlichkeit das Versagen des Politiksystems im Großraum Frankfurt auf, das sich als unfähig oder unwillig erwiesen hat, die regionalpolitische Steuerungsebene zeitgemäß zu entwickeln und an die Erfordernisse der aktuellen Standortdynamik anzupassen. Da unter den Gegebenheiten des Globalisierungsprozesses gerade in großen Stadt-Umland-Systemen eine immer stärkere Tendenz zur *Regionalisierung* von Lebenswelt und Ökonomie evident ist, müßten für diese Nodalregionen funktionsfähige Steuerungseinheiten zur Koordination von Planungs- und Standortentscheidungen geschaffen werden. Dies wird auch von der Wirtschaft vehement gefordert. Politik und Verwaltung haben sich in der Region Frankfurt derartigen Forderungen aber erfolgreich widersetzt.

In der Diskussion wurde auf die hohen volks- und regionalwirtschaftlichen Kosten dieser ungenügenden Modernisierungsbereitschaft des Politiksystems hingewiesen. Ich habe in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, „ob wir uns diese hohen Kosten eigentlich (noch) leisten könnten“.

Auf diese Frage reagierte Wolfgang Fach mit der Gegenfrage „Wer ist Wir?“ und stellte in der Folge Überlegungen darüber an, wer denn die mo-

---

1 Im Jahr 1999 hat Dorothea Sturn in der Zeitschrift „Raum“ einen Aufsatz mit dem Titel „Innovationspolitik auf der Suche nach ihrem Raum“ veröffentlicht (vgl. Anm. 9). Inhaltlich befaßt sich dieser Text mit Überlegungen zu einer Regionalpolitik, die geeignet erscheint, dem Phänomen der „New Industrial Districts“ gerecht zu werden. Ich habe mich bei der Formulierung des Titels meines Beitrages von diesem Aufsatz inspirieren lassen.

Im folgenden Text wurde der Vortragsstil bewußt beibehalten.

2 Vgl. in diesem Heft S. 64-76.

ralische Instanz sein könnte, die legitimiert und im Stande ist, solche Fragen zu beantworten. Dabei wurde die These erörtert, daß das Politiksystem als gleichsam „zynischer Zirkus“ weitgehend losgelöst sei von anderen Bereichen der sozialen Realität, sich zu einem eigenständigen und autonomen autopoietischen System entwickelt habe und daher der Möglichkeit einer Kritik oder Beeinflussung von außen gar nicht zugänglich sei.

Wenn die mit dieser These formulierten Behauptungen nun aber tatsächlich zutreffen, hätte dies erhebliche Konsequenzen für das Selbstverständnis des SFB und alle empirischen Wissenschaften, die sich mit dem politischen System beschäftigen. Es wäre dann nämlich davon auszugehen, daß politikwissenschaftliche Forschung ausschließlich und bestenfalls die Funktion hat, das autonome Politiksystem bloß *zu beschreiben*. Weitergehende Konsequenzen im Sinne einer fachlichen Beratung zur Verbesserung oder Optimierung politischer Handlungspraxis wären dann konsequenterweise von vorneherein auszuschließen.

Aus den mir vorliegenden Unterlagen über den SFB 417 muß ich aber eindeutig den Schluß ziehen, daß dieses Großforschungsprojekt mit der ausdrücklichen Zielsetzung angetreten ist, Forschungsergebnisse zu erarbeiten, die für eine Inwertsetzung in der politischen Handlungspraxis tauglich sind. Die Mitarbeiter des SFB wollen etwas bewirken, sie verstehen ihre Arbeit als Grundlagenforschung, die Anwendungsmöglichkeiten in einer Art Politikberatung eröffnet. Genau daraus wird auch die Legitimation für dieses doch relativ aufwendige und teure Projekt abgeleitet.

Nun wissen wir alle aus eigener leidvoller Erfahrung: Politik ist tatsächlich ziemlich beratungsresistent. Und dennoch haben aber alle Referenten des ersten Sitzungstages klar gemacht, daß sie genau das tun: Sie betreiben Politikberatung mit dem Ziel, die politische Handlungspraxis auf der Grundlage wissenschaftlicher Theorien und empirischer Befunde zu verändern, und sie verdienen damit Geld oder finanzieren damit ihre Projekte. Wenn wir das aber tun, dann setzt dies eine zumindest implizite oder vage Hoffnung voraus, daß es mit Hilfe wissenschaftlicher Rationalität möglich ist, den politischen Gestaltungsprozeß in irgendeiner Weise „zu verbessern“, ihn in positiver Weise zu beeinflussen.

Damit sollte Politik zu dem gemacht werden können, was sie nach den Worten von Wolfgang Fach in Wahrheit und faktisch *nicht* ist, nämlich zu einer Problemlösungsmaschine. Mit dieser zusätzlichen Diskussionsbemerkung hat Herr Fach auf kürzest mögliche Weise die Dekonstruktion einer Meta-Narration betrieben. Denn die ganze Welt und vor allem die Politiker selbst leben in dem Glauben, daß Politik genau diese zentrale Leistung des Problemlösens erbringt.

Die Referate des ersten Sitzungstages lieferten verschiedenste empirische Belege für die Evidenz der Problemlösungsdefizite des politischen Systems. Als Ursachen oder Hintergründe des Scheiterns wurden dabei vor allem die Globalisierungsdynamik, die Entwicklung neuer Standortstrukturen im Übergang zum Postfordismus und das neue Phänomen des Wettbewerbs der Regionen angeführt. Als konkrete Beispiele wurden das Versagen, Instrumente einer Steuerung von Regionalökonomien zu entwickeln, die Arbeitslosigkeit oder ökologische Probleme genannt.

Weitgehende Einigkeit bestand bei den Tagungsteilnehmern also in der Diagnose: Die bestehenden regionalpolitischen Strukturen und Instrumente seien nicht geeignet, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Bei der Bewertung dieser Diagnose schieden sich dann aber die Geister und es wurde ein ambivalentes Meinungsbild erkennbar. In den Diskussionsbemerkungen von Wolfgang Fach und im Referat von Joseph Esser war eher Resignation spürbar. In anderen Referaten und Diskussionsbeiträgen äußerte sich hingegen eine abweichende Auffassung. Die Situation könne durchaus geändert werden, die Defizite ließen sich schon beseitigen, *man müsse nur richtig anpacken*.

Das Gesamtprojekt des SFB 417 macht eigentlich nur dann Sinn, wenn man die positiv getönte Bewertung vertritt und annimmt, daß das Politiksystem grundsätzlich der Kritik und Einflußnahme von außen zugänglich ist. Auch das engere Thema der Arbeitstagung geht schon vom Ansatz her von einer solchen positiven Deutung aus. Dieses engere Thema läßt sich durch die Frage umschreiben: Ist regionale Identität ein Phänomen oder ein Instrument, mit dessen Hilfe man eine *bessere Regionalpolitik* machen kann? In den Referaten des ersten Tages haben wir dazu zwei Meinungen gehört. Einige Teilnehmer vertraten die Auffassung, daß regionale Identität tatsächlich als Mittel der Regionalpolitik eingesetzt und als Vehikel der Regionalisierung instrumentalisiert werden kann. Die zweite Meinung, die etwa von Dietrich Fürst geäußert wurde<sup>3</sup>, geht vom Primat einer Verbesserung und Intensivierung innerregionaler Verflechtungen und Vernetzungen aus. Dabei *könne* regionale Identität entstehen.

Im Folgenden soll versucht werden, diese beiden Positionen zu vergleichen und zu bewerten. Daraus möchte ich dann Schlußfolgerungen ableiten, die sich auf das von Wolfgang Fach thematisierte Problem der Autonomie und Unbeeinflussbarkeit des politischen Systems und die Rolle der Wissenschaft beziehen. Dazu ist es erforderlich, einige Überlegungen zum Phänomen der rannbezogenen Identität anzustellen.

---

3 Vgl. in diesem Heft S. 50-63.

Es hat den Anschein, als wären die Phänomene der raumbezogenen Identität nach bestimmten Maßstabbereichen strukturiert. Raumbezogene Identität kann im Sinne des Konzepts der multiplen Identität von Carl Friedrich Graumann<sup>4</sup> auf drei Identifikationsprozesse zurückgeführt werden: „identification of“, „being identified“ und „identification with“. Im ersten Prozeß geht es um die Wahrnehmung und Bewertung lebensweltlicher „Raumobjekte“ durch das erkennende Subjekt, im zweiten um Attribuierungen und Rollenaspkte, die dem Subjekt oder bestimmten regionalen Gruppierungen auf der Grundlage ihrer räumlichen Situiertheit von außen zugeschrieben werden. Beim dritten Prozeß handelt es sich um „räumliche“ Projektionen von Ich- und Wir-Identitäten, die dadurch mit lebensweltlichen Raumobjekten in Verbindung gebracht werden.<sup>5</sup>

Im Zentrum dieser Identifikationsprozesse steht dabei die Wohnung und deren unmittelbare Nahumgebung. Als fast ebenso bedeutsam erweist sich die so genannte „kleine Nachbarschaft“, die das engere räumliche Umfeld der Wohnung umfaßt. Auch dem Stadtteil oder der Wohnsitzgemeinde kommt noch eine relativ starke Bindungskraft und Ego-Nähe zu. Dies führt zu Reaktionen, die in der Literatur auch als „Ortsloyalität“ bezeichnet werden.<sup>6</sup> Dabei spielen die Sprache und lokale Dialektvarietäten eine wichtige Rolle. Auf die Bedeutung der Sprache als Medium der Entwicklung raumbezogener Identität wurde auch im Referat von Michael Keating<sup>7</sup> ausdrücklich verwiesen.

Seit einigen Jahrzehnten beginnen sich mit der zunehmenden Suburbanisierung und den neuen Standortstrukturen, die im Übergang zum Postfordismus entstanden sind, größere Funktionalregionen zu neuen Bezugsgrößen raumbezogener Identität zu entwickeln.<sup>8</sup> Meist handelt es sich dabei um ein- oder mehrkernige Nodalregionen, die aus einem städtischen Zentrum und einem funktional verflochtenen Umland bestehen. Es sind Standort-Interaktionssysteme, die durch tagesrhythmische Verflechtungen gekennzeichnet sind.

---

4 C. F. Graumann, On Multiple Identities, in: *International Social Science Journal*, 35(1983), S. 309-321.

5 P. Weichhart, Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation (= *Erdkundliches Wissen* Heft 102), Stuttgart 1990.

6 K. J. Mattheier, Ortsloyalität als Steuerungsfaktor von Sprachgebrauch in örtlichen Sprachgemeinschaften, in: W. Besch/ K. J. Mattheier (Hrsg.), *Ortssprachenforschung. Beiträge zu einem Bonner Kolloquium* (= *Schriften der Abteilung für Sprachforschung des Instituts für geschichtliche Laudeskunde der Rheinlande*), Berlin 1985, S. 139-157.

7 Vgl. in diesem Heft S. 29-49.

8 Vgl. z. B. P. Weichhart, Sozioökonomische Rahmenbedingungen der „Neuen Regionalplanung“, in: *SIR-Mitteilungen und Berichte*, 25 (1997), S. 9-21.

Diese Regionsbildung kommt auch in der alltäglichen Lebenspraxis der Bewohner des Stadt-Umland-Systems zum Ausdruck. Die Aktionsräume der Bewohner sind nicht mehr auf Gemeinden konzentriert, sondern formieren sich auf regionaler Maßstabsebene neu. Es ist heute also nicht mehr die *Gemeinde* das Zentrum der alltäglichen Lebenswelt, sondern die (funktionale) *Region*.

Die nächsthöhere, räumlich oft noch weiter ausgreifende Bezugsgröße raumbezogener Identität können „Vernacular Regions“ darstellen. Dabei handelt es sich oft um historische Herrschafts- oder Gerichtsbarkeitsbereiche. Auch (Bundes-) Länder und Nationalstaaten sind natürlich Bezugsobjekte raumbezogener Identität und können – wie die Geschichte zeigt – im Sinne einer symbolischen Regionalpolitik durchaus erfolgreich instrumentalisiert werden. Es ist sogar denkbar, daß es (beispielsweise in Zusammenhang mit dem Gaia-Konzept) zu vergleichbaren Identifikationsprozessen kommt, bei denen Subjekte oder Gruppen auf die gesamte Erde Bezug nehmen.

Es gibt hinreichende empirische Belege dafür, daß die Phänomene der Ortsloyalität und die subjektiven Empfindungen orts- oder regionsspezifischer Gruppenzugehörigkeit tatsächlich existieren. Allerdings lassen sich in der Regel keine korrespondierenden sozialen Interaktionsstrukturen finden, die es uns erlauben würden, von echten sozialen *Interaktionsgruppen* auf lokaler oder regionaler Ebene zu sprechen. Man kann davon ausgehen, daß von der kleinen Nachbarschaft aufwärts bis hin zu Nationalstaaten und Heimatländern als soziale Bezugsgrößen der Identitätsbindung bloß *symbolische Gruppen und Gemeinschaften* fungieren, die gleichsam als kognitive Emulationen realer Sozialbeziehungen angesehen werden könnten.

Raumbezogene Identität als Bewußtseinsphänomen hat also gleichsam die Struktur einer Russischen Puppe: Welche Maßstabsebene jeweils relevant ist, hängt vom Handlungs- und Sinnkontext ab, der für das Subjekt gerade aktuell ist. Sich als „Münchner“ zu fühlen, schließt nicht aus, gleichzeitig eine Identität als Bogenhausener, Bayer, Deutscher, Europäer oder Weltbürger für sich in Anspruch zu nehmen.

Obwohl die nur symbolische Sozialbindung auch für die unteren Maßstabsebenen der raumbezogenen Identität gilt (bis hinauf zu den funktionalen Regionen), muß diesem Maßstabssegment doch eine besondere Qualität zugeschrieben werden. Die Funktionalregion ist nämlich der Ort, an dem die ökonomische Modernisierung stattfindet. Im Unterschied zum Staat, der als territoriale Struktur fixe Grenzen aufweist, sind die Regionen der ökonomischen Modernisierung streng genommen nicht als räumliche

Entitäten zu verstehen. Auch im Referat von Ulrich Hilpert<sup>9</sup> wurde betont, daß solche Regionen als Produkte der sozialen Praxis funktionale Entitäten darstellen, deren wichtigste Entstehungsbedingungen Kontextualität und Räumlichkeit sind.<sup>10</sup> Wenn man sie in die Karte projiziert, weisen sie unscharfe, oszillierende und fluktuierende Ränder auf und sind durch Bereiche geringerer oder höherer Interaktionsdichte gekennzeichnet.

Das Irritierende an diesen regionalen Strukturen der ökonomischen Modernisierung ist die Tatsache, daß sie sich einer Beschreibung und Erklärung auf der Grundlage rein wirtschaftlicher Parameter und Theorien hartnäckig entziehen. Es ist bisher nicht wirklich gelungen, eine regionalökonomische Theorie zu entwickeln, welche die Emergenz solcher Regionalökonomien plausibel ableiten könnte. Dies wurde auch in den Referaten von Ulrich Hilpert und Dieter Rehfeld<sup>11</sup> angesprochen.

Zu den wichtigsten Befunden der neueren regionalwissenschaftlichen Forschung zählt aber die Erkenntnis, daß im Rahmen der postfordistischen Standortdynamik als gleichsam emergente Strukturen auf territorialer Basis neue „Regionalökonomien“ oder „Industrial Districts“ entstehen, die auch als „regionale Innovationssysteme“ beschrieben werden können.<sup>12</sup> Für die Entwicklung derartiger dynamischer Wirtschaftsregionen scheinen vielfältige, lose gekoppelte, wissensbasierte Interaktionsbeziehungen zwischen Unternehmen und ihrem Umfeld eine entscheidende Rolle zu spielen. Zusätzlich wird die Bedeutung nicht-ökonomischer Faktoren wie Kultur, soziale Interaktion und soziales Milieu für die Stärke der Innovation herausgestellt. Diese Zusammenhänge, die offensichtlich mit der räumlichen Ko-Präsenz der Akteure und einem aus der Interaktionskultur resultierenden Klima des Vertrauens zu tun haben, führen zur Wiederentstehung von Wirtschaftssystemen, die trotz ihrer Einbindung in die Globalökonomie eben als *regionale Systeme* angesehen werden müssen.

Diese regionalen Systeme sind im ökonomischen Bereich durch Clusterbildung gekennzeichnet. Es existieren regionale Ballungen von Betrieben bestimmter zusammenhängender Branchengruppen, die miteinander durch Zulieferbeziehungen oder Versorgungs- und Entsorgungsbeziehungen eng verflochten sind. Besonders bekannt sind solche Cluster in der

9 Vgl. in diesem Heft S. 113-128.

10 Vgl. z. B. P. Weichhart, Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume. Zur Konzeption eines Schlüsselbegriffs der Geographie, in: P. Meusbürger (Hrsg.), Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion (= Erdkundliches Wissen Heft 130), Stuttgart 1999, S. 67-94.

11 Vgl. in diesem Heft S. 77-85.

12 Vgl. zum Folgenden P. Weichhart, Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs?, in: Informationen zur Raumentwicklung (in Druck).

Auto- oder EDV-Industrie, sie kommen aber praktisch in allen Branchen vor (natürlich auch im Dienstleistungssektor und sogar in der Landwirtschaft). Solche arbeitsteiligen Verflechtungen des Produktionsprozesses bieten höchste Rationalisierungspotenziale durch die Spezialisierung einzelner Betriebe auf bestimmte Elemente der Produktion.

Entscheidend dabei ist aber, daß diese Interaktionen keineswegs nur auf funktionale Beziehungen im Sinne der Vorwärts- und Rückwärtskoppelung beschränkt sind, sondern vor allem auch *kommunikative Beziehungen* in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Marketing, Einkaufsgemeinschaften oder gar gemeinsame strategische und taktische Maßnahmen betreffen. Als besonders charakteristisches Merkmal ist das Vorhandensein „kreativer Netzwerke“ anzusehen. Damit ist eine regionale Vernetzung von Akteuren und Institutionen angesprochen, die an der Lösung ähnlicher Probleme arbeiten und miteinander zum Teil über nur informelle Beziehungen in Kontakt stehen, Erfahrungsaustausch betreiben.

Dabei spielen oft Bildungseinrichtungen, Forschungslabors, regionale „Denkwerkstätten“, aber auch Vereine, NGOs und kulturelle Institutionen oder Techno-Zs sowie deren Verknüpfung mit den Institutionen der Verwaltung und des politischen Systems eine wichtige Rolle. Das bedeutsamste Moment scheint dabei der private Sozialkontakt zwischen den beteiligten Menschen zu sein. Wichtig ist also, daß hier offensichtlich die räumliche Nähe der Akteure, der *regionale soziale Interaktionszusammenhang*, eine Rolle spielt. Derartige kooperative Interaktionszusammenhänge lassen sich auch zwischen Akteuren beobachten, die eigentlich miteinander in scharfer Konkurrenz stehen.

Ein wesentlicher Grund dafür, daß das „Erfolgsrezept“ prosperierender Regionen empirisch nicht wirklich überzeugend in den Netzwerkstrukturen des Wirtschaftssystems festgemacht werden kann, liegt darin begründet, daß neben den rein ökonomischen Faktoren eine Vielzahl von regionalen Attributen bedeutsam ist, die als „weiche Standortfaktoren“ weitgehend dem Kultur- und Sozialsystem zugerechnet werden müssen. Sie sind die zentrale Voraussetzung dafür, hoch- und höchstqualifiziertes Personal in einer Region zu halten, und beeinflussen damit zumindest indirekt die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Dieses sehr breite Spektrum an einander ergänzenden Faktoren läßt sich natürlich nur im Kontext von *Standortsystemen auf der regionalen Maßstabsebene* bewerten. Die „Industrial Districts“ sind auf der Grundlage dieser weichen Standortfaktoren gleichsam eingebettet in ein regional kontext-

tualisiertes Gefüge aufeinander bezogener Action Settings<sup>13</sup>, das durch die soziale Praxis und die „Kultur“ der kommunikativen Interaktionsstrukturen konstituiert wird. Der daraus entstehende hybride und diffuse Zusammenhang zwischen der rein ökonomischen (betriebsbezogenen) und der sozio-kulturellen Handlungspraxis und den jeweils zugehörigen materiellen Standortstrukturen ist wohl die wichtigste Ursache dafür, daß wirklich überzeugende empirische Belege für innerregionale Verflechtungen mit Hilfe rein ökonomischer Maßzahlen nur schwer zu erbringen sind.

Diese „neuen Regionalökonomien“ haben nur eine äußerst unangenehme Eigenschaft: Sie pflegen sich meist nicht an die bestehenden administrativen Territorialstrukturen zu halten, sondern entwickeln sich unbekümmert über solche Grenzen hinweg und besonders gerne im Verschneidungsbereich hochrangiger administrativer Grenzen. Sie sind meist auf einer Maßstabebene angesiedelt, die deutlich unterhalb jener der Länder gelegen ist. Nicht Baden-Württemberg als gesamtes Bundesland, sondern die Region Stuttgart, nicht das Bundesland Oberösterreich, sondern der mehrkernige „Oberösterreichische Zentralraum“ mit der Landeshauptstadt Linz als Zentrum können in diesem Sinne als „neue Regionalökonomien“ bezeichnet werden.

Damit ergibt sich aber für die Regional- und Raumordnungspolitik ein sehr schwer lösbares Problem, das im Referat von Joseph Esser besonders illustriert veranschaulicht wurde. Dieses Problem läßt sich etwa so beschreiben:

Ohne Rücksicht auf bestehende administrativ-politische Grenzen und aktuelle Planungsregionen haben sich als Ausdruck ökonomischer Modernisierung neue Regionalökonomien entwickelt, die instabile und zeitlich variante „Außenränder“ aufweisen. Die Geschicke dieser neuen Regionalökonomien werden nun von unterschiedlichen Leitungs- und Steuerungsgremien bestimmt, die jeweils unterschiedliche oder gar konträre Interessenlagen aufweisen. Weil keinerlei Zwänge für eine innerregionale Kooperation und gemeinsame politische Willensbildung existieren, ist eine Koordination von Planungs- und Entwicklungsaktivitäten bestenfalls als kleinster gemeinsamer Nenner der divergierenden Interessenlagen möglich – und der konvergiert meist sehr heftig gegen Null.

Das zentrale regionalpolitische Problem besteht nun darin, über die bestehende Territorialgliederung hinaus auf höherer Maßstabebene so etwas wie eine „Quasi-Gebietskörperschaft“ zu entwickeln, die über ein Mini-

---

13 P. Weichhart, Die Region - Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme?, in: G. Brunn (Hrsg.), Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde (= Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung, Band 1), Baden-Baden 1996, S. 25-43.

zum an verbindlicher Steuerungskompetenz für den gesamten Verflechtungsbereich verfügt. Es müßte also eine Art „Kooperationsverbund“ geschaffen werden, der flächenmäßig einigermaßen den Bereich der sozialen, ökonomischen und kulturellen Verflechtungen abdeckt und für den – auf welche Weise auch immer – gemeinsame Management- und Regulierungsaktivitäten installiert werden können. Diese Quasi-Gebietskörperschaft müßte als politisch-administratives Pendant oder Komplement zur neuen Regionalökonomie angesehen werden.

Ich behaupte nun, daß derartige regionale Kooperationsverbände oder Quasi-Gebietskörperschaften nur dann geschaffen werden können, wenn es gelingt, sie zum Bezugsobjekt einer effizienten symbolischen Regionalpolitik zu machen, die auf alle Elemente und Prozesse regionaler Identität zurückgreift. Weiter behaupte ich, daß nur für solche Bereiche neuer Regionalökonomien eine symbolische Regionalpolitik möglich ist, die ohne rückwärts gewandte Utopien und ohne Ethnisierungsdiskurs auskommen kann und die auch nicht als bloße Kompensation von Modernisierungs- und Globalisierungssängsten gedacht ist.

Dem frommen Wunsch nach der Schaffung solcher regionaler Quasi-Gebietskörperschaften und der Etablierung einer zukunftsorientierten symbolischen Regionalpolitik steht in unseren politisch-administrativen Systemen aber bedauerlicherweise ein gravierendes Hindernis entgegen. In den Staaten Europas existieren zwar eine ganze Reihe von Raumgliederungen, die in der Größenerdnung zwischen den Gemeinden und den Ländern gelegen sind, sie sind aber funktional vorwiegend auf der Ebene der territorialen Verwaltungsgliederung oder oft nur im Sinne statistischer Zählheiten definiert. Sie besitzen daher auch keine *politische Vertretung*, deren Repräsentanten die *regionalen* Problem- und Interessenlagen artikulieren und in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozeß einbringen könnten. Die bestehenden territorialen Strukturen des Politiksystems sind vom räumlichen Zuschnitt her nicht in der Lage, zielgenau die aktuellen und potenziellen Verflechtungsregionen nachzuzeichnen.

Damit ergibt sich mit Notwendigkeit ein fatales Hemmnis für jede Form der Steuerung von Regionalökonomien. Es manifestiert sich besonders in der fehlenden oder bestenfalls indirekt gegebenen demokratiepolitischen Legitimation regionsbezogener Entscheidungsfindung. *Regionen im Sinne der neuen Regionalökonomien sind in unseren Verfassungen als politische Subjekte einfach nicht vorgesehen.*

Für die Etablierung einer steuerungswirksamen Regionalpolitik fehlt also meist nicht nur eine administrative Trägerstruktur, die schon aus Gründen der Arbeitsorganisation erforderlich wäre. Vor allem aber gibt es kein Entscheidungsobjekt beziehungsweise kein kollektives Entscheidungs-

gremium, dessen primäre Intentionalität tatsächlich die *regionalen* Interessen abdecken würde und das als autonomer Initiator oder Impulsgeber für regionsbezogene Koordinations- und Entwicklungsaktivitäten wirksam werden könnte.

Bei vielen Beispielen regionalplanerisch relevanter Institutionen werden die Regionsinteressen nicht von „der Region“ selbst, sondern gleichsam von „Statthaltern“ vertreten. Es sind dies einerseits die Fachbeamten der Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung, die auf der Grundlage der fachlichen Wahrnehmung regionaler Problemlagen quasi eine „Fürsorgefunktion“ übernehmen. Andererseits sind es meist Bürgermeister, die als gewählte *Kommunalpolitiker* aber primär die Interessen der eigenen Gemeinde wahrnehmen müssen. Sie werden bei einem Eintreten für gesamtregionale Interessen immer wieder von Rollen- und Interessenkonflikten betroffen sein, die sie aus verständlichen Gründen so gut wie immer zu Gunsten der eigenen Kommune lösen werden. Diese Situation gilt sowohl für Regionalverbände als auch für Strukturen wie die Euregios. Die neuen Regionalökonomien, die erst auf der Grundlage einer soziokulturellen Regionalisierung entstehen konnten, sind damit gleichsam „auf der Suche nach ihrem *politischen Raum*“.<sup>14</sup>

Lösungen, wie sie etwa in der Region Stuttgart durch die Schaffung eines schlagkräftigen Regionalverbandes mit dem politischen Entscheidungsgremium eines eigenen Regionalparlaments mit Hilfe des Landesgesetzgebers verwirklicht werden konnten, sind bei Länder- oder gar Staatsgrenzen übergreifenden Funktionalregionen kaum zu realisieren.

In einer solchen Situation kann eine symbolische Regionalpolitik qua Identitätsmanagement eine entscheidende Grundlage für die Konstituierung der Funktionalregion als politisches Subjekt darstellen. Denn die neuen Regionalökonomien weisen als sozioökonomische Realität noch keine ausreichende historische Tiefe auf, um als Wahrnehmungs- und Identitätsregionen im Bewußtsein der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger ausreichend präsent sein zu können.

Dabei könnte eine so verstandene symbolische Regionalpolitik auf alle Elemente regionaler Identität zurückgreifen und die drei Prozesse der Identifikation als Instrumentalisierungsmedien einsetzen. Dies sollte sich nicht nur auf die Bevölkerung, sondern auch auf die in der Region ansässigen Betriebe und Institutionen und deren Corporate Identity beziehen.

---

14 D. Sturm, Innovationspolitik auf der Suche nach ihrem Raum, in: Raum, 35(1999), S. 193-202.

Allerdings wäre es wohl ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß damit auch schon die Garantieurkunde für eine erfolgreiche Regionalentwicklung ausgestellt werden kann. Eine noch so gelungene symbolische Regionalpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie als *einer* von drei Eckpunkten eines hybriden Entwicklungssystems instrumentalisiert wird (vgl. Abb.).

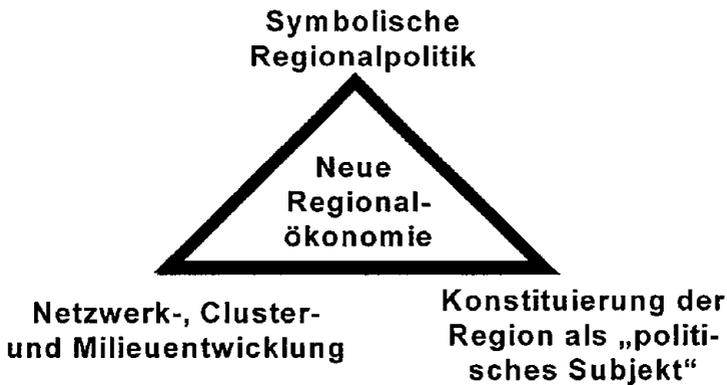


Abbildung: Drei Eckpunkte der Regionalentwicklung

Die wirklichkeitssetzende Macht der Diskurse – auch der Identitätsdiskurse – ist groß. Aber ohne die Wirklichkeit einer politischen Institutionalisierung der Region und ohne die materielle Basis einer soliden Cluster- und Netzwerkentwicklung wird sie wirkungslos bleiben.

*Fazit:* Wenn symbolische Regionalpolitik mehr sein will als „bloß symbolische Politik“, die unverbindliche und rückwärtsgewandte territoriale Ideologien konstruiert und rekonstruiert, wenn sie auf den Ethnisierungsdiskurs verzichten möchte, dann sollte sie auf jene Regionen bezogen sein, die als emergente Strukturen im Zuge des Globalisierungsprozesses im Entstehen sind. Eine solche symbolische Regionalpolitik sollte aber nicht als isoliertes Unterfangen betrieben werden. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf der Grundlage der Cluster-, Netzwerk- und Milieuentwicklung und vor allem auf der Weiterentwicklung der neuen Regionalökonomie zu einem territorialen politischen Subjekt aufbauen kann.

Das Beispiel Frankfurt hat uns aber überzeugend vor Augen geführt, daß das politische System eine dieser drei Säulen – die Etablierung einer eigenständigen regionalen Politikebene – partout nicht akzeptiert und ihre Er-

richtung einfach nicht zuläßt. Auch Dietrich Fürst hat dies in seinem Vortrag ausdrücklich betont.

Aus den dargestellten Zusammenhängen möchte ich *zwei Schlußfolgerungen* ableiten. Beispiele wie Stuttgart, Hannover oder vielleicht auch Salzburg eröffnen die Perspektive, daß unter günstigen Rahmenbedingungen die gegenwärtig ablaufenden Regionalisierungsprozesse auch als Chance für eine Modernisierung des Politiksystems gesehen und ergriffen werden können. Die Zwänge der postfordistischen Standortdynamik könnten so zu einer grundlegenden Erneuerung der traditionellen politischen Struktur in Hinsicht auf die Konstitution einer demokratiepolitisch abgesicherten eigenständigen Steuerungsebene „Region“ führen. Das politische System wird sich auf Dauer den massiven Forderungen der Wirtschaft nach einer effizienten Regulierung der neuen Regionalökonomien nicht verschließen können. So betrachtet, kann man das traditionelle Politiksystem auch als Modernisierungsverlierer ansehen und die Causa Frankfurt als ein Rückzugsgefecht.

Die zweite Folgerung bezieht sich auf die Rolle der politisch relevanten Wissenschaften. Es ist schon wahr: Man könnte schier verzweifeln und resignieren ob der Unbelehrbarkeit und Ignoranz der Akteure des politischen Systems und dessen Trägheit. Und dennoch gibt es so etwas wie „Wissensverantwortung“, die uns dazu nötigen sollte, auszusprechen, was gesagt werden muß. Selbst wenn die direkten Einflußmöglichkeiten auf das System der Politik auch in Zukunft äußerst bescheiden sein mögen, eine Verpflichtung bleibt der Wissenschaft auferlegt: vor Fehlentwicklungen zu warnen, zu kritisieren, Aufklärung zu betreiben, die fachlichen Erkenntnisse in den öffentlichen Diskurs zu tragen und damit konzeptive Grundlagen für den erforderlichen Erneuerungsprozeß anzubieten.

Die Forschungsarbeit des SFB 417 sehe ich in diesem Sinne auch als Bemühen, dieser Wissensverantwortung gerecht zu werden, einen Beitrag zur Aufklärung und zur Kritik der bestehenden Verhältnisse und zu einer Verbesserung der politischen Handlungspraxis zu leisten.

---

**Nikolaus Wolf**

**Konzeptionen einer historischen Synthese.  
Die *Annales d'histoire économique et sociale* und  
die *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych*  
im Vergleich**

**Teil I\***

Einführung

Die Perspektiven der Historiographie, ihre Fragestellungen und ihre Methoden haben sich immer wieder gewandelt. Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Dynamik dieser Perspektivenwechsel von der fortschreitenden Institutionalisierung und Professionalisierung der Geschichtswissenschaft als Fachdisziplin bestimmt: die Besetzung von Lehrstühlen, die Organisation wissenschaftlicher Kongresse und nicht zuletzt die Herausgabe von Fachzeitschriften bestimmen bis heute über die jeweils herrschende Historiographie. Im folgenden möchte ich die Entstehung der polnischen *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych*<sup>1</sup> (RDSiG, im weiteren *Roczniki*) im Vergleich zu den französischen *Annales d'histoire économique et sociale*<sup>2</sup> (AHES, im weiteren *Annales*) untersuchen. Es geht dabei um den Versuch, die Historiographie beider Zeitschriften und ihrer Gründungsherausgeber (Bloch und Febvre, Bujak und Rutkowski) in den Kontext der „Krise des Historismus“ und einer umfassenden Neuorientierung innerhalb der Geschichtsschreibung zu stellen. Zugleich wird damit die Beziehung zwischen diesen beiden Zeitschriften zum Gegenstand gemacht, auf die schon früh von verschiedenen Autoren – etwa von Georg G. Iggers oder mehrfach von Krzysztof Pomian – hingewiesen wurde. Sie wurde bisher allerdings nicht näher untersucht, vielleicht deshalb, weil den beiden Zeitschriften im Rückblick ein höchst unterschiedlicher Erfolg beschieden war. Während die *Annales* weltweite Beachtung fanden und zum Namensgeber eines historischen Paradigma erhoben wurden, sind die *Roczniki* bis heute weitgehend auf Polen beschränkt geblieben. Betrachtet man dagegen die ersten Jahre vor und nach Gründung der beiden Zeit-

---

\* Der zweite Teil dieser Arbeit wird im nächsten Heft, 4 (2001), veröffentlicht.

1 Deutsch: Jahrbücher der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

2 Deutsch: Jahrbücher der Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

schriften, entsteht ein differenzierteres Bild. Vor dem Hintergrund der „Krise des Historismus“ gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die eine Reihe von Bezugspunkte für eine solche vergleichende Perspektive liefern kann, möchte ich im folgenden die Entstehung der *Roczniki* und ihre institutionelle und inhaltliche Entwicklung darstellen. Die Entwicklung der *Annales* bleibt dabei immer im Blick, sie wird aber mit wenigen Ausnahmen – wie etwa einem Briefwechsel zwischen Marc Bloch und Jan Rutkowski – als bekannt vorausgesetzt.

### 1. Zur Neuorientierung der Historiographie in der „Krise des Historismus“

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts fand innerhalb der europäischen Geschichtswissenschaft eine Wissenschaftskonzeption Verbreitung, die häufig als „Historismus“ bezeichnet wird.<sup>3</sup> Dieser umstrittene<sup>4</sup> Begriff soll hier eine bestimmte historische Denkform bezeichnen, die zwar nie als faßbare „Schule“ auftrat,<sup>5</sup> die sich aber indirekt in der Verbreitung von bestimmten historiographischen Positionen nachweisen (beziehungsweise konstruieren) läßt.<sup>6</sup> Konstitutiv für den Historismus ist ein „Individualitätsprinzip“ (Rüsen), wonach jede historische Epoche als eine Einheit zu betrachten sei und jeder Kulturform ein eigener Wert, aber auch jedem Menschen eine individuelle Prägung zugestanden wird.<sup>7</sup> Dies wurde allerdings eingebunden in die Vorstellung einer „überzeitlichen“ – und damit außerhalb des Historischen verorteten – Ordnung, die Ranke als „*innere Notwendigkeit*

3 Vgl. F. Jaeger/J. Rüsen, *Geschichte des Historismus: eine Einführung*, München 1992, S. 75-81; J. Rüsen, *Konfigurationen des Historismus: Studien zur deutschen Wissenschaftskultur*, Frankfurt a. M. 1993, S. 98-106.

4 Vgl. zur Begriffsgeschichte u.a. E. Rothacker, *Das Wort Historismus*, in: *Zeitschrift für deutsche Wort-Forschung*, Nr. 16 (1960), S. 3-6; G. Schrimpf, *Historismus*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 5, Freiburg 1996), S. 170f.; Rüsen (Anm. 3), S. 17-28.

5 Eines der wenigen Beispiele für eine explizite Positionierung des „Historismus“ bieten die Vorlesungen von 1857 von Johann Gustav Droysen: *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte. Historisch-kritische Ausgabe*, Bd. 1, Stuttgart 1977. Die zahlreichen Lehrbücher zu den Methoden historischer Forschung wie das Lehrbuch der historischen Methode von Bernheim (1889) waren nicht als theoretische Abhandlungen, sondern als praktische Orientierung gedacht; vgl. Jaeger/Rüsen (Anm. 3), S. 80.

6 Vgl. u.a. G. G. Iggers, *Historicism*, in: *Dictionary of the History of Ideas*, Bd. 2, New York 1973, S. 456-464, hier S. 456ff.; Rüsen (Anm. 3), S. 17ff.

7 Vgl. R. Bichler, *Das Diktum von der historischen Singularität und der Anspruch des historischen Vergleichs. Bemerkungen zum Thema Individuelles versus Allgemeines und zur langen Geschichte des deutschen Historikerstreits*, in: K. Acham u.a. (Hrsg.), *Teil und Ganzes*, München 1990, S. 169-193.

der *Aufeinanderfolge*“ verschiedener Epochen bezeichnete.<sup>8</sup> Nach Droysen (und in Anlehnung an Hegel) wird dieser Zusammenhang von „Ideen“ hergestellt; allem voran sind es die „Idee des Staates“ und die „Idee der Freiheit“, in der die historische Entwicklung über die Epochen hinweg zu einem Sinn Ganzen integriert wird.<sup>9</sup> Die Mehrzahl der deutschen, aber auch der französischen und polnischen Historiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts behandelten entsprechend dieser Konzeption die Staaten und ihre handelnden Akteure als das Allgemeine, von dem aus der historische Verlauf zu deuten sei.<sup>10</sup> In diesem Sinn soll hier also der Historismus – trotz einer Relativierung durch das „Individualitätsprinzip“ – als Konzept einer „historischen Synthese“ gedeutet werden. Die Tragfähigkeit des Historismus für eine historische Synthese hing an seiner Fähigkeit, die Idee des Staates und die Idee der Freiheit individuellen Handelns als den inneren Zusammenhang des historischen Verlaufs darzustellen.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam es nun zu einer umfassenden Reorientierung aller Sozialwissenschaften. Insbesondere der Historismus geriet durch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die im Verlauf des Ersten Weltkriegs alle Bereiche der Gesellschaft erreichten, in eine Krise.<sup>11</sup>

---

8 Ebenda, S. 62.

9 Vgl. Droysen, *Historik* (Anm. 5), S. 441. Dazu Rüsen (Anm. 3), S. 108.

10 Zum Historismus als europäisches Phänomen vgl. Rüsen/Jäger (Anm. 3), S. 75-81; zur deutschen Historiographie vgl. J. Kocka, *Sozialgeschichte: Begriff – Entwicklung – Probleme*, Göttingen 1986; G. G. Iggers *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993; zur französischen Historiographie des ausgehenden 19. Jahrhundert sind grundlegend C. Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870–1914)*, Paris 1959; Ch.-O. Carbonell, *Histoire et Historiens. Une mutation idéologique des historiens français 1865–1885*, Toulouse 1976; G. Bourdè/H. Martin, *Les écoles historiques*, Paris 1990; zur polnischen Historiographie dieser Zeit vgl. M. Serejski, *L'Ecole Historique de Cracovie et l'historiographie européenne*, in: *Acta Poloniae Historica*, Bd. XXVI (1972), S. 127-151; A. F. Grabski, *Orientacje Polskiej Myśli Historycznej. Studia i rozważania*, Warschau 1972; P. S. Wandycz, *Historiography of the Countries of Eastern Europe: Poland*, in: *American Historical Review*, Bd. 97, Nr. 4 (1992), S. 1011-1025. Die polnische Historiographie, die sich während der Teilung Polens mit der Nichtexistenz eines polnischen Staates auseinandersetzte, entwickelte frühe Ansätze, die Fixierung auf den politisch-staatlichen Bereich zu überwinden. Von Bedeutung ist in diesem Kontext der Warschauer Historikerkreis um Tadeusz Korzon und dessen Hauptwerk *Wzwnętrzne Dzieje Polski za czasów Stanisława Augusta*, zweite Ausgabe (6 Bände), Krakau 1897 und 1898); daneben sind Adolf Pawiński, der bei Ranke studiert und bei Waitz promoviert hatte und Józef K. Plebański, der ebenfalls bei Ranke studiert hatte wichtige Vertreter dieses Kreises, vgl. Grabski (1972), S. 283f. und Wandycz (1992), S. 1016.

11 Vgl. H. S. Hughes, *Consciousness and Society. The Reorientation of European Social Thought 1890–1930*, New York 1958; Iggers (Anm. 10), S. 26; einige Autoren, etwa Haas, betonen, daß sich diese Reorientierung nicht allein aus den Prozessen der Industrialisierung erklären lasse und fordern die Berücksichtigung ideengeschichtlicher

Die Beobachtung sozioökonomischer Prozesse jenseits des staatspolitischen Bereichs und konkurrierende Erklärungsansätze anderer Sozialwissenschaften stellten die Historiographie vor eine Alternative: entweder man hielt am Staat und der staatlichen Politik als Mittelpunkt der Untersuchung fest und behandelte Aspekte nichtstaatlicher gesellschaftlicher Strukturen als „Ergänzung“ dieses eigentlichen Gegenstands innerhalb einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Geschichtswissenschaft. Damit würde das historicistische Konzept einer Synthese des geschichtlichen Verlaufs zumindest dem Schein nach aufrechterhalten. Oder man wagte es, eine „gesamtgeschichtliche Alternative“ (Kocka) zu entwerfen.<sup>12</sup> Im Rahmen einer solchen neuen historischen Synthese wäre der Staat als Teil eines noch zu bestimmenden gesellschaftlichen Systems zu deuten, womit nichtstaatliche, also soziale, wirtschaftliche oder auch kulturelle Aspekte gleichberechtigt in die Untersuchung einbezogen werden müßten.

Die Auseinandersetzung um einen solchen Neuentwurf der Historiographie wurde auf zahlreichen Schauplätzen ausgetragen. Zunächst läßt sich feststellen, daß wirtschaftliche und soziale Aspekte innerhalb der Historiographie auf zunehmendes Interesse stießen und 1893 mit der *Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, seit 1903 als *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (VSWG) publiziert, ein (international) erstes Publikationsorgan erhielten.<sup>13</sup> Zugleich wurde in etablierten Zeitschriften wie der *Historischen Zeitschrift* (HZ) die Auseinandersetzung um die Positionen des Historismus geführt, was in Deutschland im sogenannten „Methodenstreit“ kulminierte, der sich an den Syntheseentwürfen Karl Lamprechts entzündet hatte.<sup>14</sup>

Innerhalb der deutschen Historiographie blieb die Konzeption des Historismus jedoch noch lange dominierend, wobei die Wirtschafts- und Sozialgeschichte als Spezialgebiet im Rahmen des traditionellen Paradigmas behandelt wurde. Gerade die VSWG, die seit 1903 mit Georg von Below einen der schärfsten Kritiker Lamprechts zum Mitherausgeber hat-

---

Aspekte, vgl. S. Haas, *Historische Kulturforschung in Deutschland 1880–1930. Geschichtswissenschaft zwischen Synthese und Pluralität*, Köln 1994, S. 41.

12 Vgl. Kocka (Anm. 10), S. 56.

13 H. Aubin, Zum 50. Band der Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: VSWG, Bd. 50 (1963), S. 1–24; G. Oestreich, Die Fachhistorie und die Anfänge der sozialgeschichtlichen Forschung in Deutschland, in: HZ, Bd. 208 (1969), S. 320–363.

14 Auslöser der Auseinandersetzung, die viele Nebenschauplätze hatte, war Lamprechts Werk *Deutsche Geschichte*, Band 1, Leipzig 1891; vgl. Iggers (Anm. 10), S. 26; Als Vorläufer des eigentlichen Methodenstreits werden häufig die Stellungnahmen Droysens zu den Geschichtstheorien Buckle's oder auch die Diskussion zwischen Eberhard Gothein und Dietrich Schäfer angesehen; vgl. Kocka (Anm. 10), S. 58; Haas (Anm. 11), S. 119ff.

te,<sup>15</sup> stand für diese Orientierung und prägte – nicht zuletzt über Mitarbeiter wie Henri Pirenne (Gent) oder George Espinas (Paris) – die gesamte europäische Forschung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs.<sup>16</sup>

Die Entwicklung außerhalb Deutschlands verlief bis zum Ersten Weltkrieg ähnlich. Die 1913 gegründete *Revue d'histoire économique et sociale* (RHES) vertrat ebenso wie das 1915 gegründete niederländische *Economisch-historisch Jaarboek* eine an der VSWG orientierte Konzeption.<sup>17</sup> Allerdings wurde außerhalb Deutschlands gerade auch neuen Ansätzen, wie sie etwa von Lamprecht oder Rudolf Kötzschke in Leipzig vertreten wurden, ein großes Interesse entgegengebracht.<sup>18</sup> Der Philosoph Henri Berr hatte 1900 in Paris die *Revue de Synthèse Historique* (RSH) gegründet, die sich zu einem internationalen Forum der Auseinandersetzung um eine „gesamtgeschichtliche Alternative“ zur traditionellen Historiographie entwickelte.<sup>19</sup> Hier publizierten Historiker wie Lucien Febvre, Marc Bloch oder auch Jan Rutkowski ebenso wie Vertreter anderer Sozialwissenschaften, deren Arbeit in der Geschichtswissenschaft zunehmend rezipiert wurde<sup>20</sup>, etwa Soziologen um Emile Durkheim oder Geographen wie Paul Vidal de la Blache<sup>21</sup>.

15 Siehe dazu G. von Below, Rezension zu Karl Lamprecht, „Deutsche Geschichte“, in HZ, Bd. 71 (1893), S. 465-498, vgl. dazu auch Haas (Anm. 11), S. 130ff. Schon früher hatte es zwischen Lamprecht und von Below Rivalitäten gegeben, die sich bis an die Universität Bonn zu Beginn der 1880er Jahre verfolgen lassen; vgl. H. Cymorek, Georg von Below und die Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, erschienen als: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Nr. 142, Stuttgart 1998, hier S. 191-219. Auch Lamprechts Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter (Leipzig 1885, 1886) hatte von Below in polemischem Stil in der Historischen Zeitschrift kritisiert. Siehe HZ, Bd. 63 (1889), S. 294-309, vgl. O. G. Oexle, Ein politischer Historiker: Georg von Below; in: N. Hammerstein (Hrsg.), Deutsche Geschichte um 1900, Stuttgart 1988, S. 283-312.

16 Vgl. Aubin (1963), S. 19.

17 Ebenda, S. 19.

18 Siehe L. Schorn-Schütte, Nachwirkungen der Lamprechtsschen Geschichtsschreibung. Rezeption im Ausland und in der deutschen Geschichtswissenschaft und Soziologie, in: G. Diesener (Hrsg.), Karl Lamprecht weiterdenken. Universal- und Kulturgeschichte heute, Leipzig 1993), S. 272-294; zu Kötzschke siehe Haas (Anm. 11), S. 204-210.

19 Siehe A. Biard u.a. (Hrsg.), Henri Berr et la culture du XXe siècle, Paris 1997. Zu Berrs Auseinandersetzung mit der deutschen Historiographie siehe P. Schöttler, Henri Berr et l'Allemagne, in: ebenda, S. 189-203.

20 Vgl. Ch. O. Carbonnell/G. Livet (Hrsg.), Au berceau des Annales, Toulouse 1983; E. C. Gattinara, L'idée de la synthèse: Henri Berr et les crises du savoir dans la première moitié du XX siècle, in A. Biard (Anm. 19), S. 21-38; auch L. Raphael, Die Erben von Blochj und Febvre: Annales-Geschichtsschreibung und nouvelle histoire in Frankreich. 1945-1980; Stuttgart 1994, S. 69-74; zu Polen siehe M. Serejski, Historycy o Historii. 1918-1939, Warschau 1966, S. 7-39.

21 Vgl. B. Müller, Lucien Febvre et Henri Berr, in A. Biard (Anm. 19), S. 39-59. Siehe auch RSH, Bd. VI (1903), RSH, Bd. LXIII (1927).

Zu einer Institutionalisierung dieser Neuentwürfe kam es allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg, als die deutsche Historiographie – vorübergehend und nicht ganz unverschuldet<sup>22</sup> – international isoliert wurde.<sup>23</sup> Dabei ging es nicht nur um ein „*désapprendre de l'Allemagne*“ (Pirenne) in Bezug auf die deutsche Geschichtswissenschaft und eine Lösung von ihren Institutionen wie der VSWG, sondern ebenso um die Überwindung der am Historismus orientierten nationalen Historiographie. In Frankreich bot das Umfeld der neubegründeten Université de Strasbourg den beiden Historikern Marc Bloch und Lucien Febvre den Rahmen für ihr bahnbrechendes Projekt der *Annales d'histoire économique et sociale*. Zwischen Politik- und Strukturgeschichte, zwischen politischer Vereinnahmung und antiquarischer Wissenschaftlichkeit entwarfen Bloch und Febvre in den *Annales* das Konzept einer *histoire totale*, deren Orientierung am Menschen in seiner Geschichte und Gegenwart („*histoire science de l'homme*“) den inneren Zusammenhang einer neuen historischen Synthese lieferte.<sup>24</sup> Doch die *Annales* konnten erst 1929 erscheinen, auch weil Bloch und Febvre Widerstände innerhalb der französischen Historiographie zu überwinden hatten und in einem ersten Anlauf gerade am ihrem Bemühen, kritische deutsche Historiker mit einzubeziehen, gescheitert waren.<sup>25</sup> In Polen bot die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft nach 123 Jahren der Teilung Raum für die Entstehung einer Zeitschrift, die ähnlich wie die *Annales* im Kontext der Suche nach einer neuen historischen Synthese stand: der *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych*, die seit 1931 von Franciszek Bujak und Jan Rutkowski herausgegeben wurden.

---

22 Siehe dazu P. Schöttler, *Geschichtsschreibung in einer Trümmerwelt. Reaktionen französischer Historiker auf die deutsche Historiographie während und nach dem Ersten Weltkrieg*, in: ders. u.a. (Hrsg.): *Plurales Deutschland – Allemagne Plurielle*. Festschrift für Étienne François, Göttingen 1999, S. 296-313.

23 Vgl. K. D. Erdmann, *Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des Sciences historiques*, Göttingen 1987.

24 Vgl. L. Febvre, *Examen de conscience d'une histoire et d'un historien*, in: ders., *Combat pour l'histoire*, Paris 1953; zur Einführung in die Historiographie der *Annales* siehe M. Middell/S. Sammler (Hrsg.), *Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der „Annales“ in ihren Texten 1929–1992*, Leipzig 1994; P. Burke, *The French Historical Revolution. The Annales School 1929–1989*, London 1989; Raphael (Anm. 20), S. 57-105.

25 Vgl. P. Schöttler, *Henri Pirenne, historien européen, entre la France et l'Allemagne*, in: *Revue belge de philologie et d'histoire*, Nr. 76 (1998), S. 875-883.

## 2. Die Entstehung der *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych*

Franciszek Bujak und Jan Rutkowski gelten gemeinhin als die Begründer der Wirtschafts- und Sozialgeschichte im wiedervereinigten Polen. Der Zeitschrift *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych*, die sie seit 1931 gemeinsam herausgaben, wird dabei eine wesentliche Funktion zugeschrieben. Zugleich wurde von verschiedenen Autoren darauf verwiesen, daß Bujak und Rutkowski bereits Jahre vor dieser Gründung ihre jeweils eigene „Schule“ begründet hätten und die von ihnen vertretenen Positionen – nicht nur die geschichtstheoretischen Positionen – keineswegs deklungsgleich gewesen seien.<sup>26</sup> Um so bedeutender ist es für die historiographische Einordnung der *Roczniki*, daß der jeweilige Anteil der beiden an Gründung und Entwicklung der Zeitschrift bis heute umstritten ist.<sup>27</sup> Mit Blick auf die *Annales* und der Rolle Ihrer Gründer Bloch und Febvre ist also ein doppelter Unterschied festzuhalten: zum einen wird man die historiographischen Positionen, die in den *Roczniki* zum Ausdruck kommen, nicht allein als „gesamtgeschichtliche Alternative“ in Abgrenzung zu einer traditionellen Historiographie behandeln können und dabel von Differenzen der jeweiligen Autoren untereinander abstrahieren, so wie es in der *Annales*-Forschung weitgehend üblich ist. Vielmehr muß bei den *Roczniki* zumindest zwischen den Positionen der beiden Gründungsherausgeber differenziert werden. Zum anderen ist zu erwarten, daß bei der Entstehung der *Roczniki* organisatorische und institutionelle Aspekte eine vergleichsweise größere Rolle spielten, schon deshalb, weil Bujak und Rutkowski auf keine Vorlage der nationalen Historiographie zurückgreifen konnten.

### 2.1. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski: wissenschaftliche Karrieren im Kontext der Institutionalisierung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Polens

Weder für Bujak noch für Rutkowski war der Weg an die Universität durch ihre Herkunft vorgezeichnet, und ihre Karrieren weisen weitaus

26 Vgl. J. Topolski, Le développement des recherches d'histoire économique en Pologne, in: *Studia Historiae Oeconomicae*, Bd. 1 (1966), S. 3-42 (1966), hier S. 14; A. Grabski, Franciszek Bujak and Economic History: A Discussion of his Methodological Views, in: *Studia Historiae Oeconomicae*, Bd. 16, Posen 1983, S. 3-27, hier S. 13ff; A. K. Shelton, *The Democratic Idea in Polish History and Historiography: Franciszek Bujak (1875-1953)*, New York 1989, S. 183-208.

27 Während zum Beispiel Shelton (Anm. 26), S. 201ff. betont, die *Roczniki* seien allein auf eine Initiative Bujaks zurückzuführen, behauptet Topolski (1986), sie seien aus einer gemeinsamen Initiative Bujaks und Rutkowskis hervorgegangen; vgl. J. Topolski, *O Nowy Model Historii. Jan Rutkowski (1886-1949)*, Warschau 1986, S. 125ff.

weniger Gemeinsamkeiten auf, als dies bei Bloch und Febvre der Fall war.<sup>28</sup> Sie verbindet jedoch, daß die institutionellen Bindungen, die sie im Verlauf dieser Karrieren eingingen, für die Entwicklung der polnischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte konstitutiv waren.

Franciszek Bujak wurde 1875 im galizischen Dorf Maszkienice bei Krakau als Kind reicher Bauern geboren.<sup>29</sup> Im Jahre 1894 begann Bujak sein Studium an der philosophischen Fakultät der Jagiellenen-Universität Krakau (UJ) mit dem Schwerpunkt Geschichte. Neben der Universität in Lemberg war dies zu diesem Zeitpunkt die einzige Universität, an der ein Studium der polnischen Geschichte möglich war. Bujak selbst legte sein Studium sehr breit an und machte sich dabei mit Entwicklungen in anderen Sozialwissenschaften, vor allem in der Geographie und der Sozialphilosophie vertraut.<sup>30</sup> Für sein ungewöhnliches Dissertationsthema konnte er nur unter Schwierigkeiten einen Betreuer finden: er untersuchte die historische Entwicklung seines Heimatdorfes Maszkienice unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten.<sup>31</sup> Die Arbeit fand dennoch Anerkennung an der Fakultät – vor allem durch den Mediävisten Karol Potkański – und Bujak erhielt eine Assistentenstelle.<sup>32</sup> Im Jahre 1901 brachte ihn eine Studienreise an die Universität Leipzig, die zur Vorbereitung seiner Habilitation diente und auch darüber hinaus Spuren in seinem Werk hinterließ. Nachdem er sich schon in seiner Dissertation vom Hauptwerk August Meitzens zur europäischen Siedlungsgeschichte hatte beeinflussen lassen,<sup>33</sup> liegt es nahe, daß er in Leipzig die ersten Seminare besuchte, die Rudolf Kötzschke dort seit 1899 als Privatdozent veranstaltete. Seine Habilitation *Studia nad osadnictwem Małopolski*,<sup>34</sup> die 1905 veröffentlicht wurde, stellte den Versuch

28 Vgl. B. Müller, Introduction, in: ders. (Hrsg.), Marc Bloch, Lucien Febvre et les Annales d'Histoire Économique et Sociale. Correspondance. T. I (1928–1933), Paris 1994.

29 Zum folgenden vgl. Shelton (Anm. 26), hier S. 36ff.

30 Vgl. Shelton (Anm. 26), S. 41; Grabksi (1983), S. 15.

31 Franciszek Bujak, Maszkienice. Wieś powiatu brzeskiego. Stosunki gospodarcze i społeczne. In: Rozprawy Akademii Umiejętności. Wydział hist.-filozof., Serya 2, Tom XVI, Krakau 1910, S. 76–184.

32 Neben der Hilfe Potkańskis fand Bujak vor allem bei Bolesław Ulanowski Unterstützung, der einen Lehrstuhl für mittelalterliche Rechtsgeschichte an der Krakauer Universität innehatte. Außerdem förderte ihn der Nachfolger Stanisław Smolkas, Władysław Zakrzewski, nicht aber der Betreuer seiner Dissertation, der Geograph Czemy-Schwarzenberg. Vgl. Shelton (Anm. 26), S. 40ff.

33 Es handelt sich um August Meitzen, Siedlung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Roemer, Finnen und Slawen, 4 Bände, Berlin 1895. Bujak erwähnt Meitzen in diesem Sinn in der autobiographischen Schrift: Drogi Mojego Rozwoju Umyslowego, in: Nauka Polska, Bd. VI (1927), S. 77–136; Wiederabdruck in Madurowicz-Urbanska (Anm. 35), Bd. 1, hier S. 307ff.

34 Franciszek Bujak, *Studia nad osadnictwem Małopolski*, in: Rozprawy Akademii Umiejętności, Wydział hist.-filozof., Serya 2, Band XXII, Krakau 190, S. 172–438.

dar, die Siedlungsgeschichte einer Region unter Einbeziehung ökonomischer, sozialer und kultureller Aspekte zu schreiben und bietet sich zu einem Vergleich mit Febvres berühmtem *La Franche Comté sous Philippe II* an. In der Folge entwickelte er eine vielseitige Lehrtätigkeit in Krakau und veranstaltete Vorlesungen, Seminare und Übungen unter anderem zur Siedlungs-, Preis- und Stadtgeschichte. Offenbar auf Betreiben Potkańskis wurde für Bujak im Jahre 1909 eine außerordentliche Professur für Wirtschaftsgeschichte an der Krakauer Universität eingerichtet, es war die erste auf polnischem Gebiet.<sup>35</sup> In dieser Position veröffentlichte er sowohl in der führenden ökonomischen Zeitschrift des polnischsprachigen Raums, dem *Ekonomista*, wie auch seit 1905 im etablierten *Kwartalnik Historyczny*, der innerhalb der polnischen Historiographie als Entsprechung der deutschen *HZ* anzusehen ist. Daneben publizierte er in zahlreichen politischen und populärwissenschaftlichen Blättern.<sup>36</sup>

Die wissenschaftliche Karriere Jan Rutkowskis verlief bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs recht steil. Rutkowski wurde 1886 in Warschau geboren, der Vater war Apotheker und zugleich Unternehmer, die Mutter stammte aus wohlhabendem Adel.<sup>37</sup> Nachdem er seinen Schulabschluß wegen der Teilnahme an einem Schulsneik außerhalb des Königreichs hatte ablegen müssen, nahm er 1905 sein Studium der Geschichte an der Universität Lemberg auf. Zu seinen Lemberger Lehrern zählten unter anderem Ludwik Finkel – Herausgeber der mehrbändigen *Bibliografia Historii Polskiej* und ausgezeichnete Kenner des deutschen Methodenstreits um Lamprecht<sup>38</sup> – sowie der Ökonom und Dogmenhistoriker Stanisław Grabski, der als polnischer Vertreter der Jüngerer Historischen Schule gilt.<sup>39</sup> Unter Anleitung Finkels machte Rutkowski die Geschichte der staatlichen Finanzverfassung zu seinem ersten Forschungsgegenstand, ein Thema, das noch ganz in der Tradition des Historismus stand. Eine Seminararbeit Rutkowskis schätzte Finkel so hoch ein, daß deren erweiterte Fassung 1908 als Dissertation angenommen und 1909 im *Kwartalnik Historyczny* abgedruckt wurde.<sup>40</sup> Durch ein Stipendium der *Fundacja Wikto-*

35 Vgl. H. Madurowicz-Urbańska, Zyciorys Naukowy Fr. Bujaka, in: dies. Franciszek Bujak, „Wybór pism“, Bd. I, Nauka, Społeczeństwo, Historia, Warszawa 1976, S. 171–178, hier S. 172f. Mit „polnischem Gebiet“ sind hier die Universitätsstädte in den russisch, preußisch und österreich-ungarisch besetzten Gebieten Polens gemeint.

36 Siehe die umfangreiche Bibliographie der Arbeiten Bujaks in Madurowicz-Urbańska (Anm. 35), S. 179–216.

37 Vgl. dazu und zum folgenden: Topolski (Anm. 27), hier S. 11ff.

38 Ebenda, S. 26.

39 Ebenda. Zum ökonomischen Denken Stanisław Grabskis vgl. T. Kowalik, Historia Ekonomii w Polsce 1864–1950, Warszawa 1992, S. 24.

40 Jan Rutkowski, Skarbowość polska za Aleksandra Jagiellończyka, in: *Kwartalnik Historyczny*, Bd. XXIII (1909), S. 1–77.

ra Oslawskiego<sup>41</sup> wurde ihm anschließend ein zweijähriger Studienaufenthalt in Frankreich (1910 bis 1912) ermöglicht, den er zur Vorbereitung einer Habilitationsschrift zu Aspekten der Agrarverfassung in der frühen Neuzeit nutzte. In Paris und Rennes arbeitete er an einer Untersuchung zu Fragen des Bodenbesitzes in der Bretagne im 17. Jahrhundert, die 1912 in französischer Sprache publiziert wurde.<sup>42</sup> Zurückgekehrt nach Lemberg nahm Rutkowski – noch vor Ausbruch des Krieges – eine Stellung in der dortigen Außenstelle des Statistischen Landesamts an, ohne jedoch seine wissenschaftliche Tätigkeit zu unterbrechen.<sup>43</sup> In dieser Position konnte er während der Kriegszeit auf seine Habilitation hinarbeiten, bis ihm im Mai 1917 die *venia docendi* durch die Fakultät für Recht und politische Ökonomie der Universität Lemberg verliehen wurde, vermutlich für die Summe seiner zahlreichen zwischenzeitlichen Publikationen.<sup>44</sup>

Zur ersten Begegnung der beiden war es – auf ein Empfehlungsschreiben Waclaw Sobieskis hin – bereits 1910 während Rutkowskis Studienaufenthalt in Paris gekommen, ein zweites Treffen hatte wiederum in Paris 1912 stattgefunden.<sup>45</sup> Als Rutkowski während des Krieges 1916 als Mitarbeiter des Statistischen Landesamts nach Krakau versetzt wurde, wandte er sich dort an Franciszek Bujak mit dem Vorschlag, eine umfassende Überblicksdarstellung zur polnischen Wirtschaftsgeschichte unter dem Titel *Gospodarze dzieje Polski* zu verfassen. Folgt man Rutkowskis Exposéé zu dem Projekt, so war dies als erster Schritt zur Institutionalisierung der Wirtschaftsgeschichte im neu entstehenden Polen gedacht.<sup>46</sup> Der Versuch scheiterte aus nicht bekannten Gründen,<sup>47</sup> er markiert aber den Beginn einer ersten Phase der Zusammenarbeit zwischen Bujak und Rutkowski. Wie viele Historiker, beteiligten sie sich an Konzeptionen für den Aufbau des neuen Staates, als sich während des Krieges die Möglichkeit der Wie-

41 Vgl. dazu M. J. Nedza, *Polityka stypendialna Akademii Umiejętności w latach 1878-1920*. Fundacje Gałęzowskiego, Pileckiego i Oslawskiego, Breslau 1978.

42 Jan Rutkowski, *Etude sur la répartition et l'organisation de la propriété foncière en Bretagne au XVIIe siècle*, in: *Annales de Bretagne*, Bd. 7, Rennes 1912.

43 Topolski (Anm. 27), S. 58ff.

44 Ebenda, S. 73.

45 Bujak und Sobieski kannten einander aus ihrer Zeit als Mitglieder der 1887 von Limanowski gegründeten radikaldemokratischen Vereinigung *Zjednoczenie* an der UJ. Das Empfehlungsschreiben Sobieskis an Bujak befindet sich in der Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) in Warschau bei den Papieren Bujaks unter der Signatur 120/ 58, *Listy od różnych osób i instytucji, wizytówki, zaproszenia*. Vgl. dazu Shelton (Anm. 26), S. 35f, S. 201.

46 Rutkowski schrieb in diesem Exposéé zu dem Projekt: „Jako pierwszy krok zorganizowanej i celowej pracy w zakresie gospodarczych dziejów Polski należy uważać opracowanie całości tego przedmiotu“. Zitiert nach Topolski (Anm. 27), S. 75.

47 Ebenda, S. 75.

derherstellung eines polnischen Staates abzeichnete. Die Organisation des polnischen Wissenschaftsbetriebes nahm dabei einen wichtigen Platz ein und war Gegenstand zahlreicher interner und öffentlicher Diskussionen.<sup>48</sup> Dabei erfuhr zunächst die traditionell orientierte politisch-staatliche Geschichtsschreibung eine Aufwertung, was sicher in Zusammenhang mit der Selbstdefinition des neu gegründeten polnischen Staates zu sehen ist – die zahlreichen Sammelwerke und Monumentaldarstellungen zur polnischen Geschichte, die in dieser Zeit entstanden, spiegeln dies wider.<sup>49</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, wie rasch sich auch das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte als eigenständiger Zweig der Historiographie behaupten konnte.<sup>50</sup> Die wesentlichen Impulse gingen dabei von Bujak und Rutkowski aus. Als die private *Kasa im. Mianowskiego*<sup>51</sup> seit 1918 unter dem Titel *Nauka Polska* eine Reihe von Stellungnahmen polnischer Wissenschaftler über die Erfordernisse zum Aufbau und zur Organisation der Wissenschaften in Polen veröffentlichte, äußerten sich in den ersten beiden Bänden Franciszek Bujak und Jan Rutkowski zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Unter dem Titel *Uwagi o potrzebach historii gospodarczej* skizzierte Bujak in Band I der *Nauka Polska* (1918) erstmals das Forschungsprogramm, dem er sich in den folgenden Jahren widmen sollte.<sup>52</sup> Von Interesse ist, daß er seine Ausführungen mit einem Verweis auf den Stand der Wirtschaftsgeschichte in Deutschland begann, die international am weitesten entwickelt sei. Er spielte auf die VSWG an, um dann aber als herausragende Vertreter der deutschen Wirtschaftsgeschichte Lamprecht,

48 Zur Rolle der polnischen Historiker im öffentlichen Leben während des ersten Weltkriegs vgl. J. Maternicki, *Idee i Postawy: Historia i Historycy Polscy, 1914–1918*, Warszawa 1975.

49 Beispiele für diesen Aufschwung der Politikgeschichte sind etwa die Editionen *Historia Polityczna Polski przedrozbiorowej* (2 Bde., erschienen 1921–1923), *Polska, jej dzieje i kultura* (3 Bde., erschienen seit 1927), oder auch die *Wielka Historia Powszechna* (10 Bde., erschienen seit 1935), vgl. Marian Henryk Serejski (Hrsg.), *Historycy o historii. 1918–1939*, Bd. II, Warszawa 1966, hier S. 25.

50 Vgl. K. Zernack, *Schwerpunkte und Entwicklungslinien der polnischen Geschichtswissenschaft nach 1945*, in: *HZ Sonderheft 5* (1973), S. 202–323, hier S. 305.

51 Bei der *Kasa imienia Józefa Mianowskiego* handelte es sich um eine private Organisation zur Förderung der polnischen Wissenschaft, die 1881 gegründet worden war, kurz nachdem der russische Zar die in Warschau bestehende Hochschule, die *Szkoła Główna*, hatte schließen lassen. Im Jahre 1919 wurde die *Kasa im. Mianowskiego* in das Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung (*Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego*) eingegliedert. Siehe dazu Zofia Skubała-Tokarska (Hrsg.), *Historia Nauki Polskiej*, Warszawa 1987, S. 429–438; vgl. Grabski (Anm. 10), S. 275.

52 Franciszek Bujak, *Uwagi o potrzebach historii gospodarczej*, in: *Nauka Polska*, Bd. I (1918); S. 275–285; zitiert nach dem Wiederabdruck in: M. H. Serejski (Hrsg.), *Historycy o historii*, Bd. II, Warszawa 1966, S. 343–351 als „Bujak (1966)“.

Schmoller und Inama-Sternegg<sup>53</sup> zu nennen, nicht dagegen von Below. Bujak forderte, an die von der Warschauer historischen Schule um Adolf Pawiński und Tadeusz Korzon begonnene quellenkritische Tradition wirtschaftshistorischer Studien anzuknüpfen. Die dann folgende Auflistung von Quelleneditionen, die er für die weitere wirtschaftshistorische Arbeit als notwendig erachtete,<sup>54</sup> zeigt, daß er an der traditionellen Konzeption des Historismus festhalten, sie aber um einige Aspekte ergänzen wollte. Neben der Edition von Grund- und Kirchenbüchern und vielem mehr forderte er etwa für die Stadtgeschichte die Veröffentlichung einer Auswahl von Testamenten, die über Bevölkerungsschichten und Stadttypen repräsentativ wäre, oder Studien zu historischen Klimaveränderungen und Naturkatastrophen, um deren Einflüsse auf wirtschaftliche Entwicklungen untersuchen zu können. Erst auf Grundlage dieser Quellenarbeiten hielt er es für möglich, eine Wirtschaftsgeschichte Polens zu schreiben.

Rutkowski knüpfte kurz darauf in Band II dieser Reihe mit seinem Artikel *O potrzebach naukowych w zakresie gospodarczych dziejów Polski* an Bujak an.<sup>55</sup> Seine Ausführungen, die er als Ergänzung zu Bujak verstanden wissen wollte, scheinen von seinen Erfahrungen im Statistischen Landesamt geprägt zu sein. Er stellte darin organisatorische Fragen in den Mittelpunkt und ließ sich dabei vom Gedanken einer Arbeitsteilung im Wissenschaftsbetrieb leiten. An erster Stelle forderte er die Einrichtung von „Büros“, die unabhängig von universitären Lehrverpflichtungen der Forschung zuarbeiten sollten und begründete dies mit den spezifischen Anforderungen wirtschaftshistorischer Forschung.<sup>56</sup> Die (von Bujak genannten) wirtschaftshistorischen Quellen müßten zum Großteil mit statistischen Methoden ausgewertet werden, was nach Vorbild des Statistischen Landesamts auch durch historisch ungebildetes Personal geschehen könne.<sup>57</sup> Eben diesen Gedanken der Arbeitsteilung übertrug er anschließend auf die historische Forschung insgesamt und forderte die Einrichtung *spe-*

53 Karl Theodor von Inama-Sternegg hatte 1879 das erste Werk verfaßt, das den Titel *Deutsche Wirtschaftsgeschichte* trug. Bereits 1877 hatte er vor der Wiener Akademie der Wissenschaften zu den Quellen der Wirtschaftsgeschichte vorgetragen. Vgl. dazu Aubin (1963), S. 4.

54 Bujak hält die Edition von insgesamt etwa 200 Quellenhänden für notwendig. Vgl. Bujak (1966), S. 349.

55 Jan Rutkowski, *O potrzebach Naukowych w Zakresie Gospodarczych Dziejów Polski*, in: *Nauka Polska*, Bd. II, Warschau 1919; S. 272-287; ich zitiere nach dem Wiederabdruck in Serejski (1966), S. 359-371 als „Rutkowski (1966a)“.

56 Auch in dieser Hinsicht nahm Rutkowski einen Gedanken auf, den Bujak in der besagten Publikationsreihe bereits 1918 veröffentlicht hatte: Franciszek Bujak, *Uwagi o badaniach życia społecznego i gospodarczego*, in: *Nauka Polska*, Bd. I, Warschau 1918), S. 337-344.

57 Vgl. Rutkowski (1966a) S. 363.

zialisierter Fachzeitschriften. Für den Bereich der Wirtschaftsgeschichte entwarf er eine Zeitschrift, die neben wirtschaftlichen und sozialen Aspekten auch die Rechtsgeschichte zum Gegenstand haben sollte.<sup>58</sup> Weil sich aber eine in diesem Sinne spezialisierte Zeitschrift nicht an die Geschichtswissenschaft als ganze wenden konnte, hielt er das Projekt zum damaligen Zeitpunkt für nicht realisierbar, mit dem Hinweis: „*zbyt mało mamy jeszcze pracowników w tym zakresie*“.<sup>59</sup> Während eines nationalen Kongresses, der 1920 in Warschau zu Fragen der Wissenschaftsorganisation in Polen veranstaltet wurde, hielten sowohl Bujak als auch Rutkowski Vorträge, in denen sie die genannten Vorschläge wiederholten, allerdings ohne auf das Zeitschriftenprojekt einzugehen.<sup>60</sup>

Man kann also zusammenfassen, daß mindestens seit dem Vorschlag Rutkowskis von 1919 die Idee zur Gründung einer Zeitschrift existierte, auch wenn sie in den folgenden Jahren aus unbekanntem Gründen nicht wieder aufgenommen wurde. Dabei weist alles darauf hin, daß sich sowohl Bujak wie auch Rutkowski zu diesem Zeitpunkt noch an einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte nach Vorbild der VSWG orientierten. Die Entstehung der *Roczniki* muß in Kontext dieser Bestrebungen zu einer Institutionalisierung der polnischen Wirtschaftsgeschichte, auch vor dem Hintergrund einer Aufwertung der traditionellen politisch-staatlichen Geschichtsschreibung in Zusammenhang mit der Neugründung des polnischen Staates betrachtet werden. Wie zu sehen sein wird, läßt sie sich aber nicht darauf reduzieren. Was schließlich in einem zweiten Anlauf zur Gründung einer Zeitschrift führte und was deren Charakter prägte, wird erst vor dem Hintergrund der historiographischen Konzepte, die Bujak und Rutkowski unabhängig voneinander in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg entwickelten, deutlich.

In den nächsten Jahren versuchten Bujak und Rutkowski ihre jeweils eigenen Projekte zu realisieren. Nach dem ersten Weltkrieg erhielt Bujak zunächst einen Ruf als ordentlicher Professor an die Universität Warschau (UW), bevor er 1920 zum ordentlichen Professor und Leiter der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an die Universität Jan Kasimir (UJK) in Lemberg berufen wurde.<sup>61</sup> In Lemberg entwickelte sich Bujak zum „Organisator“ der polnischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte.<sup>62</sup> Als Leiter der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Univer-

---

58 Rutkowski (1966a), S. 369f.

59 D.L.: Dazu haben wir noch viel zu wenige Mitarbeiter auf diesem Gebiet, siehe Rutkowski (1966a), S. 370.

60 Vgl. dazu Topolski (Anm. 27), S. 89.

61 Ebenda, S. 174f.

62 Vgl. Topolski (Anm. 26), S. 9ff.

sität Lemberg begann er mit der geplanten Quelledition. Seit 1925 wurden die Ergebnisse dieser Forschungen in einer eigenen Publikationsreihe unter dem Titel *Badania dziejów społecznych i gospodarczych* herausgegeben, bis 1948 waren es 34 Bände. Außerdem erschienen im Rahmen der *Biblioteka Puławska* – der Veröffentlichungen des Wissenschaftlichen Instituts für Agrarwirtschaft in Puławy – zwischen 1927 und 1939 insgesamt 27 Bände mit Quellen und Studien zur polnischen Agrargeschichte.<sup>63</sup> Währenddessen erweiterte Bujak zunehmend den Rahmen seiner Tätigkeit über die Wirtschaftsgeschichte hinaus, was sowohl in seinen wissenschaftlichen Arbeiten zum Ausdruck kam, als auch in seinen institutionellen Bindungen: 1932 wurde er Vorsitzender des *Polskie Towarzystwo Historyczne*<sup>64</sup> und hatte dieses Amt mehrere Jahre inne.<sup>65</sup>

Rutkowski nahm kurz nach Kriegsende einen Ruf als außerordentlicher Professor für Wirtschaftsgeschichte der Fäkulität für Wirtschaft und Recht an die neu gegründete Universität Posen an.<sup>66</sup> Seit 1920 war er ordentlicher Professor dieser Universität, zugleich Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften und ständiger Mitarbeiter des *Kwartalnik Historyczny*.<sup>67</sup> Wie Bujak engagierte er sich in der Organisation des Wissenschaftsbetriebs und scharte einige Schüler um sich, konzentrierte sich aber vergleichsweise stärker auf die Publikation eigener Werke. Im Jahre 1923 veröffentlichte er einen *Zarys gospodarczych dziejów Polski w czasach przedrozbiorowych*. Dies war die ursprünglich als Gemeinschaftswerk geplante zusammenfassende Darstellung der Wirtschaftsgeschichte Polens (bis zu den Teilungen).<sup>68</sup> Das Werk stellte den ersten Versuch dieser Art dar und fand internationale Beachtung, nachdem es 1927 in französischer Sprache erschienen war.<sup>69</sup> Als erster Ansatz zu einem historiographischen Gesamtentwurf bietet das Werk den Schlüssel zu Rutkowskis Arbeit. Auf

63 Vgl. Madurowicz-Urbańska (Anm. 35), S. 174. Der polnische Name des besagten Instituts ist Instytut Naukowy Gospodarstwa Wiejskiego.

64 Deutsch: Polnische historische Gesellschaft.

65 Deshalb kann man ihn auch kaum als „Outsider“ der polnischen Historiographie deklarieren, wie dies Shelton (Anm. 26), S. 3-56 und S. 150-183 versucht. Bujak war außerdem seit 1922 ordentliches Mitglied der Polska Akademia Umiejętności (PAU) und seit 1929 ordentliches Mitglied des Towarzystwo Naukowe we Warszawie (TNW), vgl. Siehe Bujak Franciszek, in: Polska Akademia Nauk – Ośrodek Informacji Naukowej (Hrsg.), *Biogramy Uczonych Polskich, Czesc I: nauki społeczne, Zeszyt 1: A-J*, Warszawa u.a. 1983, S. 169.

66 Vgl. Archiwum UAM,teczka 49, Nr. 10.

67 Topolski (Anm. 27), S. 77ff.

68 Jan Rutkowski, *Zarys gospodarczych dziejów Polski w czasach przedrozbiorowych*, Posen 1923).

69 Jan Rutkowski, *Histoire économique de la Pologne avant les partages*, Paris 1927 und ders., *Le Régime agraire en Pologne au XVIII siècle*, Paris 1928.

dem IV. polnischen Historikerkongreß, der 1925 in Posen stattfand, erklärte Rutkowski synthetische Darstellungen zum Ziel aller historiographischen Arbeit und stellte seine Konzeption einer solchen historischen Synthese vor. In der Diskussion im Anschluß an Rutkowskis Vortrag äußerte sich unter anderen auch Bujak mit einigen entschieden kritischen Bemerkungen zu Wort. Er hatte schon 1923 auf dem V. internationalen Historikerkongreß in Brüssel eine eigene Konzeption einer historischen Synthese vorgestellt, die unmißverständlich auf die Geschichtswissenschaft als ganze abzielte.<sup>70</sup> Es bleibt also zu klären, ob und inwiefern sich diese Neuentwürfe Bujaks und Rutkowskis als „gesamtgeschichtliche Alternativen“ interpretieren lassen.

## 2.2. Konzepte einer historischen Synthese bei Bujak und Rutkowski

Die Aussagen Bujaks, in denen er explizit geschichtstheoretische Positionen bezog, sind über sein gesamtes Werk verstreut. Allerdings hat er seine wesentlichen Ansichten in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Krakau 1905, sowie in dem genannten Vortrag auf dem Brüsseler Kongreß von 1923 dargelegt. Er ging – wie schon Droysen – davon aus, daß alle Erscheinungen und damit jeder Gegenstand historischer Untersuchung individuell sind. In seinem Brüsseler Vortrag verwies er allerdings zugleich auf den gesellschaftlichen Charakter historischer Phänomene, denn „*w każdym z nich tkwi także jądro typowe*“.<sup>71</sup> Methodologisch schrieb er sowohl individuellen wie auch überindividuellen, gesellschaftlichen Realitäten eine Erklärungskraft für den historischen Verlauf zu, wobei er seine Position zwischen 1905 und 1923 veränderte. In seiner Antrittsvorlesung betonte er noch – gegen die deterministischen Konsequenzen einer „materialistischen“ Historiographie gewandt – daß ökonomische Entwicklungen den politischen Rahmenbedingungen und damit der Gestaltungskraft des menschlichen Willens in der Regel unterzuordnen seien.<sup>72</sup> Auch auf dem Gebiet der historischen Geographie wandte er sich mehrfach gegen deter-

---

70 Franciszek Bujak, Le problème de la synthèse dans l'histoire, in: La Pologne au V-me congrès international des sciences historiques, Bruxelles 1923, Warschau 1924, S. 13-35. Ich zitiere im folgenden nach dem Wiederabdruck der 1923 im *Kwartalnik Historyczny* veröffentlichten polnischen Fassung in Helena Madurowicz-Urbańska (Anm. 35). Ich zitiere dies als „Bujak (1976)“.

71 Deutsch: Jede Erscheinung trägt einen typischen Kern in sich, vgl. Bujak (1976), S. 266.

72 Franciszek Bujak, *Historia stosunków gospodarczych*. Antrittsvorlesung an der Jagiellonen-Universität Krakau vom 15. November 1905, Wiederabdruck in: Madurowicz-Urbańska (Anm. 35), S. 446ff.

ministische Konzepte.<sup>73</sup> In seinen frühen Arbeiten lehnte er – insofern noch in der Tradition des Historismus – alle Versuche ab, den Verlauf der Wirtschaftsgeschichte im Rahmen eines einzigen universalen Konzepts zu erklären, denn „*każda epoka gospodarcza wymaga sformułowania dla niej osobnej teorii*“.<sup>74</sup> Er kritisierte beispielsweise mehrfach die Wirtschaftsstufenlehren der Jüngerer Historischen Schule (Schmoller, Bücher, Sombart) mit dem Hinweis, sie seien sowohl in ihrer räumlichen als auch zeitlichen Gültigkeit begrenzt, insbesondere nicht unmittelbar auf Polen anwendbar.<sup>75</sup> Vermutlich entwickelte Bujak diese Positionen in kritischer Auseinandersetzung mit der deutschen Historiographie während seines Studienaufenthalts in Leipzig. Die Kritik Kötzschkes an seinem Leipziger Kollegen Karl Bücher könnte Bujak mitgeprägt haben,<sup>76</sup> während er sich offenbar weiter als Kötzschke vom geographischen Determinismus bei Ratzel distanzierte. In den folgenden Jahren modifizierte Bujak seinen Standpunkt dahingehend, daß er verstärkt nomothetische Konzepte in Bezug auf sozioökonomische Strukturen einbezog, aber ohne jemals von daher auf den historischen Verlauf als ganzes zu schließen. Sein Entwurf einer historischen Synthese von 1923 weist einige Gemeinsamkeiten zu den Positionen der frühen *Annales* auf. Bujak ging dabei zunächst vom menschlichen Handeln aus, dessen Freiheit er in den Kategorien *celowość* [Zweckorientierung] und *świadomość* [Bewußtheit] beschreibt. Aus der sozialen Natur des Menschen leitete er anschließend die Existenz gesellschaftlicher Strukturen ab, die jene Freiheit eingrenzen, etwa indem ein *mechanizm społeczny* [gesellschaftlicher Mechanismus] das zweckorientierte Handeln vieler zu unvorhersehbaren Ergebnissen transformiert.<sup>77</sup> Um vor diesem Hintergrund eine umfassende Geschichte des historischen Verlaufs zu schreiben – Bujak sprach von einer *pełna historia* – schlug er vor, die Wirklichkeit in drei Schichten zu beschreiben: neben dem politischen Bereich müßten

73 In Auseinandersetzung mit dem geographischen Determinismus bei Stanislaus von Hupka schrieb Bujak 1912: „Wola i wiedza ludzka górują nad przyrodzonymi warunkami, cała kultura ludzka jest pod wpływem działania woli i wiedzy ludzkiej na naturę“; vgl. Franciszek Bujak, *Kilka przyczynków i sprostowań do pracy Dra St. Hupki: O rozwoju stosunków włościańskich nad górna Wielopolką w Galicji Zachodniej (pow. Ropczycki)*, in: *Ekonomista*, Bd. 12/ IV (1912), S. 70-96, hier S. 94f.

74 Deutsch: Jede Wirtschaftsepoche erfordert die Formulierung einer eigenen Theorie.

75 Franciszek Bujak, *Rzut oka na historię stosunków gospodarczych w Polsce*, in: *Myśl Polska*, Bd. I, Krakau 1906, S. 554-557, hier S. 556.

76 Vgl. Haas (Anm. 11), S. 205.

77 Vgl. Bujak (1976), S. 258f. Es ist interessant, daß Bujak solche „Überraschungen“ sozialer Interaktion damit begründete, daß die Bewußtheit menschlichen Handelns beschränkt sei. In der volkswirtschaftlichen Literatur widmet man ähnlichen Phänomenen unter dem Stichwort der „bounded rationality“ seit den 1980er Jahren verstärkte Aufmerksamkeit.

auch wirtschaftliche und soziale sowie *duchowe* [geistige] Entwicklungen erfaßt werden.<sup>78</sup> Diese Schichten ordnete er hierarchisch in der Art, daß sich der wirtschaftliche und soziale Bereich weitgehend aus politischen, dieser sich wiederum aus geistigen Entwicklungen erschließen lasse – allerdings eingeschränkt durch die Existenz des genannten *mechanizm społeczny*.<sup>79</sup> Er fundierte diese Hierarchie zwar nicht theoretisch, aber sie bot ihm doch einen Rahmen, um soziale und wirtschaftliche Phänomene in die historische Forschung einzubeziehen, ohne zugleich auf die Darstellung von handelnden Individuen und ihren Motiven zu verzichten. Seinem eigenen Werk wies er damit implizit einen bescheidenen Platz zu, indem er nicht den Anspruch erhob, die großen Linien des historischen Verlaufs vorzuzeichnen, sondern durch intensive Quellenarbeit den Hintergrund für das Bild einer *pełna historia* zu schaffen.

Jan Rutkowski faßte die Grundzüge seiner geschichtstheoretischen Positionen in dem erwähnten Vortrag unter dem Titel *Zagadnienie Syntezy w Historii Gospodarczej* auf dem IV. polnischen Historikerkongreß 1925 in Posen zusammen.<sup>80</sup> In seinem Vortrag führte er aus, daß Ziel aller historiographischen Arbeit die „synthetische“ Darstellung historischer Entwicklungen sein müsse, nämlich eine Darstellung, welche einzelne Phänomene als „gewisse organische Einheit“ in einen „inneren Zusammenhang“ stelle.<sup>81</sup> Im folgenden leitete er ab, wie sich auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte ein solcher Zusammenhang herstellen lasse. Wie Bujak ging Rutkowski zunächst von der Zweckorientierung menschlichen Handelns aus, die im wirtschaftlichen Bereich auf die Erlangung wirtschaftlicher Güter gerichtet sei.<sup>82</sup> Auf „aggregierter“ Ebene äußere sich dieses Streben in einer bestimmten Aufteilung des Volkseinkommens – in Abhängigkeit von nahezu allen Aspekten einer Gesellschaft, die politischen Ideen eingeschlossen. An anderer Stelle konkretisierte er dies und unterschied sieben

78 Vgl. dazu Tomasz Pawelec, *Trzy wizje dziejów* – F. Bujak, M. Handelsman, J. Rutkowski, in: J. Maternicki, *Środowiska Historyczne II Rzeczypospolitej*, Bd.V, Warschau 1990, S. 166-186, hier S. 170f.

79 Vgl. Franciszek Bujak, *Zagajenie do dyskusji na IV Sekcji V Zjazdu Historików Polskich*, in: *Pamiętnik V Powszechnego Zjazdu Historików Polskich w Warszawie 1930*, Warschau 1931, Bd. II, S. 328f.

80 Jan Rutkowski, *Zagadnienie Syntezy w Historii Gospodarczej*, in: *Pamiętnik IV Powszechnego Zjazdu Historików Polskich w Poznaniu 6-8 grudnia 1925*, Lemberg 1925), Bd. I, S. 1-7. Ich zitiere nach dem Wiederabdruck in M. Serejski (Hrsg.), *Historycy o Historii*, Bd. II, Warschau 1966, S. 352-358 als „Rutkowski (1966b)“.

81 „Konstrukcja syntetyczna nie ogranicza się do prostego usystematyzowania faktów, lecz przedstawia je w ich wewnętrzny związek jako pewną organiczną całość“, vgl. Rutkowski (1966b), S. 353.

82 „Celem gospodarczej działalności poszczególnych jednostek jest zdobycie sobie odpowiedniej ilości dóbr gospodarczych“, vgl. Rutkowski (1966b), S. 356.

Aspekte. Neben der Zusammensetzung des Güterangebots und den Produktionsmethoden zählte er auch die geltenden rechtlichen und informellen Normen, die herrschenden theoretischen, technischen und wirtschaftspolitischen Ideen sowie sozialreformerische oder revolutionäre Bestrebungen dazu.<sup>83</sup> Damit dient bei Rutkowski die Untersuchung der (sozialen)<sup>84</sup> Aufteilung des Volksvermögens einer Gesellschaft zu einem historischen Zeitpunkt als innerer Zusammenhang für eine synthetische Darstellung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einer Epoche in einem sehr umfassenden Sinn. Um die soziale Aufteilung des Volksvermögens und deren Entwicklung darzustellen, schlug er vor, statt mit einer einfachen Klassenstruktur zu arbeiten, von einer möglichst differenzierten sozialen Schichtung der Gesellschaft auszugehen.<sup>85</sup>

Ewa Domańska hat darauf hingewiesen, daß Rutkowski dabei immer die Möglichkeit von Stagnation und Rückentwicklung [„cofnania się“] historischer Prozesse einbezog, also keinen „linearen“ historischen Verlauf postulierte.<sup>86</sup> In der Konsequenz wandte sich Rutkowski mehrfach gegen deterministische Geschichtsauffassungen, obwohl er insgesamt der marxistischen Historiographie gegenüber aufgeschlossener war als Bujak.<sup>87</sup> Damit wird zweierlei deutlich: zum einen ist seine Methodologie individualistisch, insofern kollektive Phänomene auf menschliches Handeln zurückgeführt werden.

Rutkowski grenzte die Betrachtung menschlicher Handlungen aber auf eine „standardisierte Handlungsdisposition“ ein, nämlich auf „zweckorientiertes menschliches Handeln“ im wirtschaftlichen Bereich und kann damit, anders als die traditionelle Historiographie, den Bezug zu sozioökonomischen Strukturen herstellen.<sup>88</sup> Zum anderen zeigt sieh, daß Rutkowskis Konzeption einen durchaus weitreichenden Ansatz in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte darstellt. daß Rutkowski in seinem Vortrag seine Ausführungen auf den Bereich der Wirtschaftsgeschichte be-

83 Jan Rutkowski, *Historia gospodarcza Polski*, Posen 1946, S. 17f.

84 Zwar bietet Rutkowskis Ansatz einige Bezugspunkte zur volkswirtschaftlichen Theorie; die sogenannte „Verteilungstheorie“ fragt aber in der Regel nicht nach der sozialen, sondern nach der funktionalen Aufteilung des Volkseinkommens, nämlich zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Humankapital, Kapital und Boden.

85 Vgl. Rutkowski (1966b), S. 356.

86 Ewa Domańska, *Przejście od feudalizmu do kapitalizmu w świetle prac Jana Rutkowskiego*, Manuskript, Posen 1987). Ein Exemplar dieses Manuskripts findet sich im Archiv des Poznańkie Towarzystwo Przyjaciół Nauk in Posen.

87 Vgl. Rutkowski (1966b), S. 355; siehe auch Topolski (Anm. 27), S. 252f.

88 Ohne darauf Bezug zu nehmen, ist dies der methodologische Individualismus, wie er sich in den klassischen Arbeiten von Adam Smith findet, siehe dazu Ch. Lorenz, *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie*, Köln u.a. 1997, hier S. 295ff.

schränkte, erklärt sich letztlich aus seinem ausdrücklichen Verzicht auf eine Metatheorie. Während er es deshalb vermied, von den sozioökonomischen Strukturen auf den gesamten historischen Verlauf zu schließen, bezog er doch umgekehrt politische Aspekte und individuelles Handeln sehr weitgehend in die Untersuchung der sozioökonomischen Strukturen mit ein. Mit Blick auf die historicistische Tradition einer Wirtschaftsgeschichte möchte ich daher trotz aller Einschränkungen von einer „gesamtgeschichtlichen Alternative“ bei Rutkowski sprechen.

In der Diskussion im Anschluß an Rutkowskis Vortrag machte Bujak zwei Kritikpunkte an dessen methodologischem Konzept geltend. Zum einen hielt er die Quellenlage für unzureichend, um in dieser Weise zu arbeiten, zum anderen bezweifelte er prinzipiell, ob das Konzept ausreichend sei, eine umfassende Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu schreiben und plädierte für einen Methodenpluralismus.<sup>89</sup> Rutkowski verwies demgegenüber auf die Offenheit seines Ansatzes gegenüber Untersuchungen zu den genannten Aspekten der sozioökonomischen Struktur.<sup>90</sup> Offensichtlich war Bujak damals bemüht, ein Zerwürfnis mit Rutkowski zu vermeiden, denn er hielt an dieser Stelle weitere Kritik zurück, die er erst einige Jahre später – nach Gründung der *Roczniki* – in einer Besprechung zu einer Arbeit von Rutkowskis Schüler Marian Kniat anbrachte.<sup>91</sup> Letztlich vertraten jedoch beide eine Konzeption, die überindividuellen (wirtschaftlichen und sozialen) Strukturen eine Realität und gewisse Erklärungskraft zuwies, ohne die deterministischen Implikationen eines methodologischen Kollektivismus wie bei Durkheim oder Marx.<sup>92</sup> Bujak näherte sich dem aus der Perspektive des handelnden Individuums indem er einen *mechanizm społeczny* zuließ, der die Erklärungskraft individuellen (politischen) Handelns eingrenzt. Rutkowski dagegen ging in seiner Argumentation von gesellschaftlichen Strukturen – der Aufteilung des Volksvermögens – aus und versuchte, über die Einführung standardisierter Handlungsdispositionen diese auf eine eingeschränkte Form individuellen Handelns zurückzuführen. Diese Gemeinsamkeiten konnten die Grundlage für eine zweite Phase

89 Vgl. Pamiętnik IV Powszechnego Zjazdu Historików Polskich w Poznaniu 6-8 grudnia 1925, Lemberg 1925), Bd. II: Protokoły, S. 93.

90 Ebd. S. 93f. sowie die Einleitung zu Jan Rutkowski, *Badania nad podziałem dochodów w polsce w czasach nowożytnych*, Bd. I, Krakau 1938), S. 1-10; ich zitiere nach dem Wiederabdruck in Marian Serejski (Hrsg.), *Historycy o historii*, Bd. II, Warschau 1966, S. 352-358 als Rutkowski (1966c), S. 372-380, hier S. 373.

91 Vgl. die Rezension Bujaks zu Marian Kniat, *Gospodarze znaczenie ciężarów ludności włościańskiej w Polsce w XVIII w.*, in: RDSiG, Bd. I (1931), S. 218ff. und die folgende Auseinandersetzung zwischen Bujak und Kniat in RDSiG, Bd. II (1933), S. 618-628.

92 Vgl. Rutkowski (1966b), S. 354; zu Bujak vgl. Pawelec (Anm. 78), S. 169.

ihrer Zusammenarbeit bilden, die mit der Gründung der Zeitschrift *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* ihren Anfang nahm.

### 2.3. Die Gründung der *Roczniki* als Institutionalisierung einer „gesamtgesellschaftlichen Alternative“

Im Jahre 1927 unternahm Bujak den Versuch, den Kontakt mit Rutkowski zu intensivieren und schickte ihm den soeben erschienen dritten Band der *Badania z dziejów społecznych i gospodarczych* mit einer Arbeit seines Schülers Persowski. Im Gegenzug bat er um Werke Rutkowskis für die Bibliothek seines Seminars in Lemberg.<sup>93</sup> Als ihm Rutkowski das Manuskript seiner Arbeit *Podział dochodów w żupach ruskich za Zygmunta Augusta* zuschickte<sup>94</sup> – es war der erste Versuch, sein methodologisches Konzept auf einen konkreten Gegenstand anzuwenden – antwortete Bujak: „Książkę o podziale dochodów przeczytałem już do połowy z wielkim zajęciem: wyborna rzecz – wzorowa monografia historyczno-gospodarcza, co prawda nie pierwsza spod Pańskiego pióra“.<sup>95</sup> Was Bujak zu seiner Initiative veranlaßte, ist unklar, aber er scheint die Zusammenarbeit mit Rutkowski zielstrebig gesueht zu haben. Von besonderem Interesse sind dabei die Beziehungen beider nach Frankreich. Auf dem Brüsseler Kongreß von 1923 hatte bekanntlich Henri Pirenne für das erste Zeitschriftenprojekt von Bloch und Febvre geworben, und man darf ausschließen, daß dies Bujak, der an jenem Kongreß teilnahm, entgangen wäre. Darüber hinaus hatten zwei seiner Schüler, nämlich Stanisław Hoszowski und Stefan Ingot, nach dem Krieg in Frankreich studiert. Zumindest Ingot, der in den 1920er Jahren einige Zeit an der Universität Straßburg verbrachte,<sup>96</sup> muß dabei als angehender Wirtschaftshistoriker mit Bloch und Febvre in Kontakt gekommen sein. Bujak wird also von den Plänen zur Gründung der *Annales d'histoire économique et sociale* schon 1927 gewußt haben. Ein Jahr später (1928) kam es während des VI. internationalen Historikerkongresses in Oslo zu einer Begegnung zwischen Rutkowski und Bloch, der für das be-

93 Brief Bujaks an Rutkowski vom 25. Januar 1927, vgl. Archivmappe 1506 im Archiv der PTPN; im folgenden zitiere ich als PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 25. 01. 1927.

94 Es erschien 1928 in Posen als Jan Rutkowski, *Podział dochodów w żupach ruskich za Zygmunta Augusta*.

95 Dt.: Das Buch über die Einkommensverteilung habe ich mit großem Interesse bereits zur Hälfte gelesen: eine vorzügliche Sache – eine musterhafte wirtschaftshistorische Monographie, in der Tat nicht die erste aus Ihrer Feder“, vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 10. Dezember 1927.

96 Bujak erwähnte dies gegenüber Rutkowski, allerdings ohne dabei ein Wort zu Bloch oder Febvre zu verlieren, vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 28. März 1930.

vorstehende Erscheinen der *Annales* warb.<sup>97</sup> Bloch veröffentlichte in der ersten Ausgabe der *Annales* eine umfangreiche und positive Kritik zu Rutkowskis *Zarys*, der 1927 in französischer Sprache erschienen war.<sup>98</sup> Es war wiederum Bloch, der sich kurz darauf – im Februar 1929, also kurz nach Erscheinen der ersten Ausgabe der *Annales* – an Rutkowski mit der Bitte wandte, für die nächste Ausgabe eine Arbeit des Bujak-Schülers Hoszowski zu rezensieren. Außerdem bat er Rutkowski um Mithilfe bei der Verbreitung der neuen Zeitschrift in Polen.<sup>99</sup> In einem Schreiben an Bujak vom Oktober 1929 warb Rutkowski daraufhin für die *Annales*, und fragte nach Interesse, sie für das Seminar in Lemberg zu beziehen. Er bemerkte außerdem in dem Schreiben, daß er sich Bloch gegenüber zu einer Mitarbeit an den *Annales* bereit erklärt habe und fragte Bujak, ob er ebenfalls zu dieser Zeitschrift beitragen wolle. Leider nahm Rutkowski in diesem Zusammenhang nicht zur Ausrichtung der *Annales* Stellung, sondern beschränkte sich auf den Hinweis, die Zeitschrift sei sehr gut redigiert, „*znacznie lepiej aniżeli Revue*“<sup>100</sup>.

Auf dieses Schreiben antwortete Bujak am 29. Dezember 1929 mit dem Vorschlag, gemeinsam eine eigene Zeitschrift in Form eines „*Kwartalnik Historii Ekonomicznej*“ zu begründen. Seine Schüler würden ihn, so schreibt Bujak, drängen, dieses Projekt gemeinsam mit ihm – Rutkowski – aufzunehmen. Bujak strebte das erste Quartal 1931 als Erscheinungstermin an und machte bereits konkrete Vorschläge zur Aufteilung der redaktionellen Arbeiten.<sup>101</sup> Leider ist die Antwort Rutkowskis nicht erhalten, doch aus dem nächsten Brief geht hervor, daß man sich zwischenzeitlich über den Plan verständigt hatte.<sup>102</sup> Bujak berichtete kurz darauf, er habe vom Natio-

97 Wie erwähnt, sollte sich Bloch zunächst nicht an dieses Treffen erinnern, vgl. Brief Bloch-Feuvre, Oslo 28. August 1928, in Müller (Anm. 28), S. 48-56, hier S. 52f. daß die Begegnung stattfand geht aber sowohl aus dem späteren Briefwechsel zwischen Rutkowski und Bloch als auch zwischen Rutkowski und Bujak hervor.

98 Vgl. Marc Blochs Rezension zu Jan Rutkowski, *Histoire économique de la Pologne avant les partages*, Paris 1927 unter dem Titel: *Economie de L'Europe slave*, in AHES, Bd. I (1929), S. 147-150.

99 Vgl. PTPN, Mappe 1521, Brief von Marc Bloch an Jan Rutkowski vom 18. Februar 1929. Rutkowski war der Bitte zwar entgegengekommen, die Rezension ist aber aus unbekanntem Gründen niemals in den *Annales* erschienen.

100 Dt.: „Wesentlich besser als die *Revue*“, Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Rutkowski-Bujak vom 23. 10. 1929. Vermutlich ist mit „*Revue*“ die erwähnte *Revue d'histoire économique et sociale* gemeint, die in Konkurrenz zu den *Annales* stand, nicht die traditionsreiche *Revue Historique*.

101 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 29. 12. 1929. Die Behauptung von Anita K. Shelton, die erste schriftliche Erwähnung zur Gründung einer Zeitschrift sei auf den 19. März 1930 zu datieren, ist also nicht ganz korrekt; vgl. Shelton (Anm. 26), S. 202.

102 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 16. Januar 1930.

nenalen Kulturfonds eine Zusage über 7000 Złoty für das Projekt eines „*Rocznik historyczno-gospodarczy*“ erhalten.<sup>103</sup> In seiner Antwort vom Juni 1930 deutete Rutkowski an, sich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Projekt zurückziehen zu wollen.<sup>104</sup> Bujak mußte ihn geradezu drängen, als Mitherausgeber aufzutreten, was ihm erst nach einem längeren Briefwechsel gelang.<sup>105</sup>

Der Briefwechsel läßt also keinen Zweifel daran, daß die Begründung der *Roczniki* auf eine Initiative Bujaks (und seiner Schüler) zurückgeht, daß die Autorität Rutkowskis aber zugleich eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielte. Vermutlich war es gerade die zunehmende internationale Anerkennung, die Rutkowski seit der Veröffentlichung seiner Arbeiten in französischer Sprache erfuhr,<sup>106</sup> die Bujak dazu bewegte, ihn möglichst rasch in ein gemeinsames Projekt einzubinden. Mit Blick auf das von Rutkowski 1919 vorgeschlagene Zeitschriftenprojekt erscheint die Gründung der *Roczniki* dann als „nachholende Institutionalisierung“ der polnischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, allerdings nun auf der Grundlage ihrer Konzepte zu einer historischen Synthese. Diese Ausrichtung auf eine „gesamtgeschichtliche Alternative“ wird auch dadurch nahegelegt, daß die Gründung der *Roczniki* durch das Erscheinen der *Annales* zumindest mitveranlaßt wurde.<sup>107</sup> Zudem gibt es Hinweise darauf, daß

103 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 16. Juni 1930. In dem Brief bekräftigte Bujak eine Absprache mit Rutkowski, er selbst wolle den Rezensionsteil, die Chronik und den ganzen Rest der *Roczniki* übernehmen, während Rutkowski für die Artikel („*Rozprawy*“) zuständig sein solle.

104 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Rutkowski-Bujak vom 20. Juni 1930 und Bujak-Rutkowski vom 22. Juni 1930.

105 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 12. Juli 1930; Brief Rutkowski-Bujak vom 25. Juli 1930; Brief Bujak-Rutkowski vom 13. August 1930.

106 Neben der oben genannten Rezension zu Bloch in den *Annales* schrieb Manfred Laubert in der VSWG eine positive Rezension zu einem weiteren Werk, Johann Rutkowsky, *Le Régime agraire en Pologne au XVIII siècle*, Paris 1928, in: VSWG, Bd. 22 (1929), S. 100-102. Auch die erwähnte Veröffentlichung seines Vortrags von 1925 in der RSH, Bd. LXIII (1927), S. 15-25 wird seinen internationalen Ruf gefördert haben.

107 Obwohl zahlreiche Autoren auf diese Beziehungen hingewiesen haben, mußten die Zusammenhänge solange unklar bleiben, wie der Briefwechsel nicht ausgewertet wurde. Vgl. G. G. Iggers, *New Directions in European Historiography*, Middletown 1975, hier S. 138; B. Geremek, Marc Bloch, *Historien et Résistant*, in: *Annales E.S.C.* 1986, S. 1091-1105, hier S. 1091; Raphael (Anm. 20), S. 473; Shelton (Anm. 26), S. 201ff. Topolski (Anm. 27), S. 125; am treffendsten ist die Darstellung von Krzysztof Pomian, *Impact of the Annales School in Eastern Europe*, in: *Review*, Bd. 1/ Heft 3/4 (1978), S. 101-118, wenn er schreibt: „When Bujak and Rutkowski decided to publish their own *Annales*, they obviously could do this only because of the high level attained by social and economic history in Poland. But it is almost certain that the image of Marc Bloch's and Lucien Febvre's *Annales* was present in their minds at the time“; ebd. S. 108.

Bujak die *Roczniki* als Pendant zu den *Annales* im mittel- und osteuropäischen Sprachraum entworfen haben könnte, worauf ich unten zurückkommen möchte.<sup>108</sup> Ihre historiographischen Positionen hatten Bujak und Rutkowski allerdings schon wesentlich früher entwickelt und keinesfalls von den *Annales* übernommen. Es ist bemerkenswert, daß Bujak und Rutkowski in ihren Entwürfen zur inhaltlichen Konzeption der neuen Zeitschrift eben das intellektuelle Feld absteckten, auf dem sich auch die *Annales* bewegten.<sup>109</sup> Rutkowski trat dafür ein, sich an der *L'Année Sociologique* – dem Publikationsorgan der Durkheim-Schule – zu orientieren und theoretischen Arbeiten zu Methoden und Gegenstand der Historiographie einen hohen Stellenwert einzuräumen. Bujak und seine Schüler hatten dagegen zunächst das Konzept des *Czasopismo Geograficzne* vor Augen, das sich für einen Vergleich mit den *Annales de Géographie* der Vidal-Schule anbietet.<sup>110</sup> Diese Zeitschrift wurde vor dem Krieg von Eugeniusz Romer in Lemberg herausgegeben und behandelte geographische Themen in sehr umfassender Weise, angefangen von rein physischer Geographie bis hin zu historischer Humangeographie, wobei man besonders um disziplinären Austausch bemüht war.<sup>111</sup> Wenn in den späteren Ausgaben der *Roczniki* Fragen der Geschichtstheorie im Vergleich zu den *Annales* etwas mehr Platz eingeräumt wurde, drückte sich darin also Rutkowskis Einfluß aus. Schließlich enthält auch die Namensgebung beider Zeitschriften einen Hinweis auf ihre Beziehungen: mit Ausnahme der Wortumstellung „*społecznych*“ und „*gospodarczych*“ ist der Titel der polnischen Zeitschrift mit demjenigen der französischen identisch. Dies ist darauf zurückzuführen, daß einerseits Bujak seit Mitte 1930 die Zeitschrift als Jahresschrift („*Rocznik*“) konzipierte<sup>112</sup> und dazu einen Titel in Anlehnung an die *Badania z dziejów społecznych i gospodarczych* suchte,<sup>113</sup> daß andererseits Rutkowski einen ergänzenden Zusatz wie „*polskie*“ aber ab-

108 Vgl. das Vorwort zu Band III (1934) der *Roczniki*, in: RDSiG, Bd. III (1934), S. V-VII.

109 Vgl. PTNP, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 7. Januar 1931. Bujak faßte in diesem Brief – nach Drucklegung des ersten Bandes der *Roczniki* – die Diskussion zwischen ihm und Rutkowski um die inhaltliche Ausrichtung der *Roczniki* zusammen.

110 Die *Annales de Géographie* wurden von Albert Demangeon herausgegeben, der Mitglied des ersten Redaktionskomitees der *Annales d'histoire économique et sociale* und ständiger Mitarbeiter war, vgl. Müller (Anm. 28), S. XXVI.

111 Vgl. Jerzy Twarogowski, *Poczet wielkich geologów*, Warschau 1974; *Rocznik Polskiego Towarzystwa Geologicznego*, Bd. 26/4, Krakau 1957.

112 Vgl. PTNP, Mappe 1506, Nr. 23, Brief Bujak-Rutkowski vom 16. Juni 1930.

113 Im Vorwort zur ersten Ausgabe der *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* (RDSiG) werden Bujak und Rutkowski diese Beziehung betonen, vgl. RDSiG, Bd. I (1931), S. III-VI.

lehnte.<sup>114</sup> Mit Blick auf die französische Fassung des Zeitschriftentitels beließ man es offenbar letztlich bei der Umstellung der Adjektive, um von den französischen *Annales* unterscheidbar zu bleiben.

Die Entstehung von *Annales* und *Roczniki* steht also in einem engen Zusammenhang, sie läßt sich aber weder als vollkommen parallele Rezeptionsgeschichte dritter Entwicklungen darstellen, noch erscheinen die *Roczniki* als Nachahmung der *Annales*. Im Vergleich zu den *Annales* spielte bei den *Roczniki* der Aspekt der Institutionalisierung des eigenen Fachs in Zusammenhang mit der Neugründung des polnischen Staates eine größere Rolle. In Hinblick auf die historiographischen Positionen Bujaks und Rutkowskis wird aber deutlich, daß sich die Zeitschriftengründung nicht auf diesen institutionellen Aspekt reduzieren läßt. Im folgenden soll kurz und wiederum mit einem Schwerpunkt auf den *Roczniki* dargestellt werden, wie sich die Zeitschriften unter ihren Gründungsherausgebern institutionell und inhaltlich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten.

### 3. Zur institutionellen und historiographischen Entwicklung der *Roczniki*

Es wäre voreilig, von den historiographischen Konzepten der Gründungsherausgeber unmittelbar auf die Zeitschrift selbst zu schließen. Ob und inwiefern die institutionellen Rahmenbedingungen und Setzungen – vor allem Mitarbeiterkreis, formaler Aufbau und thematische Schwerpunkte – die historiographischen Positionen der Zeitschriftengründer widerspiegeln, muß eine eigene Untersuchung zeigen. Diese Fragestellung erfordert zunächst einige Bemerkungen zur Periodisierung, denn ähnlich wie bei den *Annales* brach für die *Roczniki* mit dem Zweiten Weltkrieg eine Entwicklung ab. Nach Kriegsende kam es bei beiden Zeitschriften – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen – zu weitgehenden Neuorientierungen der historiographischen Konzepte.

Während bei den *Annales* seit 1946 allmählich eine neue Generation von Historikern um Fernand Braudel und Ernest Labrousse ihre eigenen historiographischen Schwerpunkte einbrachte,<sup>115</sup> erfuhren die *Roczniki* nach dem Krieg starken politischen Druck zur Umgestaltung der polnischen Wissenschaften im Sinne des Marxismus-Leninismus. Sowohl Bujak wie auch Rutkowski gerieten schnell in die Kritik marxistischer Histo-

114 Vgl. PTNP, Mappe 1506, Nr. 45, Brief Rutkowski-Bujak vom 7. April 1931.

115 Vgl. Zu Veränderungen der Annales-Historiographie siehe J. Revel, *The Annales: Continuities and Discontinuities*, in: *Review*, Bd. 1, Heft 3/4 (1978), S. 9-18; Lutz Raphael, *The Present as a challenge for the Historian. The contemporary World in the Annales E.S.C., 1929–1949*, in: *Storia della Storiografia*, Bd. 21 (1992), S. 25-44.

riker, wobei neben Natalia Gąsiorowska, die jahrelang Mitarbeiterin bei den *Roczniki* war,<sup>116</sup> insbesondere Witold Kula eine Rolle spielte, der bekanntlich mit Braudel in engem Kontakt stand, seitdem sie einige Zeit gemeinsam in einem deutschen Kriegsgefangenenlager verbringen mußten.<sup>117</sup> Bujak wurde weitgehend isoliert, nachdem er sich mehrfach ablehnend gegenüber jeder Form marxistischer Historiographie geäußert hatte und sich unter anderem geweigert hatte, die Aufnahme Gąsiorowskas in die Polnische Akademie der Wissenschaften zu unterstützen. Obwohl er neben Rutkowski bis 1948 als Herausgeber aufgeführt wurde, schied er tatsächlich schon 1947 aus der Redaktion der *Roczniki* aus.<sup>118</sup> Aber auch Rutkowski, der gegenüber marxistischen Konzeptionen aufgeschlossener war,<sup>119</sup> verlor seinen Einfluß. Auf dem VII. allgemeinen polnischen Historikerkongreß, der 1948 in Breslau stattfand, übte Kula aus einer marxistischen Perspektive scharfe Kritik an Rutkowskis Konzeption der Einkommensverteilung<sup>120</sup> und bezeichnete sie später als „*koncepcja typowo drobnoburżuazyjna*“.<sup>121</sup> Der Umstand, daß Kula 1947 in Band IX der *Roczniki* einen seiner ersten großen Artikel veröffentlichen konnte und 1948 im folgenden Band X sogar mit zwei Artikeln vertreten war, obwohl Rutkowski noch als Herausgeber der Zeitschrift auftrat, verdeutlicht die neue Situation.<sup>122</sup> Die *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* können nach 1948 nicht mehr als Institutionalisierung der historiographischen Positionen Bujaks und Rutkowskis betrachtet werden.

116 Vgl. die Rezension von Natalia Gąsiorowska zu Rutkowskis Werk *Historia gospodarcza Polski*, Bd. I: *Czasy przedrobiorowe*, Posen 1946, in: RDSiG, Bd. IX (1947), S. 154-159.

117 Stanisław Arnold dagegen, der ebenfalls zu marxistischen Theorieansätzen neigte, trat nicht durch Kritik an Bujak und Rutkowski hervor.

118 Vgl. Shelton (Anm. 26), S. 210f.; außerdem vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujaks an Rutkowski vom 6. Februar 1946 sowie vom 9. Oktober 1947.

119 Vgl. Topolski (Anm. 27), S. 248f.

120 Vgl. W. Kula, *Wielkość i podział dochodu w ustroju feudalnym*, in: *Pamiętnik VII Powszechnego Zjazdu Historików Polskich*, Bd. I, Warschau 1948, S. 387-396. Siehe auch J. Topolski, *Zwischen Dogma und Pluralismus. Die Historiker und der Staat in Polen nach dem zweiten Weltkrieg*, in: ders. (Hrsg.), *Historisches Bewußtsein und politisches Handeln in der Geschichte. Ergebnisse der gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam Mickiewicz-Universität Poznań und des Historischen Seminars der Universität Hannover*, Poznań 1994, S. 121-128, hier S. 124.

121 Dt.: „Eine typisch kleinbourgeoise Konzeption“, vgl. W. Kula, Vorwort zu Jan Rutkowski, *Studia z dziejów wsi polskiej XVI-XVIII w.*, Warschau 1956, S. 5-64, hier S. 53.

122 Vgl. W. Kula, *Manufaktura sukienna Radziwiłłów w Nieświeżu*, in: RDSiG, Bd. IX (1947), S. 1-43; sowie ders. *O pewnym aspekcie postępu gospodarczego*, in: RDSiG, Bd. X (1948), S. 173-184 und ders., *Nowsza literatura do dziejów fluktuacyj gospodarczych w Europie*, in: RDSiG, Bd. X (1948), S. 205-254.

Die institutionelle und inhaltliche Entwicklung der *Annales* ist bereits mehrfach eingehend untersucht worden, und soll hier nur knapp skizziert werden. Bloch und Febvre hatten die Veröffentlichung der *Annales* gut vorbereitet und konnten dabei auf die Unterstützung von Max Leclerc, der an der Spitze des Hauses *Librairies Armand Colin* stand, zählen.<sup>123</sup> Während zu Beginn Wissenschaftler aus dem Umfeld der Universität Straßburg in den *Annales* dominierten, gelang es Bloch und Febvre schnell, den Mitarbeiterkreis international zu erweitern. Der Briefwechsel zwischen Bloch und Febvre belegt, welche Anstrengungen beide unternahmen, um neue Mitarbeiter zu gewinnen und zugleich die Zeitschrift in Bibliotheken und Seminaren weit über Frankreich hinaus zu verbreiten. Allerdings erhielten sie professionelle Unterstützung durch den Verlag *Armand Colin*.<sup>124</sup> Durch eine umfangreiche Korrespondenz und Reisetätigkeit schufen beide ein Netzwerk persönlicher Kontakte,<sup>125</sup> was sicherlich durch die Aufnahme Febvres in das *Collège de France* in Paris 1933 und die Berufung Blochs an die *Sorbonne* 1936 erleichtert wurde. Neben dem erwähnten Auftreten Blochs in Oslo 1928 ist hier zum Beispiel seine Reise nach England im Jahre 1934 zu nennen, während derer er Kontakte zu Clapham, Coulton, Postan, Power und Tawney knüpfte.<sup>126</sup> Bezüglich mittel- und osteuropäischer Länder dominierten die Kontakte zu polnischen Wissenschaftlern, wobei an erster Stelle Jan Rutkowski zu nennen ist. Man unterhelt aber ebenso zu ungarischen, tschechischen, bulgarischen oder rumänischen Wissenschaftlern Beziehungen.<sup>127</sup> Der Umstand, daß die *Annales* ausschließlich in französischer Sprache abgefaßt waren, stand dabei offenbar innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft dieser Zeit der internationalen Verbreitung der Zeitschrift nicht entgegen.

123 Vgl. Müller (Anm. 28), S. XXV. Siehe dazu auch B. Lyon/M. Lyon, *The Birth of Annales-History: the Letters of Lucien Febvre and Marc Bloch to Henri Pirenne*, Brüssel 1991.

124 Vgl. Brief von Lucien Febvre an Marc Bloch, Straßburg, den 13. Juni 1928, in Müller (Anm. 28), S. 15-16.

125 Vgl. P. Schöttler, *Französische und deutsche Historiker-Netzwerke am Beispiel der frühen „Annales“*, in: H. Bozarlan (Hrsg.), *Regards et miroirs. Mélanges Rémy Leveau*, Leipzig 1997, S. 213-226.

126 Vgl. Fink (1987), S. 178 und S. 197.

127 Zwischen 1929 und 1948 erschienen zahlreiche Beiträge in den *Annales*, die sich mit Autoren aus mittel- und osteuropäischen Staaten befaßten oder von solchen Autoren verfaßt wurden:

Polen	Rumänien	Tschechoslowakei	Ungarn	Bulgarien
42	19	18	16	3

Vgl. dazu M.-A. Arnould, *Vingt Années d'histoire économique et sociale. Table analytique des Annales fondées par Marc Bloch et Lucien Febvre (1929-1948)*, Paris 1953.

Der formale Aufbau der *Annales d'histoire économique et sociale* blieb zwischen 1929 und 1938 nahezu unverändert. Die Ausgaben waren zunächst nach vier, später (seit Band V, 1933) nach sechs Abschnitten gegliedert. Darüber hinaus enthielt jeder Band einen Index über Autoren und einzelne Schlagworte („*Index bibliographique*“). Nach 1929 kam es nur zu kleinen Modifikationen dieses Aufbaus, die aber deutlich widerspiegeln, wie Bloch und Febvre ihre historiographischen Positionen über diesen formalen Rahmen zu transportieren suchten. Zum einen wurde der Gegenwartsbezug der Zeitschrift stärker betont, indem man den Unterabschnitt „*Économistes et Historiens*“ um „*Hommes d'action*“ erweiterte (seit Band III, 1931) und besonders indem laufenden Forschungen mit hoher Aktualität als „*Enquêtes contemporaines*“ ein Platz eingeräumt wurde (Band IV, 1932 bis Band VI, 1934). Außerdem wurden, beginnend mit Band IV, die „*Questions de fait et de méthode*“ zu einem eigenen Abschnitt aufgewertet, ebenso wie die „*Problèmes d'ensemble*“ mit Band V (1933). Beides läßt sich als Versuch deuten, den geschichtstheoretischen Konzepten im Sinne einer historischen Synthese eine explizite Form zu geben. Interessant ist schließlich, daß der Unterabschnitt „*Économistes, Historiens, Hommes d'action*“ mit Band X (1938) gestrichen und auch später nicht mehr aufgegriffen wurde: man verzichtete auf die Betrachtung einzelner Persönlichkeiten auch im Rahmen des Wissenschaftsbetriebs. Was die Zeitschrift während des Zweiten Weltkriegs betrifft, so konnten nie *Annales* zwar weiter erscheinen, aber doch nur in modifizierter Form. Schon auf Grund materieller Beschränkungen seit 1939, aber vor allem wegen der Zensur, die sofort nach der Besetzung Frankreichs einsetzte,<sup>128</sup> möchte ich darauf verzichten, formale Veränderungen dieser Zeit zu interpretieren.

Thematisch lassen sich die *Annales* in der Zeit zwischen 1929 und 1945 nur schwer eingrenzen. Die einzelnen Beiträge spiegelten die interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Orientierung ihrer Herausgeber wider: ökonomische, geographische und soziologische Perspektiven finden sich ebenso wie sprachwissenschaftliche oder ethnologische. Dennoch ergibt eine quantitative Untersuchung, daß in den *Annales* zwischen 1929 und 1938 wirtschaftshistorische Fragestellungen mit 57,8 Prozent dominierten gegenüber solchen, die als „sozialhistorisch“ (10,4 Prozent) oder „kulturhistorisch“ (10,4 Prozent) klassifiziert werden könnten.<sup>129</sup> Der überwiegende

128 Ein Hinweis auf diese Zensur ist beispielsweise, daß Marc Bloch auf Grund seiner jüdischen Herkunft in den *Annales* nach 1940 nur noch unter dem Pseudonym „M. Fougères“ publizieren konnte; vgl. dazu L. Febvre, Marc Bloch fusillé... in: *Mélanges d'histoire sociale* Band VI (alte Zählung Band XVI) (1944), S. 5-8.

129 Vgl. Wesseling, H.-L. und J. L. Oosterhoff, *De annales, geschiedenis en inhoudsanalyse*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis*, Bd. 99 (1986), S. 559.

Teil der Beiträge läßt sich dabei unter zwei großen Themenkomplexen fassen: der sich entwickelnde europäische Handelskapitalismus sowie der Wandel der Agrarstrukturen seit dem Mittelalter bis zur Französischen Revolution.<sup>130</sup> Entsprechend bilden Forschungsgegenstände aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit einen Schwerpunkt der Zeitschrift. Allerdings stehen dem einige Bände mit explizitem Bezug auf das 19. und 20. Jahrhundert gegenüber, etwa die Untersuchungen zu den europäischen Bankenkrisen (Band IV, 1932), oder zum Aufstieg des Nationalsozialismus (Band IX, 1937). Entscheidend ist, daß sich die einzelnen Perspektiven und Prägungen, sei es durch die Soziologie Durkheims, die ökonomischen Ansätze Simiands oder die Geographie der Vidal-Schule nicht scharf voneinander getrennt wiederfinden. Vielmehr waren die *Annales* von Untersuchungen geprägt, die historische Probleme im Sinne einer umfassenden historischen Synthese behandelten und damit oft zu neuen Fragestellungen fanden. Beispielhaft sind hierfür neben den großen Artikeln von Bloch und Febvre, die Arbeiten zur Familiengeschichte,<sup>131</sup> einer sehr weit gefaßten Technikgeschichte,<sup>132</sup> oder auch erste Ansätze zu einer Umweltgeschichte.<sup>133</sup>

Im Vergleich zu den *Annales* erschien der erste Band der *Roczniki* unter größeren materiellen Schwierigkeiten. Bujak war es im Juni 1930 gelungen einen Zuschuß des Nationalen Kulturfonds zu erhalten,<sup>134</sup> der wie oben erwähnt seit 1919 die Mittel der *Kasa im. Mianowskiego* verwaltete. Es konnte allerdings zunächst weder ein Verlag noch eine andere Institution gefunden werden, um die Zeitschrift zu edieren, so daß die ersten drei Bände der *Roczniki* in Form einer privaten Publikation Bujaks und Rutkowskis mit Lemberg als Erscheinungsort erschienen. Auf Betreiben Bujaks übernahm 1935 das Lemberger *Towarzystwo Naukowe* die Zeitschrift unter der Voraussetzung, daß die Finanzierung weiterhin vom nationalen Kulturfonds gesichert wurde.<sup>135</sup> Diese Regelung blieb bis zum Erscheinen des ersten Teils von Band VIII im Jahre 1939 in Kraft. Nach dem Krieg, der unter anderem zum Verlust Lembergs geführt hatte, wurden die *Rocz-*

130 Vgl. Raphael (Anm. 20), S. 94.

131 Z. B. R. Aubernas, La famille dans l'ancienne Provence, in: AHES, Bd. VIII (1936), S. 523ff.

132 Etwa M. Blanchard, Aux origines de nos chemins de fer: saints-simoniens et banquiers in: AHES, Bd. X (1938), S. 97ff. oder J. Mayor, Une surproduction sociale: le technicien en chômage, in: AHES, Bd. VIII (1936), S. 412.

133 L. Mazoyer, Exploitation forestière et conflits sociaux, in: AHES, Bd. IV (1932), S. 339-358.

134 Vgl. PTPN, Mappe 1506, Brief Bujak-Rutkowski vom 16. Juni 1930.

135 Vgl. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski, Przedmowa, in: RDSiG, Bd. IV (1936), S. IX-X.

*niki* als Publikation des *Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk* (PTPN) weitergeführt und durch das Bildungsministerium finanziert. Der Erscheinungsort Posen, der seit 1946 angeführt wurde, war auch ein Hinweis darauf, daß der Schwerpunkt der redaktionellen Arbeit an Rutkowski übergegangen war.

Zu Beginn ihres Projekts hatten Bujak und Rutkowski Zweifel, ob die Zeitschrift einen ausreichenden Kreis an Mitarbeitern und Leserschaft finden könnte.<sup>136</sup> Schließlich konnte man anders als Bloch und Febvre nicht auf die Unterstützung durch ein Verlagshaus zählen. Doch die nächsten Ausgaben machten deutlich, daß die *Roczniki* auf große Resonanz gestoßen waren, jedenfalls verdoppelte sich die Zahl der Mitarbeiter von 49 in Band I auf 95 in Band III. Während der gesamten Zwischenkriegszeit setzte sich diese Mitarbeiterschaft aus allen Teilen Polens zusammen, wobei Lemberger Wissenschaftler mit einem durchschnittlichen Anteil von etwa einem Drittel dominierten, gefolgt von Wissenschaftlern aus Warschau (ein Fünftel) und erst an dritter Stelle von solchen aus Posen (ein Zehntel). Im Vergleich zu den *Annales* dominierten in diesem Kreis die Historiker deutlicher, wenngleich einige Ausnahmen zu nennen sind: zum Beispiel die Ökonomen Tadeusz Brzeski und Roman Rybarski, der Archäologe Tadeusz Sulimirski oder der Orientalist Jan Reychman.

Mit dem zweiten Band der *Roczniki* wurde der bemerkenswerte Versuch unternommen, die Zeitschrift über Polen hinaus zu etablieren und insbesondere den mittel- und osteuropäischen Raum einzubeziehen. Einem Artikel von Vaclav Cerny zu neuesten wirtschaftshistorischen Forschungen in der Tschechoslowakei in Band II folgten ähnliche Arbeiten zur russischen (Band III und IV) und ungarischen (Band VI) Forschung auf diesem Gebiet sowie zahlreiche Rezensionen zu Veröffentlichungen aus diesen Ländern. Im Vorwort zu Band III konkretisierten Bujak und Rutkowski ihre Pläne mit der Ankündigung, die *Roczniki* bei entsprechender Resonanz zu einer polnisch-tschechoslowakischen Zeitschrift erweitern zu wollen. Zugleich veröffentlichten sie in Band III zwei Artikel sowie mehrere Rezensionen in tschechischer Sprache.<sup>137</sup> Vermutlich auf Grund politischer Spannungen<sup>138</sup> konnten diese Bemühungen nicht weitergeführt wer-

---

136 Vgl. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski, *Od Wydawców*, in: RDSiG, Bd. I (1931), S. VI.

137 V. Cerny, *Polska sul na Orave*, in: RDSiG, Bd. III (1934), S. 143-178 und J. Simak, *Jan Peisker*, in: a.a.O., S. 295-300; vgl. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski, *Przedmowa*, in: RDSiG, Bd. III (1934), S. V-VII.

138 Im Vorwort zu Band IV der *Roczniki* sprachen die Herausgeber gewisse politische Spannungen an (die unter anderem in Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Abkommen von 1934 standen) sowie die begrenzten Kapazitäten, die eine Ausweitung

den, obwohl weiterhin bis 1939 tschechische und auch ungarische Historiker in den *Roczniki* publizierten. Diese Initiative, die mit großer Wahrscheinlichkeit auf Bujak zurückzuführen ist,<sup>139</sup> erscheint wie der Versuch, die *Roczniki* als Pendant der französischen *Annales* in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu etablieren. Gleichzeitig wurde mit Band III ein unmittelbarer Bezug zu den *Annales* hergestellt, indem man Henri Hauser als Mitarbeiter gewinnen konnte. Bis 1939 veröffentlichte Hauser insgesamt elf Rezensionen in den *Roczniki*. Abgesehen von einem Beitrag von François Ganshof (Gent) in Band III gelang es jedoch nicht, weitere westeuropäische oder deutsche Historiker zur Mitarbeit zu gewinnen. Mit dem Krieg brachen auch diese internationalen Beziehungen ab und konnten nicht wiederhergestellt werden.

Die thematische Ausrichtung und den formalen Aufbau der Zeitschrift hatten Bujak und Rutkowski wie gesehen gemeinsam entworfen, wobei anfänglich Bujak einen größeren Einfluß ausübte. Zunächst ist zu bemerken, daß man Wert darauf gelegt hatte, die *Roczniki* als Forum und Instrument wissenschaftlicher Arbeit zu gestalten.<sup>140</sup> Seit dem ersten Band wurde die Zeitschrift in einen Abschnitt „*Rozprawy i referaty*“ und einen zweiten „*Recenzje i sprawozdania*“ von etwa gleichem Umfang aufgeteilt. In einigen Bänden schlossen daran Diskussionsforen und kurze Informationen an. Neben einem Inhaltsverzeichnis enthielten die *Roczniki* eine alphabetische Liste der Mitarbeiter (mit Angabe ihrer Wirkungsstärke) sowie ein alphabetisch nach Autoren gegliedertes Verzeichnis der besprochenen Arbeiten. Ebenso wie der gesamte Umfang der Zeitschrift, waren auch die Artikel im ersten Abschnitt von höchst unterschiedlicher Länge.<sup>141</sup> Daher war es nützlich, daß beginnend mit Band III jedem Artikel eine Gliederung vorangestellt wurde, um bei längeren Arbeiten die Orientierung zu vereinfachen. Mit Blick auf eine internationale Leserschaft begann man seit Band II –

---

der *Roczniki* nicht zuließen; vgl. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski, *Przedmowa*, in: *RDSiG*, Bd. IV (1936), S. IX-X.

139 Bujak hatte früh intensive Kontakte zu tschechischen Historikern aufgenommen und publizierte einen seiner ersten Artikel zu Franciszek Palacki i jego znaczenie dla odrodzenia Czech, in: *Ateneum*, Bd. III (1898), S. 397-437. Außerdem war er Mitglied der tschechischen Landwirtschaftsakademie und des Slawischen Instituts in Prag; vgl. *Biogramy Uczonych Polskich*, Teil I, Heft 1, Warschau 1983, S. 169.

140 Vgl. A. Wyczański, *The Annals of Polish Social and Economic History* (*Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych*), in: *The Journal of European Economic History*, Bd. 6/1 (1977), S. 215-226, hier S. 218.

141 Band I (1931) hatte 388 Seiten Umfang, Band III (1934) bereits 768 Seiten, Band V (1936) wiederum nur 480 Seiten. Nach dem Kriegsband VIII (1939/46) erschien Band IX (1946) mit 260 Seiten, Band X hatte bereits wieder einen Umfang von über 470 Seiten. Auch die Länge der Artikel schwankte zwischen unter zehn und über 150 Seiten beträchtlich.

abgesehen von dem Titel der Zeitschrift, der seit dem ersten Band auch in französischer Sprache angegeben wurde und abgesehen von den erwähnten Arbeiten in Band III (1934) in tschechischer Sprache – ein Inhaltsverzeichnis in französischer Sprache beizufügen und seit Band III zudem die Artikelgliederungen in französischer oder englischer – jedoch niemals in deutscher – Sprache anzugeben. Darüber hinaus wurden unregelmäßig Zusammenfassungen in englisch oder französisch beigelegt. Über die Thematik der Artikel und die Auswahl der besprochenen Arbeiten kamen nun in diesem Rahmen die historiographischen Positionen Bujaks und Rutkowskis zum Ausdruck. Obgleich Rutkowski, wie erwähnt, von vornherein die Redaktion der Artikel übernehmen sollte, waren die ersten beiden Bände durch das Forschungsprogramm Bujaks bestimmt. Band I und II sind dominiert von Arbeiten der Schüler Bujaks, etwa zu Preisgeschichte (Hoszowski), Siedlungsgeschichte (Karpinieć), Handelsgeschichte (Ingłot) oder zur Geschichte der Naturkatastrophen (Walawender).

Daneben macht sich aber schon Rutkowskis Forderung nach einem hohen theoretischen Anspruch bemerkbar, beispielsweise in einem Grundsatzartikel von Stanisław Arnold über die Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte oder in kritischen Auseinandersetzungen mit dem Werk Tuhan Baranowskis, Georg von Belows, oder G. de Marez'. Mit Band III werden verstärkt Untersuchungen zur neuzeitlichen Entwicklung der Bevölkerungsschichtungen, sowie Aspekte der Eigentumsverhältnisse behandelt – also Themen, die in Zusammenhang zu Rutkowskis Konzeption einer historischen Synthese gesehen werden können. Entscheidend ist allerdings, daß die *Roczniki* ähnlich wie die *Annales* offen gegenüber Forschungsansätzen und Fragestellungen anderer Sozialwissenschaften waren. An erster Stelle ist dabei die Geographie zu nennen, die zum einen über Themen der Stadt- und Siedlungsgeschichte, zum anderen über programmatische Artikel zu einer Klimageschichte (Band III) oder die Beziehung zwischen Ökonomie und Geographie (Band VIII) einbezogen wurde. Außerdem finden sich einige Artikel, deren Fragestellungen an Entwicklungen der theoretischen Ökonomie orientiert sind (Band V, VI, VII, VIII). Daneben enthalten die frühen *Roczniki* methodische Artikel, in denen die gesamtgeschichtliche Orientierung der Zeitschrift zum Ausdruck kommt, wie der Aufsatz von Stanisław Klimek zu den Methoden einer Kulturgeschichte (Band III), oder die Arbeit von Kazimierz Majewski zu archäologischen Forschungsmethoden (Band IV). Gewisse Verschiebungen in der Perspektive der *Roczniki* werden deutlich, wenn man den zweiten Abschnitt der Zeitschrift – „*Recenzje i sprawozdania*“ – im Zeitablauf betrachtet. Band I gliederte diese Rezensionen in die folgenden Gebiete: „*Historja społeczna i gospodarcza: Opracowania ogólne*“, „*Historja*

doktryn i metodologia“, „Źródła“, „Stosunki wiejskie“, „Stosunki miejskie“, „Górnictwo i przemysł“, „Handel i komunikacje“, „Pieniądz, ceny, kredyt i skarbowość“, „Ludność i ruchy społeczne“, „Geografia historyczna“, „Ekonomika i statystyka“, „Nauki społeczne i pokrewne“, „Dydaktyka historii“, „Różne“. Während dieser Aufbau im Vergleich zu demjenigen der *Annales* stärker von einer Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinn dominiert war, wurde dieses Spektrum mit Band II durch Aspekte einer „Historja kulturalna“ und ein Gebiet „Praca i sprawy społeczne (ubezpieczenia i bezrobocie)“ wesentlich erweitert. In den folgenden Jahren bis 1947 waren vor allem zwei Veränderungen von Bedeutung. Zum einen wurde die „Dydaktyka historii“ mit dem Hinweis auf das Erscheinen der didaktischen Zeitschrift *Wiadomości Historyczno-dydaktyczne* (seit 1933) aufgegeben.<sup>142</sup> Zum anderen schränkte man seit Band V (1936) Rezensionen zu rein ökonomischen Arbeiten ein und erfaßte sie unter „Historja doktryn i metodologia“ mit. Damit ging aber keineswegs der Blick für wesentliche Entwicklungen auf diesem Gebiet verloren, wie die Rezension von Wincenty Styś zu John M. Keynes Hauptwerk *The General Theory of Employment, Interest and Money* in Band VI (1937) belegt.

Es fällt auf, daß sich in den *Roczniki* bis 1947 keine Rezension zu Arbeiten von Bloch und Febvre findet. Die kurze Notiz zu den *Annales* (Band II), die von Natalia Gašiorowska verfaßt wurde, geht kaum auf deren historiographische Positionen ein, sondern stellt formale Informationen zu der Zeitschrift in den Vordergrund. Demgegenüber wurden mehrere Besprechungen zu Emile Durkheim, Francois Simiand und Henri Sée, zu Werken von Karl Marx und Friedrich Engels, aber auch zu Rudolf Kötzschke, Josef Kulischer und Werner Sombart veröffentlicht. Das läßt sich als weiteren Hinweis darauf deuten, daß trotz vielfältiger Bezüge zu den *Annales* – insbesondere wäre die Rolle Henri Hausers näher zu untersuchen – deren unmittelbarer Einfluß auf die Historiographie der *Roczniki* begrenzt blieb.

#### 4. Zusammenfassung: *Roczniki* und *Annales* im Vergleich

Die Entstehung der *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* in Polen steht wie diejenige der *Annales d'histoire économique et sociale* in Frankreich im weiteren Zusammenhang der Krise des Historismus. Grundlegende Veränderungen in allen Lebensbereichen, die mit der Industrialisierung im wirtschaftlichen Bereich einsetzten und nach dem Ersten Weltkrieg

<sup>142</sup> Vgl. Franciszek Bujak und Jan Rutkowski, *Przedmowa*, in: RDSiG, Bd. III (1934), S. V.

die gesamte Gesellschaft erfaßt hatten sowie neue Deutungsansätze stellten den Erklärungsanspruch dieser Historiographie in Frage. *Annales* und *Roczniki* besitzen hierin zahlreiche gemeinsame Wurzeln, etwa die Rezeption des Methodenstreits um Karl Lamprecht, die Veröffentlichungen in der *Revue de la Synthèse Historique*, die Öffnung der Geschichtswissenschaft für Fragen der Humangeographie aber auch die Auseinandersetzung der Disziplin mit den Provokationen neuer Theorien (Durkheim, Marx). Allerdings kam ihnen zunächst durch Unterschiede in der Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft in Frankreich und Polen eine unterschiedliche Rolle zu: anders als die *Annales*, die als Gegenentwurf zur etablierten Wissenschaft wie der VSWG oder der RHES auftreten konnten, mußten die *Roczniki* die Fachwissenschaft erst selbst etablieren. Bei näherer Betrachtung relativiert sich dieser Unterschied jedoch wieder. Bloch und Febvre, wie auch Bujak und Rutkowski konnten sich Jahre vor der Gründung ihrer Zeitschriftenprojekte in ihrer jeweiligen nationalen Geschichtswissenschaft bestens etablieren. Und die Historiographie der *Roczniki* erwies sich durchaus als Entwurf zu einer neuen historischen Synthese. Den historiographischen Positionen der vier Historiker ist mit Blick auf den Historismus vieles gemeinsam. Im Gegensatz zu einer Fixierung auf den Staat und politisches Handeln wird die Erklärungskraft wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen entdeckt, aber – und das erscheint in Anbetracht konkurrierender Entwürfe dieser Zeit bemerkenswert – nicht ihrerseits absolut gesetzt. Kennzeichnend ist es, daß man Entwicklungen in anderen Sozialwissenschaften kritisch rezipiert und in die eigene Historiographie einbezieht. Zumindest gilt das für die vier Gründungsherausgeber. Allerdings lassen sich hierin Unterschiede sowohl zwischen den *Annales* auf der einen und den *Roczniki* auf der anderen Seite, als auch zwischen den Gründern der *Roczniki* feststellen. Während Bloch und Febvre in den *Annales* darauf verzichten, eine Synthese theoretisch zu formulieren, sondern sie *par l'exemple et par le fait* anstreben, entwerfen Bujak und Rutkowski ein solches Konzept explizit. Dabei beschränken sie ihre eigene Arbeit – Rutkowski deutlicher als Bujak – auf das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, liefern aber zugleich Ansätze, wie sich dies in eine alle Lebensbereiche umfassende Historiographie integrieren läßt. In den *Roczniki* spiegelt sich dies in einer vergleichsweise stärkeren Fokussierung auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte wider, die aber regelmäßig durch fachübergreifende Bezüge aufgebrochen wird. Die Historiographie der frühen *Roczniki* war ähnlich zu derjenigen der *Annales* von der Suche nach einer neuen historischen Synthese geprägt.

---

## Buchbesprechungen

**Jan Assmann, Heil und Herrschaft. Politische Theologie in Altägypten, Israel und Europa, Carl Hanser Verlag, München 2000, 339 S.**

**Jan Assmann, Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, Beck, München 2000, 256 S.**

Seit einiger Zeit tritt der Heidelberger Ägyptologe *Jan Assmann* aus seiner engeren Fachöffentlichkeit heraus und wendet sich einem breiteren wissenschaftlichen und wissenschaftlich interessiertem Publikum zu. Zusammen mit seiner Frau, der Konstanzer Anglistin *Aleida Assmann*, regt er seit einiger Zeit die nun auch in Deutschland in Gang gekommene Diskussion über Funktions- und Wirkungsweise öffentlichen Erinnerens mit eigenen Positionen an. Dabei kann er aus seiner spezifischen Kenntnis der Quellen Altägyptens und auch des Vorderen Orients gängige Setzungen und Kategorien infrage stellen. Dies rechtfertigt m.E. die Vorstellung der im Ansatz vergleichenden Studie über politische Theologien in einer Zeitschrift, die auch die Tradition eines die in Deutschland üblichen Epochen Grenzen überschreitenden Instituts lebendig erhalten will. Das gleiche gilt für die wohlfeile, *Assmanns* Kerngedanken gut bündelnde und durch Register gut erschlossene Aufsatzsammlung „Religion und kulturelles Gedächtnis“.

Die Studie „Heil und Herrschaft“ läßt sich u.a. lesen als eine materialgestützte Auseinandersetzung mit den

Konnotationen des im 20. Jahrhundert gängig gewordenen Begriffes „politische Theologie“. In den einleitenden Kapiteln arbeitet *Assmann* die normativen Potentiale der von Carl Schmitt in den 1920er Jahren formulierten „Politischen Theologie“ heraus und zeigt, wie Schmitt von der Deskription historischer politischer Theologien übergeht zu einer normativen Hypostasierung des Primates des Religiösen über das Politische. Für Schmitt liege das Theologische dem Politischen voraus und müsse dementsprechend zum Tragen kommen. Daraus folge die bekannte Überhöhung der Freund-Feind-Unterscheidung als Staatszweck, die ihrerseits das Thema der Gewalt, also einen Teilbereich des Politischen, letztlich zum einzigen Wesensmerkmal des Politischen verabsolutiere. (Heil u. Herrschaft, S. 11-25)

*Assmann* stellt gegen Schmitt die These auf, daß die theologische Überhöhung von Politischem ihrerseits ein Ergebnis historischer Veränderungen, also das Politische dem Theologischen vorgelagert sei. Erst im Laufe der Krisen der pharaonischen Ordnung während des Mittleren Reiches und vor allem des Neuen Reiches habe sich eine Beziehung zwischen politischer und religiöser Sphäre herausgebildet, die eine Umwertung im Sinne eines Primates des Religiösen zulasten des Politischen im mosaischen Judentum des Exodus vorbereitet habe. Moses habe die aus der monotheistischen Zwischenzeit des thebanischen Gottes-

staates unter Echnaton zu Beginn des 14. Jh.s latent verbliebenen Vorstellungen nun bewußt in einer „normativen Inversion“ verwendet, um durch die Sakralisierung politischer Lebensbereiche eine Entpolitisierung der um gemeinsame Ordnung und Gerechtigkeit kreisenden Themen zu erreichen. Die Übergabe der Gesetzestafeln von Gott direkt an seinen Propheten Moses markiere diese qualitative Veränderung in historischer Zeit (Heil u. Herrschaft, S. 29-32), universalhistorisch zu verorten im Untergang der bronzezeitlichen Welt im Mittelmeerraum und Vorderen Orient. Mit dieser These von der „normativen Inversion“ greift *Assmann* auf die Überlegungen seiner Studie über Moses als Tradierer der latenten monotheistischen Strömung des neuen Reiches zurück.<sup>1</sup>

Die Politische Theologie als „lehrhaft entfaltete Rede von der Beziehung zwischen Herrschaft und Heil“ (Heil u. Herrschaft, S. 16) entfaltet *Assmann* idealtypisch zunächst für das Alte Reich im 3. Jtsd. Dort konstatiert er die Grundannahme, daß menschliche und göttliche Welt unaufhebbar voneinander getrennt seien. Ein Fortgang der Welt sei nur dadurch möglich, daß Gott und König sich gemeinsam an ein Drittes, die sog. „Ma'at“ als chaosfeindlicher Ordnung ausgleichender Gerechtigkeit (Heil u. Herrschaft, S. 39), bänden. Obwohl sich die Handlungssphären Religion und Politik in der Hand des Pharaos vereinigten, seien sie getrennt; der Pharaos agiere in beiden Feldern, dabei sei der Bereich von Recht und Rechtsprechung nicht religiös sanktioniert, sondern nur soziopolitisch verortet (Heil u. Herrschaft, S. 40-45). Für das Denken im Alten Reich sei konstitutiv, daß erstens in der Gültigkeit einer primären Religion noch

nicht bewußt zwischen politischer und religiöser Ordnung unterschieden werde und folglich zweitens der Gedanke einer alternativen Ordnung noch nicht denkbar sei. Es herrsche die Notwendigkeit, der bestehenden Ordnung im Sinne der Ma'at zum Gelingen zu verhelfen. *Assmann* entfaltet dies an einzelnen Themen wie Gottesbild und Rolle des Zornes Gottes oder des Pharaos, wie konnektive, also vom Nexus Tun-Ergehen geprägte Gerechtigkeit („vertikaler Sozialismus“) oder wie symbolische Zugehörigkeit und Fremdheit. Die Strukturmerkmale ägyptischer Religion im Lichte universalhistorischer Vergleichsbeispiele arbeitet *Assmann* in „Religion und kulturelles Gedächtnis“ unter Verwendung der Unterscheidung zwischen primärer und sekundärer Religion und der dafür wichtigen Herausbildung eines Kanons heiliger Texte heraus (S. 45-61).

Auf den Untergang des Alten Reiches datiert *Assmann* das Auftreten von Totengerichtsvorstellungen (Heil u. Herrschaft, S. 63, S. 145-162), im sozialgeschichtlich erklärbaren Kontext einer Metaphorik von Gott als Patron und einer Rhetorik der Innerlichkeit (Heil u. Herrschaft, S. 119). Diese im Mittleren Reich verbreiteten Vorstellungen verändern die Normen der Lebenspraxis, indem sie ein Leben auf das Totengericht hin fordern und damit die Norm „vertikale Solidarität“ theologisieren durch die Vorstellung eines individuellen Gegenübers mit dem Richter. Mediengeschichtlich verkoppelt *Assmann* diesen Befund mit der Häufung schriftlich notierter Weisheitsliteratur im Zuge der politischen Restauration im Mittleren Reich (Heil u. Herrschaft, S. 190-192). Nach der Besetzung Syriens und Ägyptens durch

die semitischen Hyksosvölker zwischen 1700 und 1570 reagiert im Neuen Reich die Religion auf die vorangegangene Krise, indem sie weitere Lebensbereiche theologisiert: Krieg als Heiliger, durch den Tempelschatz finanzierter Krieg (Heil u. Herrschaft, S. 97), die neue Dämonisierung von Fremden als Religionsfeinden (Heil u. Herrschaft, S.238, vgl. auch der nachevodische Antisemitismus in Ägypten ebd., S. 242) oder die Interpretation von Plagen u.ä. als Zorn Gottes (Heil u. Herrschaft, S. 60-61). Hierbei kommt dem thebanischen Gottesstaat in der Zeit des Echnaton kurz nach 1400 eine zwar episodisch bleibende, aber typologisch besondere Bedeutung zu, weil er die Theologisierung weiterer Lebensbereiche weiter vorantreibt (Heil u. Herrschaft, S. 121-125). Stellt sich im Mittleren Reich ein starker Staat als Antwort auf eine Krise dar, so ist es jetzt die Religion – allerdings frei von Vorstellungen göttlicher Offenbarung (Heil u. Herrschaft, S. 196).<sup>2</sup>

Die im Alten Israel zum Tragen gekommene Vorstellung eines Bundes zwischen Gott und seinem Volk zeige: Das Judentum sei eine nach dem Muster politischer Bindungen gestiftete, sekundäre Religion (Heil u. Herrschaft, S. 51, S.75). Deren Ikonoklasmus, also das im Kampf gegen das Goldene Kalb verkündete Bilderverbot, sei eine politische Theorie der Gewalt mit einer starken Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Politische Ordnung sei eine Epiphanie von Gottesherrschaft, also das schlichte Gegenteil eines starken, ma'at-erhaltenden Staates in Ägypten. (Heil u. Herrschaft, S. 42-54) *Assmann* typisiert die staatlich schwache jüdische Theokratie einerseits als Gegentypus zum altägyptischen starken Staat und andererseits als

Ausfluß der in der Erinnerungsfigur Moses verdichteten Arkantradition des episodischen Monotheismus der Echnaton-Zeit (Heil u. Herrschaft, S. 247-258). Er entfaltet auch dieses anhand der Themen Gerechtigkeit, Sündebegriff, Ikonoklasmus als Opposition zur Idolatrie, Mechanismen der Selbstaussgrenzung (Ägypten: Selbstaussgrenzung des Landes, Israel: Selbstaussgrenzung des Volkes) und Verinnerlichung (u.a. als Verlagerung der Freund-Feind-Problematik im Zuge eines gewissenhaften Sündenbegriffes einer Schuldgesellschaft) und akzentuiert die besondere mediengeschichtliche Rolle der Thora. Im Aufsatz „Fünf Stufen auf dem Wege zum Kanon – Tradition und Schriftkultur im alten Israel und frühen Judentum“ spitzt er mit mediengeschichtlichen Argumenten seine Auffassung vom identitätspolitischen Paradigmenwechsel in der jüdischen Buchreligion weiter zu: Die Stufenfolge habe mit der Rechtskodifikation und der „Exkarnation von Tradition als Verschriftlichungsschub“ begonnen, um in der Endstufe den Bilderkult zu perhorreszieren und somit zu einer religiös aufgeladenen, fundamentalen Dichotomie zwischen „Wahrheit“ und „Lüge“ zu gelangen. Im welthistorischen Entwicklungsvergleich zwischen Ägypten und Judentum konstatiert er: „Idolatrie als kultureller Abscheu vermag am besten zu erklären, warum Ägypten trotz mancher Parallelen zum Judentum in der Antike einen anderen Weg, und letztlich unterging. Ägypten hat diesen Schritt in die Schrift nicht vollzogen, weil es an der symbolischen Präsenz des Göttlichen in der Welt festhielt. Im Horizont dieser vielfältigen kosmischen und kultischen Repräsentation ist die Sprache nur eines unter vielen Medien der Gottesnähe. In

Ägypten hat sich das Göttliche nicht aus der Welt, den Bildern und Riten in die Schrift zurückgezogen. Deshalb konnte es auch nicht in der Schrift überdauern und ging zusammen mit den Bildern und Riten unter.“ (Religion u. kult. Gedächtnis, S. 81-100, Zitat S. 99)

Die bisher skizzierten Ergebnisse führt *Assmann* in den Teilen „Politische Theologie zwischen Ägypten und Israel“, „Herrschaft“ (mit den Unterkapiteln „Legitimierung des Tötens“, „Politisierung durch Polarisierung“, „Vom Patron zum persönlichen Gott“) und „Gemeinschaft“ (mit Ausführungen über Scham, Schuld und Sünde, über Schrift und Normativität, über konnektive Gerechtigkeit sowie über Fremdheit) aus. Den vierten Teil von „Heil und Herrschaft“ widmet er der Figur Moses' als einer Figur der Erinnerung und seines Ikonoklasmus als politischer Theologie und der Rezeption der politischen Theologie Moses' in der Aufklärung unter der Topik einer „duplex religio“, eines Nebeneinanders einer öffentlichen und einer für eingeweihte Eliten bestimmten geheimen Religion. Einen Teil dieser Forschungen, v.a. die Rezeption Moses' bei Maimonides, den englischen Deisten Spencer und Toland sowie Warburton hatte *Assmann* 1996 als Hauptvortrag auf dem Münchener Historikertag vorgestellt und hat ihn in „Religion und kulturelles Gedächtnis“ auszugsweise wieder abgedruckt (Religion u. kult. Gedächtnis, S. 210-222). Dieser rezeptionsgeschichtliche Schwerpunkt, ohne dessen Kenntnis *Assmanns* ägyptologische und komparatistische Zugriffe forschungsgeschichtlich m.E. schwerlich zu erklären sind, wird im Aufsatzband weiter erhellt: Die Überlegungen zu Freuds Mosesbild, die *Assmann* in

„Moses der Ägypter“ schon angestellt hatte, werden hier vor allem methodologisch weiter zugespitzt. In dem Kapitel „Monotheismus, Gedächtnis und Trauma – Reflexionen zu Freuds Moses-Buch“ arbeitet *Assmann* die grundsätzliche archäologisch-exegetische Stimmigkeit der Faktenaussagen Freuds heraus und kann somit Freuds konstruktivistischen Umweg als „Hermeneutik des Mißtrauens“ (gegenüber dem Bibeltext) wegerklären. Als religionsgeschichtliche Quelle legten die Schlüsselgeschichten der hebräischen Bibel den religions- und mediengeschichtlichen Wandel sogar explizit offen. Durch philologische Ernstnahme der Quelle kommt *Assmann* zu einer differenzierten Ablehnung von Freuds Theorie von Religion als Wiederkehr des Verdrängten. „Freud hatte vollkommen recht, die Erforschung des Antisemitismus zum Gegenstand seiner psychohistorischen Analyse zu machen. Man muß nur die Richtung umkehren. Nicht aus den Archiven zurück in die vorschriftliche, ja vorsprachliche Urgeschichte der Menschheit führt der Weg zur Erkenntnis, sondern in den Archiven selbst entfaltet sich die Dynamik von Verdrängung und Erinnerung“. (Religion u. kult. Gedächtnis, S. 62-80, Zitat S. 79). Konsequenterweise greift *Assmann* Thomas Manns Freudrezeption und Verständnis des Mythos „als geistige Lebensform“ aus gedächtnisgeschichtlicher und ägyptologischer Perspektive auf, um Manns Topos von „zithaften Leben“ zu historisieren und den undifferenzierten Synkretismus der in den 1920er Jahren verbreiteten Mythos-Rezeption zu dekonstruieren: „Der Mythos von der Einheit des Menschengesistes hat Thomas Mann daran gehindert, der geistigen Welt Ägyptens in ihrer Fremdheit ansichtig

zu werden.“ (Religion u. kult. Gedächtnis, S. 185-209, Zitat S. 209)

In diesem Rahmen kann es nicht Aufgabe des Rezensenten sein, *Assmanns* Interpretationen und Deutungen im einzelnen auf ihre ägyptologisch-philologische Stimmigkeit hin zu überprüfen. Der Ansatz *Assmanns* verdient für universalhistorische und komparatistische Interessen aus folgenden Gründen Aufmerksamkeit:

Zum einen öffnet *Assmanns* Rekonstruktion neue Sichtweisen, die unfrüherfragte Selbstverständlichkeiten europäischer Neuzeithistorie relativiert: So weitet z.B. die Historisierung des Begriffes „Politische Theologie“ der Forschung die Denkspielräume, die Beziehung zwischen den Sphären des Politischen und des Religiösen differenzierter wahrzunehmen als bisher.

Zum anderen entwickelt *Assmann* seit „Das kulturelle Gedächtnis“<sup>5</sup> ein wissenschaftliches Vokabular, das auch zum kultur- und epochenübergreifenden Vergleich tauglich ist.

Zum dritten gewinnt die Geschichte der Speichermedien einen höheren Stellenwert für die Erklärung universalhistorisch differierender Entwicklungen, wofür *Assmann* unter Aufnahme der ethnologischen Theorie von der „zerdehnten Situation“ ein entsprechendes Vokabular entwickelt (vgl. in „Religion u. kulturelles Gedächtnis“ S. 101-123, S. 124-147, S. 147-166 und als Kontrast die Spezifik von Ritus als „In-Gang-Halten des Kosmos“ S. 167-184).

Zum vierten lenken die rezeptionsgeschichtlichen Kapitel die geistesgeschichtliche Aufmerksamkeit auf die latenten Diskurse der frühen Neuzeit und deren potentielle Einbindung in ein geistesgeschichtliches Gesamtbild vor allem von Aufklärung und hinsichtlich

der Freud'schen Mosesrezeption auch des 20. Jahrhunderts.

Friedemann Scriba

- 1 J. Assmann, Moses der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur, München 1998.
- 2 Dies begünstige die neuzeitliche Rezeption der ägyptischen Religion als „prisca theologia“ z.B. durch die Deisten und Freimaurer der Aufklärungszeit.
- 3 J. Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, München 1997. – In „Religion u. kult. Gedächtnis“ werden die Grundbegriffe noch einmal prägnant geklärt und im Gegensatz zu ritueller Erinnerung in bestimmten Stammeskulturen sowie in Dynamisierung des Archivbegriffes von J. Derrida weiter herausgearbeitet (S. 11-44, bes. S. 43-44). Unter der Überschrift „Erinnern, um dazuzugehören. Schrift, Gedächtnis und Identität“ wird diese Thematik mediengeschichtlich unter der Annahme ausgeleuchtet, daß Schrift zunächst als Speicher- und erst später als Kommunikationsmedium genutzt worden sei – hierbei auch mit forschungsgeschichtlichem Hinweis auf Nietzsche, Halbwachs, Warburg und Freud und Andeutungen zur Erweiterung eines beschreibenden Vokabulars mit Begriffen wie Auslagern, Rückgriff, Latenz, Renaissance (S. 101-123).

**Thomas Ahbe, Michael Hofmann (Hrsg.), Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die 50er Jahre in Sachsen, Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 2001, 183 S.**

Der kleine selbständige Apparate- und Gerätebauer Albert Schmidt steht vor seiner Werkstatt, einer offenkundig von Kriegszerstörungen verschont gebliebenen Garage. Über dem Tor

prangt die Parole: „Unser Ziel: Die klassenlose Gesellschaft“. Als Bildunterschrift der Herausgeber die kurze Zeile: „Die Selbständigen – vom Aussterben bedroht“. Nicht alle der 34 über den Band verteilten, insgesamt atmosphärisch dichten Bilder drücken alltägliche Befindlichkeiten und Widersprüchlichkeiten so gut aus wie dieses Auftakthild zum Kapitel „Organisieren und Absichern – Erinnerungen und Geschichten von Selbständigen und Angestellten“. Die Herausgeber haben im Sinne einer Oral-History-Sammlung Erinnerungen von Vertretern verschiedener Bevölkerungsgruppen vor allem aus Sachsen gesammelt, meistens in längeren Auszügen wiedergegeben und in einem Nachwort die darin aufscheinenden Wahrnehmungen und Handlungsoptionen von Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten sowie von Angehörigen der Intelligenz sortiert.

Im Eingangskapitel „Schnitten und Genießen – Erinnerungen und Geschichten von Arbeitern“ erscheinen Geschichten über Disziplin und Disziplinierung von Lehrlingen, über die Mischung von politischem Überengagement und Angst, über den Alltag der Wiederbewaffnungszeit, den erfolgreichen Streik bei Buchwitz gegen die Samstagsarbeit, über die AWGs und Warenschmuggel. Im mittleren, den Angestellten und Selbständigen gewidmeten Kapitel, spielen der überraschende Geldumtausch von 1957, die Abwanderung in die BRD (aber auch die Rückholung eines Kindes aus Bayern nach Leipzig) sowie der ständige Zwang zu politischen Bekenntnissen eine große Rolle. Das letzte Kapitel, „Streben und Streiten – Erinnerungen und Geschichten von Angehörigen der

Intelligenz“, vermittelt die Erfahrungen von Neulehrern und ABF-Abgängern, die Benachteiligung junger bekennender Christen, die Rolle der FDJ bei den III. Weltfestspielen der Jugend 1951 mit den Demonstrationen in West-Berlin und das Vorgehen der SED-Führung gegen Rock'n'roll.

Aus den verschiedenen Perspektiven erscheint der 17. Juni 1953 auch als ein alltagsgeschichtliches Schlüsseldatum, gefolgt von den Diskussionen um den Prügeleinsatz der West-Berliner Polizei gegen die FDJ-Demonstranten auf dem Kurfürstendamm. In den bürgerlichen Erzählungen erweist sich die Abwanderungsthematik als fast omnipräsent. Ebenso durchzieht fast alle Erzählungen die große Knappheit auch an Nahrungsmitteln bis hin zu Hungerphasen bei Studenten. Die politischen Stellungnahmen schwanken zwischen Distanz, Hoffnungen auf Besserung und opferbereiten Aufbaudaikalismus. – Die Zeugnisse üben eine z.T. hohe Suggestionskraft aus, die für alltagsgeschichtliche Erzählungen typisch sein kann, und sind daher für breitere Leserkreise attraktiv.

Im auch sprachlich wohlthuenden Nachwort akzentuieren *Ahbe* und *Hofmann* die von der BRD unterschiedlichen Rahmenbedingungen Verstaatlichung, weitgehender Elitenwechsel und Reparationsdruck. Die Vielfalt und Ambivalenz der Erfahrungen differiert in vielem von den Deutungen der offiziellen und regimekritischen Großzahlungen der DDR-Geschichte, so daß die Herausgeber abschließend von einer „Autonomie des Alltags“ im wohl reflektierten Wechselspiel mit den politischen Großereignissen und Strukturen sprechen und die Existenz eines eigenen alltags- und erinnerungsge-

schichtlich basierten „Kulturraumes Ostdeutschland“ über die „Wende“ 1989/90 hinaus feststellen. Der Rezensent schließt sich dem in der grundsätzlichen Tendenz an.

Der Rezensent fragt sich aber auch, inwiefern man von weitgehend sächsischen Erfahrungen auf eine gesamtostdeutsche Erinnerungsgemeinschaft schließen kann; denn für die 1950er Jahre wird man auch stark von noch landsmannschaftlich geprägten Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern ausgehen müssen. Für ein populäres Buch akzeptabel, für ein wissenschaftliches Interesse nicht zureichend beantwortet ist die Frage, inwieweit die aufscheinende „Autonomie des Alltags“ die Funktionsweise des Regimes (im weitesten Sinn) in den 1950er Jahren mitbeeinflusst: Kann man von einer relativen Autonomie der Alltagssphäre unter (ggf. rein äußerlicher) Erbringung bestimmter politischer Zugeständnisse sprechen? Oder ist der so strukturierte Alltag eine entscheidende Funktionsbedingung für das Funktionieren des Regimes Ulbricht? Woran sich – im Sinne eines historischen Urteils – die Frage nach der Wirksamkeit von individueller Verantwortlichkeit im Alltagshandeln anschließen würde.

Leider fehlt ein Hinweis darauf, wie die Zeitzeugen ausgewählt wurden, was für Leute sich evtl. solchen Interviews verweigerten. Nicht nachvollziehbar scheint mir – auch unter Berücksichtigung des städtischen Charakters Sachsens – das weitgehende Fehlen des ländlichen Bereichs: die Rolle der Neubauern einerseits, die Veränderung von Alltag und Identität durch die Einführung der MAS und der Kollektivierung seit 1952 andererseits.

Der Band kann die üblichen Groß Erzählungen und Gesamtdarstellungen mit der alltagsgeschichtlichen Perspektive ergänzen, an bestimmten Stellen auch brechen. Daher würde es sich lohnen, ihn als Grundlage einer methodisch geprägten Übung zur Alltagsgeschichte im akademischen Lehrbetrieb einzusetzen und als Grundlage für Vorleseteile und Lehrer Erzählungen im Geschichtsunterricht in der Schulbibliothek stehen zu haben. Auch im Hinblick auf deutsch-deutschen Mentalitätsvergleich mit seinen Rückwirkungen bis heute wächst die Neugier auf einen Folgeband über die 1960er Jahre.

Friedemann Scriba

**Bernd von Maydell/Shimomura, Takeshi/Tezuka, Kazuaki (Hrsg.), Entwicklung der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa, Duncker & Humblot, Berlin 2000, 587 S.**

Die im Vergleich zu Europa erheblich verzögerte Entwicklung eines japanischen Wohlfahrtsstaates geht einher mit einer ebenfalls verzögerten Wahrnehmung Japans innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaaten-Forschung. Erst langsam scheint sich die europäische Wissenslücke zu fernöstlichen Wohlfahrtssystemen zu schließen. Dies gilt noch am wenigsten für das japanische System, doch auch hier ist die Anzahl der vorliegenden Beiträge bislang überschaubar.<sup>1</sup>

Um so beachtenswerter ist der vorliegende Band „Entwicklung der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa“. Er ist die Textwiedergabe von Referaten zweier Symposien zum

Thema in Japan (1997) und Deutschland (1998) und spannt in mehr als 30 Beiträgen in englischer und deutscher Sprache einen weiten Bogen. Der Titel des Bandes verweist bereits auf die Mehrzahl der Anliegen der Herausgeber: Die Formulierung „soziale Sicherheit“ geht erstens bewußt über den enger gefaßten Begriff „Sozialpolitik“ hinaus und kann dadurch auch nicht-staatliche Komponenten in die Betrachtung nehmen. Dies ist insbesondere für die Beschreibung der japanischen Wohlfahrtsgesellschaft<sup>2</sup> und ihrer Traditionalismen wie Familienzentriertheit oder Konfuzianismus von Bedeutung. Zweitens wird durch die Gegenüberstellung „Japan und Europa“ ein systemübergreifender Vergleich angekündigt, der auch Stellungnahmen zu europäischen Problemlagen erwarten läßt.

Der Band teilt sich in drei – jeweils etwas unübersichtlich gegliederte – Teile: Einer umfassenden Erörterung der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Herausforderungen folgt die vergleichsweise knapp gehaltene Beleuchtung systemspezifischer Gestaltungselemente. Im dritten und umfangreichsten Teil schließlich erfolgt eine Beschreibung einzelner Bereiche sozialer Sicherheit, wobei hier der Schwerpunkt auf der Kranken- und Pflegeversicherung und der Gegenüberstellung japanischer und deutscher Besonderheiten liegt. Dieser japanisch-deutsche Vergleich bildet im übrigen durch nahezu den gesamten Band hinweg die Regel und rechtfertigt damit den Verweis auf Europa im Titel nur bedingt.

Die Mehrzahl der Beiträge widmet sich dem Themenbereich Kranken- und Pflegeversicherung. Hier herrscht bei

den versammelten Autoren weitgehende Übereinstimmung in der Problembewertung. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung medizinischer und pflegerischer Leistungen werden im allgemeinen zurückgeführt auf eine rapide „ergraurende“ Gesellschaft durch steigende Lebenserwartung und stark gesunkene Geburtenraten. Insgesamt ergibt sich dadurch und ergänzt durch einen Kostenanstieg infolge medizinisch-technischer Innovation auf lange Sicht eine nachteilige Verschiebung des Einnahme/Ausgaben-Verhältnisses im System gesundheitlicher Versorgung. Weniger prononciert werden ähnliche Diskrepanzen für die Systeme der Alterssicherung und der Sicherung bei Arbeitslosigkeit konstatiert, wobei hier neben der demographischen Entwicklung auch Bezug genommen wird auf die Folgen wirtschaftlicher Internationalisierung und – speziell im japanischen Fall – auf die Stagnation wirtschaftlichen Wachstums nach einer Phase außergewöhnlicher und langanhaltender Prosperität.

Diese Bestandsaufnahmen gelten weithin als bekannt und bergen insofern nur wenig Überraschendes. Interessant werden die Aufsätze und Referate jeweils dann, wenn sie sich *erstens* um einen Überblick des behandelten Bereiches sozialer Sicherheit bemühen (etwa *Hiroi* oder auch *Tominaga* zum Verhältnis von sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung im japanischen Längsschnittvergleich oder Neubauer zur Struktur des deutschen Gesundheitswesens). *Zweitens* geben die explizit als solche ausgewiesenen vergleichenden Berichte in der Regel eine anschauliche Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede

zwischen japanischem und deutschem Gesundheitswesen. Zugleich fungieren diese Berichte als Synthetisierung vorangegangener Beiträge. Die bei diesen Gegenüberstellungen sichtbar werdenden institutionellen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem japanischen System sozialer Sicherheit sind ihrerseits wiederum die Basis, um schließlich *drittens* einen auf das jeweilige System bezogenen Katalog von Reformfordernissen und -vorschlägen aufzustellen.

Diese Reformentwürfe ergeben – betrachtet man sie hinsichtlich ihrer gewollten Auswirkungen – zwei Stränge. Zum einen erfolgen vielfach Reformvorschläge, die sich den gegebenen institutionellen Bedingungen in durchaus moderater Weise anpassen. So etwa die von *Schmähl* präferierte und mittlerweile auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutierte Anhebung des Renteneinstiegsalters in Deutschland, die zwar unbestritten eine gravierende Veränderung des Anspruchserwerbs darstellt, am System der Rentenversicherung selbst (also insbesondere am Umlageverfahren) jedoch kaum Modifizierungen erforderlich machen würde. In die gleiche Richtung gehen Forderungen von *Fujii* oder *Fukawa*, die eine Ursache der Finanzierungskrise des japanischen Gesundheitswesens in unzureichender Qualitätssicherung und -kontrolle oder regelrechten Fehlleistungen wie der Verweigerung Pflegebedürftiger in Krankenhäusern sehen.

Eine konkrete Leistungsbewertung, so die Autoren, könne dazu beitragen, den durch medizinisch-technischen Fortschritt und Fehlleistungen bedingten Kostenanstieg zu begrenzen. Auch hier also Änderungen nicht an, son-

dern im System. Weitergehende Anregungen gehen über diesen Anspruch hinaus und diskutieren die Systembedingungen selbst. Hier eröffnet das Buch eine erstaunliche Breite. Verhandelt wird zwischen den Antipoden Privatisierung/Marktwirtschaft/ Eigenverantwortung einerseits und der Bedeutung des Staates für das System sozialer Sicherheit andererseits. Zu ersteren gehört etwa *Tajika*, der angesichts der staatlichen Dauerbezuschussung den Versicherungscharakter der japanischen Volkskrankenversicherung in Frage gestellt sieht und eine Ersetzung durch regional gegliederte, miteinander im Wettbewerb stehende öffentliche Versicherungen nach deutschem Vorbild befürwortet. Hiervon zu trennen sei jedoch die medizinische Versorgung Älterer, die selbst nach vorgeschlagenen deutlichen Beitragserhöhungen ein Zuschußbetrieb bliebe. Zu ähnlichen Befunden kommt *Tezuka*, der auf die geringere Effizienz öffentlicher Leistungsanbieter im Vergleich mit privaten abhebt. Nur am Rande wird hierbei jedoch auf ein Grundproblem marktwirtschaftlicher Organisation eingegangen: daß nämlich ein privatunternehmerisches Angebot, will es rentierlich sein, einer entsprechend ausgeprägten Nachfrage folgt. Gerade im ländlichen Raum aber kann diese Logik zur Unterversorgung führen, die eine rein ökonomische Definition von Effizienz fragwürdig macht. Nicht ökonomisch, sondern systemisch begründet *Mazal* sein Plädoyer für mehr Eigenvorsorge des Individuums.

Die weitverbreitete Anspruchshaltung der Leistungskonsumenten und die dem Versicherungsprinzip innewohnende Anonymisierung der Leistungsinanspruchnahme überfordere

die Idee gesellschaftlicher Solidarität. Die Entwicklung des deutschen Sozialrechts hat, so *Mazal*, an diesem Prozeß einen beachtlichen Anteil. Zu lösen glaubt *Mazal* dieses Problem dadurch, daß er den Leistungsempfängern ihre individuelle Verantwortung für die Solidargemeinschaft ins Bewußtsein ruft: durch Selbstbehalte, Zuzahlungen, verhaltensabhängige Beitragszuschläge oder -abschläge und ähnlichem. Nach *Mazals* Ansicht wird die verstärkte Wahrnehmung eigener Verantwortung die Solidargemeinschaft als Ganzes ermuntern und befähigen, ihrer Verantwortung für das Individuum in Notlagen auch zukünftig nachzukommen. Dieser nicht ohne weiteres einleuchtende Mechanismus (Rückbau des Sozialrechts und sozialer Rechte mit dem Ziel gesellschaftlicher Inklusion?) bleibt freilich unerklärt.

Dem anderen, gewissermaßen staatszentrierten Pol lassen sich all jene Reformvorschläge zuordnen, die sich zum Beispiel dem Beitrags- und Besteuerungssystem als Einnahmeseite der Sozialpolitik, insgesamt also der besonderen Rolle des Staates bei der Sicherung der Wohlfahrt widmen. So plädieren *Schmähl* im deutschen und *Tanaha* im japanischen Fall für eine Reform der Steuerstruktur weg von direkten hin zu indirekten Abgaben, um so die wachsende Gruppe älterer Menschen mehr an den Kosten sozialer Sicherung beteiligen zu können. Auch Beiträge zu Versicherungen sollten nicht mehr nur in Abhängigkeit von Einkommen, sondern auch von Vermögen erhoben werden, um durch eine derart verbreiterte Beitragsbasis die Ausgaben der Sozialversicherungssysteme tragbar zu machen. Vor skandinavischem Hintergrund hält *Petersen*

hingegen die Reduzierung der Beitragslast mit dem Ziel der Befreiung von versicherungsfremden Ausgaben und eine entsprechende Kompensation durch die Erhöhung etwa der Mehrwertsteuer für eine mögliche Sanierungsmaßnahme.

Angesichts der Vielfalt von Ansätzen gestaltet sich die Balance des Bandes zwischen der Behandlung detaillierter sozialrechtlicher Problemfelder und der Analyse des Systems sozialer Sicherheit als Ganzes schwierig. Die Abfolge von Beiträgen wirkt insbesondere in den ersten beiden Teilen des Buches etwas ungeordnet und wird zudem flankiert von Aufsätzen zur sozialen Sicherheit in China und zur Parteien- und Elitenproblematik bei der Durchsetzung von Reformen in der Alterssicherung. Ersteren sucht man nicht in einem Band zum japanisch-europäischen Vergleich, letzteren – eher politologisch orientierten – nicht unbedingt in einer Schriftenreihe für Sozialrecht. Auch wäre möglicherweise eine Konzentration des Sammelbandes auf das ohnehin weite Feld des Gesundheitswesens sinnvoll gewesen. Insgesamt jedoch liefert das Buch einen durchaus bemerkenswerten Überblick über Entwicklungstendenzen und Reformoptionen sozialer Sicherheit in Japan und Deutschland. Die Gegenüberstellung verschiedener Optionen in einigen Beiträgen (etwa *Maydell* zu Privatisierungstendenzen sozialer Sicherung) befähigt den interessierten und vorinformierten Leser zudem, die Argumente gegeneinander abzuwägen und sich einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten. Nicht wenige dieser Argumente haben nunmehr, zwei Jahre nach der dem Band zugrunde liegenden Veranstal-

tung, allgemeinen Zugang in die öffentliche Debatte gefunden. Nicht nur bezogen auf Japan ergibt sich somit für den Leser das Bild einer Gesellschaft auf der Suche nach modernen und allgemein akzeptablen Formen sozialer Sicherheit.

Thilo Fehmel

- 1 Vgl. z.B. S. Leibfried/M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Sozialpolitik in Japan, Schwerpunkt Heft der Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., Wiesbaden 1995 oder auch Takahashi, Mutsuko, The Emergence of Welfare Society in Japan, Aldershot 1998.
- 2 Zur japanischen Wohlfahrtsgesellschaft und zum Begriff allgemein siehe auch jüngst P. Bleses/M. Seeleib-Kaiser, Wohlfahrtsgesellschaft; in: G. Kneer/A. Nassehi/M. Schroe (Hrsg.), Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie, 2001.

**Roy E. Allen, Financial Crises and recession in the Global Economy. Second Edition, Edward Elgar Publishing limited, Cheltenham, UK/Northampton, MA USA, 1999, 212 S.**

Als 1994 die erste Auflage des Buches erschien, war sich die Kritik noch darin einig, daß der Autor in seiner Darstellung beträchtlich übertreibe. Finanz- und Wirtschaftskrisen seien in der New Economy eine Randerscheinung, nicht Bestandteil der Globalisierung der nationalen Wirtschaften. Seitdem hatte sich die Welt mit der Mexikokrise (1994/95), der Asienkrise (1997) sowie der Rußlandkrise (1998) auseinander zu setzen, um nur die wichtigsten Finanzkrisen von beträchtlichem Ausmaß zu nennen. Autor und Verlag fühlten

sich durch die reale Entwicklung der neunziger Jahre ermutigt, eine Neuauflage zu publizieren, die auch die Krisen der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (bis einschließlich 1998) verarbeitet.

Bevor der Autor, Ökonomieprofessor an einem College in Kalifornien (USA), im vierten Kapitel die Finanzkrisen, angefangen mit der Weltschuldenkrise 1982, abhandelt, beschäftigt er sich in drei Kapiteln mit der Expansion und Globalisierung der Finanzmärkte seit den siebziger Jahren. Diese habe dazu geführt, daß in den neunziger Jahren der Dollar zum Kern der Weltfinanzwirtschaft geworden sei. Etwa 60 Prozent des Weltwährungsbedarfs liefere heute der Dollar (20 Prozent die DM und zehn Prozent der Yen). Die USA haben dadurch unbegrenzten Zugang zu internationalen Sparguthaben gewonnen. Diese Position ermögliche es dem Heimatland des Dollar, jährlich 5-10 Mrd. Dollar an Zinskosten einzusparen, weitere 5-10 Mrd. Dollar durch das Monopol der Herausgabe von Münzen und Banknoten. Diese Situation der Weltfinanzen seien nicht mit der ersten Hälfte des 20. Jhs oder dem 19. Jh. vergleichbar, als noch das britische Pfund die international wichtigste Reservewährung war, aber doch stets im Wettbewerb mit potenten Währungen anderer Staaten.

Die heutigen Nationalstaaten, so meint der Autor, hätten die neue Situation noch nicht ganz begriffen.

Die erste von *R. E. Allens* im 5. Kapitel vorgestellten Thesen ist, daß es in den achtziger Jahren und gehäuft in den neunziger Jahre zu Finanzkrisen kam, weil versucht wurde, mit nationalstaatlichen Instrumenten außer Kontrolle geratende Vorgänge auf dem

Finanzsektor zu beherrschen, die profunde internationalen Charakter trugen. Die Ursachen der Finanzkrise befanden sich nicht nur, in der Regel sogar nicht einmal in erster Linie im Lande, in dem die Krise ausbrach (die Asienkrise startete z.B. in Thailand), sondern im Ausland. Im Falle der Asienkrise sieht sie der Autor in einem sich Mitte der neunziger Jahre vollziehenden Wechsel der staatlichen Finanzpolitik in den USA. Offshore-Banken, an keine nationalstaatliche Aufsicht gebunden, vermittelten und verstärkten die von den USA ausgehenden negativen Impulse im Land, in dem die Krise dann ausbrach.

Zweitens weist *R. E. Allen* darauf hin, daß die Finanzkrisen entstanden, weil vor allem die USA, aber auch die westeuropäischen Staaten, Entscheidungen über Zinsraten und zur Beeinflussung der Wechselkurse ihrer Währungen stets in nationalem Interesse fällten, auch wenn das (wie in der Asienkrise der Fall) für die dann von der Krise betroffenen Staaten genau die falsche Entscheidung war.

Drittens ist es weder den sich mit der Weltwirtschaft befassenden formalen Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) noch den informellen (z. B. den G 7-Gipfelkonferenzen) gelungen, dem Interesse an der Entwicklung der Weltwirtschaft als Ganzen dienenden Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen. Die Beschlüsse dieser Institutionen würden vor allem amerikanisches Interesse widerspiegeln.

*Allen* spricht in diesem Zusammenhang von einer Politik des Geld-Merkantilismus („money mercantilism“). Der Autor bezieht sich dabei auf den Merkantilismus bzw. Monetarismus

der Ancien Régime des 17. und 18. Jh.s, vor allem Frankreichs und Englands, die durch eine restriktive Handelspolitik bei sich Gold und Silber anhäuften und den Besitz dieser Edelmetalle weltweit als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht einsetzen. Das gleiche Ergebnis werde heute von den Ländern, deren Währung als Reservewährung dienen, durch die Nutzung der globalisierten Finanzmärkte erreicht. Die Öffnung der Handels- und Finanzmärkte in Asien, Afrika und Lateinamerika, deren „Dollarisierung“, habe dazu geführt, daß in der ersten Phase der Marktöffnung die Länder der Peripherie profitierten. Bei der nach einer Phase schnellen Wachstums in diesen Ländern aber unvermeidlichen Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs und dem darauf folgenden Rückzug des Dollars aus den als Geldanlage nummehr nicht mehr so interessanten bzw. nicht mehr so sicheren Ländern brächen dort Finanzkrisen aus, die den in der Peripherie neugeschaffenen Reichtum in die Kernländer umlenken würden. „Kernländer werden wahrscheinlich reicher aus der Krise herauskommen als zuvor und die Peripherieländer ärmer“ (S. 153). Einen „relativen Gewinn“ würden die Kernländer selbst dann erzielen, wenn auch sie von der Krise betroffen werden.

Der Autor hat seine Thesen nicht im Aneingang entwickelt. Er weist wiederholt auf Wirtschaftswissenschaftler hin, die ähnliche Beobachtungen wie er gemacht haben. (vgl. auch den Literaturanhang). *R. E. Allen* verhehlt aber auch nicht, daß seine Erkenntnisse grundsätzlich der herrschenden neoliberalen Auffassung widersprechen. Diese besagt, daß Finanzkrisen – wie

Wirtschaftskrisen überhaupt – in der liberalisierten Weltwirtschaft eigentlich nicht möglich sind. Sollten sie doch zustande kommen, so ist das die Schuld der von der Krise betroffenen Länder, die ihre Wirtschaft noch nicht genügend dereguliert haben bzw. gegen die Gebote der ökonomischen Rationalität verstoßen.

*Allens* Erklärungsansatz für internationale Finanzkrisen geht dagegen nicht von nationalen, sondern internationalen Finanzzusammenhängen aus. Auch betrachtet der Autor das internationale Finanzkapital nicht – wie vielfach üblich – als anonyme Macht, die einzelne Länder für wirtschaftliches Fehlverhalten ihrer Regierungen abstrafte, sondern nennt die Staaten beim Namen, die nicht nur vorübergehend Vorteile aus der Internationalisierung

der Finanzmärkte gezogen haben, sondern, die von ihr letztendlich profitieren.

Als Gewinner der Globalisierung identifiziert er vor allem die USA (und Westeuropa). Zu den Verlierern gehörten bereits in den achtziger Jahren die Staaten Afrikas und Lateinamerikas. In den neunziger Jahren gesellten sich die osteuropäischen Staaten (einschließlich Rußlands) und die ostasiatischen Staaten (ohne China, aber einschließlich Japans) hinzu.

Das Buch wird jedem, der sich mit der in den Medien immer wieder verbreiteten Auffassung, daß die Globalisierung nur Gewinner kenne, sofern man sich nicht gegen sie stemme, nicht zufrieden gibt, ein willkommener Denkanstoß sein.

Jörg Roesler

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Dietmar Bastian*, M.A., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft

*Joseph Esser*, Prof. Dr., Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB 03 Gesellschaftswissenschaft, WBE Produktion/Sozialstruktur

*Wolfgang Fach*, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft

*Thilo Fehmel*, stud. pol., Universität Leipzig, Institute für Soziologie und Politikwissenschaft

*Dietrich Fürst*, Prof. Dr., Universität Hannover, Institut für Landesplanung und Raumordnung

*Ulrich Hilpert*, Prof. Dr., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft, z. Zt. Kopenhagen

*Michael Keating*, Prof. Dr., European University Institute Florenz

*Wolfgang Luutz*, PD Dr. habil., Universität Leipzig, Sonderforschungsbereich 417

*Monika Micheel*, Dipl.-Geogr., Institut für Länderkunde Leipzig

*Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

*Dieter Rehfeld*, Prof. Dr., Institut für Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Leibniz-Sozietät, Berlin

*Friedemann Scriba*, Dr. phil., Evangelisches Schulzentrum Leipzig

*Peter Weichhart*, Prof. Dr., Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung

*Christine Weiske*, Prof. Dr., TU Chemnitz, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Stadt- und Regionalsoziologie

*Nikolaus Wolf*, M.A., Dipl.-Volksw., Humboldt-Universität zu Berlin, Graduiertenkolleg für Angewandte Mikroökonomik

# Aus dem Inhalt

## Aufsätze

- Wolfgang Fach*                      Symbolische Regionalpolitik. Eine Problem-  
skizze
- Wolfgang Lutz*                      Identitätspolitik qua symbolische Regional-  
politik. Das Beispiel Sachsen
- Michael Keating*                      Imagining the Region. Symbole und Stereo-  
type in Katalonien und Galicien
- Dietrich Fürst*                      Regionalentwicklung durch „regionale Identität“  
oder „corporate identity“?
- Josef Esser*                              Die politische Konstruktion regionaler Koope-  
ration: Der Fall Regionalreform Rhein-Main
- Dieter Rehfeld*                      Perspektiven der Regionalentwicklung  
zwischen Banalisierung und Profilierung
- Monika Micheel*                      Die Regionalisierung von Kulturpolitik. Das  
Sächsische Kulturraumgesetz
- Christine Weiske*                      Fiktive Verortungen in der Welt. Images der  
Stadt Chemnitz
- Ulrich Hilpert/  
Dietmar Bastian*                      Region, Politik und Ideologie. Zu den extra-  
ökonomischen Faktoren ökonomisch erfolg-  
reicher Politik
- Peter Weichhart*                      Kreative Milieus auf der Suche nach ihrem  
politischen Raum

## Forum

- Nikolaus Wolf*                      Konzeptionen einer historischen Synthese.  
Die *Annales d'histoire économique et sociale*  
und die *Roczniki dziejów społecznych i gos-  
podarczych* im Vergleich